

STOLPERSTEINE IN RÜSSELSHEIM



Lebensläufe und Recherchen zu NS-Verfolgung,
Tätern, Widerstand und Nachkriegszeit



Diese Broschüre wird herausgegeben von:

**Rolf Strojec (Initiator der Stolpersteine in Rüsselsheim)
Waldmühle, 35444 Biebertal
Tel. 0171-4041319
Email: bwkanu@t-online.de**

ISBN 978-3-929109-11-5

Zu diesem Heft:

Hiermit wird eine umfassende Presse-Dokumentation des gesamten Rüsselsheimer Stolperstein-Projekts von 2008 - 2020 vorgelegt. Damit wird die schnell vergriffene 1.Fassung „Rüsselsheim setzt Stolpersteine“ von 2013 um wesentliche Themenkomplexe ergänzt und neu aufgelegt. Beide Auflagen wurden in privater Initiative erarbeitet, finanziert und herausgegeben.

Erinnern an alle Opfergruppen

54 Stolpersteine und 1 Stolperschwelle für Zwangsarbeiter wurden in der Opel-Stadt verlegt, begleitet von fast 100 längeren Zeitungsartikeln mit vielen neuen Informationen zu Lebensschicksalen bisher nicht im Blickpunkt stehender Bürger.

Ging es in der ersten Phase um die Ausgrenzung, Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der jüdischen Einwohner Rüsselsheims und die Würdigung des politischen Widerstands, so traten ab 2013 weitere Themen und Opfergruppen hinzu wie die Zwangsarbeiter bei Opel oder die Krankenmorde. Damit widerstand die Initiative dem Trend die NS-Geschichte auf die Judenverfolgung zu verengen, um ganz im Sinne des Stolperstein-Gründers Gunter Demnig allen beteiligten Opfergruppen ein dezentrales Denkmal zum „gedanklichen“ Stolpern zu setzen.

Die dann in diesem Denkprozess recherchierten Hintergrundberichte erbrachten zahlreiche neue Informationen:

- über das Schicksal vertriebener Familien und Häftlinge
- über die Rolle der Firma Opel und ihrer verantwortlichen Leiter und Mitarbeiter vor, während und nach dem Krieg
- über den Widerstand in den Opel-Werken und seine maßgeblichen Personen
- über die Auseinandersetzung mit „Schuld“ und „Entschädigung“ in der Nachkriegszeit.

Gedenken, Mut und Zivilcourage

Neben dem Erinnern und Gedenken waren die Stolpersteine immer auch ein Platz, um sich genauer mit den gesellschaftlichen Trends und der eigenen politischen und familiären Geschichte zu beschäftigen. Auch in der Hoffnung daraus soviel politische Sensibilität und Zivilcourage zu schöpfen, daß ähnliche Entwicklungen - wenn sie sich ankündigen - auf breiteren Widerstand treffen als bei uns in der NS-Zeit. Schon dann hätten wir aus der Geschichte gelernt...

Der Historiker Hans Mommsen fasste die daran angelegte Aufgabe einmal so zusammen: „Nicht überlegene Manipulation und Herrschaftstechnik, sondern mangelnde Widerstandskraft der deutschen Gesellschaft gegen die Zerstörung der Politik ist die entscheidende Ursache der deutschen Katastrophe.“

Quellen und Danksagung

Fast allen hier aufgelisteten Veröffentlichungen liegen vom Autor recherchierte Fakten, Lebensläufe mit Quellen aus den Beständen des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden, des Archivs Verfolgung und Widerstand in Frankfurt, der Arolsen Archive, des Bundesarchivs in Berlin sowie des Rüsselsheimer Stadtarchivs und der Fachliteratur zu grunde. Diese Fachaufsätze wurden dann vom unermüdlichen Michael Wien für die „Mainspitze“ journalistisch übersetzt und beispielhaft in mehreren Serien veröffentlicht.

Wir bedanken uns für die Unterstützung und Erlaubnis der Veröffentlichung bei der VRM-Verlagsgruppe. Der besondere Dank gilt weiterhin allen Journalistinnen und Journalisten, die das Projekt aufmerksam begleitet haben, den Fotografen, den Zeitzeugen, Angehörigen, Paten und natürlich den Schul-Initiativen, die mit diesem Band ein gutes Handwerkszeug vorfinden.

Rolf Strojec
Rüsselsheim im Mai 2020

Die Ziele der Stolperstein-Initiative werden unterstützt durch:

Magistrat der Stadt Rüsselsheim
DGB-Ortsverband Rüsselsheim
Evangelisches Dekanat Rüsselsheim
Katholische Arbeitnehmerbewegung
Stiftung Alte Synagoge Rüsselsheim
Attac Rüsselsheim
Naturfreunde Rüsselsheim
Ausländerbeirat Rüsselsheim
VDAS Rüsselsheim
Förderverein Jüdische Geschichte im Kreis Groß-Gerau
Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.
Bücherhaus Jansen
Bildungswerk für Paddel-, Bewegungs- und Reisekultur e.V.
CoMemory e.V. , Mörfelden-Walldorf



Inhalt:

1. Ziele und Arbeit des Stolperstein-Projekts

Gedenksteine auf öffentlichen Wegen	4
Fünf Argumente für Stolpersteine	6

2. Gedenken und Erinnern in der Praxis

Dokumentation der 1.Verlegung 2008	8
Dokumentation der 2.und 3.Verlegung 2010	14
Dokumentation der 4.Verlegung 2011	46
Dokumentation der 5.Verlegung 2012	56
Dokumentation der 6.Verlegung 2013	76
Dokumentation der 7.Verlegung 2016	78
Dokumentation der 8.Verlegung 2017	77
Dokumentation der 9.Verlegung 2018	110

3. Lebensschicksale verfolgter jüdischer Bürger aus Rüsselsheim

Familie Gottschall, Ryczywol, Bruchfeld	9
Fanny Lang	10
Familie Grau	15
Familie Reinheimer	15
Familie Nachmann	22
Familie Stern	26
Familie Neumann	30
Familie Linz	42
Familie Mayer	47
Familie Guttenstein	47
Familie Wolfeiler	58
Familie Löw	63
Familie Frost/Maas	66
Izaak de Hartogh	
Bernd Nachmann	90

4. Lebensschicksale Verfolgter aus dem politischen Widerstand in Rüsselsheim

Jakob Schmitt	9
Otto Zinkeisen	9
Fritz Zängerle	9
Ludwig Dörfler	9
Alwin Heizenroeder	19
Adam Pfeifer	29
Ferdinand Heun	31
KZ Osthofen	34
Jakob Rhein	36
Oskar Jülich	38
Max Tschornicki	39
Adam Helker	43
Albert Steube	50
Friedrich Meister	51
Friedrich Grünwald	63
Walter Rietig	68
Alois Koppey	77
Wilhelm Feutner	104

5. Hintergründe: Zwangsarbeit bei Opel

Stolperschwelle vor Opel-Portal	78
Zwangsarbeit bei Opel	84

Enthüllung nach 75 Jahren: Bernd Nachmann - Rüsselsheims einziger Auschwitz-Häftling	88
--	----

6.Hintergründe: Die industriellen Täter

Wilhelm von Opel und der Krieg	96
--------------------------------	----

7.Hintergründe: Widerstand bei Opel

Wilhelm Feutner - Leiter des Widerstands in den Opel-Werken	104
--	-----

8.Hintergründe: Krankenmorde und Rassemedizin 110

Biographie des Opel-Werksarztes und Rassemediziners Hans Hallermann	112
--	-----

9.Hintergründe: Entschädigung und Nachkriegszeit in Rüsselsheim

Antifaschistischer Aufschwung	118
„Entschädigung“ als Bittgang	120
Die Rückkehr der industriellen Eliten	124

10. Gedenken und Erinnerungskultur

Hannes Heer: Die Nazizeit als unser negatives Eigentum	127
---	-----

Tipps zur Recherche	131
Quellenverzeichnis	133
Patenliste von Stolpersteinen	135
Übersicht Stolpersteine in Rüsselsheim	

GEDENKSTEINE AUF ÖFFENTLICHEN WEGEN

Informationen zum Stolperstein-Projekt in Rüsselsheim



Seit 2007 trägt die Stolperstein-Initiative die Namen, Lebensumstände, Aktivitäten von Rüsselsheimer Bürgern zusammen, die in der Zeit von 1933 bis 1945 verfolgt wurden sowie in verschiedensten Formen Zivilcourage gezeigt und Widerstand geleistet

haben.

Die Opfer des Faschismus waren auch hier die jüdischen Nachbarn, Andersgläubige, politisch anders Denkende, Menschen, die Widerstand leisteten und Zwangsarbeiter, die in der Rüstungsindustrie arbeiten mussten.

Sie kamen ins Gefängnis oder KZ, wurden misshandelt, deportiert und ermordet. Einige überlebten den Nationalsozialismus und den Krieg; aber nur wenigen ist Wiedergutmachung widerfahren und ihre Geschichte blieb lange ungehört.

Das sollen die Stolpersteine des Kölner Künstlers Gunter Demnig jetzt auch in Rüsselsheim ändern. Eine erste Verlegung von 12 Steinen fand (in Abstimmung mit Magistrat und Ältestenrat der Stadt) im Oktober 2008 statt, eine zweite mit 17 Verlegungen im April 2010. Insgesamt 60-70 Stolpersteine werden nach unseren Schätzungen in den nächsten Jahren in Rüsselsheim zu verlegen sein.

Vorstellung und Absicht des Projektes



Stolpersteine sind in den Bürgersteig eingelassene Pflastersteine, deren Oberfläche ein 10 x 10 cm großes Messingschild ziert. Die Steine erinnern an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Sinti und Roma, der

Opfer der Euthanasie, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der politisch Verfolgten des deutschen Faschismus. Alle Gruppen sollen gleichermaßen geehrt werden bis hin zu denen, die schon ab 1933 den Mut zum Widerstand aufbrachten. Vor den jeweiligen letzten frei gewählten Wohnadressen werden die Stolpersteine in den Gehweg eingelassen. Jeder Stolperstein trägt die Aufschrift: „Hier wohnte“ gefolgt von Name, Geburtsdatum und dem weiteren Schicksal des jeweiligen Opfers.

Mit seinem dezentralen Monument will Demnig die Ereignisse der Nazizeit in die nachbarschaftliche Nähe holen. Die Opfer wurden aus den Wohnungen im Haus oder in der Nachbarschaft geholt, was keineswegs



heimlich oder unauffällig geschehen sein konnte.

Gerade die Alltäglichkeit dieser unbegreiflichen Vorgänge regte den Künstler zu diesem ungewöhnlichen Denkmal an.

„Er rückt mit seiner Arbeit das Gedenken

in unsere Lebensmitte, setzt Erinnerungsmale direkt vor unsere Türen und nicht verschämt in Parks, wo sie kaum Beachtung finden.“

„Auschwitz war der Ziel- und Endpunkt, aber in den Wohnungen und Häusern begann das Unfassbare, das Grauen“, daher sollte auch dort an die Opfer erinnert werden, erklärt Demnig. Die Stolpersteine liegen im Weg. „Stolpern“ steht metaphorisch für Innehalten, Irritation und Nachdenken. Über die Stolpersteine lässt es sich kaum mit den Füßen stolpern, da sie sauber in den Gehweg eingelassen werden. „Gunter Demnig lässt erst die Augen stolpern, dann die Gedanken.“ Passanten bleiben stehen und lesen. Im Lesen der Inschrift sieht der Künstler den Anfang des Erinnerungsprozesses:

„Wenn du den Stein lesen willst, musst du eine kleine Verbeugung machen. Dann verbeugst du dich vor den Opfern.“

Bisher wurden in 600 deutschen Städten und Gemeinden rund 23.000 Stolpersteine verlegt. Gunter Demnig erhielt für sein Projekt zahlreiche Auszeichnungen, darunter das Bundesverdienstkreuz im Oktober 2005. Die jüdische Gedenkstätte Yad Vashem nennt die Initiative „a wonderful project“.

Ziele der Stolperstein-Initiative in Rüsselsheim

Die Initiatoren der Rüsselsheimer Stolpersteine erhoffen sich eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte unserer Stadt und ihrer Menschen. Es steht zu wünschen, dass wir die Opfer, von denen wir zum Teil nur noch die Namen kennen, würdigen und ihnen auf diese Weise eine späte Ehrung zuteil werden lassen.



Indem wir projektbegleitend die Biographien von Opfern und Widerständlern erforschen, wollen wir die Achtung vor dem Einzelnen, seine individuellen System- und Alltagserfahrungen würdigen. Lebensgeschichten gewähren aber auch Einblicke in gesellschaftliche Strukturen, Prozesse, Gruppen (Nachbarn, Kollegen, Vorgesetzte,

Behörden etc.). Insgesamt könnte über eine solche Erinnerungsarbeit den geschichtlichen Vorgängen das ‚menschliche Maß‘ wiedergegeben werden und neue Anreize für die Auseinandersetzung mit Verfolgung und Widerstand im Dritten Reich gesetzt werden. Und nicht zuletzt lassen sich vor diesem Hintergrund aktuelle Fragen der Zivilcourage, des Gehorsams gegenüber Autoritäten, des humanen Umgangs von Behörden mit BürgerInnen, des gesellschaftlichen Engagements formulieren.

In diesem Sinne hat die Initiative neben der Erinnerungsarbeit im öffentlichen Raum mehrere konkrete Arbeitsfelder eröffnet, an denen sich Rüsselsheimer Bürger, Gruppen und Schulen beteiligen können:

- Wir suchen Paten für ca.60-70 Stolpersteine, die wir in den nächsten Jahren in Rüsselsheim verlegen wollen. Jeder Pate finanziert mit 95 Euro die Herstellung und Verlegung eines Stolpersteins.
- Unsere interaktive Datenbank mit zahlreichen Lebensläufen (bisher 210 Namen und Schicksale) ist weiterzuentwickeln und auszuwerten.
- Unterstützen Sie unsere Dokumentationsarbeit mit Hinweisen, Familienfotos, Dokumenten.
- Unsere Internet-Seite www.stolpersteine-ruesselsheim.de ist als virtuelles Gedenkbuch, aber auch als

Kommunikationsort für Zeitzeugen, Forscher etc. zu pflegen. Dafür suchen wir computerbegeisterte und engagierte Menschen zugleich.

- Wir streben ein eigenes Schulprojekt an und halten für interessierte Lehrer und Schulklassen Materialien bereit (Datenbank, didaktische Materialien, Vorschläge und Materialien für Schüler-Recherchen).
- Wir planen die Erarbeitung eines Stadtrundgangs „Auf den Spuren von Verfolgung und Widerstand in Rüsselsheim“ für unterschiedliche Zielgruppen.
- Wir streben einen fachlichen Diskurs über „Erinnerungsräume“ mit städtischen Einrichtungen, Museum, Pädagogen und Wissenschaftlern an.
- Wir bitten darüber hinaus alle gesellschaftlichen Organisationen in der Stadt um die formelle Unterstützung unserer Arbeit und werden diese im Internet veröffentlichen.
- Wir sind dankbar für Spenden, um unsere ständige Büro-Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu finanzieren.

Grundsatzdokument der
Stolperstein-Initiative-Rüsselsheim



Fünf Argumente für Stolpersteine

Wir erinnern mit unseren Stolpersteinen an alle Opfer des Nazi-Regimes in dieser Stadt:

- an die 47 jüdischen Mitbürger, von denen 2/3 ermordet und der Rest ins Exil getrieben wurde.
- an die mutigen Arbeiter- und Arbeiterinnen, die schon ab 1933 –und nicht erst als der Krieg verloren war- den Mut zum Widerstand aufbrachten und von denen über 35 ihre Zivilcourage mit KZ, Gefängnis, Strafbataillon, Folter und lebenslangen Gesundheitsschäden bezahlen mussten.
- an die –wenn auch wenigen- wackeren Christenmenschen, denen Ihr Glaube wichtiger war als die Treue zu einem Verbrecherstaat.

Fünf kurze Argumente für Stolpersteine sprechen für diese Form der Erinnerungskultur:

1. Stolpersteine erinnern an alle Opfergruppen des NS-Regimes

In der öffentlichen Wahrnehmung gelten die Stolpersteine als Projekt zur Erinnerung an die Verfolgung der deutschen und europäischen Juden. Es wird dabei leicht die Kernaussage von Gunther Demnigs Projekt übersehen: Es geht ihm um die Erinnerung an alle verfolgten Gruppen und Einzelschicksale im NS-Regime, also auch um die politisch Verfolgten, die anderen rassistisch und religiös Verfolgten, die Sinti und Roma, die Opfer der Euthanasie, die Homosexuellen, die Zwangssterilisierten, die Wehrmachtsdeserteure u.a. Speziell Rüsselsheim hat eine unzureichend aufgearbeitete Widerstandstradition: Wir haben in unseren Datenbanken mittlerweile 160 Namen gesammelt, die in Widerstandsaktionen verstrickt waren, allein 90 Namen innerhalb der Firma Opel. Diese Geschichte muß noch weiter erforscht und weiter erzählt werden.

2. Stolpersteine bieten neue Motivation durch viele, dezentrale Denkmäler

Mit unserer Erinnerungsarbeit problematisieren wir auch ein wenig die Politik der großen Gedenkstätten zum Dritten Reich und zum Holocaust. Diese sind zumeist herausgehobene Orte: Wegen Ihrer extremen Geschichte und zudem noch abgesondert durch ihre meist isolierte Lage. Sie haben weitgehend mit unserem Alltag nichts gemein, sie befinden sich außerhalb unseres Wohn- und Lebensumfelds. Ihre ehemaligen Erbauer und Unterdrückten muten uns immer noch zu, bei jedem Besuch eines ehemaligen KZ- oder Vernichtungslagers dorthin zu gehen, wo sie ihre Opfer haben wollten. Selbst beim gedenkenden Besuchen geraten so die Lebensgrundlagen der Opfer aus dem Blick. Wie etwa die Wurzeln einer Landschaft, eines Heimat- und Wohnortes, des Arbeitsplatzes, der Familie, der Nachbarschaft, der Freunde.

Indem wir unsere Erinnerungssteine direkt vor die Haustür unserer verschwundenen Nachbarn setzen, verfolgen wir ein anderes Erinnerungskonzept: Wir wollen die Opfer zurückholen in den gesellschaftlichen Raum aus dem sie vertrieben wurden. Und wir wollen Ihr Leben dort erzählen wo ihre Existenz jahrzehntelang verschwiegen wurde. Auschwitz, Buchenwald, Theresienstadt und Dachau waren für viele Rüsselsheimer die Ziel- und Endpunkte, aber hier in den Wohnungen und Häusern begann das Unfassbare, das Grauen, und daher soll auch hier an die Opfer erinnert werden.

3. Stolpersteine bieten einen Ort für Trauer und Erinnerung

Die Nazis wollten ihre Opfer nicht nur physisch vernichten, auch jede Erinnerung an sie sollte unmöglich gemacht werden. Deshalb haben beinahe alle Opfer des Holocaust noch nicht einmal ein Grab. Viele Angehörigen nutzen die Stolpersteine um hier ihre Trauer und das Andenken an die Familienangehörigen symbolisch zu verankern. Aber die Verlegung eines Stolpersteins ist auch ein Akt der Klärung. Viele werden dazu angeregt konkret nach dem Schicksal ehemaliger Nachbarn, Mitschüler und Spielgefährten zu forschen, ausgehend von einem kleinen, aber dauerhaften Erinnerungs-Denkmal im öffentlichen Raum.

4. Stolpersteine korrigieren die Verschleierung historischer Tatsachen

Stolpersteine schaffen Öffentlichkeit für eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit

- also für ein schwieriges Thema, um dessen gesellschaftliche Deutung immer wieder gerungen wird. Sie markieren den Ausgangspunkt der Verbrechen, und sie zeigen damit auf den (Heimat)Ort, an dem die Gewalt geschah. Verdrängte Geschichte wird ausgegraben und neu sichtbar gemacht. Hier besteht das für die Tätergesellschaft beunruhigende Potenzial der Stolpersteine. Zu den üblichen Entlastungsstrategien der deutschen Kriegsgesellschaft zählte auch die Behauptung, die Menschen aus der Nachbarschaft seien „einfach“ verschwunden. Und außerdem habe man „von nichts“ gewusst. Stolpersteine korrigieren solche Erzählungen, sie setzen der Verschleierung die historischen Fakten entgegen. Von wegen wir haben nichts gewusst:

„Wieder acht Kommunisten ins Konzentrationslager Osthofen gebracht“, lautet die deutlich lesbare Überschrift in der Mainspitze vom Mai 1933. Wir haben ihre Namen gefunden, wir schreiben ihre Geschichte auf und ehren damit Ihre Zivilcourage:

Karl Breitenbach, Oskar Jülich, Jakob Hooge, Jakob Rhein, Wilhelm Feutner, Adam Wolf, Ferdinand Heun, Georg Krug, Adam Krämer, Willi Wohlfeil, Albert Lehmann und Alwin Heizenröder, wir werden in Eurem Sinne immer wachsam sein und Eure Geschichte überall erzählen.

5. Stolpersteine bieten neue Formen der Aufarbeitung verdrängter Geschichte für junge Menschen

Der einer Verlegung vorangehende Prozess - die Recherchen und die Diskussionen vor Ort - eröffnet neue Zugangsmöglichkeiten. Es werden bislang unbekannte Informationen zusammengetragen, Broschüren, Bücher, Internet-Dokumentationen entstehen, die Stolpersteine werden Bestandteil von Stadtführungen. Interesse an der unmittelbaren Umgebung und an der Geschichte des Heimatortes wird geweckt, bisherige Geschichtsbilder in Frage gestellt oder ergänzt. Stolpersteine gehen vielfach einher mit Schulprojekten, die sich um Lebensgeschichten jüdischer oder antifaschistischer Bürger kümmern.

In Verbindung mit der allgemeinen Geschichte werden so die wichtigen Fragen gestellt : Wer war am Verschwinden der Nachbarn beteiligt? Wer wusste davon? Warum hat niemand geholfen? Wieso haben die Menschen zu- oder weggeschaut? Wer profitierte davon?

Aber auch: Wer leistete Widerstand? Was bewog ihn dazu (trotz Hypothek, Familie, Gefährdung) ? Wie arbeiteten sie und warum wurde (einzigartig für Deutschland) eine riesige Widerstandsgruppe bis Kriegsende nicht entdeckt?

So war es Wilhelm Feutner, der 1936 die Leitung der meist kommunistisch orientierten Widerstandszellen bei Opel übernahm. Dieser schaffte es mit Fritz Zängerle, Hans Amendt u.a eine 50-60 Mann starke Gruppe unentdeckt bis zum Kriegsende zu organisieren. Als er wegen Flugblattverteilungen aufzufliegen droht, nimmt sein Bruder alle Schuld auf sich, wird im KZ Dachau gequält und ans Kreuz geschlagen, so dass er bei Kriegsende mit verkrüppelten Händen nach Hause kommt. Diese mutigen Menschen haben unter Lebensgefahr Feindsender abgehört und die Wahrheit über die Kriegslage verbreitet. Rüstungs sabotagen betrieben und ihr Essen mit den Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern geteilt. Sie haben Fluchthilfe für Zwangsarbeiter organisiert und den Werksschutz unterwandert, um die geplante Zerstörung des Opel-Werks bei Kriegsende durch die Nazis zu verhindern.

In der Auseinandersetzung mit diesen Biographien könnten sich junge Leute nicht nur das Wissen aneignen, das sie laut Schulbuch lernen sollen, sondern sie setzen sich auch engagiert mit neuen Formen des Erinnerns und Gedenkens in der gegenwärtigen Gesellschaft auseinander. Und nicht zuletzt darum geht es uns auch: um über die Übertragbarkeit von Mut und Zivilcourage im heutigen Leben. Dabei könnte herauskommen, dass mit Zivilcourage mehr gemeint ist als einer Oma die Lebensmittel einzukaufen oder schlichtend bei Streitereien einzugreifen. Nämlich die Wiederentdeckung des Politischen in der eigenen, privaten Lebensdimension. Und die Wiederentdeckung des Politischen könnte auch –über notwendige Besitzstandswahrung und Tarifarbeit- ein Thema für die Gewerkschaften sein. Bezogen auf das Erinnern in dieser Stadt lautet meine abschließende Frage:



6. Wie wird aus einem Industrie- und Automobilort ein Gedächtnisort ?

Und zwar einer, der die Geschichte seiner verfolgten und couragierten Menschen einbezieht ?

Wo und wie entstehen Besinnung, Rituale und Erinnerungsräume für diese Geschichte? Insbesondere wenn uns nach spätestens 3 Generationen die Zeitzeugen fehlen, um diese Erinnerungen wachzuhalten. Es kann nicht angehen, dass im kulturellen Gedächtnis von Rüsselsheim die Geländegängigkeit des Opel-Blitz-Lastwagens überlebt, an jeder Dampfmaschine und jedem Industriebau eine Gedenktafel hängt und die politische, soziale und demokratische Geschichte der arbeitenden Menschen dabei ausgeblendet wird. Es kann nicht sein dass mit dem Jahr 1936 am Opel-Portal lediglich die Entwicklung der selbsttragenden Ganzstahlkarosserie verbunden wird, aber herausragende Leistungen der eigenen Arbeiter- und Widerstandsbewegung so gut wie unbekannt sind.

Wir werden auf jeden Fall fortfahren kleine Stolpersteine im öffentlichen Raum zu verlegen: 32 sind es schon... und 60-70 werden es wohl werden. Begleitend werden wir die Lebensbiographien aus Verfolgung und Widerstand vervollständigen und öffentlich zugängliches Archivmaterial für die Arbeit in Familien, Schulen und Erwachsenenbildung bereitstellen: Gedenkend und Geschichte aufarbeitend zugleich.

Rolf Strojec
(vorgetragen beim DGB-Ortsverband Rüsselsheim am 1. Mai 2010)

Erste Verlegung von Stolpersteinen 2.10.2008

Station 1: Schäfergasse 20 (9 bis 9.30 Uhr):

Für Mathilde Gottschall (deportiert, ermordet 1942),
Hermann Gottschall (verfolgt, gedemütigt, ???),
Abraham Bruchfeld (deportiert, ermordet 1942),
Rosa Ryczyvol (deportiert, ermordet 1942),
Alice Ryczyvol (deportiert, ermordet 1942).
Begrüßung- Ziele: „Stolperstein“-Initiative, Günther Demnig;
Lebensläufe: Heinemann-Schüler; Dany Bober singt das jüdische Totengebet.

Station 2: Bahnhofstraße 41 (9.45 bis 10.10 Uhr):

Für Fanny Lang (deportiert, ermordet 1943);
Patenrede: Norbert Blüm; Dany Bober singt Psalm.

Station 3: Mainstraße 13 (10.20 bis 10.45 Uhr):

Für Karl und Melanie Linz (deportiert, ermordet 1942);
Lebensläufe: Planck-Schüler, Dany Bober singt Psalm.

Station 4: Bernhardstraße 1 (11 bis 11.20 Uhr):

Für Otto Zinkeisen (Widerstand, überlebt);
Patenrede: Hans Zinkeisen;
Dany Bober und Martin Strickler tragen Widerstandslied vor.

Station 5: Mainzer Straße 76 (11.30 bis 11.45 Uhr):

Für Jakob Schmitt (Widerstand, überlebt);
Patenrede: Manfred Schmitt; Martin Strickler singt Widerstandslied.

Station 6: Jakob-Sittmann-Straße 13 (11.50 bis 12.20 Uhr):

Für Fritz Zängerle (Widerstand, überlebt); Einspielung Fritz Zängerle;
Patenrede: Opel-Betriebsrat;
Einspielung: Bertolt Brecht: „An die Nachgeborenen“;
Dany Bober singt „Sog nit kejn mol“ (Polnisch-jüdisches Partisanenlied).

Station 7: Rugbyring 114 (12.30 bis 12.50 Uhr)

Für Ludwig Dörfler (verfolgt, misshandelt, überlebt);
Patenrede: OB Stefan Gieltowski; Dany Bober singt Arbeiterlied.

Anstoß zu geschwisterlichem Handeln

Erste „Stolpersteine“ erinnern an Verfolgte des Nazi-Regimes und mahnen Nachgeborene

Trotz des für Berufstätige ungünstigen Zeitpunktes beteiligten sich am Donnerstag etwa 100 Bürger an der ersten Verlegungsaktion der „Stolperstein“-Initiative. Fast alle nahmen den vierstündigen Rundgang komplett in Kauf.

Die Aktion zu Ehren jüdischer und politisch verfolgter Opfer des Nazi-Regimes führte an deren letzte Wohnstätten und begann um 9 Uhr dort, wo frühere Bemühungen um Gedenken gescheitert waren, vor dem Nachfolgebau des vor einigen Jahren gegen Proteste abgerissenen Hauses Schäfergasse 20. Die Nazis hatten es einst zum „Judenhaus“ erklärt und Mathilde und Hermann Gottschall, Abraham Bruchfeld sowie Rosa und Alice Ryczywol bis zum Transport in die Vernichtung zusammengepfercht. Heinemann-Schüler trugen vor, was sie recherchiert hatten, über Menschen, denen nicht mal ein Grab beschieden war. Beklommene Stille der Zuhörer hielt an, bis Liedermacher Dany Bober das jüdische Totengebet beendet hatte.

Vor der Bahnhofstraße 41 erinnerte Norbert Blüm an die ebenfalls ermordete Fanny Lang und ihren „arischen“ Mann, dem die Kinder der Stadt nach dem Abtransport seiner jüdischen Frau aus dem Weg gingen. Ein Herrgott sei er in seinem Bekleidungshaus gewesen, Fanny Lang die Mutter des Geschäftes und der Angestellten, gütig, fröhlich, Kindern Bonbons zusteckend. Nun aber verfiel er zusehends, kreuzte suchend umherirrend oft den Schulweg. „Ich habe

mich später immer gewundert, wenn Erwachsene beteuerten, sie hätten von alledem nichts gewusst. „Wir Kinder wussten es sogar“, klagte Blüm. Und hoffte in Gegenwart der aus Stuttgart angereisten Enkel Fanny Langs, auch dieser Stein möge Lebende wie Nachwachsende über Unmenschlichkeit stolpern und sie die Welt geschwisterlich gestalten lassen.

Planck-Schüler sprachen in der Mainstraße 13 für Melanie und Karl Linz, deren abgebrochene Lebensläufe sie recherchiert hatten. Aufrüttelnd ihre Fragen nach denen, die weggeschaut und den achtbaren ersten Opel-Händler und seine Frau nicht unterstützt hatten. Vor der Bernhardstraße 1 und der Mainzer Straße 76 gedachten Hans Zinkeisen und Manfred Schmidt bewegend ihrer Väter, Otto Zinkeisen und Jakob Schmitt, Opelern, deren Widerstandsarbeit die Nazis mit Folter, Zuchthaus, KZ und Strafbataillon vergalteten. Dany Bober und Martin Strickler sangen hier das „Lied der Moorsoldaten“. An Fritz Zängerle, ebenfalls für seinen Widerstand misshandelt, nach dem Krieg erster Betriebsratschef, erinnerte vor der Jakob-Sittmann-Straße 13 Opel-Betriebsrat Armin Heber. „Und wieder ziehen heute braune Horden durchs Land.“ Alle Bürger seien in der Verantwortung, nun erneut Demokratie und Toleranz zu verteidigen.

Rugby-Ring 114 war die letzte Adresse Ludwig Dörfners. OB Stefan Gielowski gedachte des ersten Nachkriegsbürgermeisters, dessen sozialdemokratisches Handeln zuvor Nazi-Schergen so mit Hass erfüllt hatte, dass sie ihn folternd fürs Leben zeichneten. 63 Jahre später warb Gielowski, um einer menschlichen Zukunft willen Stück um Stück Geschichte erschließen zu helfen. Dany Bober sang abschließend den Spartakistenauf Ruf, sich zur Befreiung einzureihen. Rolf Strojec von der „Stolperstein-Initiative“ entließ die Menge mit den Worten: „Seien Sie altmodisch, engagieren Sie sich.“

Mainspitze 4.10.2008 - von Michael Wien



Der Kölner Künstler Gunter Demnig bei der Verlegung der Steine für Melanie und Karl Linz vor dem Haus Mainstraße 17. Der Erfinder der Aktion setzt alle Steine selbst. Inzwischen sind es 1650 in 360 Kommunen. Foto: Vollformat / Volker Dziemballa

Verbeugen vor den Opfern

Gedenken — Zwölf „Stolpersteine“ im Pflaster erweisen von Nazis verfolgten Juden und Widerstandskämpfern Ehre

Im Bekleidungshaus Lang in der Bahnhofstraße bekam Norbert Blüm seinen ersten Matrosenanzug. Das war damals der schicke Sonntagsstaat für kleine Jungen, erinnert er sich. Und auch die Bonbons, die Frau Lang immer an die Kinder verteilte, und ihr warmherziges Wesen sind ihm noch gut im Gedächtnis. Dann war Frau Lang verschwunden. Deportiert nach Auschwitz und dort am 7. Juli 1943 ermordet. Am Donnerstag erinnerte der frühere Bundesminister mit Rüsselsheimer Wurzeln an die Jüdin Fanny Lang, während der Künstler Gunter Demnig mit sanften Hammerschlägen den „Stolperstein“ vor dem Haus Nummer 41 ins Pflaster einbettete.

Zwölf Stolpersteine fanden an diesem Vormittag einen Platz im Trottoir vor den Wohnhäusern, um an Menschen aus Rüsselsheim zu erinnern, die während des Naziregimes verfolgt, gefoltert und ermordet wurden. „Lasst uns nie mehr so grausam sein“ -so laute die Mahnung, sagte Norbert Blüm. Die Pflicht eines jeden sei es, „an einer Gesellschaft mitzuarbeiten, in der niemand mehr wegen seiner Rasse oder seiner politischen Überzeugung gequält wird.“

Am Haus in der Schäfergasse 20 hatte die Verlegung der Stolpersteine am Morgen um 9 Uhr begonnen. Dort

lebte das Ehepaar Hermann und Mathilde Gottschall. Wie alle jüdischen Geschäfte wurde ihr Futtermittelhandel nach dem Aufruf der Nazis ab April 1933 boykottiert. Im Zuge der massiven Verfolgung wurde das Haus zu einer Sammelunterkunft für jüdische Glaubensangehörige, und so kamen auch Mathilde Gottschalls Bruder Abraham Bruchfeld sowie Rosa Ryczyvol und ihre Tochter Alice in dieses kleine Fachwerkgebäude, das längst einem Neubau gewichen ist. Fünf gold glänzende Gedenksteine im grauen Pflaster lassen die Vorbeigehenden sich nun beugen, um die Aufschrift zu lesen, sich verbeugen vor den Schicksalen, die nun unübersehbar sind in der Stadt, wie Pfarrer Volkhard Guth von der Stolperstein-Initiative Rüsselsheim sagte.

Die rund fünfzigköpfige Gruppe von Mitgliedern der Initiative, in der Kirchengemeinden, Gewerkschaftsbund, Naturfreunde, der Verein für jüdische Geschichte, der Magistrat und Privatpersonen zusammenwirken, von Familienangehörigen der Geehrten, Schülern der Planck- und der Heinemannschule und Anteil nehmenden Bürgern wanderte zu insgesamt sieben Stationen am Donnerstag, immer wieder zum Innehalten bewegt von den Liedern und Psalmen, die der jüdische Künstler Dany Bober vortrug. Familien kamen zusammen, Kinder, Enkel und Urenkel waren gekommen. Und auch eine frühere Verkäuferin des Bekleidungshauses Lang stieß, untergehakt bei ihrer ebenso betagten Freundin, dazu. Gleich tat die ältere Dame ihren Entschluss kund, einen Stolperstein für ihre Schulfreundin Herta Reinheimer zu finanzieren.

Ein Stein in der Jakob-Sittmann-Straße 13 erinnert an Fritz Zängele, einer in der Bernhardstraße 1 an Otto Friedrich Zinkeisen, der in der Mainzer Straße 76 an



Der Künstler Gunter Demnig verankerte die „Stolpersteine“ im Pflaster. An der von ihm konzipierten Aktion zum Gedenken an jüdische und politische Verfolgte haben sich bundesweit inzwischen fast 300 Kommunen beteiligt. In Rüsselsheim wurden am Donnerstag zwölf Steine verlegt.

Foto:
Frank Möllenberg

Jakob Schmitt, der in der im Rugbyring 114 an Ludwig Dörfler (für ihn hielt Oberbürgermeister Stefan Gielowski die Patenrede). Sie alle gehörten zu der Gruppe mutiger Widerstandskämpfer, die sich aus dem Kreis der Opelarbeiter, der Gewerkschafter oder Kommunisten gegen die Nationalsozialisten formierten. Eine Rüsselsheimer Besonderheit, wie Rolf Strojec von der Stolperstein-Initiative erklärt: Es gab nach derzeitigen Recherchen damals in Rüsselsheim rund 100 Personen im politischen Widerstand. „Sie haben fast alle überlebt, es ist den Nazis nicht gelungen, hier Spitzel einzubringen“, berichtet Strojec.

Als Redner erinnerten die Söhne Hans Zinkeisen und Manfred Schmitt an Männer im jungen Alter von Anfang 20, die versuchten, durch Abhören von Funkverbindungen die Wahrheit über den Krieg und die Verbrechen der nationalsozialistischen Partei offenzulegen, die Zwangsarbeitern Fluchthilfe leisteten und die Rüstungsproduktion sabotierten.

In einer sehr persönlich formulierten Gedenkrede schauten die Schüler der Max-Planck-Schule den Geschwistern Karl und Melanie Linz direkt ins Angesicht. An die 1942 im Ghetto Piaski bei Lublin ermordeten Kinder von Rüsselsheims erstem Opelhändler Moses Linz erinnern zwei Stolpersteine in der Mainstraße 13. „Was habt ihr erlebt? Welche Nachbarn haben euch nicht mehr angesehen? Euch beschimpft? Vielleicht sogar denunziert?“, fragten die Jugendlichen. Bei ihren Recherchen zu den Schicksalen des Geschwisterpaars förderten sie auch viele Fakten zutage, die die Zuhörer angesichts des Schreckens direkt vor ihrer Haustür erschauern ließen: 1935 beschließt der Königstädter Ortsbeirat, dass der Zuzug von Juden nach Königstädten verboten ist, in der Pogromnacht am 9. November 1938 wird die Synagoge in der Mainzer Straße verwüstet, sechs Wochen später schreibt die Main-Spitze: „Das Verschwinden der Rüsselsheimer Judenschule wird hier allgemein mit Freuden begrüßt“. Von 47 Juden, die 1933 in der Stadt gemeldet waren, bleibt nur Fanny Mörtel übrig, 34 werden umgebracht, zwölf fliehen.

Aus: Rüsselsheimer Echo 4.10.2008 Von Andrea Volb



Kommentar

Erinnerung und Aufbruch

Michael Wien zu „Stolpersteinen“

Die Generationen der Weltkriegs- und Nachkriegs-kriegskinder, darunter viele gern denunzierte „68er“ und aufgeschlossene Jugendliche unterschiedlichster Herkunft, stellen sich deutscher Vergangenheit. Während sie „Stolpersteine“ legen, begegnet ihnen nicht nur die grausige Alltagswelt des „Tausendjährigen Reiches“, mit der die Demokratie für immer zerstört werden sollte. Sie stoßen auf Menschen, die sich ihr Leben riskierend dagegen stemmten und Werte lebten, mit denen sie später die zweite deutsche Demokratie aufbauten. Ältere Zuhörer erinnern sich an Solidarität, an Zeiten, da Gewerkschaften und Parteien Stallgeruch hatten und Nestwärme boten. Jugendliche blicken staunend hinüber, als einige der „Alten“ kaum verstanden das Spartakistenlied vom Einreihen in die Arbeiter-Einheitsfront mitsingen. – Aus unserer zersplitternden Gesellschaft heraus betrachtet war dies ein lohnenswerter Rundgang auch durch untergegangene Nachkriegsepochen. Redner predigten Wachsamkeit und Mut zum Widerstand gegen asoziale Gleichgültigkeit und jegliche Gewalt. Es bleibt zu hoffen, dass konsequent jeder Stein auch als Signal zum Aufbruch verstanden wird.

Mainspitze 4.10.2008

Norbert Blüm erinnerte an die 1942 in Auschwitz ermordete Fanny Lang. Er wuchs in einem Haus gegenüber des Opelportals auf, ein paar Häuserblocks entfernt von Langs Bekleidungshaus in der Bahnhofstraße 41.
Foto: privat

„Geschichte menschliches Maß geben“

Stolpersteine: Verlegung wird im April fortgesetzt - Schicksal der Familie Nachmann beispielhaft für frühe Ausgrenzung

Gedenken, erinnern, widerstehen: Diesen Zielen hat sich eine Initiativgruppe um Rolf Strojec verschrieben, die auch in Rüsselsheim die Aktion des Kölner Künstlers Günter Demnig umsetzt. „Stolpersteine“, eingelassen im öffentlichen Raum, sollen Anstoß geben bei der Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus. Die auch hier spät begonnene systematische Aufarbeitung der Zeit von 1933 bis 1945 steht im Einklang mit den Gründungszielen der Stiftung Alte Synagoge. In Rüsselsheim werden die Zeichen vor den letzten Wohnsitzen der Opfer vor allem zum Gedenken jüdischgläubiger Bürger und zivilen Widerstandskämpfern gesetzt. Für die Initiative hat sich die Datenlage seit dem ersten Durchgang mit 13 verlegten Steinen geradezu dramatisch verändert. Die Liste wuchs von anfänglich 70 auf nunmehr mehr als 210 Namen an. Mit Stolpersteinen soll derjenigen gedacht werden, für die eine gesicherte Datenlage Auskunft über Werdegang, Verfolgung, Verhaftung, Ermordung oder Flucht ins Exil gibt, bei Widerstandskämpfern deren Aktivitäten belegt sind. Somit wären, so Strojec, 60 bis 70 Steine in Rüsselsheim erforderlich.

Diesem Ziel kommt die Initiative, derzeit ein Kreis von zehn Engagierten, mit dem zweiten Durchgang ein gutes Stück näher. Am 24. April sollen 20 neue Namen das Pflaster zieren, verteilt auf die engere Innenstadt und Haßloch. Der DGB-Ortsverband lässt am 1. Mai im

Anschluss an seine Traditionskundgebung eine Verlegung in der Grabenstraße folgen.

Was Strojec als privatem Bildungswerkbetreiber besonders am Herzen liegt, ist der Umgang mit den durch aufwendige Recherchearbeit der Initiative aus Stadt-, Staats- und Widerstandsarchiven, Gerichtsakten und privaten Aufzeichnungen gesammelten Daten. Besonders für Schulen böte dieses Material lebendige Arbeitsformen zur Lokal- und Alltagsgeschichte, Projektarbeit und Exkursionen. Damit werde „Geschichte das menschliche Maß geben“, so Strojec.

Gerade für junge Menschen bedeute dies, sich nicht nur Wissen anzueignen, sondern sich mit neuen Formen des Erinnerns und Gedenkens in der gegenwärtigen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Die Datensammlung kann zu Büchern und Broschüren führen, ist für Unterrichtszwecke nutzbar und hat bereits zu einem ersten Rundgang auf den Spuren dieses Geschichtskapitels geführt.

Verdeutlicht werden soll damit auch, dass sich diese Ereignisse der Nazi-Zeit nicht erst in fernen Konzentrationslagern abspielten, sondern vor der Haustür, in der Nachbarschaft ihren Anfang nahmen.

In der Mehrzahl sind am 24. April Namen jüdischer Familien vertreten. Hier möchte Strojec am Beispiel von Emanuel, Ida und Ludwig Nachmann in der Mainzer Straße 8 (heute Parkplatz Ecke Ludwigstraße) verdeutlichen, welche Entwicklung die Judenverfolgung damals genommen hat. Denn er verdeutlicht, dass lange vor der Pogromnacht vom 9. November 1938 und der Vernichtungsphase ab 1941/42 bereits die Ausgrenzung jüdischer deutscher Staatsbürger erfolgte. Systematische Entfernung aus dem Staatsdienst und der Entzug der wirtschaftlichen Existenzgrundlage bildeten die wirksamsten Mittel, die zudem öffentlich wenig Aufsehen erregten.

Emanuel Nachmann, 1895 in Nordenstadt/Wiesbaden geboren, gründete als gelernter Schlosser 1918 in der Darmstädter Straße 29 (Hungsberg-Haus, heute Markt-



Fahrräder verkaufte Emanuel Nachmann unter anderem in seinem Geschäft in der Marktstraße (später Hungsberg-Haus). Das Foto zeigt Teilnehmer einer Motorrad-Zuverlässigkeitsfahrt (Rüsselsheim-Heidelberg) 1924 vor dem Geschäft. Emanuel Nachmann und seine Frau Ida wurden 1942 deportiert und ermordet. Ein Stolperstein, der in der Mainzer Straße 8 verlegt wird, soll jetzt an das Leben und Schicksal der Familie erinnern. Foto: Stadtarchiv

straße) Betriebe, die zum Mittelstandsunternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten wurden (ab 1926 in der Mainzer Straße). Nachmann, verheiratet, drei Kinder, besaß eine Generalvertretung für Opel und ein Fahrradwerk, betrieb Auto- und Motorradreparaturen, Schlosserei und Verchromung von Teilen, zog einen Taxibetrieb und eine Fahrschule auf, vermietete Autoboxen und Garagen. Sogar als Fluglehrer war er in Wiesbaden aktiv. Doch mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 entzog ihm das Opel-Werk unter politischem Druck die Aufträge, blieben durch Hetze und Boykott die Fahrschüler weg, wie sein Sohn Martin nach dem Krieg schilderte. Die Umsätze fielen auf ein Viertel. Im wirtschaftlichen Niedergang gelang es ihm 1934 noch, einen Ausbildungsbetrieb für jüdische Jugendliche zu gründen, da Auswanderer nach Palästina dort eine Ausbildung nachweisen mussten. Dabei wurde er von dem Rüsselsheimer Handwerksmeister Ernst Hüter unterstützt, der damit der aufgekommenen Hetze trotzte.

Die Familie wich 1937 nach Frankfurt aus, wo aber nach dem 9. November des Folgejahres das Ende eingeleitet wurde. Verhaftung, Transport ins KZ Buchenwald, Beschlagnahme des Besitzes und Entzug der Lizenzen - auch das Betriebseigentum in Rüsselsheim

ging verloren (Zwangsversteigerung) - und 1942 die Deportierung nach Lublin/Polen.

Dort wurden Emanuel Nachmann und seine Frau Ida ermordet. Den Kindern gelang die Flucht - Tochter Edith in die USA, Sohn Martin nach Palästina, Sohn Bernhard überlebte ebenfalls. Die Initiative Stolpersteine bietet für diese Form der Geschichts- und Erinnerungsarbeit Patenschaften für ihre Aktion an. Im Internet können unter www.stolpersteine-ruesselsheim.de Namenslisten aufgerufen werden.

Die Initiative Stolpersteine bietet für diese Form der Geschichts- und Erinnerungsarbeit Patenschaften für ihre Aktion an. Im Internet können unter www.stolpersteine-ruesselsheim.de Namenslisten aufgerufen werden. Eine Förderung kostet 95 Euro für den Pflasterstein mit Namensschild des Opfers und das Verlegen. Wie Strojec berichtet, hat sich gerade eine frühere Rüsselsheimerin aus München gemeldet und für Jakob Samson Stern (Schäfergasse 4) den Stein gespendet.

Zudem ist die Initiative an weiteren Informationen interessiert. Angesichts der verstreuten Verlegungsorte und Vielzahl der Steine soll bald ein Lageplan erstellt werden.

06. März 2010 Rüsselsheimer Echo bje

Aktion Stolpersteine Gedenken an jüdische Bürger und Widerstands- kämpfer

Die zweite Runde der Stolperstein-Verlegung am 24. April beginnt um 10 Uhr auf dem Marktplatz mit einer Ansprache von Oberbürgermeister Stefan Gielowski und einem künstlerischen Beitrag des Schauspielers Walter Renneisen.

Vor den Häusern Marktstraße 5 und Marktplatz 11 erhalten Steine: Moritz, Recha, Hertha und Irene Reinheimer (alle ermordet 1941), Wolf Neumann (verfolgt, gestorben 1937) und Sofie Neumann (ins Exil getrieben 1938). Patenreden halten Schüler der GPR-Krankenpflegeschule und der Gerhart-Hauptmann-Schule. Es folgt die Verlegung in der Schäfergasse 4 und 3 für Jakob Samson und Luise Stern (ins Exil getrieben 1938) und Irma Stern (Exil, deportiert, ermordet 1943), sowie für Hilde, Josef und Richard Grau (ermordet 1942) und Ida Grau (ermordet 1943). Hier halten Park- und Hauptmannschüler die Patenreden. Dritte Station ist in der Bernhardstraße 3 mit Gedenken an Jakob

Rhein, der als Widerstandskämpfer verfolgt wurde, aber überlebte. Mit Stolpersteinen in der Mainzer Straße 8 wird Emanuel, Ida und Ludwig Nachmann gedacht (alle deportiert und 1942 ermordet). Mit Alwin Heizenroeder wird Im kleinen Ramsee 22 eines weiteren Widerstandskämpfers gedacht (überlebt). Vor der katholischen Kirche in Haßloch erhält Pfarrer Adam Pfeiffer (im Widerstand, überlebt) einen Gedenkstein. Als Paten für die Stolperstein-Aktion für diesen Personenkreis von Bürgern jüdischen Glaubens und zivilen Widersachern des NS-Regimes konnten die Stiftung Alte Synagoge (Familie Nachmann), Verdi-Vertrauensleute der Stadtverwaltung (Stern), Paul Hamm (Rhein), Norbert Breivogel (Heizenroeder) und die Pfarrei Auferstehung Christi (Pfeiffer) gewonnen werden.

Dieser Durchgang der Stolperstein-Aktion wird abgeschlossen am 1. Mai mit der Verlegung durch den DGB-Ortsverband für Oskar Jülich, der als Widerstandskämpfer ebenfalls überlebte. Dies geschieht im Anschluss an die Kundgebung auf dem Marktplatz (10 Uhr) in der Grabenstraße 16. Hier haben die Opel-Vertrauensleute der IG Metall die Patenschaft übernommen.

06. März 2010 Rüsselsheimer Echo bje

Zweite und dritte Verlegung von Stolpersteinen in Rüsselsheim 24.4.2010

Eröffnung:
Marktstr.5 und
Marktplatz 11
10 - 10.45 Uhr

für
Moritz Reinheimer (ermordet 1941)
Recha Reinheimer (ermordet 1941)
Hertha Reinheimer (ermordet 1941)
Irene Reinheimer (ermordet 1941)

Ansprache:
Stefan Gieltowski,
Oberbürgermeister
Künstlerischer
Beitrag:
Walter Renneisen
(Schauspieler)

Wolf Neumann
(verfolgt, gestorben 1937)
Sofie Neumann
(ins Exil getrieben 1938)

Verlegung
Schäfergasse 4 und 3
ca. 10.50 Uhr

Jakob Samson Stern
(ins Exil getrieben 1938)
Luise Stern (ins Exil getrieben 1938)
Irma Stern (Exil, ermordet 1943)
Josef Grau (ermordet 1942)
Ida Grau (ermordet 1943)
Richard Grau (ermordet 1942)

Verlegung
Bernhardstr.3
Ca.11.30 Uhr

Jakob Rhein
(Widerstandskämpfer, überlebt)

Verlegung
Mainzer Str.8
Ca.12.00 Uhr

Emanuel Nachmann (ermordet
1942)
Ida Nachmann (ermordet 1942)

Verlegung
Kl. Ramsee 22
Ca.12.30 Uhr

Alwin Heizenroeder
(Widerstandskämpfer, überlebt)

Verlegung
Haßloch Kath. Kirche
Ca.13.15 Uhr

Pfarrer Adam Pfeifer
(im Widerstand, überlebt)

Sonderverlegung,
Samstag 1.Mai 2010

Verlegung
Grabenstr.16
Ca. 12 Uhr

Oskar Jülich (im Widerstand, überlebt)
Im Anschluß an die Maikundgebung des
DGB-Ortsverbandes auf dem Marktplatz

„Hier begann das Unfassbare“

Erinnerung: Mehr als 100 Menschen nehmen an der Verlegung der „Stolpersteine“ wider das Vergessen teil

Margarete Rauch, zu Hause in der Mainzer Straße, wird nie vergessen, was sie in der dunkelsten Zeit deutscher Geschichte als Parkschülerin erleben musste. Eines Tages sei der Rektor ins Klassenzimmer gekommen und habe verkündet, hier sei ein jüdisches Mädchen, das die Schule verlassen müsse. Das jüdische Mädchen hieß Hertha Reinheimer, die zierliche Schulfreundin Margarete Rauchs. Nicht nur an Hertha, auch an die Eltern Moritz und Recha und an die Schwester Irene erinnern seit Samstag vier „Stolpersteine“ vor dem Haus Marktplatz 11 in der Nachbarschaft der Stadtkirche. „Ermordet 1941“ steht unter jedem Namen auf der Messingplatte der von Adam Petri fachmännisch in das Pflaster eingemauerten Erinnerungssteine. Rüsselsheim setzt Stolpersteine wider das Vergessen. Was im Rahmen des von dem Kölner Bildhauer Günter Demnig erdachten Kunstprojekts auf Betreiben der Stolperstein-Initiative Rüsselsheim 2007 mit Unterstützung des Magistrats sowie einer Reihe von Initiativen und Organisationen mit zunächst zwölf Steinen begann, wurde am Samstag in einer berührenden, ja bedrückenden Weise fortgesetzt. Mehr als 100 Menschen versammelten sich in der Marktstraße 5, wo nach

einem einleitenden Klarinettensolo von Pavel Mozgovoy Stolperstein-Initiator Rolf Strojec, Oberbürgermeister Stefan Gieltowski und Schauspieler Walter Renneisen bewegende Worte sprachen. Gemeinsamer Tenor: Nur die Erinnerung kann vor einer Wiederholung des schrecklichen Geschehens schützen.

Die Initiative Stolpersteine, erinnerte OB Gieltowski, beschäftigt sich mit der Aufarbeitung der Biografien von Menschen, die in der Zeit der Nazidiktatur Opfer des Terrors wurden. „Mit der Verlegung der Stolpersteine bekennen wir uns öffentlich zu diesem dunklen Teil unserer Stadtgeschichte, so wie wir es auch schon mehrfach getan haben“, sagte der OB.

Rolf Strojec ist es wichtig, die Erinnerung dorthin zurückzuholen, wo die Verfolgten zu Hause waren. „Hier begann das Unfassbare, das Grauen, und nicht erst in Auschwitz.“

Erschütternd die Schilderung der Frankfurter Pogromnacht in Valentin Sängers Roman „Kaiserstraße 12“, aus dem Walter Renneisen, der den Autor persönlich kannte, vor einem mäuschenstillen Publikum vorlas. Die ersten Steine, die am Samstag in der Marktstraße 5 gesetzt wurden, tragen die Namen von Wolf und Sofie Neumann, die in der damaligen Darmstädter Straße ein „Kaufhaus für Schuhwaren“ betrieben. Das vergrößerte Eröffnungsinsensat, datiert vom 15. März 1921, verkleidete die Frontseite des Rednerpultes. Der von den Nazis verfolgte Wolf Neumann starb 1937, Ehefrau Sofie floh ein Jahr später ins Exil.

In der Schäfergasse folgte im Anschluss der Einbau neuer Steine vor den Häusern Nummer 3 und 4. Sie erinnern an Josef, Ida, Hilde und Richard Grau, die 1942 ermordet wurden. Und sie erinnern an Jakob Samson Stern, Luise und Irma Stern, die 1938 ins Exil getrieben oder 1943 ermordet (Irma) wurden.



Stolpersteine wider das Vergessen:

Nach dem Auftakt 2007 wurden am Samstag weitere Steine mit den in Messinginschriften festgehaltenen Namen der Opfer und Verfolgten des Nazi-Regimes in das Pflaster eingelassen. Unser Bild zeigt Adam Petri in der Marktstraße bei der Arbeit. Initiator Rolf Strojec schaut zu.

Foto: Heinrich Schreiber



Die Skrupellosigkeit des Nazi-Regimes wurde am Samstag Im Kleinen Ramsee lebendig: Neffe Siegfried Roth schildert vor dem mit alten Familienfotos geschmückten Haus das tragische Leben des Widerstandskämpfers Alwin Heizenroeder, den die Bilder links und oben zeigen
Foto: H.Schreiber

Die gedanklichen Anstöße, die die Steine als kleine Denkmale im öffentlichen Raum geben sollen, sind nicht nur für die Opfer des NS-Regimes gedacht, sondern auch für diejenigen, die schon 1933 den Mut zum Widerstand aufbrachten. Beispielsweise Jakob Rhein in der Bernhardstraße 3 oder der Haßblocher Pfarrer Adam Pfeiffer, die beide im Widerstand überlebten. Auch ihre Namen sind nun in den Messinginschriften der Stolpersteine verewigt.

Noch warten auf den Einbau vor dem Haus Mainzer Straße 8 müssen die am Samstag schon bereitgehaltenen Stolpersteine mit den Namen Emanuel, Ida und Ludwig Nachmann, die sämtlich 1942 ermordet worden sind. Bei den Recherchen stieß Strojecs Initiative auf noch lebende Verwandte in Israel. „Wir werden alles versuchen, sie nach Rüsselsheim zu holen“, kündigte Strojec an.

Überhaupt wird sich die Initiative verstärkt darum bemühen, zu den künftigen Verlegungen - insgesamt ist an 60 bis 70 Steine gedacht - Zeitzeugen aufzufinden und zur Teilnahme einzuladen. „Diese Form der kulturellen Erinnerungsarbeit hat begonnen“, verkündete Strojec Im Kleinen Ramsee 22, wo der Auftritt am Samstag besonders unter die Haut ging: Das Gedenken an den Widerstandskämpfer Alwin Heizenroeder geriet durch eine familiengeschichtliche Aufbereitung des Neffen Siegfried Roth und das Hintergrundwissen von Norbert Breivogel zu einer Lehrstunde nationalsozialistischer Skrupellosigkeit.

Der am 9. März 1899 in Geinsheim geborene Alwin, von Beruf Fabrikarbeiter, hatte im Ersten Weltkrieg neben anderen Verwundungen das rechte Auge verloren. Er war Mitglied der KPD und suchte 1929 das private Glück durch den Ankauf eines 400 Quadratmeter großen Baugrundstücks Im Kleinen Ramsee. Nach der Verhaftung und der Rückkehr aus dem KZ Osthofen übernahm er federführend die illegale Aufbauarbeit für die KPD. Vier Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust waren 1935 die Quittung des Regimes.

Der Entlassung 1939 folgte die sofortige Schutzhaft. Was Alwin nicht wusste: Die Nazis waren perfide

genug, die Ehefrau mit der Drohung, Haus und Kinder wegzunehmen, zur Scheidung zu zwingen.

Erst ein Zeitungsbericht hat Siegfried Roth auf die Spuren seines Onkels gebracht, der ebenso wie Tante Maria wieder heiratete. Dass sich die Erniedrigung des Widerstandskämpfers Alwin Heizenroeder nach dem Krieg fortsetzte, dass alle Forderungen nach Kriegsrente und der Rückübertragung seines Hausanteils abgewiesen wurden, ist kaum nachvollziehbar. Die Familie habe ihn totgeschwiegen, sagt Jürgen Roth. „Alwin, wir sind stolz auf Dich. Du bist ein leuchtendes Vorbild!“ Heizenroeder starb am 21. Dezember 1975 in Raunheim.

An den einzelnen Stationen zitierten Schüler der GPR-Krankenpflegeschule, der Gerhart-Hauptmann- und der Parkschule aus dem Leben der Opfer.

Rolf Strojec vergab die Urkunden an die Unterstützer, die Patenschaften für die Stolpersteine übernommen haben: Rainer und Monika Wolf, Nauheim, Erika Grob, Margarete Rauch, Steffen Jobst, OB Gielowski, die Verdi-Vertrauensleute bei der Stadt, Wilma Racky, München, Jutta Duchmann, Paul Hamm, Stiftung Synagoge, Norbert Breivogel und die Pfarrei Auferstehung Christi und die VKL Opel. Nach einer Sonderverlegung in der Grabenstraße 16 am 1. Mai, die dem Widerstandskämpfer Oskar Jülich gilt, wird die Stolperstein-Aktion 2011 fortgesetzt - mit dem Künstler Günter Demnig, der diesmal verhindert war.

Rüsselsheimer Echo 26.4.2010 Von Heinrich Schreiber

Dass niemand das Unrecht vergisst

Stolpersteine - Zweite Verlegung im Gedenken an 16 weitere Rüsselsheimer Opfer des Nazi-Terrors

„Erinnerungssteine direkt vor der Haustür“, so charakterisierte Rolf Strojec für die Rüsselsheimer Initiative die Bedeutung der „Stolpersteine“, von denen am Samstag 16 weitere verlegt wurden. Sie sind stumme Mahner, die die Erinnerung an den Schrecken des „Dritten Reiches“ für die Bürger präsent halten. „Die großen Gedenkstätten sind zumeist herausgehobene Orte mit isolierter Lage, haben mit unserem Alltag weitgehend nichts gemein.“ Zwölf „Stolpersteine“ hatte die Initiative 2008 verlegt. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf jüdische oder politisch engagierte Mitbürger, die Mut mit Konzentrationslager, Gefängnis, Folter, Strafbataillon hatten bezahlen müssen.

Nun also die Fortsetzung der Aktion. Das jüdische Ehepaar Wolf und Sofie Neumann lebte in der Marktstraße 5. Die Patenrede hielt Maike Hedderich für ihre GPR-Krankenpflegeschulklasse. Wie alle Redner gab sie eine biografische Rückschau, erzählte zu den Namen die Lebensgeschichte. Sofies Mann starb 1938, mit den Kindern wurde die Witwe ins Exil getrieben. Ein Klagegedicht über das erste Frankfurter Judenpogrom aus dem Gebetbuch von Saloniki rundete die Rede ab. Moritz, Recha, Hertha und Irene Reinheimer, die am Marktplatz 11 lebten, war die nächste Station gewidmet, wo Schüler der Klasse 10b der Hauptmannschule die Gedenkrede hielten. Filip Brzezick, Nicole Gogolin, Jacqueline Cyll, Robine Rößler blickten auf das Leben der Familie, die im Ghetto in Minsk umkam.

„Wie wurden aus normalen Menschen Folterer und Mörder?“

Im Gehweg vor der Schäfergasse 4 sind nun „Stolpersteine“ für Jakob, Luise und Irma Stern eingelassen. Die Gedenkrede hatten drei Schülerinnen der 10aR der Parkschule vorbereitet. Hanane Abakai, Franziska Karger und Angelika Eva hatten sich außerhalb des Unterrichtes mit dem Leben der Kantorenfamilie befasst. In der Schäfergasse 3 lebten Josef, Ida, Richard und Hilde Grau. Über sie hatte die Klasse 9a der Hauptmann-Schule eine Rede vorbereitet. „Auf das niemand, der vorübergeht, dieses furchtbare Unrecht vergessen wird“, wünschte sich ein Schüler die Wirkung der „Stolpersteine“ auf Passanten.

„Eine Form kultureller Erinnerungsarbeit beginnt jetzt“, sagte Strojec später über die heutige Zeit, in der viele Zeitzeugen schon verstorben sind. Wie wichtig Erinnerungsarbeit ist, drückte auch OB Stefan Gielowski in einer Ansprache aus, die mit einem Zitat Richard von Weizsäckers begann: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“

Durch Stolpersteine viel über Familien gelernt

Heute werde die Frage gestellt, wie aus normalen Menschen Mörder und Folterer wurden. „Nur die Erinnerung, die Aufarbeitung dieser Geschichte, Sichtbarmachung der ersten Schritte in die Diktatur und Gewaltherrschaft, können Antworten geben und verhindern, dass eine solche Zeit wiederkehrt“, sagte Gielowski, der die Patenschaft für die „Stolpersteine“ der Familie Grau übernommen hat.

In der Bernhardstraße 3 lebte Jakob Rhein, der Gewerkschafter, der hier, in Darmstadt und in den Konzentrationslagern Osthofen und Dachau gequält wurde. Als Pate hielt Paul Hamm die Gedenkrede. Er hatte Jakob Rhein als Kind persönlich gekannt. Alwin



Adam Petri verlegt diesmal für die Initiative in Vertretung Gunter Demnigs die „Stolpersteine“, die in vielen Fällen überhaupt die ersten Gedenksteine für die Opfer sind. Insbesondere ermordete Juden erhielten ja kein eigenes Grab.

Foto: Vollformat / Volker Dziemballa

Heizenroeder, wie Rhein Kommunist und Widerstandskämpfer, hisste bis 1933 die rote Fahne im Kleinen Ramsee 22, erzählte Sigi Roth über seinen Onkel. „Alwin hat die Fahne gehisst in einer Zeit, als sich alle anderen duckten.“ In der Familie seien die Informationen darüber sehr dürftig gewesen. Durch die „Stolperstein“-Aktion haben Roth und eine Schwester systematisch über den mutigen Vorfahren recherchiert und einen Neffen ausfindig gemacht, der sich an Details erinnerte.

Der vorerst letzte „Stolperstein“ wurde vor der Haßlocher Dreifaltigkeitskirche eingelassen, für den katholischen Pfarrer Adam Pfeifer, ebenfalls ein Widerstandskämpfer, der schwer beschädigt das „Dritte Reich“ überlebte. Die Patenschaft hat die heutige Doppelgemeinde übernommen. Sie wird sich also wie die anderen Paten auch ganz praktisch um die Pflege der Gedenksteine kümmern.

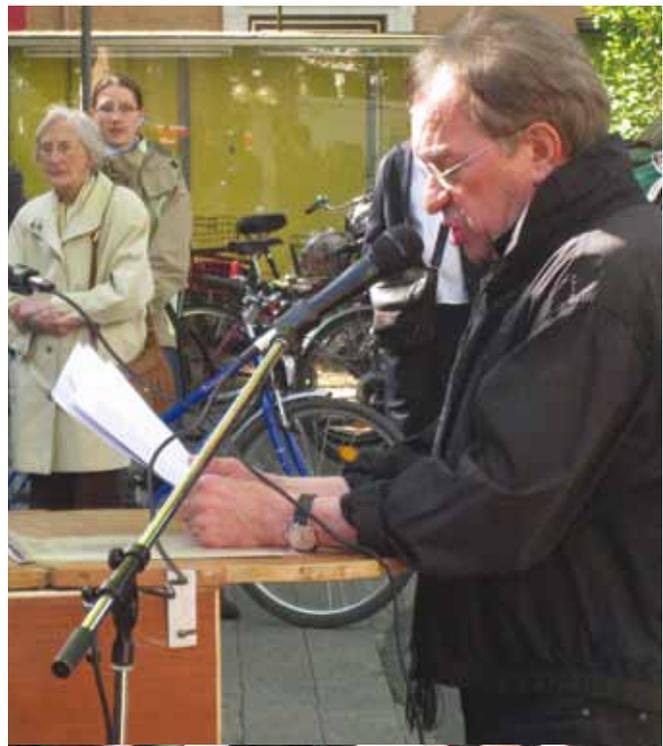
Mainspitze 26.04.2010 Von Nina Finkernagel

3 x Gedenkkultur:

Der Schauspieler Walter Renneisen liest zur Eröffnung aus dem Roman „Kaiserhofstr.12“ von Valentin Senger

Oberbürgermeister Stefan Gieltowski ehrt die Familie Grau, für die er persönlich die Patenschaft übernommen hat

Das Bläserquartett der Haßlocher Gemeinde ehrt Adam Pfeifer



Erinnerung und Mahnung

Sigi Roth über seinen Onkel Alwin Heizenroeder: „Die Familie hat ihn totgeschwiegen und über ihn nach dem Bewertungsmuster geurteilt: Er war ein Fanatiker, der seine Familie und sich selbst gefährdet hat.“ Am Samstag sagte Roth: „Alwin, für uns bist Du ein leuchtendes Vorbild in dieser Stadt.“ Die geplante Verlegung der „Stolpersteine“ für Emanuel, Ida und Ludwig Nachmann in der Mainzer Straße 8 entfiel, da überraschend noch lebende Verwandte in Israel ausfindig gemacht wurden. Die „Stolperstein“-Initiative möchte sie zu einer späteren Verlegung einladen.

Schauspieler Walter Renneisen trug zu Beginn der Verlegung in der Marktstraße einen Auszug aus dem autobiografischen Buch „Kaiserhofstraße 12“ von Valentin Senger vor. Darin schildert Senger die Pogromnacht („Kristallnacht“), die er als Kind in Frankfurt erlebt hatte.

Der Kölner Künstler Gunter Demnig, Erfinder des „Stolperstein“-Gedenkens, konnte jetzt nicht anwesend sein. Er versprach aber, bei der dritten Verlegung im Frühjahr 2011 wie bei der ersten (2008) dabei zu sein.

Als Sonderverlegung findet am kommenden Samstag, 1. Mai, im Anschluss an die DGB-Feierstunde zum „Tag der Arbeit“ vor dem Haus Grabenstraße 16 ein Gedenken an den von den Nazis ebenfalls gequälten Gewerkschafter und Widerstandskämpfer Oskar Jülich statt.

Mit nie versiegenderem Hass gejagt

VON NAZIS VERFOLGT

Der Fabrikarbeiter Alwin Heizenroeder als Zielscheibe für das Regime und seine Schergen

Alwin Heizenroeder war am 1. Mai 1933 einer der ersten Rüsselsheimer, die von den Nazis verhaftet und ins KZ Osthofen gebracht wurden. Der am 9. März 1898 in Geinsheim geborene Mann war Kommunist und stand damit längst ganz oben auf der Liste derer, die von den Nationalsozialisten als erste „ausgemerzt“ werden sollten.

Als Walzwerker hatte er bei den Hedderheimer Kupferwerken in Gustavsburg gearbeitet. Mit seiner Frau erwirbt er 1929 von der Rüsselsheimer Stadtverwaltung das Anwesen Kleiner Ramsee 22, finanziert mit seiner Kriegsrente. Im ersten Weltkrieg hatte er das rechte Auge verloren und einen Meniskus-Durchschuss erlitten, eine Erwerbsminderung um 60 Prozent ist anerkannt.

Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative hat aus Archiven viel über Heizenroeder zusammengetragen und einen „politischen Lebenslauf“ dieses Mannes geschrieben. Faktum um Faktum entsteht das Bild eines Fabrikarbeiters, der wie andere im Gegensatz zu „Frontkämpfern, die das Gemetzel nur als Auftakt für eine auf Gewalt, Tod und Entzivilisierung basierende Karriere begriffen“ ein überzeugter Linker geworden war und sich der KPD anschloss. „Acht Rüsselsheimer Kommunisten kommen nach Osthofen“ berichtete die „Main-Spitze“ zum 1. Mai 1933. Heizenroeder erlebte die erste Version der Lager, zur Abrechnung eingerichtet von Nazis und der alten Geheimpolizei, die nun als Gestapo „durchgreifen konnte“. Strojec hat zu Osthofen erschütternde Augenzeugenberichte über Schläge, Hunger, Schlafentzug, Erniedrigung.

Als Heizenroeder geschunden zurückkehrt, findet er SPD und KPD, bei den letzten Wahlen gemeinsam weit stärker als die Nazis, mit dem Rücken an der Wand, aber weiterhin uneins. Vor allem Kommunisten werden gejagt und gehen, wie Strojec belegt, durch zu offenes Vorgehen und aufgrund von Spitzeln reihenweise ins Netz. Im September 1934 übernimmt Heizenroeder federführend die Aufgabe, die zerschlagene KPD klüger wiederaufzubauen. „Er gewinnt mit Heinrich Tiemann, Albert Steube, Anton Windmeiser und Heinrich Schmitt ehemalige Aktivisten“, schreibt Strojec. Dank Dreier- und Fünferzellen, die wiederum nur durch einen Kontaktmann verbunden sind, leisten sie zunächst unentdeckt nadelstichartig Widerstand, bringen mit Schriften und Flugblättern Nachrichten über Nazi-Verbrechen unter Volk. „Heinrich Tiemanns heute noch hier lebender Sohn ist bis heute stolz auf seinen Vater und alles, was dieser damals gewagt hat“, erzählt Strojec.



Alwin Heizenroeder nach der Gefangennahme. Dieses Foto wurde für seine Gefangenenakte angefertigt. privat

Auch die Frauen machen mit, sammeln Geld und leisten Betreuung, „Rote Hilfe“ für Kinder, Alte, Familien der Verschleppten. Heizenroeders Versuch, in Raunheim eine weitere Gruppe aufzubauen, misslingt. Im Februar 1935 wird seine Rüsselsheimer Gruppe wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet, auf vier Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust erkennt am 21. Juni das Oberlandesgericht Darmstadt. Heizenroeder kommt ins Zuchthaus Rockenberg und drei Monate ins Straflager Aschendorfer Moor. Am 31. März 1939 wird er entlassen, die Gestapo Darmstadt übernimmt ihn unmittelbar in „Schutzhaft“. Endlich in Rüsselsheim ankommend, erfährt er, dass ihm die Kriegsversehrtenrente mit den Ehren aberkannt wurde. Sein Widerstand gegen das Regime wird als „schwere Eheverfehlung“ erkannt, die Scheidung erzwungen. Das Haus wird zwangsversteigert. Bis 1970 kämpft Alwin Heizenroeder um Anerkennung seiner Wiedergutmachungsansprüche.

Mainspitze 13.03.2010 - von Michael Wien

Entdeckung nach 65 Jahren

Familie Alwin Heizenröders be- kennt sich zu totgeschwiegenem Onkel

Rund um die zweite Verlegung von „Stolpersteinen“ hat sich Bewegendes ereignet. Welchen mutigen Widerstandskämpfer die Familie Alwin Heizenröders zu ihren Vorfahren zählen darf, war den Nachkommen bislang unbekannt. Als sie nun in dieser Serie die Ergebnisse der Recherchen Rolf Strojecs von der „Stolperstein“-Initiative lasen, machten sie sich daran, den Mann für sich selbst zu entdecken, berichtet stellvertretend Sigi Roth. Auf 14 bebilderten Seiten haben sie nun zusammengefasst, was sie jetzt über ihn wissen. Sie danken Strojec und der Initiative, ihnen den Anstoß zur eigenen Recherche gegeben zu haben. Ihre inzwischen sozialdemokratisch geprägte Familie habe Leben und vor allem politisches Handeln des kommunistischen Vorfahren als das eines sich und die Seinen gefährdenden Fanatiklers „totgeschwiegen“, wie ein anderer Neffe es jetzt „auf den Punkt gebracht“ habe.

„Persönlich kannten wir ihn nicht“, bedauern die Nachfahren. Zeitzeugen seien schon fast alle gestorben. Wir haben uns aber erinnert, dass es noch diesen Neffen gibt, der als jugendlicher oft bei ihm und seiner Familie im Haus Im kleinen Ramsee 22 war.“ Mit diesem Neffen haben sie ein langes Gespräch geführt. Zudem wurden alle in der Familie verfügbaren Fotos durchforstet und vier gefunden, auf denen Alwin zu sehen ist. „Der größte Teil dessen, was wir wissen, ist gerade einen Monat alt, ergänzt durch Erinnerungsdetails unserer Tante Maria, Alwins zweiter Ehefrau, die sie uns in den 70ern erzählt hatte.“

Vieles in der Zusammenfassung ist Lesern der „Main-Spitze“ schon bekannt gemacht. Die Fotografien dokumentieren einen Verfall des Mannes, wie er angesichts seiner Leidensgeschichte zu erwarten war. Dennoch treffen sie den Betrachter mehr als jeder geschriebene Satz. Ein Vergleich zum Alwin Heizenröder vor Beginn dieser Leidensgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg

also, ist nicht möglich. Der 27-Jährige auf dem ersten Foto ist bereits Kriegsveteran, gezeichnet vom Erlebten, nicht nur durch Verlust des rechten Auges und den Kniedurchschuss. Die Haltung ist entschlossen, die Tiefe seiner Motivation, alles daran zu setzen, um neue Waffengänge zu verhindern, ist dem Blick des erhaltenen Auges abzulesen. Das nächste, letzte Foto vor der Verhaftung durch die Nazis zeigt am 9. April 1933 in Geinsheim einen nicht normal gealterten, sondern noch gezeichneteren Mann. Inzwischen hatte er seine erste Frau, Katharina, bei der Geburt des ersten Kindes verloren. Die 18jährige Schwester der Verstorbenen, Maria Ginkel, nahm sich des Säuglings an, eineinhalb Jahre später heiratete sie Alwin. Aber auch Sorge und Vorahnung lesen die Nachfahren im Gesicht des „kommunistischen Staatsfeindes“ der Nazis. Drei Wochen später wird er mit sieben weiteren Mitgliedern der hiesigen KPD ins KZ Osthofen verschleppt, unter ihnen Georg Götz, noch ein Onkel der jetzt recherchierenden Verwandten. Das Foto für die Gefangenenakte (1935) schließlich zeigt einen noch immer erstaunlich entschlossenen, von seelischen und körperlichen Foltern schwerstens gezeichneten, aber nicht ganz gebrochenen Mann.

Die Nachfahren bedauern, in der Familie habe man getan, als wisse niemand, wo er nach dem Krieg geblieben sei, er, der bis zu seinem Tod am 21. Dezember 1975 in Raunheim wohnte. Ihm, nicht den Nazi-Tätern habe man Schuld an allem zugewiesen. Typisch in einer Zeit, da der Anti-Kommunismus keine Würdigung des kommunistischen Widerstandes duldete. Dass Maria Heizenröder über ihn schwieg, habe wohl mit Scham zu tun, auf das hinterlistige Scheidungsdrängen der Nazis eingegangen zu sein und nie mit ihm darüber gesprochen zu haben. 65 Jahre nach Kriegsende ist die Familie froh, dass endlich auch er und andere hier geehrt werden. Er habe versucht, über das unmenschliche System aufzuklären, während sich andere duckten. „Bis zur Verhaftung hisste er auf seinem Haus die rote Fahne. Eine ungeheure Provokation, zumal unweit des NS-Parteiheimes, heute Kita im ‚Regenbogenpark‘.“ Die Familie sage jetzt: „Tot-schweigen und Erniedrigungen haben ein Ende. Wir sind stolz auf Dich. Du bist ein leuchtendes Vorbild in dieser Stadt.“





In seinem selbstgebauten Haus Im Kleinen Ramsee 22 suchte er das kleine Glück, hier nahm das große Unglück seinen Lauf. Im neuen Haus kurz nach der Fertigstellung 1932 sehen wir: von li Alwin Heizenröder jun. (aus 1.Ehe), Alwin Heizenröder, Maria Heizenröder geb. Ginkel, Willi Heizenröder, Katharina Ginkel. Fotos: Roth

GEHETZT UND GETÄUSCHT

- „Tante Maria hat mir in den 70er Jahren oft erzählt, wie die kleine Wachsmatrizen-Maschine funktionierte“, berichtet ein Neffe. Mit einer Matrize konnten bis zu 2000 Flugblätter hergestellt werden. Abgelegt wurden sie auch in Raunheim und Groß-Gerau, nachts an wichtigen Straßen, damit sie am Morgen von Arbeitern gefunden würden. Papier war knapp, also standen Aufrufe zum Ausschneiden und Weiterverteilen mehrfach auf jedem Blatt.



- Einmal habe die Gestapo frohlockt, als sie im Haus nach Waffen suchte und der fünfjährige Sohn Willi anbot, sie zum Versteck zu führen. Der Knirps geleitete sie zu seinem Holzgewehr.

- Dass die Familie nicht verhungerte, ist auch einem Bruder Maria Heizenröders zu danken, der einen kleinen Milch- und Lebensmittelhandel betrieb.

- Die Gestapo stahl der Familie unter anderem ein Fahrrad, berief sich dabei schriftlich (!) auf das „Gesetz zur Einziehung kommunistischen Vermögens“. Der Drahtesel ging in den Besitz des Landes Hessen über. Man wollte die Eheleute ganz enteignen, Maria Heizenröder aber nicht ebenfalls „Vorbereitung zum Hochverrat“ nachweisen, in der Furcht, Teile der Bevölkerung könnten ihr beistehen. So gaukelte man der Ehefrau vor, eine Scheidung könne die Enteignung verhindern.

- Nach der Scheidung wies man nach, die Frau könne das Haus nicht allein halten.

- Alwin und Maria Heizenröder heirateten später andere Partner.

Mainspitze 8.5.2010 -M.Wien

Ausgeplündert, deportiert und umgebracht

Die ermordeten Emanuel und Ida Nachmann werden morgen am letzten freiwilligen Wohnsitz geehrt

Über das Schicksal der jüdischen Familie Nachmann wurde und wird in Rüsselsheim immer wieder gesprochen. Dabei geht es fast immer um Äußerungen der Wertschätzung durch Menschen, die sie selbst noch als Mitbürger erlebt hatten. Was den Verbleib der von den Nazis deportierten Familie anging, gab es hier und da Vermutungen, aber kaum jemand wusste etwas Stichhaltiges zu berichten. Das änderte sich mit den Aktivitäten der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative. Im April 2010 wurde eine geplante Verlegung der „Stolpersteine“ für Emanuel, Ida und Ludwig Nachmann in der Mainzer Straße 8 verschoben, da überraschend noch lebende Verwandte in Israel ausfindig gemacht worden waren. Die Initiative wollte sie zu einer späteren Verlegung einladen. Allein dem Gedenken an Emanuel und Ida Nachmann ist nun am morgigen Samstag, 21. Mai, die vierte „Stolperstein“-Verlegung gewidmet, die von 12 bis etwa 12.45 Uhr vor der Mainzer Straße 8 (Ecke Ludwigstraße) stattfinden soll. Paten sind die Konfirmandengruppe der Luthergemeinde und die Stiftung Alte Synagoge. Die Verwandten aus Israel sind verhindert, dennoch will man der Familie Nachmann jetzt Gedenksteine setzen. Sie werden an etwas erinnern, das in seinem furchtbaren Ausmaß zum Schrecklichsten gehört, das je Bürgern dieser Stadt widerfahren ist. Emanuel und Ida Nachmann (geborene Mannheimer) wurden von den Nazis ausgegrenzt, gedemütigt, um ihren Besitz gebracht, deportiert, geschunden und schließlich ermordet wie nach heutigen Erkenntnissen mindestens 14 weitere Mitglieder ihrer Familien. Rolf Strojec, Sprecher der „Stolperstein“-Initiative, stellt fest, in der Geschichte dieser Menschen treffe offenbar alles zusammen, was wir über den Holocaust wissen. Was Strojec und die Initiative bis heute über Emanuel und Ida Nachmann zusammengetragen haben, ist noch umfangreicher und aufschlussreicher als das, was die „Main-Spitze“ im April 2010 berichtet hat. Eine Folge dieser Serie reicht nicht aus, wiederzugeben, was die heute in dieser Stadt lebenden Menschen interessieren müsste (Fortsetzung morgen).

Früh fasziniert von Autos und Mechanik

Emanuel Nachmann wird am 15. Januar 1885 als Sohn des Metzgers Bernhard Nachmann und seiner Frau Emma (geb. Dahlerbruch) in Nordenstadt bei Wiesbaden geboren. Acht Söhne (Isidor, Louis, Ferdinand, Salomon, Moritz, Emanuel, Julius, Friedrich) und fünf Töchter (Hermine, Mathilde, Clementine, Kathinka) hat das Ehepaar. Emanuel besucht nach

Volks- und Mittelschule eine Fachschule für Schlosserei und Mechanik. Bis 1920 hat er verschiedene Stellungen inne. In Gräfenhausen lernt er Ida Mannheimer kennen, Tochter eines Handelsmannes. Sie heiraten dort am 9. Juni 1912. Drei Kinder bekommt das nach Rüsselsheim übersiedelnde Paar: Bernhard (1913), Edith (1915), Martin (1919).

Emanuel Nachmann betreibt ab 1918 in der Darmstädter Straße 29 (Hungsberg-Haus), ab 1926 in der Mainzer Straße 8 einen florierenden Mittelstandsbetrieb (Reparaturwerkstatt für Autos und Motorräder, Werkstatt zur Vernickelung und Verchromung von Autoteilen, Autoschlosserei, Vertrieb von Kraftfahrzeugen, Taxi-Betrieb, Fahrschule, Vermietung von sechs Auto-boxen und Garagen). Das Haus in der Mainzer Straße 8 wurde 1923 von Benno Adler erworben. In der Blüte der Betriebe hatte Nachmann 50 Beschäftigte, eine Generalvertretung für Opel und die Duerrkopp-Werke (Fahrräder). Ab 1931 hatte er etwa 70 Menschen das Fahren beigebracht, war bekannt und beliebt, hatte sich aus einfachsten Verhältnissen emporgeschafft. „Und Nachmann war sogar als Fluglehrer in Wiesbaden aktiv“, berichtet Strojec weiter.

Sohn Martin Nachmann schilderte 1960: „Nach 1933 entzog ihm Opel allmählich alle Aufträge, Fahrschüler blieben aus, die nicht mehr bei einem Juden lernen wollten.“ Nachmann gerät in Schulden, muss 1936

Emanuel Nachmann stammte aus einfachsten Verhältnissen. Hier ist er als Kind zu sehen (links), mit seiner Schwester Clementine, Vater und Mutter sowie einem seiner Brüder in Nordenstadt. Foto: privat



alles versteigern. Strojec: „Von 50 000 Reichsmark geht es über Judenhetze und Geschäftsboykott auf 12 000 herunter.“

Noch im Abstieg für andere eingesetzt

Von „ökonomischem Eigeninteresse geleitet“ seien Einlassungen des Ersteigerers des Grundstückes, Sass, und der Volksbank im Wiedergutmachungsverfahren. „Sass behauptete 1960, das große Grundstück völlig leer vorgefunden zu haben, obwohl all das Material wohl kaum in die Frankfurter Drei-Zimmer-Wohnung gepasst haben kann.“ Angehörige seines Glaubens schützend hatte Nachmann ab Februar 1934 einen vom Frankfurter Rabbinat gesponserten Ausbildungsbetrieb für jüdische Jugendliche betrieben. Wer ins britisch besetzte Palästina auswandern wollte, musste dort eine Handwerksausbildung nachweisen. Geleitet wurde die Werkstatt vom Handwerksmeister Ernst Hüter, der sich trotz der allgemeinen Hetze mutig um die Auszubildenden kümmerte.

1938 musste Nachmann aufgeben und das Haus versteigern. Mit seiner Frau Ida und Sohn Martin wanderte er wie viele Juden traurig ins großstädtische Frankfurt aus.

20.05.2011 - Mainspitze von Michael Wien

SCHICKSAL DER KINDER

Edith entkam laut Recherchen Rolf Strojecs in die USA. In New Orleans heiratete sie Egon Edward Oppenheimer und begründete den US-Zweig der Familie mit Nachkommen bis 2002.

Martin entkam nach Palästina und betrieb ab 1960 vom Kibbuz Kfar Giladi aus die Ansprüche der Familie auf „Wiedergutmachung“. Er heiratete Lony Rachel Zuckermantel. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor: Michael (1943), Alisa (1947), Yigel (1948) und Oded Nachmann (1951). Sie begründeten den israelischen Zweig der Familie mit Nachkommen bis 2003.

Bernhard schrieb am 31. Oktober 1952 aus dem Sanatorium Gauting in einem Brief: „Da ich infolge meiner KZ-Zeit seit 1947 schwer tuberkulosekrank bin und fast die ganze Zeit außerhalb Berlins in Krankenhäusern bettlägerig verbringe, ist es mir nicht möglich, die Anträge ordnungsgemäß einzusenden.“ Kurz darauf verstarb er dort, berichtet Strojec.

Blick aus dem Innenhof der Mainzer Straße 8 (Ecke Ludwigstraße, heute Parkplatz, linke Häuserzeile fehlt) auf die Mainzer Straße. Foto: privat



Das genaue Todesdatum ist unbekannt

Heute Gedenken an Ida und Emanuel Nachmann / Verschleppt, getrennt, in Izbica beziehungsweise Majdanek ermordet

Erstaunlicherweise verließen Mut und Unternehmergeist Emanuel Nachmann auch dann nicht, als er von den Nazis verfolgt und ruiniert mit Frau und Sohn nach Frankfurt geflohen war. In der Großstadt mit ihrer jüdischen Gemeinde von 29 000 Mitgliedern mochten sich Juden sicherer wähnen als in der Kleinstadt Rüsselsheim. Niemand konnte sich vorstellen, dass alsbald inmitten der „modernen“ deutschen „Kultur-Gesellschaft“ ohne Aufstand des Volkes Massendeportationen zur fabrikmäßigen Ausrottung einer ganzen Bevölkerungsgruppe eingeleitet werden sollten.

Auch Nachmann, der ja eben noch den jüdischen Jugendlichen in Rüsselsheim eine Handwerksausbildung als Grundlage für ihre Auswanderung verschafft hatte, wanderte selbst nicht aus. Wahrscheinlich auch deshalb, weil er zunächst nicht mehr viel besaß. Um seine Familie ernähren zu können, eröffnete er erneut eine Fahrschule, am 8. April 1937 in der Frankfurter Seilerstraße 35, wie Rolf Strojec von der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative berichtet. Und Dank seines sechssitzigen Opel verdreifachten sich seine Frankfurter Einkünfte kurzfristig. „Er betreibt außerhalb Berlins die einzige jüdische Fahrschule in Hessen, Preußen und Bayern“, hält Strojec fest. Doch in der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 wird er verhaftet und unter der Häftlings-Nummer 29842 und der zynischen Verschlagwortung „Aktions-Jude“ ins KZ Buchenwald transportiert. Nach seiner Entlassung am 30. November 1938 findet er Auto und die Fahrschule beschlagnahmt, die Fahrschullizenz entzogen. Per Gesetz vom 12. November 1938 wird die Ausübung jeglicher selbstständigen Tätigkeit verboten: „Juden ist der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbstständige Betrieb eines Handwerks untersagt. Jüdische Gewerbebetriebe, Markt- und Messestände sind verboten und polizeilich zu schließen.“

Todestag per Gerichtsbeschluss

Emanuel und Ida Nachmann werden im Mai 1942 von Frankfurt nach Izbica (Lublin) deportiert. Emanuel wird im KZ Majdanek, Ida im KZ Izbica ermordet. Die jüdische Gemeinde Frankfurt bescheinigt am 30. Mai 1951 ihren Tod. Das Datum ist per Gerichtsbeschluss wie bei vielen andern Nazi-Opfern einfach auf den 8. Mai 1945 (Kriegsende) festgesetzt worden. Ein Gedenkblatt in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem erinnert an die Ermordung der Rüsselsheimer Bürger Emanuel und Ida Nachmann.

In der vorigen Folge wurde bereits erwähnt, dass mindestens weitere 14 Angehörige von den Nazis ermordet wurden. Emanuel Nachmanns ältere Schwester

Clementine, auf dem Foto der vorigen Folge neben ihm zu sehen, kam am 14. Dezember 1875 in Nordenstadt zur Welt. Sie heiratete 1908 den Metzger und Viehhändler Salomon (gerufen Sally) Schönfeld aus Düren. Ihre sechs Kinder kamen in Nordenstadt zur Welt: Bernhard, gerufen Benny (1908), Emma (1911), Erna (1912), Recha (1914), Irene (1918), Paul ist als Kind gestorben. Die Familie Schönfeld bewohnte im Geisbergweg 2 ein Häuschen, das der Familie seit Beginn des 18. Jahrhunderts gehörte. Rolf Strojec berichtet weiter: „Clementine, von den Nordenstadtern Clemen genannt, wird als begabte, fleißige Frau geschildert, für gesunden Menschenverstand und unkomplizierten Charakter bekannt. Neben ihren häuslichen Verpflichtungen bot sie seit 1913 im zweiten Stock ihres kleinen Hauses eine Pension für gebrechliche jüdische Rentner, die sie auch verköstigte. Auf diese Weise sorgte sie für weiteres Einkommen.“

Menschenunwürdige Lebensverhältnisse

Ehemann Sally soll in geschäftlichen Dingen wenig erfolgreich gewesen sein. Er starb Anfang 1940. Sohn Benny blieb ledig. Mit seiner jüdischen Freundin Edith Friedmann (Wiesbaden) hatte er eine Tochter, Judith, zu der er sich bekannte. Er musste unter den Nazis am Bahnhof in Wiesbaden als Bauarbeiter Zwangsarbeit leisten. Clementines älteste Tochter, Emma, war mit dem Biebricher Metzgerssohn Alfred Eisenberger verheiratet und hatte zwei Kinder. Erna wurde Buchhalterin und heiratete 1937 in Oldenburg Kurt Mayer. Recha besuchte das Lyzeum und leitete in Nordenstadt einen eigenen Kindergarten, den sie 1933 auf NS-Anordnung schloss. Danach arbeitete sie in Wiesbaden als Kindergärtnerin im Jüdischen Kindergarten, der im Gebäude der Jüdischen Wohlfahrtszentrale in der Faulbrunnensstraße 13 untergebracht war. Irene war mit Ludwig Frank aus Buttenwiesen bei Donauwörth verheiratet und gebar im Mai 1941 einen Sohn, Paul. Clementines Töchter Emma und Erna konnten sich rechtzeitig mit ihren Familien nach Chicago retten. Recha floh Anfang 1939 nach England, arbeitete als Krankenschwester und heiratete 1943 den aus Winkel stammenden Otto Hallgarten, der nach dem Krieg mit seinem Bruder in England einen Weinhandel betrieb.

Erfolgreiche Fluchtversuche

1942 waren noch Clementine und Benny Schönfeld sowie Irene Frank mit ihrer Familie in Nordenstadt verblieben. Trotz intensiver Versuche war die Flucht nicht gelungen. Benny sowie Irene mit ihrem Mann Ludwig und ihrem Sohn Paul wurden am 10. Juni 1942 nach Lublin deportiert. Benny kam nach Schwerarbeit im KZ Majdanek zu Tode. Irene, Ludwig und der einjährige Paul wurden weiter nach Sobibor gebracht und dort mit Gas ermordet.

Nach der Deportation ihrer Tochter Irene und deren Familie blieb Clementine Schönfeld als letzte aus der Familie in Nordenstadt zurück. Am 2. September 1942 wurde auch sie von Frankfurt nach Theresienstadt deportiert, am 21. September 1942 weiter nach Treblinka. Dort wurde auch sie ermordet.

21.05.2011 - Mainspitze von Michael Wien

Erinnerung an Familie Nachmann

Stolpersteine: Konfirmanden der Luthergemeinde sind Paten zweier Steine – Junge Leute malen Bild

Mit den Konfirmanden der evangelischen Luthergemeinde als „Stolperstein“-Paten hat die Aktion die bisher jüngste Altersgruppe erreicht. Nach dem Vorstellungsgottesdienst in der Stadtkirche schritten am Samstag die 27 Jungen und Mädchen zur Tat, um ihre Patenschaft zu vollziehen. Mit der Stiftung Alte Synagoge ließen sie zwei jener mit Messing-Namensschildern versehene Granitsteine auf dem Bürgersteig in der Mainzer Straße 8 ein. Dort, wo auf dem heutigen Parkplatz an der Einmündung der Ludwigstraße das letzte Wohn- und Geschäftshaus der Familie Nachmann stand, Mitglieder der jüdischen Gemeinde.

Den in polnischen Vernichtungslagern ermordeten Eheleuten Ida und Emanuel Nachmann sind die Steine Nummer 37 und 38 gewidmet, die im Rahmen der Stolperstein-Aktion in Rüsselsheim nun verlegt wurden, handwerklich vorbereitet und begleitet von Adam Petri. „Rüsselsheim setzt Steine gegen das Vergessen“, hielt Hans Zinkeisen vom Aktionskreis um Rolf Strojec, Koordinator des Stolpersteine-Projekts in Rüsselsheim, fest. Zugleich sollen sie gedankliche Anstöße geben und Anregung, sich mit der Zeit des Nationalsozialismus zu befassen. Denn „hier begann das Grauen, nicht erst in Auschwitz“, verdeutlichte Zinkeisen die Intention. Mit solchen Akten des Gedenkens verbinde sich die Hoffnung, dass sich daraus politische Sensibilität und Zivilcourage entwickle.

Für die Stiftung Alte Synagoge als Mit-Paten zeigte Bärbel Maul, die Leiterin des Museums in der Festung, den Werdegang jener Familie auf, die es in Rüsselsheim



zwischen 1918 und 1933 zu angesehenen Unternehmern gebracht hatte. Fragen zur Geschichte und zum Leben der Nachmanns, aus deren Familienkreis 14 Angehörige ermordet wurden – die drei Kinder Bernhard, Edith und Martin überlebten durch rechtzeitige Flucht ins Ausland – beantworteten sechs Konfirmanden. Anhand des von ihnen zusammengetragenen Materials zeigten sie beispielhaft auf, wie lückenlos die auf Ausgrenzung und Vernichtung der Bürger jüdischen Glaubens ausgerichtete Politik des Nazi-Regimes gestaltet war. Bis 1938 folgten Diffamierung und Boykott des einstigen ersten Opel-Vertragshändlers, Tankstellenbetreibers und Fahrschulbesitzers, ihm wurde sein Vermögen abgepresst weit unter Wert und die Arbeit verboten mit dem endgültigem wirtschaftlichem Ruin als Folge.

Besondere Verdienste hatte sich Emanuel Nachmann mit der Handwerksausbildung junger Menschen erworben, die nach Palästina auswandern wollten und dazu eine Berufsausbildung vorweisen mussten.

Wie kamen nun die 13 und 14 Jahre alten Konfirmanden zu diesem Thema und zu ihrer Rolle als Stolperstein-Paten? Den Anstoß dazu hatte Gemeindemitarbeiterin Judith Kähler-Wehrum gegeben, inspiriert von vorangegangenen Stolperstein-Verlegungen. In der Lutherkirche sei ihr Vorstoß bei Pfarrer Franz Reike auf offene Ohren gestoßen, erklärte sie.

In enger Zusammenarbeit mit der Stiftung Alte Synagoge und betreut von deren Mitarbeiter Hannes Pflügner sammelten die Jugendlichen Material. Auf ihre Patenrolle bereiteten sie sich mit einem viertägigen Besuch in Worms vor, wo sie die Synagoge und den Friedhof einer der ältesten jüdischen Gemeinden Europas besuchten und sich in Workshops vorbereiten. Bei der Verlegung des Steins am Samstag präsentierte die Gruppe auch ein in Acrylfarben selbst gemaltes Bild, das die erste Nachmann-Niederlassung in der damaligen Darmstädter Straße (Hungsberg-Haus) zeigt, ein altes Foto diente als Vorlage. Das Gemälde werde voraussichtlich der Stiftung übergeben, da es nicht wetterfest und ein Anbringen am Verlegungsort somit nicht möglich sei, sagte Kähler-Wehrum. Mit besinnlichen jüdischen Liedern umrahmte der Posaunenchor der Luthergemeinde die Feierstunde.

Rüsselsheimer Echo 23.5.2011 von Ernst Eelmae

**Siehe zu dieser Familiengeschichte auch die Recherche auf Seite 90:
Enthüllung nach 75 Jahren:
Ein Rüsselsheimer überlebt Auschwitz -
die Lebensgeschichte von Bernhard Nachmann**

Eine Gedenkrede hielten die Konfirmanden Melina und David, in den Händen die beiden Stolpersteine, deren Verlegung im Pflaster Adam Petri vorbereitete. Foto: Ernst Eelmae

Das Schicksal der Familie Stern

VON NAZIS VERFOLGT Forschungsergebnisse zum Verbleib des jüdischen Kantors / Bücher brennen länger als in Berlin

Am 16. November 1953 gibt eine ehemalige Rüsselsheimerin vor dem deutschen Konsul in Kapstadt, Dr. H. Schwarzmann, eine eidesstattliche Erklärung ab. Und wirft ein Licht auf verbrecherische Handlungen in Rüsselsheim, von denen auch Leser der „Main-Spitze“ erzählten, als es vor wenigen Jahren um den Erhalt der hiesigen Synagoge ging. Nur dass diese Leser am 10. November 1938 Kinder gewesen waren, die sich nicht trauen konnten, zu sagen, was sie über soviel Hass und Zerstörungswut dachten.

Jene Frau in Kapstadt hingegen war die gelernte Modistin Luise Stern, geborene Ellbogen, Ehefrau des Jakob Samson Stern, des Kantors, Lehrers, Schächters in der jüdischen Gemeinde Rüsselsheims. Rolf Strojec ist es gelungen, endlich Material auch über das Schicksal dieser Familie zusammenzutragen. „Sami“ Stern, 1881 in Ungarn geboren, eingebürgert 1928, starb demnach am 25. Dezember 1944 in Kapstadt, wohin er, seine aus Darmstadt stammende Ehefrau und die Kinder Alice, Kurt, Else und Berta (später nach New York übersiedelt) am 24. Februar 1939 über Holland den Nazis entkommen waren. Tochter Irma, Jahrgang 1909, wurde am 31. August 1942 in Auschwitz ermordet. Sie hatte in Maastricht einen holländischen Koch geheiratet und als Irma Hertog (in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als „Hartog“ geführt) von Herstellung und Verkauf von Hüten und anderen Modesachen ernährt, bis die Deutschen einmarschierten. Ihr Mann starb am 7. Februar 1945 im KZ Groß-Rosen.

Ihre Mutter sprach am 16. November 1953, längst Witwe, in Kapstadt vor, um so genannte Wiedergutmachung zu beantragen. Sie gab zu Protokoll, dass am 10. November 1938 ein Lastwagen vor die Tür ihrer letzten hiesigen Wohnung, Schäfergasse 4, gefahren wurde. Unter dem Schreien Hunderter von Menschen sei die gesamte Bibliothek aufgeladen, an den Main gefahren, mit Petroleum übergossen und verbrannt worden. „Leute erzählten sich, dass die Bücher fast zwei Tage brannten.“ Nicht einmal die Bücherverbrennung in Berlin konnte so lange in Gang gehalten werden. Auch zwei altertümliche Gebetrollen (Sefertorahs) seien verbrannt worden. Ferner habe man einen silbernen Chanuka-Leuchter mit Glockenspiel zerschlagen und einen sehr wertvollen Kupferstich aus dem Mittelalter („Der Bal Shem von Michelstadt“). Das Ganze sei in der Gasse besprochen worden, dürfe auch dem Bürger-



Eine Seite des Reisepasses von Kantor Jakob Samson Stern. Der Stempel des k.-und-k.-österreichisch-ungarischen Generalkonsulats in Frankfurt bestätigt, dass das Foto den abgebildeten Passinhaber zeigt.
Foto: Staatsarchiv Darmstadt

meister, Jung, bekannt sein. Das nach Holland mitgenommene Gut, Möbel und Wäsche, habe man dort gelassen, da Tochter Irma ermordet worden sei, wisse man nicht, was aus den Sachen geworden sei. Die Habe der Sterns und die von den Nazis verbrannten Bücher war feuerversichert gewesen, bei der „Thuringia“. Am Tag, nachdem die Schergen die Bücher verbrannt hatten, erschien ein Polizeidiener und holte die Versicherungspolice ab, berichtet Luise Stern weiter. Ihr Anwalt hält dazu im gleichen Jahr 1953 fest, über die Vorgänge im Rüsselsheimer Rathaus mit einem Stadtrat Müller gesprochen zu haben, der berichte, Stern gekannt und als Kind in seinem Haus verkehrt zu haben. „In ganz Rüsselsheim“ sei bekannt, dass Plünderung und Verbrennung so stattgefunden haben. Offenbar auch, dass „einige Seltenheiten“ unter den gestohlenen Sachen waren.

Mit einem nüchternen handschriftlichen Vermerk des Rechtsanwaltes enden die derzeitigen Recherche-Ergebnisse zum Schicksal der Familie: „Laut Besprechung 10 000 Mark anbieten“. Das heißt, da ist noch ein Ergebnis. Luise Stern wurden 18 489 Mark zuerkannt, umgewandelt, gezahlt als monatliche Rente von 346 Mark. Für den materiellen Schaden.

Mainspitze 20.03.2010 - von Michael Wien



Historische Ansicht der Rüsselsheimer Synagoge in der Mainzer Straße vor der Pogromnacht 1938. Im religiösen Zentrum der jüdischen Bürger wirkte der Kantor und Lehrer Jakob Samson („Sami“) Stern, im Gebetsraum (Erdgeschoss rechts) wie im Schulungsraum (Erdgeschoss links).
Foto Stadtarchiv

„Fast zwei Tage lang brannten Bücher“

Stolpersteine: Erinnerung an jüdische Familien, denen 1938 die Flucht ins Exil und ein Überleben im Ausland gelang

Das Gedenken der Rüsselsheimer Bürger jüdischen Glaubens, die Opfer des Nationalsozialistischen Terror-Regimes wurden, bildete den Auftakt der „Stolperstein-Aktion“, die 2007 auch hier von einem Initiativkreis um Rolf Strojec umgesetzt wurde. In der Fortsetzung am 24. April wird an weitere jüdische Einwohner mit einer Steinverlegung erinnert, von denen 1933 noch 47 in der Stadt lebten. Während Familien wie Reinheimer, Grau oder Nachmann deportiert und in Konzentrationslagern ermordet und damit ausgelöscht wurden, gelang anderen selbst 1938 noch die Flucht ins Exil und ein Überleben im Ausland.

Eine der angesehensten Personen war Jakob Samson Stern, der mit Frau Luise und fünf Kindern - drei davon in Rüsselsheim geboren - in der Schäfergasse 4 gewohnt hatte. Stern war Lehrer, Lektor (Vorbeter) und Schächter, galt als „äußerst gebildeter und belebter Mann, der über eine große, wertvolle Bibliothek verfügte“, wie Stadtrat Müller nach dem Krieg bestätigte, der schon als Junge in diesem Haus verkehrte. Aus Ungarn stammend, erwarb das Ehepaar Stern mit drei Kindern „die Staatsangehörigkeit im Volksstaat Hessen durch Einbürgerung“.

Ihr Schicksalstag war der Morgen nach der Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Das noch kleine Rüsselsheim erlebte, was fünf Jahre zuvor reichsweit vorwiegend in Universitätsstädten als Bücherverbrennung (10. Mai 1933) eine berühmte Marke setzte. Im Exil in Kapstadt/Südafrika gab im Rahmen eines Entschädigungsverfahrens Luise Stern zu Protokoll: „Am 10. November 1938 kam ein Lastwagen vor unserer Wohnung...vorgefahren und unter dem Schreien von Hunderten von Menschen wurde die gesamte Bibliothek aufgeladen. An den Ufern des Mains wurden die Bücher abgeladen, mit Petroleum begossen und verbrannt. Leute erzählten sich, dass die Bücher fast zwei Tage brannten. Auch wurden zwei alttümliche Gebetsrollen (Seferthoras) mitverbrannt. Ferner wurden an demselben Tag ein silberner Chanuka-Leuchter mit Glockenspiel zerschlagen und auch ein sehr wertvolles Bild, der Bal Shem von Michelstadt (Kupferstich aus dem Mittelalter).“

Jakob Stern wurde für zwei Tage in „Schutzhaft“ genommen. Als Beleg dafür, mit welcher perfiden Methoden diese Bürger um ihr Vermögen gebracht wurden,



Jakob Samson Stern – Kultusbeamter bei der Israelitischen Gemeinde Rüsselsheim – konnte 1938 noch rechtzeitig mit seiner Familie auswandern. Foto: Staatsarchiv Darmstadt

hält Strojec eine weitere Aussage der Betroffenen bereit.

Danach sei bereits am folgenden Tag ein Polizeidiener erschienen, der die Police eines Feuerversicherungsvertrages abgeholt habe. Ob daraus Geld für den Schaden ausgezahlt wurde und wer es erhielt, entziehe sich ihrer Kenntnis, hatte Luise Stern erklärt. Weder ihr bereits 1944 verstorbener Ehemann noch sie selbst habe „einen Pfennig Schadenersatz erhalten“.

Während vier der Kinder, Alice, Kurt, Else und Berta, in Kapstadt und New York Zuflucht fanden, wurde Irma Stern am ersten Asylort in den Niederlanden Opfer der NS-Schergen. Dorthin war die Familie zunächst geflüchtet. Irma, die in Maastricht - wie ihre Mutter in Rüsselsheim - vom Verkauf von Modesachen lebte, wurde 1942 erfasst, nach Auschwitz deportiert und ermordet. Ihr holländischer Ehemann Herman Hartog starb im Februar 1945 im KZ Gross Rosen. An beide wird in der israelischen Gedenkstätte an die Naziopfer, Yad Vashem, erinnert. Luise Stern wurde mit einem Barbetrag und einer Rente „entschädigt“.



Ein Schuhgeschäft betrieb einst die Familie Neumann in dem Haus Darmstädter Straße 5 (links, heute Marktstraße 5, Tchi-bo-Filiale) Foto: Stadtarchiv

Weil wirtschaftlich zugrunde gerichtet, wanderte auch Sophie Neumann aus, die 1938 mit vier Kindern in den USA Zuflucht fand. Ihr Ehemann Wolf aber „nahm sich all diese Dinge so zu Herzen, dass er im Jahre 1937, nur 52 Jahre alt, verstarb“. Dies hatte die Witwe später zu Protokoll gegeben, als sie 1957 ebenfalls Entschädigung beantragte.

Um 1920 nach Rüsselsheim gekommen, wo alle vier Kinder die Realschule besuchten, betrieb die Familie „in bester Lage, nur eine Minute vom Haupteingang zum Opel-Werk entfernt“ ein Schuhgeschäft (das Eckhaus am Gemeindeplatz, heute Marktstraße 5, beherbergt jetzt die Tchibo-Filiale). Gleich nach der Machtübernahme der Nazis aber sahen sie sich „täglich in der Existenz bedroht“.

Boykottmaßnahmen wurden durch das Fotografieren der Kunden verstärkt, wiederholt wurden Schaufensterscheiben eingeschlagen. Dem folgten ständiger Einkommensrückgang, Entlassung des Personals und schließlich die Abmeldung des Geschäftes 1938. Sophie Neumann bezahlte dies mit Verschlechterung des Gesundheitszustandes, der sich auch in der neuen „Heimat“ USA fortsetzte bis zu ihrem Tod 1960.

Die „Erlaubnis“ zur Versteigerung von Geschäftsinventar und Verkauf von Haushaltseinrichtung führte zu einem Vermögensverlust von rund 90 Prozent. Der Erlös deckte nicht einmal die abverlangte „Extra-Abgabe“ für die Ausreise. Die spätere Entschädigung belief sich ebenfalls auf gerade zehn Prozent des einstigen Verlustes, neben einer knappen Monatsrente. Der Verlust der Gesundheit, der ihr keine Arbeitsaufnahme in den USA ermöglichte und die Unterstützung durch die Kinder erforderte, wurde nie berücksichtigt.

Noch eine Perfidie hat Rolf Strojec beim Studium gerade der Entschädigungsakten ausgemacht: Beamte, die vor 1945 über den Wert jüdischen Vermögens befunden hatten, saßen nun in den für Entschädigung zuständigen Stellen.

1. April 2010 bje Rüsselsheimer Echo

Katholischer Widerstand in Prozenten

Vortrag: Haßlocher Pfarrgemeinde und Stolperstein-Mitinitiator Zinkeisen laden Mainzer Kirchenhistoriker ein - Vor allem der „niedere Klerus“ widersteht den Nazis

Mit der Aufnahme von Adam Pfeifer in die Reihe der Persönlichkeiten, an die mit der Verlegung eines Stolpersteins gedacht wird, ist erstmals eine Person aus Kirchenkreisen unter den Opfern des Nazi-Regimes vertreten. Die Haßlocher katholische Pfarrei Auferstehung Christi/Heilige Dreifaltigkeit, in der dieser Priester von 1939 bis 1941 in Haßloch wirkte, und Hans Zinkeisen von der Stolperstein-Initiative konnten aus dem Mainzer Diözesan-Archiv Lebensdaten zusammentragen, die bei der Verlegung am 24. April vorgetragen werden. Pfarrer Balthasar Blumers hatte zusätzlich angeregt, an diesem Beispiel die allgemeine Rolle der „Priester zur Zeit des Nationalsozialismus“ aufzuzeigen. Dazu wurde mit Peter-Otto Ullrich ein fachkundiger Theologe (Mainz) gefunden. Als Kernproblem für die katholische Kirche formulierte Ullrich, dass die von ihr verurteilte weltanschauliche NS-Bewegung auf legale Weise Staatsautorität, die NSDAP mit dem Staat identisch wurde. Zwar erkenne die Zeitgeschichtsforschung den Katholizismus in Deutschland als die soziale Macht an, die die wirksamste Herrschaftsbegrenzung des Nationalsozialismus geleistet habe, jedoch in nur sehr beschränktem Umfang. Doch der sich dynamisch radikalierenden Herrschaftspraxis und dem verbrecherischen Vorgehen gegen Andersdenkende und „rassisch Minderwertige“ sei kaum Widerstand entgegengesetzt worden. Und nur für den eigenen katholischen Bevölkerungskreis seien begrenzte Möglichkeiten bewahrt worden. Widerstand im weiteren Sinne sei überwiegend im „niederen Klerus“ vorgekommen, wie das Beispiel Pfeifer belege. In Zahlen ausgedrückt: von gut 27 000 Diözesanklerikern seien mehr als ein Drittel von „Maßnahmen“ des Regimes erfasst worden. Die „Vergehen“ seien im Zeitraum 1933 bis 1945 in der Mehrzahl Äußerungen in Gottesdiensten bis zum Glockenläuten, Unzuverlässigkeit und Regimekritik (knapp 40 Prozent) gewesen, Hilfe für Juden 0,9 Prozent. Die Maßnahmen der NS-Behörden hätten zu mehr als die Hälfte in Verhören, Verfahren und Ermittlungen bestanden. Härtere Sanktionen wie Schulverbot, Terror, Ausweisungen und KZ-Haft betrafen 5,1 bis 1,2 Prozent des Klerus, Tötungen betrafen 0,2 Prozent. Ein einziger Priester sei wegen Verweigerung von Fahneid und Kriegsdienst zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Auch den Widerstandsbegriff wollte Ullrich differenziert sehen. Hier müsse zwischen Schimpfen und Unmutsäußerungen, Nichtanpassung zur Wahrung der eigenen Identität, öffentlichem Protest bis hin zum organisierten Gegenhandeln - einzeln wie in Gruppen - unterschieden werden.

Rüsselsheimer Echo 12. März 2010 von Ernst Eelmae

Den Machthabern ein ständiges Ärgernis

VON NAZIS VERFOLGT

Der Seelsorger Adam Pfeifer leistete auch von der Haßlocher Wied aus mutig Widerstand

Der Seelsorger der katholischen Dreifaltigkeitsgemeinde wird festgenommen und inhaftiert. Erst knapp eineinhalb Jahre später wird er entlassen, unter der Auflage, Haßloch nie mehr zu betreten.

Widerführe das dem derzeitigen Pfarrer, Balthasar Blumers, so wäre seine Gemeinde gewiss im Handumdrehen auf der Straße, um für ihren Seelsorger einzutreten. Auch Adam Pfeifer, Jahrgang 1903, war schon bald nach seinem Amtsantritt in Haßloch (16. April 1939) heutigem Hörensagen nach ein beliebter und geachteter Priester, doch damals wagte niemand, für ihn aufzustehen.

Kaplan Pfeifer wurde um seines offenen Wortes willen von den einen bewundert, von den nationalsozialistischen Machthabern und ihren Anhängern und Profiteuren aber wurde er gefürchtet. Entsprechend notierten Spitzel fein säuberlich, was der Hirte von der Kanzel herunter seiner Gemeinde zu sagen hatte. Am 16. September 1941 verschleppten ihn die Nazis nach Darmstadt, wo sie ihn bis zum 26. Februar 1943 gefangen hielten, in „Schutzhaft“, wie das zynisch hieß. Schützen mussten sie wohl sich selbst, dieser Mann war ihnen einfach zu gefährlich, zu viele Menschen hörten auf ihn. Für die Herrschenden stand zu befürchten, dass sein Beispiel andere Bürger ermutigen könnte, ebenso mutig aufzutreten.

Bevor Pfeifer „Pfarrverwalter“ in Haßloch wurde, hatte er seit 1933 zunächst als Kaplan im rhein Hessischen Schwabenheim gewirkt. In Ludwig Hellriegels Bericht „Widerstehen und Verfolgung“ heißt es, der Priester sei schon dort den Nazis aufgefallen und sie hätten ihm sein Motorrad gestohlen, das er aber in der nahen Selz wieder fand und zu seinen Eltern nach Bingerbrück in Sicherheit brachte. Mit dem Fahrrad habe er sich auf den Rückweg gemacht. Doch auf der Straße von Ober-Ingelheim nach Groß-Winternheim hätten ihm die Nazis bis drei Uhr patrouillierend aufgelauert. Pfeifer entdeckte das gerade noch rechtzeitig und versteckte sich in einem Weinberg, bis die anderen aufgaben. Wiederholt sei der Kaplan in Schwabenheim zum Ortsgruppenleiter der NSDAP bestellt worden, dem er beim Eintreten sein „Grüß Gott!“ sagte, wie er überhaupt stets den „Hitlergruß“ verweigert habe. Die Vorgesetzten versetzten den jungen Priester Mal um Mal, um ihn dem Zugriff örtlicher Folterknechte zu entziehen. Auch in Klein-Zimmern, Erbach im Odenwald und Steinheim bei Hanau nahmen die Nazis sehr bald Anstoß an ihm. Der dann also 1939 nach Haßloch kam, im Alter von 37 Jahren noch immer Kaplan, von seinen Vorgesetz-

ten nicht zum Pfarrer befördert. Ob ihn das wirklich noch angreifbarer gemacht hätte, ist aus heutiger Sicht kaum zu beurteilen. Ludwig Hellriegel hält fest, dass man 1941 eine „Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse“ über ihn verfasst hatte. Spitzel hatten berichtet, der durch SA und Gestapo beobachtete und wegen einiger Predigten verwarnte Seelsorger habe nun von der Kanzel erklärt, dass sich Katholiken wie Protestanten, die der Kirche untreu werden (zu Gunsten des Regimes), „einen Strick kaufen und sich aufhängen sollten“. Dabei sei er ja „schon einmal wegen seiner staatsfeindlichen Einstellung in Erscheinung getreten“, wurde penibel hinzugefügt.

Hellriegels Bericht zufolge waren Spuren, die Gestapo-Verhöre und Haft bei Adam Pfeifer hinterlassen hatten, derart immens, dass der so engagierte Priester 1950, also als 47-Jähriger, in den Ruhestand gehen musste. Pfarrer Adam Pfeifer starb am 22. August 1988. Die verwaschene Kopie eines vielleicht zehn Jahre zuvor gemachten Fotos zeigt unter einer Baskenmütze das Gesicht eines freundlich lächelnden älteren Herrn mit ernstem, offenem, aufmerksamem Blick.

Aus: Mainspitze 20.04.2010 von Michael Wien



Die Idylle trägt. Von der Haßlocher Wied aus stand Adam Pfeifer als Pfarrer der katholischen Gemeinde Heilige Dreifaltigkeit vielen Menschen bei. Wütende Nazi-Schergen und Spitzel überwachten ihn.

Archivfoto: Pierre Dietz

In Exil, Krankheit, Tod getrieben

VON NAZIS VERFOLGT

Auch an Sophie und Wolf Neumann soll jetzt mit „Stolpersteinen“ erinnert werden

Unter den Menschen, die mit der nächsten Verlegung von „Stolpersteinen“ dem Andenken heutiger und kommender Generationen empfohlen werden, sind Sophie und Wolf Neumann. Die Nazis haben Sophie Neumann nicht getötet, sie starb am 27. November 1960 in Collinsville im US-Bundesstaat Illinois, aber sie haben dieser Frau und ihrer Familie viel Leid zugefügt. Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative hat Informationen zusammengetragen, die ihr Leben näher beleuchten als bisher möglich.

Sophie Neumann wurde am 16. März 1890 in Brotdorf (Kreis Merzig) geboren, wo sie auch zur Schule ging, später arbeitete sie in der Nähe als Verkäuferin. Sie begegnete Wolf Neumann, zwei Töchter und zwei Söhne gingen aus der Ehe hervor. Über Schöllkrippen kam die jüdische Familie nach dem ersten Weltkrieg nach Rüsselsheim. In der Darmstädter (heute Markt-) Straße 5 (heute „Tchibo“) betrieb sie ein renommier-tes Schuhgeschäft, in dem noch eine Verkäuferin und zwei Lehrlinge Beschäftigung fanden. Die Kinder besuchten die Realschule, dem Paar schien ein arbeitsreiches Leben in einigem Wohlstand sicher.

Bis 1933 kerngesund

Bis 1933 sei sie kerngesund gewesen, gab Sophie Neumann am 15. März 1957 in den USA für ihren Antrag auf „Wiedergutmachung“ zu Protokoll. Nach Machtübernahme der Nazis habe sich das geändert. „Wir wurden in unserer Existenz täglich bedroht.“ Das Geschäft sei boykottiert, Kunden seien von Nazis fotografiert worden „und zu wiederholten Malen wurden uns die Schaufensterscheiben eingeschlagen.“ Der Umsatz schwand bedrohlich. „Mein Ehemann nahm sich alle diese Dinge so zu Herzen, dass er 1937, nur 52 Jahre alt, starb.“

Im September 1938 wurde Sophie Neumann samt ihren Kindern ins Exil getrieben. Das Geschäft war „im Zuge der politischen Ereignisse“, wie Bürgermeister Ludwig Dörfler festhielt, am 11. Juni abgemeldet worden. Sophie Neumanns Gesundheit war so zerrüttet, dass sie in den USA nie eine bezahlte Arbeit verrichten konnte. Die Kinder bestritten den Lebensunterhalt der Mutter, eine Tochter nahm sie ganz zu sich. Hoher Blutdruck, Gelenk-Rheumatismus ruinierten die Kräfte vollends. Bevor Sophie Neumann Rüsselsheim verlassen hatte,

„durfte“ sie Sachen versteigern lassen, in Abwesenheit natürlich und überhaupt zu Bedingungen, unter denen auch andere ihrer Habe in Wahrheit beraubt wurden. Weit unter Wert ging alles an Käufer, die sich wie andernorts nach Ende der Nazi-Herrschaft daran nicht erinnerten. Der Hausstand war auf 8 000 Reichsmark beziffert.

Weit unter Wert

„Der Auktionator zahlte mir 800 aus.“ Das Schuhlager hatte ursprünglich Ware im Wert bis zu 15 000 RM enthalten, zuletzt war ein Restbestand für etwa 7 000 ermittelt, der Auktionator zahlte 700 aus und nach Versteigerung der auf 1000 RM geschätzten Ladeneinrichtung noch einmal 150.

Im kaum 12 000 Einwohner zählenden Rüsselsheim schämte sich wohl noch relativ leicht mancher, die Notlage der Verfolgten zu nutzen. Wieder andere wussten einfach nicht, ob ihnen nicht noch beim Regime Nachteile erwachsen könnten, wenn sie etwas aus dem Besitz von Juden ersteigerten. Am 5. Oktober 1957 wurde Sophie Neumann wegen „Schadens im beruflichen Fortkommen“ eine Rente von 294 D-Mark bewilligt. In einem Vergleich erhielt sie weitere 800 als „Rückerstattung für Auswanderungskosten“ sowie 2600 für einen „Verschleuderungsschaden“, der auf immerhin 22 000 RM erkannt wurde.

Mainspitze 3.04.2010 – von Michael Wien



Ein Dokument aus Zeiten normalen Zusammenlebens: Plakat zur Eröffnung des Schuhhaus Neumann 1921 Foto: Stadtarchiv

Folterungen mitten in der Stadt

VON NAZIS VERFOLGT Fanatiker lassen ihren Hass an dem Widerstandskämpfer Ferdinand Heun aus

Allenfalls Anträge auf „Wiedergutmachung“ brachten in den ersten Jahrzehnten nach Ende der Nazi-Diktatur etwas von dem zutage, was Widerstandskämpfern zuvor widerfahren war. Für das Amtsgericht Groß-Gerau wurden am 24. August 1950 zunächst Aussagen des Rüsselsheimer Schreiners Ferdinand Heun protokolliert, der 1929 in die „Arbeiterhilfe“ eingetreten und zunächst für Kinderbetreuung zuständig gewesen war. 1931 war er antifaschistischer Kampfbundführer. „Und zog mir somit den Hass der NSDAP zu, was am 4. April 1933 zur Verhaftung führte.“

Von zwei SS-Leuten sei er zur Polizeiwache in Rüsselsheim gebracht und dort von Ober-Polizeiwachtmeister Leppert vernommen worden. „Er verlangte Papiere der Kommunistischen Partei und des Kampfbundes, Schreibmaschine, Abzugapparat sowie Waffen. Als ich die Aussage verweigerte, wurde ich schwer misshandelt. Die Misshandlungen wurden an mehreren Tages- und Nachtzeiten wiederholt.“

Ein Gerichts- und Gefängnisarzt Biensack bezeugt 1950: „Ich wurde von Meier gerufen, und als ich kam, begrüßte er mich schon mit den Worten: ‚Jösses, Jösses, haben die wieder einen zugerichtet.‘ Ich erinnere mich, dass der Mann Heun hieß, hätte ihn aber heute nicht wiedererkannt. Heun war blitzblau von oben bis unten geschlagen. Er war übersät mit langen, dicken Blutstriemen, zum Teil aufgeplatzt, zum Teil blau, zum Teil grün unterlaufen. Da Knochenverletzungen keine

festzustellen waren, schloss ich, dass er mit Gummiknüppel behandelt worden ist.“ Außerordentlich schwere, dabei nicht lebensgefährliche Misshandlungen seien vollzogen worden. „Dass er Verletzungen der Nieren hatte, stellte ich damals nicht fest, möglich wäre es jedoch gewesen, da er ja am ganzen Körper zerschlagen war. Allerdings hätte er dann doch sicher Blut ausgeschieden.“ An dieser Stelle vermerkt das Gerichtsprotokoll: „Der Herr Vorsitzende macht den Zeugen aufmerksam, dass der Zeuge dahin lautende Angaben gemacht habe.“ Der Arzt ergänzt unter anderem: „Ich muss wiederholen, dass die Misshandlungen schwerster Art waren. Es waren durchaus nicht einige Schläge im Affekt vollzogen, es war eine systematische Schlägerei, der Mann von unzähligen Schlagspuren übersät. Diese Verletzungen brauchten zur Heilung ungefähr sechs Wochen.“

Der ebenfalls verfolgte Spengler Oskar Jülich bezeugt: „Als Heun so grässlich geschlagen wurde, saß ich im Polizeigefängnis und hörte die furchtbaren Schläge und dazwischen das Wimmern Heuns. Es war zu später Stunde, denn Wohlfeil und ich, die wir eine Zelle teilten, wurden durch das Getöse geweckt. Schneiker fragte immer mal was, worauf Heun antwortete, daran erkannten wir die Stimmen, dazwischen folgten Serien von Schlägen. Zuletzt schrie Heun laut um Hilfe, worauf Schneiker mit den Schlägen aufhörte.“ Heun habe den Mitgefangenen später keine zusammenhängenden Antworten gegeben, „vor sich hin gewimmert“. Mehr als 30 Schläge habe er gewiss bekommen. „Ich bin sonst kein ängstlicher Mensch, aber diese Misshandlungen berührten mich sehr“, erklärt Jülich. „Ich hatte bei meiner Verhaftung mit Schneiker nichts zu tun, kannte ihn aber, er war ausschließlich nurmehr in Uniform zu sehen und bekannt, dass er ein fanatischer Nazi war.“

Mainspitze 10.04.2010 – von Michael Wien



Schneeschippen in der Mainzer Straße. Eine Szene aus einem Alltag, den nur ein paar Meter weiter mancher ganz anders erlebte, seelisch und körperlich gefoltert im SA-Haus oder in der Polizeistation. Foto: Stadtarchiv

Keine „Heldentaten“ berichtet

Widerstandskämpfer litten noch nach Ende der Diktatur stumm unter ihrer Erfolglosigkeit

Im Vorfeld der nächsten Verlegung von „Stolpersteinen“ im Gedenken an Rüsselsheimer, die als Widerstandskämpfer oder um ihres jüdischen Glaubens willen verfolgt wurden, hat Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative Journalisten viele Informationen zugänglich gemacht, die er seit Jahren aus unterschiedlichsten Archiven zusammenträgt. Marxismus, KPD, SPD und Juden „auszumerzen“, und zwar in dieser Reihenfolge, war das erklärte Ziel auch der hiesigen Nazis, fand Strojec wieder und wieder beim Verfolgen ihrer Vorgehensweise bestätigt. Zwischen allen Studien wühlt es ihn noch immer auf, wenn er sieht, wie stumm Widerstandskämpfer nach Ende der Barbarei waren. In ihren Familien berichteten sie keineswegs von „Heldentaten“. Was sie für gestandene Altvordere haben, wurde zum Beispiel an die Kinder des bekannten Walter Rietig erst von außen herangebracht. „Der Widerstand gegen die Nazis war nie stark genug gewesen, sie ernstlich zu gefährden“, stellt Strojec fest. Dieses Unterliegen mag beigetragen haben, dass Widerstandskämpfer nicht auftrumpften, nachdem ja erst ausländische Truppen diese Gegner zu Fall gebracht hatten. Während der Nazi-Zeit schweigenden Teilen der Bevölkerung eine moralische Alternative aufzubauen und sie so dazu zu bringen, die Menschlichkeit mit zu verteidigen, hatte man nicht geschafft. 1944, als das Regime unter all den Kriegsverlusten wankte, sei der nicht entdeckte Widerstand erst recht nicht mehr stark genug gewesen, es zum Einsturz zu bringen, gibt Strojec zu bedenken. Dass sich aber ausgerechnet jene, die doch im Gegensatz

zu den meisten anderen Widerstand geleistet hatten und selbst gequält worden waren, nach dem Ende Vorwürfe machten, all die Toten und die Quälereien im In- und besetzten Ausland nicht verhindert zu haben, ist ein Teil der Aufarbeitung auch Rüsselsheimer Geschichte, der noch der Erforschung harret.

„80 Prozent des Widerstandes im Rhein-Main-Gebiet war kommunistisch“, verzeichnet Strojec. „Und bis 1936 war der Arbeiterwiderstand bereits zerschlagen, waren Strukturen zerstört.“ Sich und seine Familie durchzubringen, wurde auch von sehr vielen Rüsselsheimern als oberste Maxime verfolgt. Nach dem von außen militärisch erzwungenen Fall des Regimes hätten viele seiner Opfer, darunter entdeckte Widerstandskämpfer, versucht, in „Wiedergutmachungsverfahren“ nicht nur ihre wegen seelischer und körperlicher Schäden schlechte materielle Lage zu verbessern, sondern „ihre Ehre wiederherzustellen“. Von heute aus kaum verständlich, glaubten jene auf viele Weise geschundenen, ehrlichen Menschen, sich gegen eine Ehrabschneidung durch Kriminelle wehren zu müssen. Gelingt es heute im Abstand ganz klar zwischen den Opfern und eben jenen tatsächlich ehrlos an ihnen handelnden Tätern zu unterscheiden, so erinnert Strojec daran, dass die Lage nach dem offiziellen Ende der Diktatur noch lange nicht eindeutig war. Da gab es keine „öffentliche Meinung“, die auf Seiten der Opfer merklich entschlossen die Waagschale zu ihren Gunsten gefüllt hätte. Weitere Teile der Bevölkerung waren noch lange mit dem eigenen Überleben beschäftigt. Und unmittelbar nach Kriegsende blieben viele Bürger unter dem Eindruck erlebter oder allmählich zum Teil veröffentlichter Greuel lange unsicher, ob die Nazi-Diktatur nicht doch wiederkehren könnte. Dazu trug auch manche aus heutiger Sicht unbegreiflich dreist ausgelebte Fortsetzung bei: „Viele der alten Beamten bestimmten weiterhin oder schon wieder, wer und welches Verhalten als achtbar zu bewerten sei“, stellt Strojec fest.

Mainspitze 17.04.2010 - von Michael Wien

Widerstand: zur Definition eines schwierigen Begriffs

Die Bezeichnung Widerstand faßt als Oberbegriff verschiedenartige Einstellungen, Haltungen und Handlungen zusammen, die gegen den Nationalsozialismus als Ideologie und praktizierte Herrschaft gerichtet waren. Im weitesten Sinn sind darunter auch die ins Exil geflohenen Antifaschisten ebenso zu verstehen, die wenig oder keine Möglichkeit hatten, etwas ähnlich Entscheidendes gegen die Regierung Hitlers zu unternehmen, wie die Männer, die das Attentat des 20. Juli 1944 unternahmen. Zum Widerstand rechnet man damit auch diejenigen, die sich weder durch Lockung noch durch Zwang vom Nationalsozialismus vereinnahmen ließen; die ihre geistige Unabhängigkeit, ihre demokratische oder rechtsstaatliche Überzeugung, die Werte und Normen bzw. ihres Milieus - etwa im Rahmen der Arbeiterbewegung oder innerhalb kirchlicher und sonstiger religiöser und weltanschaulicher Bindungen - bewahrten.

Im engeren Sinne ist aber zwischen den kritischen bis abweisenden Haltungen der Verweigerung und Selbstbehauptung einerseits und den bewußten Anstrengungen zur Änderung der Verhältnisse andererseits zu unterscheiden. Opposition gegen das Unrechtsregime war noch nicht gleichbedeutend mit persönlichem Einsatz und den damit verbundenen Gefährdungen. Diesen setzte sich jeder aus, der mit Flugblättern, Wandparolen, als Kurier zu Regimegegnern im Ausland aktiv war oder einem Verschwörerkreis angehörte, in dem der Sturz der Diktatur und eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung geplant wurden. ...Um der damaligen Wirklichkeit zu entsprechen und um den verschiedenen Formen von Opposition gerecht zu werden, ist Widerstand im eigentlichen Sinn nicht nur als Haltung zu definieren, sondern als Handeln, das auf grundsätzlicher Ablehnung des Nationalsozialismus beruhte, das aus ethischen, politischen, religiösen, sozialen oder individuellen Motiven darauf abzielte, zum Ende des Regimes beizutragen. Voraussetzung und Anlaß war eine Haltung von Dissens zum NS-Regime (Ian Kershaw) oder von weltanschaulicher Dissidenz- (Richard Löwenthal). Widerstand wurde daraus, wenn diese Haltung sich zur Absicht verdichtete, eine Änderung der Verhältnisse herbeizuführen. Widerstand im eigentlichen Sinne war dann jeder -bewußte Versuch, dem NS-Regime entgegenzutreten- (Christoph Kleßmann) und die damit verbundenen Gefahren auf sich zu nehmen.

(Wolfgang Benz)

Sie sollen nicht vergessen werden

VON NAZIS VERFOLGT „Stolperstein“-Initiative geht in- zwischen von 210 gejagten Men- schen aus

Zu den Ergebnissen der Jahre während intensiven Recherchen Rolf Strojecs von der „Stolperstein“-Initiative gehört es, dass die Zahl der Rüsselsheimer, die als Verfolgte des Nazi-Regimes galten, zu revidieren ist. Vor drei Jahren, als auch hier erste „Stolpersteine“ gesetzt wurden, dachte man, eines Tages 60, allenfalls 70 dieser Gedenksteine verlegt zu haben. Jetzt geht man in der Initiative von etwa 210 Verfolgten aus.

Da gibt es 47 jüdische Mitbürger, die am 30. Januar 1933 hier registriert waren, unter Verfolgung litten, zumindest ins Exil getrieben, zum Großteil aber deportiert und ermordet wurden. Weitere aus Stadt und Umland waren vor 1933 ausgewandert. In Großstädten marodierende SA-Schlägertrupps hatten auch hier nicht nur jüdischen Bürgern eine Vorahnung von dem gegeben, was nach einer Machtübernahme der Nazis folgen könnte.

Wie Strojec ferner berichtet, liegen inzwischen Hinweise auf 97 Menschen vor, die bis zum Ende der Diktatur in Fünfergruppen, die nur durch je einen Kontaktmann untereinander verbunden waren, bei Opel Widerstand gegen das Regime leisteten. Mindestens 60 weitere Menschen werden zum übrigen Widerstand in dieser Stadt gezählt. Und Strojec ist mit seinen Recherchen längst nicht am Ende. Das Hauptstaatsarchiv Wiesbaden hat er durchforstet, Vermögenskontrollakten, Akten des Volksgerichtshofes und späterer Verfahren zur „Wiedergutmachung“. Weitere Aufschlüsse erwarten er und die Initiative, der momentan zehn Bürger angehören, von einem Besuch im Bundesarchiv. Auch DDR-Archivmaterial samt Personenkarteien auswerten zu können, erleichterte die Puzzle-Arbeit.

Was Täter betrifft, verhielt es sich in Rüsselsheim, im Umland und für die Rüsselsheimer damals noch immer sehr wichtigen Darmstadt nicht anders als sonstwo im Reich. Strojec beschreibt „aufstiegswillige“ und bereits die ganze Weimarer Zeit hindurch republikfeindliche Teile der Beamtenschaft, des Militärs, der Ordnungskräfte, die „loslegen“ konnten, als den Nazis die Macht übertragen wurde. Marxismus, Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden in dieser Reihenfolge „auszumerzen“, sei auch hier Ziel der Nationalsozialisten, ihrer Schergen, Mitläufer, Profiteure gewesen.

80 Prozent des Widerstandes im Rhein-Main-Gebiet ging von Kommunisten aus, sagt Strojec. Widerstand, der sich nicht in „innerer Emigration“ erschöpfte oder darin, ein Vereinsleben zu verteidigen, sondern auf Störung und Beseitigung des Regimes gezielt habe. Mit Wandparolen, Flugblättern, Hilfen für Familien Inhaftierter und Sabotage gegen kriegswichtige Produktion, wie sie unentdeckten Opelern mit dem Blockieren von Maschinen und Fluten von Räumen gelungen sei. Übrigens hätten auch der Werkschutz-Chef und ein Stellvertreter Widerstandszellen angehört.

Entdeckte andere Rüsselsheimer Widerstandskämpfer seien fast alle den gleichen Weg gegangen: Polizeiwa- che, SA oder SS-Station, Prügel, Folter, KZ Osthofen, Gestapo-Gefängnis Darmstadt, Verfahren in Darmstadt oder Kassel, Zuchthaus in Butzbach, Straflager Aschendorfer Moor (Emsland), Strafbataillon 999 (nach Grundausbildung in Heuberg/Sigmaringen, um „wehrwürdig“ zu sein), Kriegseinsatz in Griechenland, auf dem Balkan.

Die Zahl der Rüsselsheimer, die als Verfolgte des Nazi-Regimes gelten, ist nach Recherchen Strojecs zu revidieren. Statt von 70 geht man jetzt von 210 aus.

Mainspitze 27.03.2010 - von Michael Wien



Die Zahl der Rüsselsheimer, die als Verfolgte des Nazi-Regimes gelten, ist nach Recherchen Strojecs zu revidieren. Statt von 70 geht man jetzt von 210 aus.
Foto: Transport verhafteter Antifaschisten nach Osthofen, Gedenkstätte Osthofen

Einschüchtern und abrechnen

Mindestens zwölf Rüsselsheimer ins KZ Osthofen verschleppt / Planmäßiges Vorgehen

Wie in dieser Serie schon mehrfach deutlich gemacht, mussten die Nazis nach Erlangung der Macht nicht erst überlegen, welcher Menschen sie sich ganz entledigen und wen sie möglichst schnell wenigstens einschüchtern wollten. Schlägertrupps in den großen Städten und Pöbeleien ihrer uniformierten Banden bis ins kleinste Dorf hinein hatten schon vor 1933 jedem, der sich nicht gegen Erkenntnis wehrte, klar gemacht, dass die Nazis ihre offen verteilten Programme und die unüberhörbaren Hassreden ihrer „Führer“ in die Tat umsetzen würden, wenn man sie denn dazu kommen ließe.

Dabei wussten die Nazis auch aus den Grabenkämpfen der Weimarer Jahre, wer besonders viel daran setzen würde, ihre Anstrengungen zu sabotieren. Ganz oben auf dieser Liste standen Kommunisten. Nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurden in bis dahin nicht gekanntem Umfang auch Sozialdemokraten abgeholt und interniert. Viele von ihnen waren zuvor bereits ein oder mehrere Male verhört und schikaniert worden, um sie einzuschüchtern.

Rolf Strojec von der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative hat nach umfangreichen Recherchen eine Liste bisher bekannter Rüsselsheimer Häftlinge des Konzentrationslagers Osthofen (bei Worms) erstellt: Karl Breitenbach, Oskar Jülich, Jakob Hooge, Jakob Rhein, Wilhelm Feutner, Adam Wolf, Ferdinand Heun, Georg Krug, Adam Krämer, Willi Wohlfeil, Albert Lehmann, Alwin Heizenröder.

Nach demütigenden Verhören, Schikanen, bei vielen auch schon körperlicher Misshandlung war dieses KZ für erklärte Rüsselsheimer Antifaschisten die erste Internierungsstation nach der Machtübertragung an die Nazis. Neben Dachau war das Osthofener eines der ersten Konzentrationslager im „Dritten Reich“. Dorthin sollten alle aus politischen Gründen in Hessen „verhafteten“ Männer gebracht werden, deren „Haft“-Dauer eine Woche oder mehr betrug, berichtet Rolf Strojec weiter.

Mindestens 3000 Menschen wurden dort mehr oder weniger lang gefangen gehalten, bis das Lager in den Augen der Nazis offenbar schon im Sommer 1934 seinen Zweck erfüllt hatte und von ihnen geschlossen wurde. „In den Datenbanken der Gedenkstätte sind allerdings bis heute nur etwa 1400 Namen aufgeführt, davon vier aus Rüsselsheim“, sagt Strojec. Die neuen Recherchen der „Stolperstein“-Initiative kommen immerhin auf die oben genannten zwölf Rüsselsheimer Namen, wobei nach den offiziellen Pressemeldungen von 1933 wesentlich mehr Rüsselsheimer in dieses KZ verschleppt worden sein sollen. Die Initiative bittet die Leser um Mitarbeit bei der Suche nach weiteren Rüsselsheimer Bürgern und Opel-Mitarbeitern, die 1933/34 nach Osthofen gebracht wurden.

Erstaunlich, wie die Machthaber trotz ihrer völlig durchsichtigen Interessen immer wieder bemüht waren, ihrem rechtswidrigen Tun den Anschein von Rechtmäßigkeit zu verleihen. Rechtswidrige „Hausdurchsuchungen“ und

„Beschlagnahmungen“ bei bekannten Nazi-Gegnern gingen meist den Verschleppungen voraus. Und auch jene „Inhaftierung“ wurde oft von angestifteten Polizeikräften oder doch wenigstens unter ihrer Hinzuziehung vollzogen. Wie in späteren „Bananenrepubliken“ nachgemacht, war der geringste Anlass für eine „Inhaftierung“ oft mühsam fingiert, um wem auch immer Rechtmäßigkeit vorzutäuschen. „Andere wie Karl Heldmann oder der SPD-Funktionär Martin Schlappner wurden auf offener Straße zusammengeschlagen“, wundert sich auch Rolf Strojec. Da zeigte das Regime offen seine Fratze, statt seine Schergen länger umständlich zu maskieren. Mainspitze 5.6.2010 - von Michael Wien

SCHWARZE LISTEN ABGEARBEITET

Rolf Strojec berichtet: „Gleich ab Februar 1933 griffen die Behörden auf die von der Politischen Polizei der Weimarer Behörden (aus der sich später die Gestapo entwickelte) erarbeiteten Verhaftungslisten zurück. Konnten etwa bei einer Verteilung von Flugschriften keine direkten Verantwortlichen ausgemacht werden, wurden alle ehemals führenden Persönlichkeiten der Parteigliederung verhaftet, der die Flugschrift zugeordnet werden konnte.

- Der wegen Mitarbeit in KPD und „Roter Hilfe“ verschleppte Karl Breidenbach aus der Weinbergstraße schilderte nach dem Krieg seine Erfahrungen: „Sie kamen mit acht bis zwölf Mann, stürzten alles von oberst zu unterst, verhafteten mich ... und meine Frau stand verstört und hilflos allein mit diesen SS-Leuten“, heißt es in einem Brief an das Regierungspräsidium Darmstadt vom 13. Mai 1957.
- Zum Überfall auf den KPD-Funktionär Oskar Jülich trieb man noch größeren Aufwand. Die Darmstädter SS-Standard 31 und Polizisten drangen in sein Haus, Grabenstraße 16, ein und „beschlagnahmen“ zwei Koffer mit Büchern (Kautsky, Marx, Engels, Lenin, Mehring, Stalin, Heine, Goethe, Schiller) sowie eine Reiseschreibmaschine.
- Bei Georg Krug, Seilfurter Straße 6, transportierten die Nazis und ihre Helfer Bücher, Schreibmaschine und Andenken ab.
- Ferdinand Heun, Führer des „Kampfbundes gegen Faschismus“, wurde von Folterungen schwer gezeichnet von der Rüsselsheimer Polizeiwache nach Osthofen transportiert.
- Adam Krämer aus der Grabenstraße 16 wurde wegen Zugehörigkeit zur „Roten Hilfe“ hingeschafft.



Abtransport gefangener Antifaschisten in Alzey nach Osthofen (Foto Gedenkstätte Osthofen)

Menschenfeinde in Aktion

Kriminelle Machthaber können sich auf Mittäter aus der Beamtenschaft verlassen

65 Prozent der Menschen, die von den Nazis bis zur frühen Schließung (Sommer 1934) im KZ Osthofen unterschiedlich lange gefangen gehalten wurden, waren Kommunisten, 30 Prozent Sozialdemokraten. Die restlichen dahin Verschleppten waren ehemalige Zentrumsmitglieder, Zeugen Jehovas, Adventisten und auch Juden, unter denen die Nazis zunächst fast ausschließlich politisch engagierte herausgegriffen hatten.

Das Zahlenverhältnis ist ein weiterer Beleg für die präzise Planmäßigkeit des kriminellen Vorgehens. Im August 1933 wurden die Kreisämter in einem vertraulichen Schreiben von Nazi-Stellen aufgefordert, in Vorbereitung einer größeren Verhaftungswelle für alle Landgemeinden Namen und Wohnungen derer mitzuteilen, die vor dem Verbot der Parteien Vorsitzende, Stellvertreter, Vertrauensmänner gewesen oder sonst werbend oder repräsentativ in besonderem Maße für eine politische Partei – die NSDAP ausgenommen – aufgetreten waren. „So kam es immer wieder zu Verhaftungswellen in ganz Hessen, bei denen alle bekannten führenden Köpfe der Arbeiterparteien verhaftet wurden“, berichtet Rolf Strojec von der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative.

Die Beamten in den Kreisämtern wiesen die örtlichen Gendarmeriestationen an, entsprechend der Listen „Verhaftungen“ vorzunehmen. Bis zur ebenso unrechtmäßigen Verschleppung in das Konzentrationslager Osthofen verblieben diese „Schutzhäftlinge“ für einige Tage in den Gefängnissen der örtlichen Amtsgerichte. „Hier kam es zu den ersten ‚Abrechnungen‘ mit den Gegnern aus der Weimarer Zeit und regelrechten Folterungen durch Gendarmerie und SA“, hat Strojec auch für die mindestens zwölf Rüsselsheimer Verschleppten nach umfangreichen Recherchen in den verschiedensten Archiven herausgefunden. In der Regel nach einer Woche seien die Menschen von diesen Zellen zu Fuß oder auf Lastwagen in Sammeltransporten nach Osthofen gebracht worden. Wilhelm Feutner war später Leiter der Widerstandsarbeit bei Opel, als es darum ging, Kolleginnen und Kollegen zu informieren, aber auch durch Sabotage rüstungswichtige Produktion zu behindern. Auch er wurde schon vor dieser Widerstandsarbeit nach Osthofen verschleppt, weil ihn die Nazis auf der Liste hatten. Wie alles vonstatten ging, schilderte er später: „Als so gegen Abend mehrere Personen verhaftet waren, wurde ich mit einem meiner Brüder von der Gestapo über Darmstadt nach Osthofen verbracht. Bewaffnete SS-Leute ließen uns auf der Fahrt nach dort aus den Fahrzeugen aussteigen und befahlen uns, in den angrenzenden Wald zu gehen. Dem Befehl ‚Lauf, lauf, Marsch, Marsch‘ leisteten wir keine Folge, weil wir Schlimmes ahnten und klammerten uns an den Wagen fest. So stieß man uns mit den Gewehrkolben wieder in die Wagen zurück, nachdem der Versuch, uns ‚auf der Flucht‘ zu erschießen, missglückt war, und weiter ging die Fahrt. So kamen wir dann spät abends in Osthofen an und wurden nach dem dortigen Gefängnis verbracht.“ Die Aufenthaltsdauer im Lager betrug zwischen einer Woche und mehr als einem Jahr, durchschnittlich vier Wochen. Das KZ Osthofen war noch nicht als Menschenvernichtungslager geplant. Wer jedoch denkt, dort hätten auch nur ansatzweise menschenrechtlich annehmbare Bedingungen einer Haftanstalt geherrscht, irrt. Die hygienischen Verhältnisse werden als katastrophal beschrieben, die Nazis gaben sich keinerlei Mühe, die leer stehende Fabrik für die Unterbringung von Menschen auszustatten. Mainspitze 12.6.2010 - von Michael Wien

UNGEHEUERLICHER ALLTAG IM KZ

- Es gab im KZ Osthofen kaum Waschgelegenheiten, keine Küche, keine Schlafstätten. Die ersten Internierten schliefen auf dem nackten Betonfußboden, der eine dünne Stroheinschüttung erhalten hatte. Im Laufe der nächsten Wochen „durften“ sie sich aus dem Holz einer „beschlagnahmten“ Mühle Schlafpritschen, Tische, Bänke zimmern. Viele der Eingepferchten litten fortan bis zum Ende ihres Lebens unter schmerzhaftesten chronischen Blasen- und Nierenbeschwerden.

- Nahezu alle Häftlinge erwähnten später Prügel, Fußtritte, auch andere körperliche und verschiedenste seelische Misshandlungen durch das Nazi-Personal, das sie bewachte, berichtet Rolf Strojec. Öffentliche Demütigungen, Essensentzug, „verschärften Arrest“ im sogenannten Lager II hätten die Täter angewandt.

- Auch Scheinerschießungen zählten zum Arsenal an Grausamkeiten, mit denen man die Internierten quälte. Nicht einmal angeblich ging es um irgendeine „Umerziehung“. Einschüchterung und eine von manchen Menschenfeinden bereits vor 1933 ersehnte Abrechnung mit den jetzt mutmaßlich gefährlichsten Regimegegnern waren Anliegen der Wächter und ihrer ebenso kriminellen Auftraggeber.

Wilhelm Feutner:

Über die Zustände im KZ Osthofen

„Im Jahre 1933 bei der Machtübernahme durch Hitler wurde ich mit 2 weiteren Brüdern von mir als Gegner der Nazi's mehrmals verhaftet und wegen Überfüllung der Gefängnisse immer wieder vorübergehend freigelassen. Im Juni 1933 kamen wir dann in das Konzentrationslager Osthofen bei Worms. Schon diese Fahrt nach Osthofen bestand aus Qual und Angst. So mußten wir im Wald bei Bürstadt aus den Wagen aussteigen und dann kam das Kommando „lauf, lauf, marsch, marsch“ in den angrenzenden Wald. Da wir erfahren hatten, daß Genossen die diesem Befehl Folge leisteten auf der Flucht; erschossen wurden, klammerten wir uns an die Fahrzeuge fest und wurden dann mit Kolbenschlägen wieder in die Wagen getrieben. Als wir in Osthofen ankamen wurden wir am nächsten Tag dem Lagerarzt zur Untersuchung vorgestellt. Da wir uns über die fürchterlichen Misshandlungen beschwerten, denn wir waren schwarz u. blau am ganzen Körper, kamen wir in verschärfte Schutzhaft. Dies wurde uns dann später von Mithäftlingen bekannt gegeben. Eine Gruppe von Häftlingen hat sich beschwert hieß es beim Lagerapell. Sie kamen deshalb in verschärfte Schutzhaft. Ohne Decke, nur mit dem was wir anhaten, lagen wir auf Holzpritschen und mußten vor dem Stacheldraht auf- und abgehenden SS Mann alle Minute stramm stehen und uns wieder hinlegen. So ging es eine ganze Nacht durch bis einer nach dem anderen umfiel. Ein Eimer kaltes Wasser über das Schwein und dann wieder aufstehen. Dauernd wurden alle möglichen Leute herausgerufen in eine nebenstehende Baracke. An den Schreien hörte man dann, was sich dort abspielte. Dann wurden sie wieder in den Stacheldrahtverschlag gestoßen und niemand durfte sich um sie kümmern. So ging es 14 Tage bis ich völlig steif auf die Krankenstation des Lagers II gebracht wurde.“

Aus: Wilhelm Feutner, Niederschrift über die Verfolgung während der Hitlerzeit (Privatarchiv R. Strojec)

Wilhelm Feutner war KPD-Mitglied, KZ-Häftling in Osthofen und ab 1936 bei Opel Leiter einer der wenigen bis Kriegsende unentdeckten Widerstandszellen in deutschen Großbetrieben

Gefoltert, geprügelt, gequält

Stolpersteine: erinnert wird auch an Widerstandskämpfer wie den Gewerkschafter und Kommunisten Jakob Rhein

Der Prozess der Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus in Rüsselsheim geht am kommenden Samstag (24.) weiter. Dann werden in einer zweiten Runde weitere „Stolpersteine“ verlegt, die Schicksale von Opfern dieses Gewaltregimes unübersehbar machen sollen. Die Initiativegruppe um Rolf Strojec hat dazu die einstigen Einwohner jüdischen Glaubens und die Menschen, die im zivilen Bereich und im Opel-Werk Widerstand leisteten, in den Mittelpunkt gerückt.

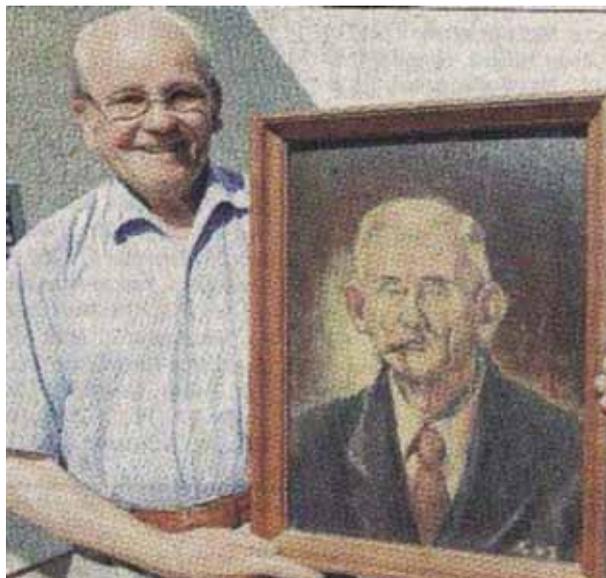
Dass in der ersten Runde 2007 mit elf von 13 und auch jetzt mit 15 von 19 Steinen überwiegend der jüdischen Familien gedacht wurde und wird, hat zwei Gründe. Zum einen war diese Religionsgruppe der physischen Vernichtung ausgesetzt, wurden die meisten in Konzentrationslagern ermordet. Zum anderen war die Datenlage aufgrund längerer Forschung deutlich besser hinsichtlich der Biografien und Schicksale. Von 47 registrierten jüdischen Einwohnern (Stand 1933) wurden zwei Drittel ermordet oder waren ins Exil geflüchtet.

Obwohl für den Bereich „Widerstand“ eine enggefaste Definition angewandt wurde, wurde hier ein kaum bearbeitetes Thema angegangen, das zu einem beachtlichen Kreis von Personen führte. Lagen vor drei Jahren etwa 60 bis 70 Namen vor, wuchs diese Gruppe auf 214 Personen an. Allerdings sind derzeit nur 15 von ihnen nachweislich Widerstandskämpfer gewesen und liegen ausreichende biografische Daten vor. Dabei zählt nur aktives, anhaltendes Handeln - von der Unterstützung von Familien Verfolgter, über das Verteilen von Flugblättern bis hin zur Sabotage etwa im Werk. So entfallen alleine 97 Namen auf Opel-Beschäftigte. Und dabei sei man sogar auf von den Nazis unentdeckte Widerstandsgruppen gestoßen. „Selten in Deutschland“, wie Strojec anmerkt.

Dabei waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter die ersten, die auch körperlich schon wenige Wochen nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler die Stoßrichtung des NS-Regimes zu spüren bekamen, regelrecht gejagt wurden. Denn der politische Widerstand sollte gebrochen werden. So wanderten schon ein Jahr vor dem berühmten Ermächtigungsgesetz (1934) die ersten Opfer in das KZ Osthofen, namentlich bekannt sind dem Initiativkreis neun Rüsselsheimer. Strojec schätzt, dass es doppelt so viele gewesen sein dürften.

Vor allem Angehörige von KP-Gliederungen bekamen dies zu spüren. In ihren wie den Schilderungen von Zeugen ergibt sich durchgängig das gleiche Bild: gefoltert, geprügelt, gequält, oft mit lebenslangen Folgen für die Gesundheit. Und dies nicht erst im Lager vollzogen, sondern bereits auf den örtlichen Polizeiwachen oder im Gefängnis in Groß-Gerau oder Darmstadt. Brutale Verhörpraktiken offenbarten sich dabei.

Ein Beispiel dafür liefern die Erfahrungen von Jakob Rhein, zuletzt wohnhaft in der Bernhardstraße 3, dem ein Stolperstein gilt. Bereits am 15. Februar 1933 nahmen ihn



Jakob Rhein in Öl mit Sohn Richard Foto: Schliessmann

SS- und SA-Schergen fest, weil er Funktionär des Baugewerkschaftsbundes (beschäftigt bei der Baufirma Riedinger) und KPD-Mitglied war. Bis 3. April in Rüsselsheim in „Schutzhaft“, kam er nach Osthofen, wo er am 1. Juni das Lager verlassen durfte.

„Antinationalsozialistische Propaganda“ führte im Mai 1934 zu siebenwöchigem Gefängnisarrest in Darmstadt - ohne Gerichtsverhandlung, wie aus seinen Aufzeichnungen hervorgeht. Sieben Wochen von der Gestapo „festgesetzt“ wurde er dann 1937 in Groß-Gerau, weil er Flugblätter verteilt hatte. Im Zuge der reichsweiten „Aktion Himmler“ nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, die gegen KPD-, SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre gerichtet war, wurde auch Rhein in Darmstadt verhaftet. Dieses Mal hieß das Ziel KZ Dachau (bis 12. September).

„Durch Misshandlungen und Quälereien während der Haft wurde ich nervenkrank und habe mein Gebiss verloren. Seit dieser Zeit bin ich schwer leidend“, hielt er 1950 im Rahmen eines Entschädigungsverfahrens vor dem Amtsgericht Groß-Gerau fest. Für seine erlittenen Qualen erhielt er - Inhaber eines Verfolgtenausweises - ab 1947 eine Monatsrente von 76,80 Mark, Haftentschädigung von 1200 Mark (1951) und „für Schäden im wirtschaftlichen Fortkommen“ 843 Mark.

Wie Strojec aus der Datenlage folgert, wurde Jakob Rhein offenbar durch seine Erlebnisse im Ersten Weltkrieg entscheidend geprägt „für seine Positionierung im sozialistisch-kommunistischen Parteienspektrum“. Und dort leistete er ungebrochen und anhaltend Widerstandsarbeit. Obwohl sein Arbeitgeber mehrmals gezwungen wurde, ihn zu entlassen, konnte er dort, unterbrochen von Inhaftierungen, bis Kriegsende arbeiten. Bei einer anderen Rüsselsheimer Baufirma waren dies 1935 gerade anderthalb Stunden gewesen, weil er „auf Veranlassung des Arbeitsamtes“ entlassen werden musste. Rhein war Mitglied einer antifaschistischen Zelle in Rüsselsheim, die nie enttarnt werden konnte. Dies bestätigte Fritz Zängler, selbst KPD-Mitglied und erster Betriebsratsvorsitzender bei Opel, nach dem Krieg. Nach 1945 wurde Rhein Mitglied der KPD und war deshalb in der Stadt bekannt. 1882 in Osthofen geboren und 1965 gestorben, war Rhein wie sein Vater gelernter Maurer, heiratete 1909 in Mainz-Bretzenheim und hatte fünf Kinder. Der Beruf führte ihn 1922 in die Opelstadt. RE 21.4 2010 bje

Gequält und fürs Leben gezeichnet

Gewerkschafter Jakob Rhein gibt seinen Widerstand gegen die Unmenschlichkeit nie auf

Der Name des Geburtsortes erschreckt bereits: Jakob Rhein kam am 1. Januar des Jahres 1882 in Osthofen bei Worms, im Ort, der später durch das Konzentrationslager furchtbare Bekanntheit erlangen sollte, zur Welt. Jakob trat in die Fußstapfen seines Papas, Johann Rhein, erlernte ebenfalls das Maurerhandwerk. Am 15. Mai 1909 gab er vor dem Bretzenheimer Standesbeamten Sophie Katharina Roth das Ja-Wort. Fünf Kinder gingen aus der Verbindung hervor. Ein bürgerliches Leben schien vorgezeichnet. Aber Erlebnisse im ersten Weltkrieg schockierten den jungen Familienvater und veränderten Dasein und Blick in eine Richtung, die er sonst vielleicht nicht mal erwohnen hätte. 1917 erlitt der 35-Jährige an der Front einen Nervenschock. Äußerlich blieben ihm davon für den Rest seines Lebens ein Zittern der rechten Hand und ein Zucken im Gesicht. Rolf Strojec von der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative hat diese medizinischen Feststellungen im Frankfurter Widerstandsarchiv gefunden. Dort registriert ist Jakob Rhein, der mit seiner Familie Anfang der 20er Jahre nach Rüsselsheim übersiedelte, weil er nach dem ersten Weltkrieg Mitglied der KPD geworden war, dazu in der Bauarbeitergewerkschaft aktiv. Damit stand er ganz oben auf der Liste der Menschen, denen die Nazis sehr schnell auf den Leib rückten, sobald man ihnen die Macht überlassen hatte.

Bereits am 15. Februar 1933 verlor Rhein seine Arbeit bei der Firma Riedinger, die seit 1922 sein Arbeitgeber gewesen war. Er habe ihn auf Drängen des Ortsgruppenleiters Schranz entlassen müssen, gab ein Mann aus der Führungsetage später zu Protokoll. Rhein wurde noch am selben Tag in Rüsselsheim von SS und SA in „Schutzhaft“ genommen, bis zum 3. April. Nahtlos ging es weiter: Vom

3. April bis 1. Juni war er im KZ Osthofen interniert. Am 4. Mai 1934 knüpften die Nazis weiter an seiner Leidensgeschichte. Bis zum 28. Juni sperrte ihn die Gemeindepolizei wegen „antinationalsozialistischer Propaganda“ ein. U-Haft im berüchtigten Darmstädter Rundeturm-Gefängnis und in Frankfurt-Preungesheim. Vom 6. Juni bis 30. Juli 1937 wurde Rhein von der Gestapo in Darmstadt wegen Verteilens von Flugblättern festgenommen und in der Handwerksschule Groß-Gerau festgesetzt.

Am 20. Juli 1944 verhaftete ihn die Darmstädter Gestapo erneut. „Einige Tage später wurde ich mit Sammeltransport ins KZ Dachau verbracht, wo ich am 12. September 1944 entlassen wurde. Durch die Misshandlungen und Quälereien in der Haft wurde ich nervenkrank und habe mein Gebiss verloren. Seit dieser Zeit bin ich schwer leidend“, gibt Rhein am 4. Januar 1950, kurz nach seinem 58. Geburtstag, eidesstattlich zu Protokoll.

Rolf Strojec listet weiter auf, dass Rhein auch in Osthofen wie andere Rüsselsheimer Widerstandskämpfer Drangsalierungen, Schlägen, Erniedrigungen durch die Wachmannschaft ausgesetzt war. Dennoch hatte er nie klein beigegeben, seine Widerstandsarbeit nach jeder Entlassung fortgesetzt. 1934 hatte ihn die Firma Riedinger wiederingestellt - und auf Druck der Nazis abermals entlassen. Bis Mitte 1935 war Rhein arbeitslos. Eineinhalb Stunden arbeitete er bei der Rüsselsheimer Baufirma von Ludwig Adam, der ihn auf Drängen des Arbeitsamtes (!) sofort wieder entlassen musste.

So richtig nachweisen konnten ihm die Nazi-Schergen selten etwas. „Rhein war nach schriftlichen Angaben Jakob Schillings und Fritz Zängerles Mitglied einer antifaschistischen Zelle, die sich in der Kürbisstraße 8 traf und nie enttarnt wurde“, berichtet Rolf Strojec. Heimliche Versammlungen, Abhören von „Feindsendern“, Flugblattaktionen - Rhein gab nie auf. Er weigerte sich 1934 mutig, Protokolle des Polizeistationsvorstehers Hauptwachtmeister Lepper zu unterschreiben, die nicht gemachte Angaben enthielten. Aus Angst vor Misshandlungen erklärte er, wie später bescheinigt, sich nur von Kriminalsekretär Maus vernehmen zu lassen, von dem laut Strojec viele wussten, dass er nicht zu den Folterern gehörte.

Mainspitze 22.04.2010 -von Michael Wien



Der Bahnhofsvorplatz mit Opel-Portal und „Rüsselsheimer Hof“, so wie ihn auch Jakob Rhein 1930 beging. Die vielfachen und großen Anstrengungen des Kriegsversehrten, den Aufstieg der Nazis und den neuerlichen Krieg zu verhindern, scheiterten.

Archiv / Sammlung Dörr

Mehr als ein Dutzend Jahre lang gequält

VON NAZIS VERFOLGT

Gewerkschafter ehren am 1. Mai in Oskar Jülich einen ihrer mutigsten Altvorderen

Wenn morgen, am 1. Mai, die Teilnehmer nach der DGB-Kundgebung zum „Tag der Arbeit“ vom Marktplatz zur Grabenstraße 16 ziehen, ehren sie dort einen der ihren, der zwölf Jahre lang wieder und wieder Opfer nationalsozialistischen Terrors wurde. Und sie ehren einen, der in 16 Lebensjahren danach nicht einmal finanziell „Wiedergutmachung“ erfuhr. Dass die „Stolperstein“-Initiative diesen Tag wählte, um Oskar Jülich mit einer eigenen, ganz ihm gewidmeten Steinverlegung zu ehren, geht mit einem Wunsch der Gewerkschafter überein, die die Patenschaft übernommen haben. Gerade angesichts dessen, was diesem Mann angetan worden ist, wird man gewiss auch der vielen Menschen gedenken, deren Lebens- und Leidensweg in Vergessenheit geraten ist.

Oskar Jülich, am 27. April 1895 in Zella-Mehlis geboren, erlernte das Handwerk des Büchsenmachers. Nach dem ersten Weltkrieg fand er bei Opel Arbeit (1921). In Rüsselsheim heiratete er auch, nämlich Anna Hillemann am 19. April 1924. Fünf Kinder bekamen die beiden. Jülich besaß auf viele Menschen große Ausstrahlung. In die KPD eingetreten, hatte er bald eine führende Stellung als Betriebsrat für die RGO („Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“) inne, wie Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative feststellt. Er hat auch über den bis heute unvergessenen Jülich noch viele weitere Informationen zusammentragen können. Jülich war einer der „roten“ Betriebsräte, die 1929 für den RGO-Streik bei Opel zu Unrecht entlassen wurden, stellt Strojec fest. „Eine zwingend notwendige Anhörung des Arbeitsgerichtes vor der Entlassung fand nicht statt.“ Jülich verschwand nicht in der Versenkung.



Mit zweijähriger Unterbrechung von 1921 bis 1929 bei Opel gewesen, war er über die Grenzen der Stadt als Arbeitnehmersvertreter bekannt. Von 1930 bis 1933 war er Stadtverordneter, er wirkte auch im Kreistag und die Kommunisten hatten ihn auf die Liste ihrer Landtagskandidaten gewählt.

Doch Heiligabend 1932 stirbt Anna Jülich, 41 Jahre alt, mit fünf Kindern bleibt der Vater zurück. Je zwei bringt er bei den Großeltern in Thüringen und anderen Verwandten, ein Kind bei einem hiesigen Metzger unter. „Während er noch mit den Folgen dieses privaten Schicksalsschlages kämpft, gerät mit dem 30. Januar 1933 sein Name als der eines prominenten KPD-Vertreters ganz oben auf die Liste derer, die ihn als neue Machthaber ohne Verzug verfolgen“, stellt Strojec fest. Anfang Januar 1933 fallen SS-Standarte 31 aus Darmstadt und Polizisten in die Wohnung in der Grabenstraße 16 ein, stehlen Bücher (Goethe bis Lenin) sowie Schreibmaschine. Kriminalsekretär Maus sagt 1950 vor dem Amtsgericht Groß-Gerau aus, Jülich in der Wirtschaft Reitz abgeholt und zur Wache, später ins KZ Osthofen gebracht zu haben, wo Jülich vom 5. Februar bis 26. Juli und 14. November bis 18. Dezember 1933 gefangen gehalten wird. Die Frankfurter Firma, bei der er seit Opel-Tagen gearbeitet hatte, muss ihn fristlos entlassen. Ein Assessor Machenheimer (Opel-Personalabteilung), so genannter Halbjuden, besorgt ihm bei sich Arbeit. Bis 1941 kann er so für seine Kinder aufkommen.

Dann zieht das Nazi-Blatt „Stürmer“ reichsweit gegen einen Juden Ernst Jülich zu Felde. Der Sattler Heinrich Wolf wird 1960 zu Protokoll geben, der schikanierte Oskar Jülich sei von Nazis im Betrieb vor die Wahl gestellt worden, zu gehen oder erneut interniert zu werden. Jülich arbeitet kurz in Stuttgart, dann in Neustadt/Saale, verdient dort zu wenig, um für den Unterhalt seiner Kinder aufzukommen, wie er später berichten wird. Die Frankfurter Firma Fernau stellt ihn ein, beschäftigt ihn im Wiederaufbau in Lothringen, bis ihn die dortige Gestapo zur Frankfurter Gestapo überweist. Auf Intervention des Unternehmers Friedrich Fernau (laut dessen Erklärung von 1958) setzt man Jülich dann bis 1945 an der Ostfront ein, als Arbeiter in der „Organisation Todt“. Die Bedingungen, unter denen dort Nazi-Bauvorhaben zu verwirklichen waren, sind berüchtigt.

Im Frühjahr 1945 stellte ein Stabsarzt eine Herzmuskelerntzündung fest. Nach Rüsselsheim heimgekehrt, „war die erste Nachricht, die mich erreichte, der Tod meiner Tochter durch Bomben“, schrieb Jülich 1960 in einem Brief. „Nicht leicht, die Suche nach meinen übrigen Kindern. Von einer Tochter fehlte jede Spur, erstmals im September erhielt ich eine Nachricht aus einem Gefangenenlager in Belgien. All diese Nachrichten waren keine Medizin für meinen gesundheitlichen Zustand.“

Mainspitze 30.04.2010 – von Michael Wien

Rüsselsheim wie Oskar Jülich es nach seiner Rückkehr von der Ostfront erlebte. Blick vom Dach des Opel-Werks auf einen Teil der Altstadt, im Vordergrund der Rüsselsheimer Hof. Archivfoto: Sammlung Dörr

Seghers setzte ihm ein Denkmal

VON NAZIS VERFOLGT Flucht, Tod und das literarische Auferstehen des Max Tschornicki

Mindestens zwölf Rüsselsheimer wurden unter anderem im Konzentrationslager Osthofen bei Worms gleich zu Beginn der Nazizeit unterschiedlich lange gefangen gehalten, unter den unmenschlichsten Bedingungen. Einer der wenigen, dem die Flucht über die KZ-Mauer gelang, war der in Rüsselsheim geborene jüdische Rechtsanwalt Max Tschornicki. Rolf Strojec, Sprecher der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative, hat im Rahmen seiner umfangreichen Forschungen auch die Geschichte dieses Mannes noch einmal recherchiert. So kann sie hier vorgestellt werden.

Nach seinem Jura-Examen ließ sich Tschornicki als freier Rechtsanwalt in Mainz nieder. „Er verteidigte in nahezu allen größeren in Rheinhessen stattfindenden politischen Prozessen der Jahre 1930 bis 1933 angeklagte Mitglieder der Linksparteien“, berichtet Strojec. Noch im März 1933, also bereits nach der Machtübergabe an die Nazis, hatte Tschornicki mutig sechs Sozialdemokraten und Kommunisten verteidigt, die im Siefersheimer Landfriedensbruchprozess wegen Hochverrats angeklagt worden waren. Am 8. März und 2. April wurde er selbst, jeweils unter dem fadenscheinigen Vorwand der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie insbesondere zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“, im Auftrag der kriminellen Machthaber verhaftet. Mit Datum vom 1. Mai wurde Max Tschornicki „wegen nichtarischer Abstammung“ die Zulassung als Rechtsanwalt entzogen.

Noch im gleichen Monat folgte seine dritte Verhaftung. Der Mann, der sich Jahre hindurch mit jedem Einsatz für Menschen, die keine Nazis waren und das System ablehnten, bei den „Herrenmenschen“ verhasster gemacht hatte, wurde von ihnen in das Konzentrationslager Osthofen verschleppt.

Tschornicki hat natürlich mit besonderer Härte des Wachpersonals und der Auftraggeber dieser Folterknechte rechnen müssen. Strojec stellt fest: „Da Intellektuelle, Juden und Linke - deren Merkmale Tschornicki ja in seiner Person vereinte - besonders grausamen Nachstellungen ausgesetzt waren, erwog er die Flucht als einzigen Ausweg.“ Mithäftlinge müssen ähnlich für ihn gefürchtet haben, denn sie unterstützten ihn. Damit gingen auch sie ein besonderes Risiko ein, was dafür spricht, dass ihnen dieser Anwalt besonderen Eindruck gemacht haben muss. Am 3. Juli 1933 gelang ihm - unterstützt durch jene Mithäftlinge - die Flucht über die mit Glasscherben gesicherte KZ-Mauer in das damals gerade noch dem UNO-Vorgänger „Völkerbund“ unterstehende Saargebiet.

Dort konnte er jedoch nicht bleiben, wie wir heute

besser wissen. Nach der Wiedereingliederung des Saargebietes in das Deutsche Reich im Jahr 1935 floh der Rüsselsheimer weiter nach Südfrankreich. „Aber auch hier waren ihm Gestapo-Spitzel und V-Leute der Nazis auf den Fersen“, erzählt Strojec. Tschornicki arbeitete in Toulouse. In Marseille spürten ihn 1942 Gestapobeamte auf, die ihn verhafteten und schließlich aus dem nicht von deutschen Truppen besetzten Teil Frankreichs bis nach Deutschland verschleppten. Am 20. April 1945, wenige Tage vor Kriegsende, starb Max Tschornicki, erst 42 Jahre alt, in Dachau an den Folgen der mörderischen Haft.

Das von ihm und anderen Gefangenen in anderen Konzentrationslagern Erlebte hat Anna Seghers in ihrem berühmten Roman „Das Siebte Kreuz“ zu Weltliteratur verarbeitet und damit ihm und anderen Widerstandskämpfern ein bleibendes Denkmal gesetzt. Tschornicki ist nicht gekreuzigt worden. Strojec verweist jedoch darauf, dass es auch für die in diesem Roman angesprochenen Kreuzigungen im Konzentrationslager Bezüge in die Opelstadt gibt: Wilhelm Feutner, der 1936 die Leitung der fast durchweg kommunistisch orientierten Widerstandszellen im Opelwerk Rüsselsheim übernahm, habe berichtet, dass sein Bruder Ludwig - um ihn zu decken - alle Schuld auf sich nahm. „Er wird verurteilt und ins KZ Dachau gebracht“, sagt Strojec. „Dort wird er zur Abschreckung ans Kreuz geschlagen, so dass er bei Kriegsende mit verkrüppelten Händen nach Hause kommt.“
Mainspitze vom 19.6.2010 von Michael Wien



*In aller Öffentlichkeit: Das Konzentrationslager Osthofen, im Wesentlichen eine leere Fabrikhalle, war als KZ überdeutlich gekennzeichnet. Und die Menschen wussten sehr schnell, worum es hinter der geschmückten Fassade ging.
Archivfoto: privat*

Widerstand im Keim ersticken

Machthaber verbreiten mit Festnahmen, Folter und Verschleppung Angst

Ziel der ersten Konzentrationslager war nicht die rasche Vernichtung von Menschen, die dem Regime im Weg waren, sondern „die Ausschaltung möglichst jeglicher politischer Opposition“, stellt Rolf Strojec von der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative fest. Zugleich wollten die Nazis nicht oder vielleicht nur noch nicht im Widerstand begriffene Bürger einschüchtern, ihnen Angst davor machen, bei Widerspruch gegen die „Herrenmenschen“ ein ähnliches Los wie die Gefolterten und Verschleppten ertragen zu müssen. Das aber heißt, dass man offenbar damit rechnete, dass Entlassene daheim hinter vorgehaltener Hand Gleichgesinnten trotz Verbotes davon berichteten, was in Gestapokellern und hinter KZ-Mauern Alltag war. Auf sein Ansehen bei Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden, Zeugen Jehovas, Sinti und Roma sowie Homosexuellen, die allesamt verachtet wurden, ja denen man gleich das Menschsein absprechen wollte, achtete das Regime natürlich nicht. Da konnte die Wahrheit über Folter und Verzweiflung nur nutzen. Sie konnte noch nicht entdeckte und vielleicht zögerliche Widerständler aufschrecken und so ans Messer liefern oder aber noch rechtzeitig einschüchtern, bevor sie dem Regime wirklich gefährlich werden konnten. Unentschlossenen würde schon unpräzises Gemunkel reichen, wer sich da hinter den Mauern der ersten Konzentrationslager wohl auf welche Weise an den Gefangenen austobte. Offiziell wurde dagegen ein Bild von Recht und Ordnung gezeichnet. „Die gleichgeschaltete regionale Presse wurde dazu benutzt, die ab Mai 1933 in beinahe gleich lautenden Artikeln von der Einrichtung des Konzentrationslagers Osthofen berichtete“, schildert Rolf Strojec.

In den ersten Wochen schon habe man fast täglich in den regionalen Blättern lesen können, wer diesmal aus der Umgebung verhaftet und nach Osthofen gebracht worden war. Die Existenz dieses Lagers blieb somit keinem Zeitgenossen, der lesen konnte, verborgen. Die Zustände dort seien in den Zeitungsberichten stark verharmlost worden. „Ihren eigentlichen Zweck, die übrige Bevölkerung abzuschrecken, haben sie aber sicher in vielen Fällen erreicht“, erkennt Strojec aus seinen umfangreichen Recherchen. Ein überliefertes Sprichwort in den Rüsselsheimer Arbeiterfamilien habe damals gelautet: „Schweigen ist Silber, Reden Osthofen.“

Viele Gendarme zeigten sich als willige Schergen

Im Juli 1934 wurde das Konzentrationslager Osthofen geschlossen. Den dort noch internierten Widerstandskämpfern, Zeugen Jehovas und zuvor politisch aktiv gewesenen Juden trauten die Nazis weiterhin nicht über den Weg. Etliche wurden zum Teil in andere Konzentrationslager verschleppt, die meisten aber zumindest vorerst nach Hause entlassen, hatten sich dort allerdings täglich zu melden.

Wer erwischt wurde, dass er über das sprach, was er im KZ erlebt oder dort an Verbrechen gegen andere mitbekommen hatte, gab dem Regime und seinen vielen Handlangern einen zusätzlichen Vorwand, erneut zuzugreifen. Willige Schergen gab es auch in der Gendarmerie genug.

Die Büttel des Regimes, also die Wachmannschaften im KZ, die zuarbeitenden Gendarmen, die Gestapo sowieso, müssen tatsächlich an ein „tausendjähriges Reich“ geglaubt haben, dass sie so ungeniert demütigten, folterten, verschleppten.

Sie konnten nicht wissen, dass nach dem tatsächlichen Ende der Nazizeit so viele von ihnen straffrei oder glimpflich davonkommen würden.

Mit welcher Energie bereits zu Beginn der zwölf Jahre gegen Andersdenkende vorgegangen wurde, belegt die Einsicht, die auch Strojec bewegt: dass sich hier ein Ungeist entlud, der noch aus dem Kaiserreich herüberreichte.

In äußerlich mehr oder weniger gutbürgerlichen Stuben der Weimarer Zeit war er konserviert worden. Und er hatte nur auf seine Stunde, auf eine bestimmte gesellschaftliche Lage gewartet, die es ihm erlauben würde, sich an allen zu rächen, die er in seiner Unfähigkeit, mit anderen Menschen zu fühlen, nicht begreifen konnte

MAINSPITZE 3.7.2010 von Michael Wien

WELTVERTRAUEN BRICHT ZUSAMMEN

Hannes Heer hat im April in seinem Vortrag im „Adlerpalast“ den jüdischen Schriftsteller Jean Amery zitiert: „Der erste Schlag bringt dem Inhaftierten zu Bewusstsein, daß er hilflos ist - und damit enthält er alles Spätere schon im Keime. [...] ‚Man darf mir mit der Faust ins Gesicht schlagen‘, fühlt in dumpfem Staunen das Opfer und schließt in ebenso dumpfer Gewissheit: ‚Man wird mit mir anstellen, was man will‘. Die universelle Grundannahme, dass mich der andere aufgrund geschriebener oder ungeschriebener Sozialkontrakte schont, dass er meinen physischen und auch metaphysischen Bestand respektiert, wird annulliert.“

Jean Amery fuhr fort: „Mit dem ersten Schlag bricht dieses Weltvertrauen zusammen. [...] Mit dem ersten Schlag, gegen den es keine Wehr geben kann und den keine helfende Hand parieren wird, endigt ein Teil unseres Lebens und ist niemals wieder zu erwecken.“

Hannes Heer: „Diesen ersten Schlag haben Millionen in Zeitlupe erfahren. Für sie ist, lange vor dem physischen Tod, das Vertrauen in die Welt und die Menschen zerbrochen. Für die Überlebenden ist es nie wieder zurückgekehrt. Sie haben unter uns beschädigt weiterzuleben versucht und irgendwann blieb ihnen, wie Primo Levi oder Jean Amery, als Rettung vor der Verzweiflung, die von dieser Beschädigung ausging, nur der Freitod. Wer sich nur diesen einen Moment vergegenwärtigt, weiß, was der Zivilisationsbruch enthält. Er schämt sich ein Leben lang für das, was möglicherweise sogar die eigenen Angehörigen dem Anderen angetan und der Welt hinterlassen haben.“

Fragen auch nach Tätern und Zuschauern

Gedenken an Opfer begünstigt die umfassendere Aufarbeitung der Geschichte / Wenn Millionen Einzelne moralisch versagen

Richard Strauss, der Komponist der „Salome“ wie des „Rosenkavalier“, machte sich mitten in der Nazizeit zum KZ Dachau auf, um einen internierten Musiker zu besuchen. Er nahm einen Kuchen mit, schließlich wollte er dem Kollegen eine Freude bereiten. Natürlich wurde er abgewiesen. Einige verstanden die Weltfremdheit des berühmten Mannes schon damals nicht. Aus heutiger Sicht kann man sich den Vorgang nicht einmal ansatzweise erklären. Selbst wenn man weiß, dass Strauss 1933 auf die Idee seiner Ehefrau, sich für den verfolgten Dirigenten Otto Klemperer zu verwenden, in dessen Beisein geantwortet hatte: „Als ob das die rechte Zeit wäre, sich für einen Juden einzusetzen.“ Klemperer sagte später, die Schamlosigkeit sei so nackt gewesen, dass er kein Wort dazu verloren habe. War Richard Strauss einfach feige oder überstiegen die planvoll verübten Greuel der Nazis einfach die Vorstellungskraft, seine und die anderer Menschen? Die Frage, was dieses „Dritte Reich“ war, beantwortete Hannes Heer vor ein paar Wochen bei seinem Abend im Rüsselsheimer „Bücherhaus“. Unweit des „Adlers“ also, in dem Jahrzehnte zuvor Nazi-Schergen einander zugeprostet und ihre Lieder gesungen hatten. „Nazi-Deutschland war eine moralische Katastrophe und ein Schrecken für die Völker Europas.“

Heer fuhr fort: „Die 27 Millionen Toten der Sowjetunion, zwei Drittel davon Zivilisten, bezeugen das ebenso wie die sechs Millionen ermordeten Polen, ein Fünftel der Bevölkerung.“ Und der Mann, der vor Jahren die Wehrmachtausstellung gestaltete, stellt fest: „Es war Mord, kaltblütig geplant und systematisch durchgeführt wie die fast gelungene Vernichtung der europäischen Juden, Sinti und Roma, Behinderten und psychisch Kranken.“

Der Idee des Kölner Künstlers Günter Demnig folgend, recherchieren die Mitglieder der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative Schicksale Rüsselsheimer Nazi-Opfer. Dabei wird von ihnen selbst wie von denen, die ihre Aktivitäten unterstützen oder mit Sympathie verfolgen, immer wieder auch die Frage nach den Tätern gestellt. Nicht wenige fragen sich besorgt nach der Möglichkeit einer Verstrickung von Mitgliedern der eigenen Familie. In seinem Rüsselsheimer Vortrag auf Einladung der „Stolperstein“-Initiative und des „Bücherhauses Jansen“ widmete sich Heer ausführlich der Schuldfrage. „Bei alledem handelte es sich um Großverbrechen, und die Täter zählten, wie die Wehrmachtausstellung oder die 2009 gezeigten beiden Ausstellungen über die Deportationen durch die Reichsbahn gezeigt haben, nach Millionen.“

Schuldig durch Handeln oder duldendes Schweigen Heer zitiert den jüdischen Schriftsteller Jean Amery

(1938 nach Belgien emigriert, 1940 ins Lager Gurs verschleppt, nach Belgien geflohen, in der Resistance aktiv, wieder verhaftet, in die Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen deportiert): „Mir schien, ich hätte die Untaten als kollektive erfahren: Vor dem braungewandeten NS-Amtswalter mit Hakenkreuzbinde hatte ich auch nicht mehr Angst gehabt als vor dem schlichten feldgrauen Landser. Auch wurde ich den Anblick der Deutschen auf einem kleinen Bahnsteig nicht los, wo man aus den Viehwagons unseres Deportationszuges die Leichen ausgeladen und aufgeschichtet hatte, ohne dass ich auch nur auf einem der steinernen Gesichter den Ausdruck des Abscheus hätte lesen können.“

Heer stellte fest, Amery habe gewusst, „dass der Begriff Kollektivschuld im engen juristischen Sinne, so als habe sich die Gemeinschaft der nichtjüdischen Deutschen zum Plan des Völkermordes verabredet und dazu eine gemeinsame Handlungsinitiative ergriffen, nicht tauglich war“. Aber er habe ihn für brauchbar gehalten, „wenn man nichts anderes darunter versteht als die Summe individuellen Schuldverhaltens“. Dann werde „aus der Schuld jeweils einzelner Deutscher - Tatschuld, Unterlassungsschuld, Redeschuld, Schweigeschuld - Gesamtschuld eines Volkes“. Die Schriftstellerin Marie-Luise Kaschnitz habe in diesem Sinne von der „Massenschuld“ gesprochen, Philipp Jenninger von der „Schuld von Millionen Einzelnen“.

MAINSPITZE 10.7.2010 von Michael Wien

FRÜHE AUFARBEITUNG VERBAUT

Hannes Heer erinnerte im April in Rüsselsheim, der 1937 aus Heidelberg vertriebene und 1945 zurückgekehrte Philosoph Karl Jaspers habe in seiner ersten Nachkriegsvorlesung vier Schuldbegriffe unterschieden. Drei seien hier relevant: Die kriminelle Schuld ist als Resultat objektiv nachweisbaren ungesetzlichen Handelns vor Gericht aburteilbar. Eine politische Schuld folgt aus der politischen Haftung jedes Staatsbürgers für die Handlungen und die Gesetze seines Staates. Kurzform wörtlich: „Es ist jedes Menschen Mitverantwortung, wie er regiert wird.“ Moralische Schuld ergebe sich aus der Verantwortung für alle persönlichen Handlungen, egal ob sie aus eigenem Willen oder auf Befehl erfolgt sind. Jaspers weiter: „Aus der moralischen Lebensart der meisten Einzelnen, breiter Volkskreise, im Alltagsverhalten erwächst der politische Zustand.“

Heer bemerkte: „Dieser Schuldbegriff ist so umfassend, dass damit die Mehrheit der sogenannten Volksgemeinschaft vor und nach 1945 gemeint war.“ Jaspers frühe Schrift „Die Schuldfrage“ wie Jean Amerys 20 Jahre später erschienene Essayammlung „Jenseits von Schuld und Sühne“ seien von der Öffentlichkeit vehement zurückgewiesen worden. Damit habe sie sich eine frühe Aufarbeitung des Themas verbaut. In der „Stolperstein“-Initiative sieht Heer eine große Chance, im Erinnern an die Opfer die Nazizeit als negatives Eigentum anzunehmen und aufzuarbeiten.

Blutige Zerstörung einer Familie

Nazi-Mörder setzen Josef Linz und den Seinen bis in den Süden Frankreichs nach

Unter den Fotografien, die Rolf Strojec, Sprecher der „Stolperstein“-Initiative, neben all seinen fruchtbaren Recherche-Ergebnissen für diese Serie zur Verfügung gestellt hat, sind Pass- und andere Porträtbilder, die Menschen in meist steifer Haltung beim Fotografieren zeigen. Daneben gibt es Rüsselsheimer-Ansichten, die ein wenig von den unterschiedlichen Stimmungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigen. Wenige Fotos sind erhalten, auf denen man Rüsselsheimer Opfer des Nazi-Terrors in glücklicheren Zeiten ihres Lebens sieht. Eines genau dieser Bilder lädt sofort zu näherem Hinsehen ein. Noch bevor man erfährt, was die Menschen darauf später zu leiden hatten, beginnt man unwillkürlich, nach ihnen zu fragen. Wahrscheinlich, weil sie trotz aller Unterschiede in Kleidung und Auftreten nicht wie irgendwelche Fremde aus irgendeiner fernen Zeit aussehen. Sie wecken sofort das Interesse auch des heutigen Betrachters, weil sie so gegenwärtig wirken. Das Foto zeigt drei Menschen in einer letzten fast noch idyllischen Phase ihres Lebens, erfährt man dann. „Sommer 1930 Rüsselsheim“ ist mit Füller an den Rand der Aufnahme geschrieben. „Dieses Bild habe ich von Margot Parouty, geborene Linz, aus dem französischen Perigueux erhalten“, berichtete Strojec. Und weiter, dass Madame Parouty die Nichte von Melanie und Karl Linz ist. Auf dem Foto sind zu sehen: die kleine, etwas verlegene Margot, Tante Melanie sowie deren Bruder, Josef Linz, der Vater Margots. Margot Parouty berichtete Rolf Strojec Einzelheiten ihrer furchtbaren Familiengeschichte. Als Juden wussten Melanie und Karl Linz nach der Machtübernahme der Nazis um ihre ganz besondere Gefährdung. Sie hatten sich schon bald schweren Herzens entschlossen, ihre Heimat zu verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen. „Melanie hatte bereits ein Affidavit, eine beglaubigte Bürgschaftserklärung eines US-Amerikaners, unerlässlich für eine Einreise in die Vereinigten Staaten. Aber sie entschied sich aus Fürsorge für ihren anderen Bruder, Karl, in Rüsselsheim zu bleiben. Karl war lungenkrank. Diese Fürsorge war am Ende für beide tödlich.“

Nächtliche Flucht im Güterwagen

Von der Rüsselsheimer Familie Linz war hier schon anlässlich der ersten „Stolperstein“-Verlegung (2008) die Rede. Josef Linz war in der Opelstadt als Generalvertreter für Citroen-Autos bekannt. 1934 floh er mit Ehefrau Julia und ihrem Töchterchen, Margot, ins Saargebiet und übernahm die Citroen-Vertretung in Saarbrücken, berichtet Strojec. Nach der Eingliederung der Saar ins „Dritte Reich“ floh die Familie 1935 erneut, jetzt ins elsässische Strasbourg, wo Josef Linz weiterhin für Citroen arbeiten und seine Familie ernähren konnte. Als bei Kriegsbeginn die deutsche Wehrmacht ins Elsass einmarschierte, musste die Familie erneut fliehen, nun Hals über Kopf in den Süden Frankreichs. Margot Parouty erinnere sich noch heute an die nächtliche Flucht mit der Eisenbahn in primitiven Güterwagen ins Perigord, erzählt Strojec.

Doch auch im unbesetzten Teil Frankreichs, offiziell von dem französischen Marschall Pétain regiert, war die kleine



Rüsselsheimerin mit ihren Eltern nicht sicher. Es wimmelte dort von Spitzeln der Nazis. Margot wurde schließlich Zeugin der Ermordung ihres Vaters, Josef Linz, durch die Division Brehmer. „Es geschah in der Nähe von Perigueux. Diese Division war im Frühjahr 1944 in die Dordogne eingefallen, um die hier besonders starke Widerstandsbewegung, die Résistance, zu bekämpfen. Es kam zu willkürlichen Geiselnahmen und Erschießungen, bevorzugt aber einheimischer und staatenloser Juden“, berichtet Strojec. Er hat auch erfahren, auf welche perfide Weise die Nazis an die Namen und Adressen der Menschen gekommen waren, die sie dahinschlachteten. „Von einem Gemeinsekretär wurde eine Adressenliste mit den Namen jüdischer Bürger erpresst. Die Menschen wurden verhaftet und sofort erschossen.“ Margot Linz habe damals ihrem Vater zu Hilfe eilen wollen, fand ihn aber bereits erschossen.

MAINSPITZE 30.7.2010 von Michael Wien

KONTAKT IN DIE HEIMATSTADT

In Chateau l'Eveque gibt es eine Stele, die an die Erschießung von Joseph Linz und Résistance-Mitgliedern erinnert.

Bis heute lebt Margot Parouty, geborene Linz, in der Dordogne, der französischen Provinz, in die ihre Eltern schließlich mit ihr geflohen waren und in der ihr Vater dennoch von Nazis ermordet wurde. Verheiratet ist sie mit einem ehemaligen Mitglied der Résistance, berichtet Rolf Strojec weiter. Planck-Schüler begleiteten 2008 aktiv die Verlegung des Stolpersteines für die deportierten und 1942 ermordeten Geschwister Karl und Melanie Linz, Onkel und Tante Margots, am letzten Wohnsitz, Mainstraße 13. Zwei beschrieben die jäh abgebrochenen Lebensläufe. Im Unterricht und außerhalb nutzten Mitschüler die Chance, über Formen des Erinnerns zu diskutieren.

Zu dieser ersten „Stolperstein“-Verlegung für ihre ermordeten Angehörigen am 2. Oktober 2008 hatte sich Margot Parouty bei der Rüsselsheimer Initiative gemeldet. Über all das erlittene Grauen hinweg hat sie bis heute zu ihrer Heimatstadt, aus der ihre Familie blutig vertrieben wurde, auf besondere Weise Kontakt. Sie ist eng verbunden mit einer hier lebenden Freundin aus unbeschwert erlebten frühen Kindheitstagen. Seit Ende der Nazizeit und des Krieges trafen sie sich immer wieder in der Schweiz, weil Margot Parouty Deutschland mied.

Überzeugungen mutig treu geblieben

Walter Helkers Erinnerungen an die jüdische Familie Linz und an seinen Vater Adam Helker

Als 1937 die später ermordeten Geschwister Melanie und Karl Linz von der Gestapo abgeholt wurden, war dies ein weiterer Schock für einen Jungen im Hinterhaus der Mainstraße 13. Dem kleinen Walter, Jahrgang 1934, hatten die Nazis kurz zuvor bereits den eigenen Vater weggeholt. Niemand wusste, wohin sie ihn gebracht hatten, ob er noch am Leben war, ob sie ihn folterten, ob und wenn ja in welcher körperlichen und seelischen Verfassung er wieder zurückkehren würde. Jetzt also auch noch seine erwachsenen Freunde. 73 Jahre später las Walter Helker nun die vorangegangene Folge dieser Serie. Und er beschloss, seine Geschichte zu erzählen, teils aus eigener, wacher Erinnerung, teils später im Familienkreis aus seinen Angehörigen herausgefragt. Hier der erste Teil davon.

Walters Mutter war im Haus gegenüber der Linzschen Fahrrad- und Nähmaschinenhandlung aufgewachsen, Ecke Main- und Faulbruchstraße, wo heute die große Brache des Parkplatzes hinter dem Rathaus liegt. Die beiden Töchter des Hauses hatten kurz nacheinander geheiratet und waren bald darauf auch beide schwanger geworden. Es drohte zu eng zu werden in dem kleinen Haus, aber Melanie und Karl Linz wussten Rat. Sie luden Walters Eltern ein, ins Hinterhaus ihrer Mainstraße 13 zu ziehen. Dort lebten die Helkers fortan im ersten Stock, über dem Lager der Handlung.

Die Familien verstanden sich prächtig. „Melanie und Karl Linz hatten beide keine Kinder, vielleicht haben sie mich deshalb so ins Herz geschlossen“, überlegt Walter Helker. Mittags empfangen die Geschwister Linz den Kleinen regelmäßig zum Essen.

Juden war es verboten, Milch zu kaufen

Walters Großmutter schlich abends über die Straße und brachte heimlich abgezweigte Milch mit. „Juden war es verboten, Milch zu kaufen“, berichtet Helker. Der sich natürlich auch sehr gut an die kleine Margot, die Nichte der Linz-Geschwister, erinnert. „Mir kam sie schon fast erwachsen vor, war sie doch schon ein paar Jahre älter als ich.“ Das Mädchen spielte mit dem Kleinen und passte auch immer wieder fürsorglich auf ihn auf. An Margots Vater, den später in Frankreich von Nazis aufgestöberten und ermordeten Joseph Linz, hat Walter Helker keine rechte Erinnerung mehr.

Anderes ist ihm umso besser in Erinnerung. Nach der „Reichskristallnacht“, in der im Laden im Vorderhaus die Scheiben eingeschlagen worden waren, lagen Fahrräder, Nähmaschinen und allerlei Zubehör auf der Straße. Ob die randalierenden Nazis auch „Beute“ mitgehen ließen, weiß Helker nicht zu sagen. „Es war ja Nacht.“ Und das Chaos machte alles unübersichtlich.

Abgeholt wurde zunächst Walters Vater. Adam Helker war gelernter Maler, hatte aber vor Jahren bei Opel eine Stelle in der Vergaserherstellung angenommen. Der überzeugte Kommunist gehörte einer Widerstandszelle an, die im Werk einen Nachrichtendienst eingerichtet hatte. Wie ein paar andere hörte er daheim „Feindsender“. Die gehörten Wahrheiten über die tatsächliche Lage gaben sie im Werk weiter, hielten Kollegen ohne solche Gelegenheit auf dem Laufenden. Aus heutiger Sicht ging die Sache erstaunlich lange gut. Bis heute steht ein Mann unter Verdacht, sich als Spitzel der Nazis in die Kette eingeschlichen und die mutigen Männer an die Gestapo verraten zu haben. Ende März 1937 wurden die Widerstandskämpfer abgeholt. Adam Helker wurde vom 16. April bis 16. Juni im Gestapo-Gefängnis in der Darmstädter Rundeturmstraße festgehalten. Am 6. Juli 1937 verurteilte ihn das Oberlandesgericht Kassel wegen „Vorbereitungen zum Hochverrat“ zu Gefängnis. Eineinhalb Jahre war er im Zuchthaus in Frankfurt-Preungesheim interniert. Als er wieder freikam, wies man ihn bei Opel ab. Er bekam die „Erlaubnis“, sich als Waldarbeiter zu verdingen. „Bei einem solchen Einsatz geriet mein Vater 1941 mit einem Bein unter einen fallenden Baum. Drei Stunden dauerte es, bis er befreit war. Entsprechend groß waren die bleibenden Schäden“, berichtet der Sohn.

MAINSPITZE 14.8.2010 von Michael Wien

Französische Résistance versteckt Helker

Der Widerstandskämpfer Adam Helker trug in seinen Papieren den Eintrag „wehrunwürdig“. Was die Nazis aber nicht daran hinderte, ihn dann 1942 doch zur Grundausbildung nach Mannheim zu schicken und wenig später als Soldat nach Frankreich. Dort blieb er seinen Überzeugungen treu, desertierte und schloss sich der französischen Widerstandsbewegung an.

Die Kämpfer der Résistance versteckten Adam Helker vor dem Zugriff der Verfolger, bis die US-Truppen kamen und den Deutschen in Kriegsgefangenschaft mitnahmen. Wie Walter Helker berichtet, setzten sich die Franzosen für seinen Vater als einen der ihren ein, erreichten eine gute Behandlung und schließlich seine vorzeitige Freilassung nach Hause.

Risse in der kleinen Welt

Walter Helker denkt an seine Kindheit zurück / Stete Ungewissheit über Schicksal des Vaters

Der kommunistische Rüsselsheimer Widerstandskämpfer Adam Helker wurde Ende März des Jahres 1937 von zwei Männern aus seiner Wohnung im Hinterhaus der Mainstraße 13 abgeholt. „Sie trugen lange, schwarze Mäntel“, erinnert sich sein Sohn, Walter, Jahrgang 1934, noch an die Gestapo-Leute. Der Junge war noch ein Knirps, aber einige Details des rohen Auftritts der Schergen brannten sich in das Gedächtnis des geschockten Kleinkindes ein, das in den folgenden acht Jahren seinen Vater kaum einmal zu Gesicht bekommen sollte.

„In unserer Wohnung angekommen, haben die Gestapo-Männer das Radio von der Wand gerissen und es die Treppe zum Erdgeschoss hinunter geworfen. Danach haben sie meinen Vater gepackt und die gleiche Treppe hinunter gestoßen“, berichtet Walter Helker der „Main-Spitze“. Blutend lag der Vater dann zunächst im Hof, bis die Männer ihn fortzerrten. „Wohin sie ihn schafften, hat meine Mutter erst viel, viel später erfahren.“ Dass die hasserfüllten Gestapo-Männer seinen Vater bereits auf der Fahrt ins Darmstädter Rundeturm-Gefängnis derart schlugen, dass er dort mit völlig zeretzter Kleidung ankam, lag trotz des brutalen Abtransportes außerhalb des Vorstellungsvermögens der Mutter oder gar des Kindes. „Ewig hat auch meine Mutter gar keine Ahnung gehabt, was wohl genau mit ihm geschehen sein mochte, bis mein Vater wegen Hochverrats verurteilt wurde.“

Härte gegen die Widerstandskämpfer

Adam Helker wurde wie berichtet 1937 wegen Abhörens und Verbreitung von „Feindsender“-Nachrichten unter der übrigen Opel-Belegschaft für eineinhalb Jahre ins Zuchthaus gesteckt. Der Sohn gedenkt auch der kommunistischen Genossen seines Vaters, insbesondere Heinrich Tiemanns und Albert Steubes, die es noch härter getroffen habe. Tiemann wurde erstmals im August 1933 verhaftet und später mit Steube wegen Verbreitung von Flugblättern verurteilt. Beide verbüßten von März 1935 bis Dezember beziehungsweise September 1937 eine Haftstrafe im Butzbacher Zuchthaus. Steube wurde direkt im Anschluss in ein friesches Moorarbeiterlager gebracht, Tiemann und er wurden ab Februar 1943 ins Strafbataillon 999 gesteckt.

Die kleine Welt des kleinen Walter Helker bekam ab 1937 Risse. Nach dem Vater wurden wie berichtet Melanie und Karl Linz von den Nazis abgeholt. Auch sie kehrten für den Jungen erkennbar einfach nicht zurück. Und durften während der Nazizeit außerhalb der vier Wände der Familie Helker, die ihr Andenken bewahrte, nicht erwähnt werden. Bis Walter seinen Vater ganz zurückbekam, erlebte er ab 1937 an der Hand der Mutter eine Odyssee.



Als Fremde verachtet

Auf deren Stationen musste das Kind schmerzvoll lernen, immer neue, weitere Verluste zu ertragen. An verschiedenen Wohnorten gerade erst gefundene Spiel- und später Schulkameraden musste Walter zurücklassen und versuchen, sich trotzdem „irgendwie“ in dieser unverständlichen Welt zurechtzufinden. Walter Helkers Tante war mit Mann und Kind bei der Großmutter im Eckhaus Main- und Faulbruchstraße ausgezogen, an ihrer Stelle zogen gleich nach Adam Helkers Verschleppung durch die Gestapo Walter und seine Mutter ein. Als die Geschwister Linz ins KZ verschleppt wurden, war ihr Hinterhaus also vermutlich wieder unbewohnt, wengleich beide Familien den Kontakt nicht hatten abreißen lassen.

1942 zog Walter mit seiner Mutter in die Böllenseesiedlung um. 1944 sollte das so von ihnen verlassene Haus der Großmutter im Bombenhagel in Schutt und Asche fallen. Unterdessen waren sie in ihrer Unterkunft in der Böllenseesiedlung bereits 1943 ausgebombt worden und hatten alles verloren. Zunächst kamen sie bei Walters Tante in Büttelborn unter, von dort gelangten sie nach Wallerstädten. „Wo uns die Menschen als Flüchtlinge verachtet haben. Die Dorfburschen hatten für mich keinerlei Verständnis.“ Walter musste sich wie viele Ausgebombte durchbeißen. Schließlich zog er mit seiner Mutter ein weiteres Mal um, zu Bekannten in die Böllenseesiedlung.

Seinen Vater - von den Nazis in den Krieg gepresst, zur Résistance übergelaufen und dank deren Fürsprache zügiger aus US-Gefangenschaft entlassen - sah er 1945 wieder. Welchen erstaunlichen Mann der Herangewachsene in dem Heimkehrer kennen lernte, wird in der nächsten Folge beschrieben. Mainspitze

21.8.2010 Mainspitze von Michael Wien

Niemals geschlagen gegeben

Adam Helker baut sich und seiner Familie nach dem Krieg ein gutes Leben auf

„Die kleine Margot kam mir schon wie erwachsen vor, aber sie war ja auch ein paar Jahre älter als ich.“ So hatte Walter Helker, Sohn des Widerstandskämpfers Adam Helker, berichtet. Und das Mädchen, das 1937 bei der Familie Linz auf den kleinen Jungen, Jahrgang 1934, aufgepasst hatte, mag in der Tat um einiges älter gewesen sein. Margot Linz war das nämlich nicht. Margot Perouty meldete jetzt aus Frankreich, sie sei in jenen Jahren gar nicht mehr nach Rüsselsheim gekommen, um Tante und Onkel, Melanie und Karl Linz, zu besuchen. Von Saarbrücken war sie mit ihren Eltern 1935 nach Strasbourg geflohen, in Sicherheit, bis deutsche Truppen auch dort einfielen.

Diese Serie präsentiert kein fertiges Geschichtsprotokoll, sondern gibt Einblick in die Werkstatt der „Stolperstein“-Initiative. Berichte über deren Arbeit bringen Menschen dazu, sich mit eigenen Erinnerungen zu melden. Sie vervollständigen dabei Bilder und werfen an anderer Stelle Fragen auf, die erst wieder unter Mithilfe des nächsten Melders oder beim Durchforsten von Akten teilweise oder ganz beantwortet werden können. Die Ehrenamtlichen in der Initiative freuen sich, wenn so mehr und mehr Bewegung dort hineinkommt, wo andere jahrelang befunden hatten, es sei besser, den Mantel des Schweigens über furchtbare Kapitel der Geschichte zu breiten. Die Generation der Täter, Verfolgten und Widerstandskämpfer ist unterdessen fast ausgestorben. Wenn sich nun in Erzählungen der Generation der damaligen Kinder schemenhafte Erinnerungen mit später Erfahrenem oder mühsam Erfragtem auch einmal falsch verbinden, nimmt das niemand übel.

Walter Helker war erst drei Jahre alt, als die Gestapo, „Männer in schwarzen Mänteln“, seinen damals 25-jährigen Vater verschleppten. Fünf war er, als der Vater zurückkehrte und für knapp drei Jahre nur als Waldarbeiter schuftete durfte. Das offene Bein (bis zu seinem Tod im Jahre 1977 nicht geheilt), das ihm ein Arbeitsunfall bescherte, hinderte die Nazis nicht, ihn 1942 als Soldat nach Frankreich zu schicken (wo er wie berichtet zur Résistance desertierte). Der achtjährige Walter war elf Jahre alt, als er seinen Vater wiederbekam.

Nach dem Krieg Malerwerkstatt eröffnet

Die Erinnerungen daran sind natürlich präziser. Der Sohn spricht mit großer Bewunderung über den Vater. Adam Helker ging nicht zurück zu Opel, er besann sich auf seinen erlernten Beruf und eröffnete in der Böllenseesiedlung eine Malerwerkstatt. „Zwei Jahre arbeitete er allein, dann nahm er zwei Lehrlinge und ich wurde schließlich sein dritter, noch während ich zur Schule ging.“ Später sollte die Firma 30 Mitarbeiter haben, doch davon war man zunächst weit entfernt. „Die Siedlung war 1944 zerstört worden“, erzählt Walter Helker. „Mein Vater erfüllte viele Aufträge für

die Nassauische Heimstätte, was sie ihm nach der Währungsreform dankte. Hatten andere für Naturalien gerackert, hatte mein Vater Geld bekommen, das nun wertlos war. Die Nassauische ließ ihn nicht im Stich und gab ihm Aufträge, sich nun das gute neue Geld zu verdienen.“

Die Kunstfertigkeit des nach dem Waldunfall behinderten Vaters und der Schaffensgeist beeindruckten den Sohn. Aber noch bevor Walter jemals erfuhr und ganz ermesen konnte, dass sein Vater sich auch als Widerstandskämpfer nie geschlagen gegeben hatte, imponierte der Heimkehrer ihm auf noch andere Weise: Rasch nach der Rückkehr aus US-Kriegsgefangenschaft habe man dem Vater, dessen Familie ja ausgebombt war, angeboten, sich ein Nazi-Häuschen auszusuchen. „Im noblen Haus eines Nazis wollte er uns nicht sehen. Aber er fragte, ob man ihm ein verwaistes Trümmergrundstück überlassen würde.“

Mitmenschlichkeit statt Verbitterung und Hass

Er bekam das Grundstück des ehemaligen Leiters der Bezugsscheinstelle. „Der Mann hatte in einem Nachbarort Unterschlupf gefunden. Eines Tages, das Haus war wieder hergerichtet, sah mein Vater diesen Mann vorüberstreichen.“ Er bat ihn herein und bot ihm schließlich an, das Haus in seine Hände zurück zu legen, wenn er ihm die Materialkosten des Aufbaus ersetze. Der Mann habe beglückt eingewilligt, Adam Helker zog mit seiner Familie um. Diese Menschlichkeit berührt den Sohn bis heute. Jener Mann sei kein „Obernazi“ gewesen, aber Parteimitglied, Diener und Nutznießer des verbrecherischen Regimes. „Aber mein Vater hatte auch nicht vergessen, dass dieser Mann meiner Mutter Bezugsscheine zugesteckt hatte, als wir ohne den Vater dastanden.“

28.08.2010 Mainspitze von Michael Wien

EIN PAAR HAUSSCHUHE GAB ES AUCH

Während der Inhaftierung Adam Helkers im Zuchthaus Frankfurt-Preungesheim (1937 bis 1939) durfte Dorothea Helker, seine Frau, ihn nie besuchen. Adam Helker kannte jedoch den Hausmeister gut und so wurden einige heimliche Treffen an einem vergitterten Fenster verabredet.

1947 wurden Adam Helker auf Haftentschädigungsantrag bewilligt: 3000 (schon 1948 wertlose) Reichsmark, ein Paar Hausschuhe, ein Anzug, eine Weste, Zuteilungsmarken für Stoffe. Er starb 1977, nur 65 Jahre alt, nicht zuletzt aufgrund der Folgen des Nazi-Terrors wie Haft, Misshandlungen, des nach dem Waldunfall nie ausgeheilten Beines. 30 Mark monatlicher Rente dafür standen Tausende von Mark gegenüber, die er für die fruchtlose Konsultation vieler Ärzte aufwandte.

Sohn Walter Helker hat ausgerechnet, dass er wie viele Kriegskinder in acht Schuljahren fünfeinviertel Jahre unterrichtet wurde, teils auch das nur zwischen Bombenalarmen. Er lernte viel nach, bis er Vaters Firma übernahm. Von 1968 bis 1980 wirkte das SPD-Mitglied Walter Helker als Stadtverordneter. Seine beiden Söhne traten nicht in die Fußstapfen von Vater und Großvater, führten die Firma nicht weiter. Sie qualifizierten sich für andere verantwortungsvolle Aufgaben.

4. Verlegung von Stolpersteinen 30. März 2011

RÜSSELSHEIM SETZT STOLPERSTEINE

Eröffnung:
Bahnhofstr.15
11.00 - 11.30 Uhr

Für:
Bertram Mayer
(KZ Osthofen 1933, Flucht und Exil
1940, Bolivien)

Ansprache:
Renate Meixner-
Römer
(Stadtverordneten-
vorsteherin)

Lisa Mayer geb. Ermann
(Flucht und Exil 1940, Bolivien)

Gunter Demnig
(Künstler)

Erna Mayer
(Flucht und Exil 1938, Argentinien)

Bruno Guttenstein
(Flucht und Exil 1938, Argentinien)

Margarete Guttenstein, geb. Mayer
(Flucht und Exil 1938, Argentinien)

Verlegung
Hügelstr.9

ca. 11.30 Uhr

Albert Steube
(im Widerstand, verhaftet 1935, KZ
Börgermoor, Strafbataillon 999, tot
1944)

Verlegung
Paul-Hessemer-
Str.13 (Ecke Op-
penheimer Str.)

Ca. 12.00 Uhr

Friedrich Meister
(Kriegsdienst verweigert, verhaftet
1943, Zuchthaus Ensisheim 1943-45
Flucht, überlebt)



Gedenken erst nach mehr als 70 Jahren

Am 30. März wird bei der dritten Verlegung der Kaufmann Bertram Mayer geehrt

Wenn am Mittwoch, 30. März, in Rüsselsheim die dritte Verlegung von „Stolpersteinen“ zum Gedenken an Opfer des Nazi-Terrors stattfindet, wird zuerst Bertram Mayer geehrt. Dass es mehr als 70 Jahre gedauert hat, bis hier jemand öffentlich dieses Mannes gedenkt, erscheint ungeheuerlich. Dass es überhaupt noch dazu kommt, ist das Verdienst Rolf Strojecs und der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative. Strojec hat mit seinen Recherchen zutage gefördert, was in dem Menschenalter dazwischen aus Unwissenheit, aus Bequemlichkeit, von einigen aber mit voller Absicht dem Vergessen überlassen worden war. Einige Erkenntnisse sollen hier in drei Folgen vorgestellt werden.

Bertram Mayer war ein bis 1933 sehr angesehener, weithin bekannter Bürger Rüsselsheims, Besitzer des renommierten Kaufhauses Mayer & Goetz in der Bahnhofstraße 15, ab 1930 der (letzte) Vorsitzende der jüdischen Gemeinde. Er hatte sich auf verschiedenste Weise verdient gemacht. Nach dem Opel-Brand (1911) bot er seine Waren zu ermäßigten Preisen an. Bemerkenswert, dass der aufrechte Mann dabei in einer Annonce gestand, es auch deshalb zu tun, um seinen Umsatz „einigermaßen auf gleicher Höhe zu halten“. Vom Kreisamt Groß-Gerau berufen, wirkte Mayer während der Zwangsbewirtschaftung 1920/21 als Mitglied der Preisprüfungskommission. 1923 plünderten Separatisten die Rüsselsheimer Lebensmittelgeschäfte. Als Delegierter für den Kleiderhandel wurde Mayer beauftragt, mit zwei weiteren Herren in Darmstadt (unbesetztes Gebiet) einen Wechsel einzulösen, den Stadtverwaltung und Opel-Führung unterzeichnet hatten. Bei Nacht und Nebel schaffte er das Geld nach Rüsselsheim. „Nur so konnte die Lebensmittel-Versorgung wieder normalisiert werden“, erinnerte sich Mayer am 15. April 1954 in der deutschen Botschaft in Buenos Aires in einer beglaubigten Erklärung zum Antrag auf „Wiedergutmachung“.

Strojec hat jetzt getan, was Großeltern- und Eltern-Generation unterließen, nämlich nachdrücklich in etlichen Archiven geforscht und Dokumente zur Vorgeschichte und zum späteren Verbleib Mayers zusammengetragen. Sie belegen das Schicksal eines Mannes, der vermutlich gerade wegen seiner auf verschiedenste Weise herausgehobenen Stellung gedemütigt, drangsaliert, ins KZ Osthofen verschleppt und schließlich samt seiner Familie zur Emigration gezwungen wurde. Er konnte schließlich nach Bolivien gelangen, wo er krank und zunächst verarmt lebte und 1965 starb.

Bertram Mayer war kein gebürtiger Rüsselsheimer. Er hatte am 13. August 1881 in Nieder-Olm das Licht der Welt erblickt, dann Realschule und kaufmännische Lehre in Mainz absolviert, war bald in die Leitung einer Speyerer Kleiderfabrik gewechselt. Zur Jahrhundertwende heiratete er Lisa Ermann, gleichfalls jüdischen Glaubens. Sie bekamen zwei Kinder: Margarete (1909) und Erna

Clara (1911). Nach dem Wehrdienst (1903/04) wurde er Unteroffizier, bald Offiziersaspirant. Von 1914 bis zur Gefangennahme (1918) diente er als Vizefeldwebel im Ersten Weltkrieg.

Bereits 1907 hatte Mayer in Rüsselsheim ein Geschäft eröffnet, „mit mehr als 100 Quadratmeter großem Laden und vier Schaufenstern“. Man kaufte bei ihm vor allem Hüte, Mützen, Herrenbekleidung, Haus- und Küchengeräte. 1932 eröffnete Mayer in Bischofsheim einen zweiten Laden mit vor allem Schuhen, Leder und Schuhmacherbedarf. Seine Frau, die Töchter, ein Lehrling arbeiteten hier wie dort, 1931 kam als Schwiegersohn Bruno Guttenstein aus der Haßlocher Straße 24 hinzu, der bald mit Mayers Tochter Margarete das Bischofsheimer Geschäft führte. Bis zu ihrer Flucht (1938) lebten sie im 2. Stock der Rüsselsheimer Bahnhofstraße 15.

In Buenos Aires zog Bertram Mayer 1954 im wehmütigen Rückblick die Bilanz für den Moment vor Beginn der Nazi-Barbarei: Er lebte in einem schuldenfreien Haus, hatte Wohnungen im zweiten und dritten Stock gut vermietet, überhaupt schienen alle Sorgen, die Jahre zuvor den Berufsanfänger geplagt haben mögen, überwunden. „Wir hätten normalerweise ausgesorgt gehabt. Denn abgesehen vom guten Ladengeschäft deckten sehr viele Schuhmacher und einige Hausierer ihren gesamten Bedarf bei mir.“ 1933 begann der lange Leidensweg.

18.03.2011 - Mainspitze Von Michael Wien

Das ehemalige Kaufhaus Mayer & Goetz, Bahnhofstraße 15, nachdem die Volksbank das Gebäude zu einem lächerlichen Preis „erworben“ hatte. Nach Ende der Nazi-Herrschaft wieder anständig geführt, erhöhte die Bank 1949 den Kaufbetrag auf mehr als das Doppelte.

Foto: Archiv Heimatverein



Neider und Profitgeier

Rassisten bringen auch Bertram Mayer Verfolgung und Ausplünderung

Mit der Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten und ihre deutschnationalen Helfer gab es auch im Leben vieler Rüsselsheimer einen harten Bruch: Eben noch war Bertram Mayer als Kaufhausbesitzer und Nachbar weithin geachtet, jetzt konnte der Antisemitismus, den es mehr oder minder verborgen in Kaiserzeit und Weimarer Republik gegeben hatte, offen ausgelebt werden.

„Zur Abrechnung und Einschüchterung wurde Mayer als Jude gleich im Frühsommer 1933 mit Rüsselsheimer Kommunisten ins KZ Osthofen verschleppt“, berichtet Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative. „Nach seiner Entlassung nimmt die Geschichte der schamlosen Ausgrenzung und Ausplünderung der Rüsselsheimer Juden ihren Fortgang.“ Der Boykott von Geschäften, die Juden gehören, zieht sich durch die folgenden Jahre. Mayer ist als erfolgreicher Geschäftsmann ein Dorn im Auge nicht so erfolgreicher Menschen. Viele wittern jetzt in brauner Uniform ihre „Chance“ zur Vergeltung. Als Vorsitzender der jüdischen Gemeinde ist Mayer zusätzlich im Fadenkreuz der Nazis. Viele bisher zufriedene Kunden aus Rüsselsheim und Umgebung lassen sich durch Drohungen von weiteren Käufen abhalten.

Hinzu kam, „dass in meinem Hause noch ein fanatischer SS-Mann wohnte, der allgemein gefürchtet war“, gab Mayer 1954 in Argentinien zu Protokoll. Laut Strojec ist von Georg Heimen die Rede. Auch das SA-Mitglied Michel habe im Haus gewohnt. Hinzu kommt, „dass die Schuhfabrik Lingel in Erfurt, deren Alleinverkauf ich viele Jahre hatte, gezwungen wurde, ihre Lieferungen an mich einzustellen und dafür einem neu eröffneten Geschäft ihre Fabrikate überließ“. Mayer bezifferte seine Einkommensminderung für 1933 bis 1935 auf ein Viertel, von 1936 bis 1938 auf die Hälfte. „Er ahnt noch nicht, dass er demnächst völlig recht- und beruflos gemacht werden soll“, sagt Strojec.

Ab 1937 soll Familie Mayer von dem Leben, was nach dem Haus-„Verkauf“ dahinschmilzt. Strojec: „Durch die Rassegesetze (1935) war das Klima wesentlich verschärft worden. Erwachsene und Jugendliche durften an jüdischen Nachbarn Aggressionen ausleben. Und Habgier, in einem Bereicherungswettbewerb.“ Die Volksbank macht das Schnäppchen: Verfolgt und um die Hälfte der Einnahmen gebracht, sehen sich Bertram und Lisa Mayer im November 1936 genötigt, ihr das Haus zu verkaufen. Die Lederhandlung wird in den 1. Stock verlegt, das auf zwei Jahre im Kaufvertrag festgehaltene Mietrecht nie verlängert. 37 000 Reichsmark zahlt die Volksbank. Als die verarmten Mayers später, 1949, aus Südamerika die Rückgabe des Hauses beantragen, zahlt die Bank stattdessen 4 000 Mark nach, umgerechnet 40 000 Reichsmark. Um soviel war die Familie allein bei diesem „Geschäft“ betrogen worden.

Strojec berichtet, dass die Familie ab 1937 in der Bahnhofstraße zusammenrückte. 1939 sind noch 13 000 Reichsmark vom Haus-Erlös übrig. Bruno Guttenstein und Ehefrau Margarete, Tochter Bertram Mayers, erringen 1938 eine Einreisegenehmigung nach Argentinien. Mit Erna Clara, der anderen Tochter, sind sie Monate „auf den Ozeanen unterwegs, um endlich in Buenos Aires Asyl zu

erhalten“. Bevor Bertram und Lisa Mayer folgen können, erleben sie die Pogromnacht.

Strojec hat zum 9. und 10. November 1938 in Rüsselsheim Informationen zusammengetragen, die ein genaueres Bild als bisher gehabt ergeben: Am 10. überfällt um 5 Uhr eine SA-Standarte Wohnung und Lager im 1. Stock, die im Sommer auf Veranlassung der Kreis-Gendarmerie Rüsselsheimer Polizisten ausspioniert haben. „Jetzt wird die Tür eingeschlagen, die Familie ins Schlafzimmer gesperrt, die restliche Wohnung vollständig demoliert“, berichtet Strojec. Die Propagandisten der „Herrenrasse“ stehlen Bücher und Schmuck, schütten im Lager Schuh-schachteln aus, zerhacken die Schuhe mit Äxten. Der Überfallene wird auch noch für Zerstörungen zur Kasse gebeten, die die SA an Eigentum des Hausbesitzers Volksbank angerichtet hat. Als „Sühneleistung“ muss er weitere 3 300 Reichsmark „Judenvermögensabgabe“ entrichten. Per Gesetz vom 12. November wird ihm dann die Ausübung seines Berufes verboten.

19.03.2011 - Mainspitze von Michael Wien

ZEUGEN-AUSSAGEN RINGS UM DIE POGROMNACHT

Abraham Bruchfeld aus der Schäfergasse schrieb 1938 Verwandten in Montevideo: „Unsere Lieben hier haben auch Auswanderungsgedanken und suchen Gelegenheit, um fort zu kommen.“

Bertram Mayer später in Argentinien über den SA-Überfall auf seine Familie: „Volksbank-Direktor Schmitt als Vertreter des Hausbesitzers war der Erste, der mich kurze Zeit nach Abzug der Helden inmitten meines Trümmerhaufens besuchte.“

Schmitt gab 1952 zu Protokoll: „Ich erinnere mich noch sehr genau, dass der Küchenherd, der Durchlauferhitzer, das Buffet, der Tisch und die Stühle im Speisezimmer durch einen schweren Gegenstand vollständig demoliert waren.“ Im November Heizmöglichkeiten zu zerstören, das tat die SA gewiss nicht aus Versehen.

Dorothea Jung 1952: „In der fraglichen Novembernacht vernahm ich von meiner Wohnung aus einen ganz erheblichen Krach in der Wohnung der Familie Mayer. Um mal nachzusehen, was eigentlich vorgeht, begab ich mich vor meine Vorplattztür auf die Treppe. Gleichzeitig wurde mir zugerufen, dass alles in der Wohnung bleiben müsse. Als nach einiger Zeit wieder Ruhe eingetreten war, rief ich von der Treppe aus die Frau Mayer mit Namen, doch bekam ich keine Antwort. Mein Rufen wiederholte ich, doch ebenfalls ohne Erfolg. Da die Vorplattztür eingeschlagen war, begab ich mich in die Wohnung der Familie Mayer, wo ich Frau Mayer weinend antraf. Unter anderem erklärte sie mir, sie hätte nicht einmal mehr eine Kaffeetasche.“

SPÄTE EHRUNG FÜR FAMILIE MAYER

Rolf Strojec: „Wenn wir die Familie Mayer mit kleinen Steinen und Messingtafeln wenigstens in der Erinnerung in die Bahnhofstraße 15 heimholen, ist dies auch ein öffentliches Durchbrechen des bisherigen Schweigens um diese Lebensschicksale. Es erinnert uns an deutsches Leben, das plötzlich kein deutsches mehr sein durfte. Durch die Gnade des - wenn auch erbärmlichen - Exils gelang es diesen Menschen immerhin, am Leben zu bleiben.“

Letzte Lebensjahre in Armut und Traurigkeit

Bertram Mayer im bolivianischen und argentinischen Exil / Acht Jahre zäher Kampf mit deutscher Bürokratie um finanzielle „Entschädigung“

„Juden ist der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt. Jüdische Gewerbebetriebe, Markt- und Messestände sind verboten und polizeilich zu schließen.“ Mit dem Gesetz vom 12. November 1938 wurde auch Bertram Mayer unmöglich gemacht, wovon Jahrzehnte lang seine Kunden aus Rüsselsheim und Umgebung profitiert hatten. Über die moralische Verwerflichkeit ihres Handelns hinaus besaßen auch die Rüsselsheimer NS-Schergen die Dummheit, die Bürger um einen beliebten Nachbarn und die heimische Wirtschaft Zug um Zug um einen ihrer hellsten Köpfe zu bringen.

„Bertram und Lisa Mayer sind auf dem Tiefpunkt angelangt“, stellt Rolf Strojec von der „Stolperstein-Initiative“ fest. Nach Pogromnacht und Berufsverbot wollen sie nur noch weg. „Am liebsten zu den Kindern nach Argentinien.“ Aber auch die südamerikanischen Regierungen verschärfen Einreisebestimmungen. Die verfolgten Menschen machen angstvolle Erfahrungen, die nach Ende der Nazi-Zeit dazu beitragen werden, dass die Bereitschaft, politischen Flüchtlingen Beistand zu bieten, in der deutschen Verfassung festgeschrieben wird. Strojec erinnert daran, dass ausgerechnet der Beginn des Zweiten Weltkrieges dazu beiträgt, dass es für Verfolgte immer schwieriger wird, anderswo lebensrettende Aufnahme zu finden. „Vom 10. November 1938 bis zum Februar 1940 musste ich privatisieren“, gibt Bertram Mayer später in Argentinien zu Protokoll. „Dann wanderte ich nach Bolivien aus.“ So kühl erzählt, klingt es fast, als ob der Rüsselsheimer Geschäftsmann das jemals freiwillig so vorgehabt hätte. Doch er fügt etwas hinzu, in dem ein wenig von der Fassungslosigkeit des Mannes über das unverschuldete Los seiner Familie durchscheint: „Als ich 1940 mit meiner Frau auswanderte, waren uns lediglich zwei Kisten Kleider, Wäsche und etwas Hausrat geblieben. Stellen wir dieses Final meinem ehemaligen Besitz gegenüber.“

Strojec beschreibt, dass die Familie in glücklicher Fügung den Moment zwischen Einwanderungsstopp (1939) und genereller Schließung der bolivianischen Grenzen (April 1940) erwischt. Und er beschreibt, dass der Familie noch keineswegs klar war, damit einem sicheren Tod entkommen zu sein. „Zielte die Politik der Nazis zunächst darauf ab, die Juden gesellschaftlich auszugrenzen, zur Auswanderung zu zwingen und sich an ihrem Besitz zu bereichern, geht es seit Kriegsbeginn immer drängender um

die so genannte Endlösung der Judenfrage, um staatlich organisierten Massenmord.“

Das Ehepaar flüchtet mit Mayers alter Mutter (die bis heute namentlich nirgends aufgeführt wird), erklärt Strojec. Am 6. Februar 1956 hält ein Rechtsanwalt (Verfahren zur „Wiedergutmachung“) fest: „Mein Mandant fuhr damals von Frankfurt nach Genua (Eisenbahn) und von dort per Schiff nach Arica (Chile), von da per Eisenbahn nach La Paz und anschließend nach Tarija.“ Strojec klärt auf: „Exil in Bolivien, das bedeutete, mittellos in einem völlig fremden Kulturkreis von ganz unten neu anzufangen.“ Die Comunidad Israelita de Tarija (israelitische Gemeinde) bescheinigt am 20. Februar 1964 deutschen Behörden: „Er reinigte und bügelte Anzüge, mit dem Erlös fristete er sein Leben, was ihm aber nur mit monatlicher Unterstützung durch seine Kinder in Argentinien möglich war. Er hatte mit seiner Frau und seiner 82-jährigen Mutter einen Raum, der als Schlaf-Wohn-Zimmer, Küche und Arbeitsraum diente. In den letzten einhalb Jahren war Mayer nicht mehr fähig, die harte Arbeit zu bewältigen. Er beschaffte sich etwas Textilwaren, die er gegen Provision verkaufte. Das (Laden-) Lokal war abgelegen, das Lager klein, infolgedessen der Verdienst minimal, zuletzt unrentabel, weshalb er im April 1946 zu seinen Kindern ging.“

Die Kinder, fand Strojec weiterhin heraus, hatten in Buenos Aires einen kleinen Laden eröffnet, aus dem später ein Delikatessen-Geschäft wurde. Doch: Nun 65 Jahre alt, findet der Kaufmann aus Rüsselsheim keine Arbeit mehr. „Er hatte wenigstens noch die Kraft, in den 50er Jahren ein Entschädigungsverfahren in Deutschland einzuleiten“, würdigt Strojec Bemühungen Mayers, seine Familie durchzubringen. „Acht Jahre musste er um eine finanzielle ‚Entschädigung‘ und eine Rente von 627 D-Mark kämpfen. Am 11. Oktober 1965 starb Bertram Mayer in Buenos Aires. Seine Ehefrau, Lisa Mayer, lebte zu diesem Zeitpunkt noch.“

22.03.2011 - Mainspitze von Michael Wien

Antrag auf Wiedergutmachung durch Bertram Mayer 1954 (Hauptstaatsarchiv Wiesbaden)



Widerstand mit dem Leben bezahlt

Der mutige Arbeiter Albert Steube/ Einsatz im berüchtigten Strafbataillon 999 nicht überlebt

Vor dem Haus Hängelstraße 9 wird am 30. März Albert Steube mit einem „Stolperstein“ geehrt. Als aktives Mitglied der illegalen KPD-Ortsgruppe wurde auch er Opfer des Nazi-Terrors. Er bezahlte sein mutiges Engagement gegen die Nationalsozialisten mit seinem Leben.

Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative kann nach intensiven Recherchen Leben, Leiden und Sterben auch dieses Widerstandskämpfers recht gut rekonstruieren. Albert Steube wurde am 16. Oktober 1905 in Langenweddingen, Kreis Wanzleben, geboren. Am 13. August 1932 heiratete er Josefa Kempa. Sie bekamen zwei Kinder. Bis zu seiner Entlassung (wegen seiner politischen Überzeugung) arbeitete Steube als Bauarbeiter bei der Rüsselsheimer Firma Riedinger. Die ruinöse finanzielle Lage nach der Entlassung hielt ihn nicht davon ab, 1934 mit Alwin Heizenroeder, Heinrich Tiemann, Anton Windmeiser und Heinrich Schmitt die illegale Arbeit wieder aufzunehmen, die nach ersten Demütigungen, Verhaftungen, Folterungen ab Frühjahr 1933 zum Erliegen gekommen war. Dass er Kinder hatte, dürfte ihn wie so viele andere Widerstandskämpfer noch doppelt dazu angespornt haben, den Nazis entgegenzutreten, nichts unversucht zu lassen, um den Sprösslingen eine bessere Welt zu bereiten. „Nach den konspirativen Regeln organisierten sich die Kommunisten in Dreier- oder Fünfer-Zellen, die jeweils nur über einen Kontaktmann verbunden waren“, berichtet Strojec. „Diese Gruppe verbreitete Schriften und Flugblätter, in denen sie über Verbrechen der Nazis aufklärte.“ Teilweise sprachen sie sich mit Groß-Gerauer Genossen ab. „Die Rüsselsheimer organisierten auch Unterstützung für die Familien Verhafteter und sammelten Mitgliedsbeiträge.“

Im Februar und März 1935 wird die Gruppe verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ in Darmstadt angeklagt. Auch Albert Steube wird am 10. März 1935 von der Gestapo verhaftet. Zweieinhalb Jahre Zuchthaus oder KZ werden über ihn verhängt. Vom 11. März 1935 bis zum 30. September 1937 ist er inhaftiert. Strojec hat die Stationen aufgelistet: Darmstadt, Marienschloss Rockenberg, Bad Nauheim, KZ Börgermoor (Emsland), Freiendiez (Lahn). 1938 sei Albert Steube nach Rüsselsheim zurückgekehrt. 1942 besteht er eine Führerscheinprüfung, doch wird ihm der Schein sofort weggenommen. Die sogenannten bürgerlichen Ehrenrechte waren ihm aberkannt worden, da soll er auch nicht Auto fahren dürfen. Dass er den Führerschein nicht für Vergnügungsfahrten braucht, sondern wahrscheinlich eine Chance gesehen hat, mit



kleinen Fahrdiensten seine Familie durchzubringen, ist natürlich auch denen klar, die ihm selbst noch diese Möglichkeit zu überleben nehmen.

Damit nicht genug, wird er erneut abgeholt. Am 4. Februar 1943 steckt man ihn (natürlich ohne jede Rechtsgrundlage) in das berüchtigte Strafbataillon 999. Auf dem Heuberg (Württemberg) wird er „ausgebildet“, dann als „Bewährungssoldat“ mit dem Bataillon auf der griechischen Insel Kos eingesetzt. Die ungeheuren Strapazen und Schikanen, denen man die ohnehin wie Albert Steube längst gedemütigten und während Zuchthaus- oder KZ-Aufenthalten geschundenen Menschen im 999 aussetzt, werden nach Ende der Barbarei auch literarisch und filmisch beschrieben. „Schlechte Behandlung, unzureichende Verpflegung, Urlaubssperre, schwerer Dienst bei großer Hitze“, listet Strojec auf. Und hat auch ein Zitat parat, in dem Heinrich Tiemann, ein anderer Widerstandskämpfer, von dem in dieser Serie auch schon die Rede war, durchscheinen lässt, was viele nicht lebend überstehen konnten.

Albert Steube macht gesundheitlich schwer angeschlagen auch den Rückmarsch vom Balkan mit. Über Wien gelangt er nach Regensburg, wo er im Haupt-Lazarett am 13. Dezember 1944 stirbt. Diagnose: Magenkrebs, Malaria, Kaschexie. Vernichtung durch Arbeit: Die Nazis, auf deren Vernichtungsplan Kommunisten ja ganz oben standen, haben auch in diesem Fall ihr Ziel erreicht. Zug um Zug haben sie das Leben eines Menschen ausgelöscht, der den Mut besaß, ihrem verbrecherischen Tun Widerstand entgegenzusetzen. Albert Steube wird nur 39 Jahre alt. Das ist nicht viel. Besonders wenn man auch nur ahnen kann, unter welchen Bedingungen er die letzten elfeinhalb davon verbracht haben muss.

28.03.2011 - Mainspitze von Michael Wien



Ein älterer Blick in die Hügelsstr., dem Wohnort von Albert Steube. Foto Archiv Heimatverein

GRAUENHAFTE LEBENSBEDINGUNGEN

Josefa Steube strengte nach der Vernichtung ihres Mannes (und Vaters ihrer Kinder) ein Entschädigungsverfahren an. Jahre musste sie auf Honorierung des Dienstes im Strafbataillon als Kriegsdienst klagen.

Zur Internierung Steubes im KZ bezeugte am 29. Mai 1951 Heinrich Tiemann: „Vor der Verhaftung war Herr Steube gesund und kräftig und hatte nie über irgendwelche Krankheiten geklagt. Nachher, als wir uns auf der Arbeitsstelle wiedertrafen, erzählte mir Herr Steube, dass er im Moor in Holzschuhen im Wasser stehen musste, dass sie oft geschlagen wurden und von der SS-Bewachung auch nachts herausgetrieben und im Hof aufgestellt wurden, während sie nur ganz leicht bekleidet waren. Die SS-Leute haben teilweise sogar über den Betten durch das Dach geschossen, um alle Leute aus den Betten zu jagen.“

Georg Götz berichtete über das 999, man habe auch bei 60 Grad schweren Dienst machen müssen, nach vier Monaten an Durchfall und Malaria gelitten. Pro Woche habe es zwei bis vier Todesurteile gegeben.

Widerstandskämpfer galten Nazis als „wehrunwürdig“. Als sie Millionen „Wehrwürdiger“ in den Tod geschickt hatten und sich Lücken auftaten, pressten sie Gegner ins 999. „Bewährungsbataillon“ hieß das offiziell, mindestens 40 Prozent der Gepressten waren „Politische“, erinnert Rolf Strojec. „Nach Ende der Nazizeit hat man den Widerstandskämpfern dann vielfach noch das Ehrenwerte ihres Widerstandes abgesprochen.“ Immerhin diese weitere Erniedrigung blieb Albert Steube um den Preis seiner Vernichtung erspart.

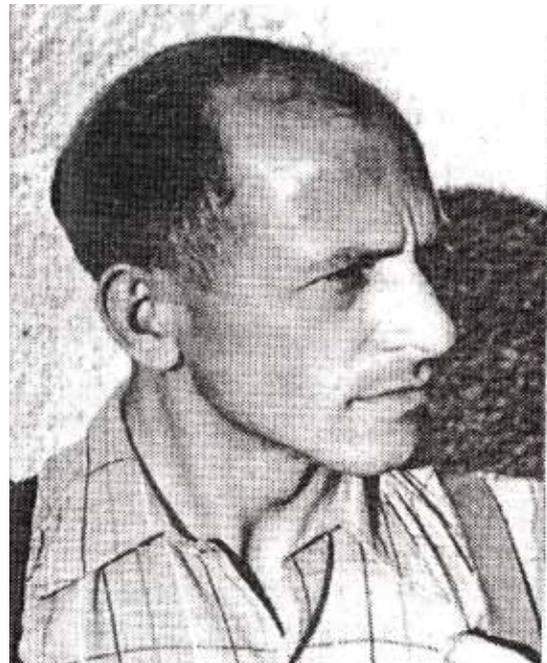
Niemals für Hitler in die Schlacht

Friedrich Meister und sein Weg vom Kriegskind zum Kriegsdienstverweigerer

Wie verhielten sich wohl „aufgeklärte Menschen“ unserer Tage, wie stark wäre man selbst, wenn hier und jetzt das „Tausendjährige Reich“ beginnen würde, mit all dem Spitzeltum und Terror? Die Haltung von Menschen wie Friedrich Meister wird jeder bewundern, der in seinem eigenen Leben schon einmal Angst gefühlt hat. Als am Dienstag bei der Verlegung eines „Stolpersteines“ für Meister vor seiner letzten Wohnstätte, Paul-Hessemer-Straße 13, etwas zu laut das berühmte Lied vom Deserteur gespielt wurde, hätte ihm diese unüberhörbare Aufforderung, niemals auf seine mitmenschlichen Geschwister zu schießen, sicher gefallen. Wie wurde dieser Mann zum verachteten, noch nach dem Krieg geschmähten Kriegsdienstverweigerer? Andrea Neugebauer, ehemalige Mitarbeiterin des Stadtarchives, stellte am Dienstag der am „Stolperstein“ lauschenden Schar von Rüsselsheimern Auszüge aus Interviews vor, die Meister dem Museum gab. Desweiteren wird hier aus Klaus Pflügners „Friedrich M., Deserteur aus Rüsselsheim“ zitiert, 1989 erschienen im vergriffenen Heft 5 der Publikationen des Mainzer Vereines für Sozialgeschichte.

Frühe traumatische Erfahrungen

Neugebauer setzte an den Beginn ihrer Auswahl die Erinnerung an Kriegserlebnisse Meisters, die er als kleiner Junge ertragen musste. Sein Vater, Georg Meister, Maurer in Pfaffenbeerfurth (Odenwald), wurde 1914 eingezogen, kurz darauf starb die Mutter, Margarete Meister, geborene Arras. Die Großmutter führte nun den Haushalt. Friedrich ist bei Kriegsbeginn fünf



Jahre alt. Die Oma weint in Ungewissheit um drei Söhne an der Westfront. Sie kehren zurück, auch Friedrichs Vater. Aber er war verschüttet und bleibt traumatisiert. Im Sohn bildet sich aus, was man aus heutiger Sicht von allen erwarten würde, die den Ersten Weltkrieg erlitten haben. Pflügner berichtet, Remarques Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“ und dessen Verfilmung (1929) hätten später die Antikriegshaltung Meisters bekräftigt. Seit frühester Jugend lernt er viele Schattenseiten menschlicher Existenz kennen. „Die Grundschule ist eine Erfahrung von Autorität und Ungerechtigkeit“, berichtet Neugebauer. Eine Schneiderlehre entpuppt sich als bloße Ausbeutung einer billigen Arbeitskraft. Die sich aber wehrt. „Als die Lehre aufgrund einer Erkrankung verlängert werden soll, bricht Meister sie ab.“

Mit 19 Jahren auf Wanderschaft gegangen, arbeitet er hier und dort als Handlanger, gelangt zu Fuß durchs Ruhrgebiet nach Hamburg, weiter in den Osten bis Jena. Die Arbeitsbedingungen treiben ihn zu neuer Gegenwehr. Er sucht die Gewerkschaft auf und schließt sich der „roten Jungfront“ an.

Pflügner erzählt, wie Meister nach Rückkehr und Volljährigkeit in die KPD eintritt, kühn angesichts bereits erdrückender Nazi-Mehrheit im Dorf. Waghalsige Aktionen habe es gegeben. Neugebauer berichtet von Flugblattverteilen und roten Fahnen, frech aufgepflanzt an auffallenden Stellen.

„Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ gibt die KPD aus. Meister besorgt sich Pistole und Sprengstoff. Der Vater sieht keine andere Chance, ihn zu stoppen, als durch Anzeige. Im Gefängnis trifft Friedrich andere Antifaschisten, wird mit Folterungen und einer Hinrichtung konfrontiert. Letzteres habe ihn abgehalten, sich nach der Entlassung dem Widerstand anzuschließen, schreibt Pflügner. Mit anderen Genossen schwört Meister aber, bei Einberufung zu flüchten, nie für Hitler und Konsorten in den Krieg zu ziehen.

Kompromiss und Einberufung

1937 kommt Meister nach Rüsselsheim. Der arme Tagelöhner finanziert eine Umschulung zum Dreher. Im Sommer 1938 sieht sich der passionierte Bergsteiger nach Chancen zur Flucht in die Schweiz um. Im Jahr darauf beginnen die Nazis mit dem Überfall auf Polen den Krieg. Einberufung? Ein Betriebsobmann sucht Dreher und Schlosser, nimmt Meister und ein paar andere ins streng bewachte K14 mit, wo sie fortan - in der kriegswichtigen Flugzeugteile-Produktion arbeiten. Der Preis, nicht für die Nazis an immer neuen Fronten Menschen zu erschießen. Auf die Frage, es sei doch wohl kein Kommunist oder Sozialdemokrat unter ihnen, schweigt Meister. Pflügner dazu: „Er war und ist der Meinung, dass nicht Märtyrer, sondern Überlebende ihrer Sache am meisten nutzen. Für ihn bestand die Lösung der Frage, wie er sich als entschiedener Regimegegner zu verhalten habe, in einer Art innerer Emigration.“

Klettern, Faltboot fahren, Skilaufen: „Das war meine Insel, auf die ich mich gerettet hab. Also der Krieg, das ist euer Krieg, ich hab ihn ja nicht gemacht.“ Meister macht ihn auch nicht mit, als 1943 die Einberufung kommt. Dies ist seine Grenze. Er flieht, wird aufgegriffen, verschwindet hinter Zuchthausmauern.

01.04.2011 - Mainspitze von Michael Wien



Friedrich Meister zwischen Himmel und Erde, wie so oft in seinem Leben. 1938 schaute er sich nach Fluchtmöglichkeiten in die Schweiz um. Hier ein Bild aus den 70er Jahren.

Foto: privat

IMMER WIEDER ANGST UND SCHRECKEN

Friedrich Meister, Jahrgang 1909, schilderte Klaus Pflügner 1989 das erste Kriegserleben so: „Im ersten Weltkrieg war ich mit meiner Großmutter mal in den Heidelbeeren, und da hatte sie geweint und da hat man von weither, von Frankreich, bei Westwind, das Donnern der Kanonen gehört. Da ja zwei Onkel von mir und mein Vater im Westen waren, hat sie natürlich geweint - die Ungewissheit. An dem Nachmittag, da war heller Sonnenschein, Westwind und ununterbrochen die Granaten. Mein Vater war irgendwo dort. Und da ist er verschüttet worden, bei so einem Angriff, und hat einen Schock davongetragen. Bis auf den Schock war er unverseht. Wenn später jemand einen Löffel hat fallen lassen oder an Neujahr, wenn geschossen worden ist, da hat er geschrien. Das war für mich vielleicht der erste Anlass, um gegen den Krieg eine andere Einstellung zu kriegen.“

Als 1939 auf Nazi-Befehl die Deutsche Wehrmacht Polen überfällt, gibt es laut Meisters Worten gegenüber Pflügner unter seinen Opel-Kollegen nur gedrückte Stimmung, Trauer und Tränen über erste Einberufungen, keinen Jubel wie dauernd in der Wochenschau.

„33 von uns sollen sie in dieser Nacht erschossen haben“

Friedrich Meister gelingt ein zweites Mal die Flucht / Auf 41 Kilo abgemagert

Nicht einmal die beobachteten Verbrechen um ihn herum, nicht Folterung, Hungernlassen, Dunkelhaft für eingefangene Ausbrecher konnten den Rüsselsheimer Kriegsdienstverweigerer Friedrich Meister hindern, selbst Pläne zu schmieden, wie er dem gewaltlüsteren Nazi-Treiben im elsässischen Zuchthaus Ensisheim entkommen könnte. Der Vormarsch der am 6. Juni 1944 in der Normandie gelandeten Alliierten schien eine Chance zu bringen.

Das Ende scheint gekommen

Die Gefangenen werden für einen Transport nach Deutschland zusammengepfercht. Unterwegs halten sie an und sehen in einiger Entfernung eine Reihe von Soldaten stehen, Pistolen in der Hand. Doch statt erschossen zu werden, bekommen die Halbverhungerten Wassersuppe, wird Meister im Jahre 1989 Klaus Pflügner für dessen Beitrag zu den Heften der Mainzer Geschichtsvereines berichten. Über Freiburg und Bruchsal verfrachtet man die Gefangenen ins Gefängnis nach Ludwigsburg.

Als im März 1945 die Alliierten den Rhein überschreiten, werden die etwa 1 000 Internierten erneut abtransportiert. „Die Gehfähigen haben sie gewogen, das war Karfreitag. Ich wog damals noch 41 Kilo. Mein Normalgewicht war 65 Kilo“, berichtet Meister Klaus Pflügner. „Wer soundsoviel hatte, der war gehfähig. Die durften sich aus einem großen Haufen ein paar Schuhe raussuchen, weil wir ja vorher nur Holzschuhe hatten, die waren mit Blut vollgelaufen.“

Keine Chance für erschöpfte Nachzügler

Die Schlange der 1 000 zieht sich kilometerweit hin. „Irgendwann in der Nacht sind wir dann in ein Dorf gekommen. Da hab' ich vor der Tür einer Weinkellerei gestanden und konnte nicht mehr drübertreten, so einen Muskelkater hatte ich. Da hat ein SS-Mann mich so in die Arme genommen und drüber gehoben und mir einen Tritt gegeben, dass ich in diese Weinkellerei hineingeflogen bin. Da hab' ich geweint vor Schmerzen. In der Nacht sollen sie 33 von uns erschossen haben, Nachzügler, die nicht mehr konnten.“ Pflügner schreibt weiter, die Fluchtmöglichkeiten seien trotz aller Drangsalierung während des Transportes größer gewesen als im Zuchthaus. Meister habe ständig Ausschau gehalten und auch versucht, Mitgefingene zum Mitmachen zu überreden. Je mehr Flüchtlinge, desto größere Überlebenschancen, vermutet auch Pflügner. Das mag mehr Aufsehen erregen, aber die Verfolgung sehr vieler Einzelner ist unmöglich. In der Nähe von Ulm werden sie mit dem Lastwagen am Bahnhof abgesetzt und zu etwa 50 in Güterwag-

gons gestopft. „Ich hab' neben einem Herrmann L., aus Wiesbaden, und einem aus Bielefeld, Kommunist, gelegen“, berichtet Meister. Dann hörten sie Lärm. „Da waren dort hinten ein Haufen Holländer.“ Fliegeralarm, Türen werden aufgebrochen, am Ende des Zuges stehen SS-Leute mit Stabscheinwerfern, aber etliche Gefangene sind offenbar schon geflohen. Meister und ein französischer Kriegsgefangener helfen dem Wiesbadener aus dem Waggon.

Dornen, Brot und Blutwurst

Meister findet sich auf den Gleisen wieder, kriecht mit den Händen über dem Kopf durch eine Dornenhecke und jenseits in eine Ruine. Sollte SS kommen, wollen sich die inzwischen nur noch zwei Fliehenden als elsässische Wehrmachtsfreiwillige ausgeben. Man sei zum Panzersperrenbau abkommandiert, aber von seiner Einheit abgesprengt. Mehrfach habe diese Geschichte die Männer vor der Festnahme bewahrt und schließlich zur Feldbestellung in ein Dorf gebracht, berichtet Pflügner. In einem Müttererholungsheim bekommen sie etwas Brot und Blutwurst. Unweit wartet ein Stapel Teller auf den Abwasch. Die Männer schleichen hin und befreien das Geschirr mit ihrem Brot von seinen Fetträndern. Die Tochter des Ortsbauernführers gibt ihnen eine Dose Wurst und einen Laib Brot. Doch bald essen sie nicht weiter, damit niemand Verdacht schöpfe, dass sie ausgehungerte Gefangene sind. Nach dem Abendessen kocht die Bäuerin einen Kessel mit Enten, Hühnern, Kartoffeln und Schrot.

Walter Meister erzählte jetzt der „Main-Spitze“ noch etwas, das ihm sein Vater einst verraten hatte: „Um nicht aufzufallen, verboten sie es sich, ihren Hunger zu stillen. So blieb Essen übrig, das die Bäuerin den Schweinen brachte. Die Männer aber schlichen hinterher, klaubten die Reste aus dem Schweinetrog und trugen sie dorthin, wo sie unbemerkt essen konnten. Die gute Bäuerin merkte das alsbald und tat den Fremden fortan immer Riesenportionen auf den Teller, zum sofortigen Verzehr.“

08.04.2011 - Mainspitze von Michael Wien



Während Friedrich Meister im Elsass litt, wurde Rüsselsheim von den Alliierten Mal um Mal bombardiert. Hier ein Blick in die damalige Darmstädter Straße nach dem Luftangriff vom 20. August 1944. Rechts neben Rheinelektra die getroffene Opel-Fassade.

Auf das Grauen folgt Verachtung

Auch nach 1945 oft ablehnende bis feindselige Haltung gegenüber dem Kriegsdienstverweigerer Friedrich Meister

Nach seiner Flucht vom Gefangenentransport gelingt es dem Rüsselsheimer Kriegsdienstverweigerer Friedrich Meister, sich als versprengter elsässischer Wehrmachtsfreiwilliger zu tarnen. Er hält sich damit so gut verborgen, dass er nicht von denen entdeckt wird, die vor den Alliierten zurückweichen. Fünf Wochen nach Beendigung des Krieges hat Meister sich körperlich soweit erholt, dass er es zu Fuß heim schafft, zunächst in sein altes Dorf Pfaffenbeerfurth (Odenwald). 1989 wird Meister Klaus Pflügner für die Hefte des Mainzer Geschichtsvereines erzählen, in welcher Verfassung er damals gewesen war: „Ich hab' jahrelang kein fettes Essen vertragen und nichts Kaltes zu trinken. Die ganzen inneren Organe waren geschwächt durch die Hungerzeit.“

Destomehr muss er zusehen, sich im wahrsten Sinne sein Brot zu verdienen. Also versucht er sehr bald, wieder eine Anstellung bei Opel zu bekommen. Was er dort erlebt, wirft ein Licht auf die Verachtung, die ihm und anderen Kriegsdienstverweigerern entgegenschlägt. Auch im Arbeitsamt, wo ihm der Leiter, ein Kriegsversehrter, gegenüber sitzt. „D. hat er geheißt. - ‚Ja waren Sie Soldat? Gefangenschaft?‘ - ‚Ja, ich war in Gefangenschaft.‘ - ‚Wo?‘ - ‚Ja, ich war beim Adolf in Gefangenschaft. Ich war eingesperrt.‘ - ‚Ach so. Warum?‘ - ‚Wehrpflichtentziehung.‘ - ‚Wehrpflichtentziehung? Da werden Sie beim Opel nicht eingestellt. Es war Pflicht eines jeden Deutschen, Soldat zu werden.‘“ Meister kann es sich nicht leisten, locker zu lassen. Er wendet sich an eine Schlichtungsstelle. Bürgermeister Ludwig Dörfler sowie ein Kommunist und zwei, drei andere treffen dort mit ihm zusammen. Der Chef des Arbeitsamtes trägt vor, Meister dürfe nicht zu Opel. „Und dann hat der Dörfler gesagt: ‚Ja, ist recht.‘“ Und sogar der Kommunist stimmt dem zu.

Meister vergewissert sich, dass er recht verstanden hat und protestiert dann. „Da hab ich gesagt: So meine Herren, ich bin seit 1928 Mitglied der KPD. Damals haben wir uns ausgemacht, wir Kommunisten, wir werden für die Nazis nicht Soldat. Damals schon! Bei der allgemeinen Wehrpflicht hab' ich unseren Nazis im Dorf gesagt: Ich werd' für Euch nie Soldat! Und heut kommt so einer, weil er's Bein verloren hat, sagt der, es sei Pflicht eines jeden Deutschen, Soldat zu werden. Da hab' ich gesagt: Es war Pflicht eines jeden Deutschen, nicht Soldat zu werden!“ Die anderen antworten: „Ja wenn das so ist.“ Meister erwidert: „Das war von vornherein klar, dass das so ist!“ Meister bekommt sein Schreiben und wird wieder bei Opel eingestellt. „Da war der D. ganz klein.“

Typisch für das Denken eines Großteils der Deutschen

Klaus Pflügner stellt 1989 fest, der wenn auch misslungene Versuch, Meister die Existenzgrundlage streitig zu machen, sei typisch dafür, „wie ein Großteil der Deutschen zur Frage der Kriegsschuld Deutschlands und zur moralischen Bewertung der Rolle Deutschlands in diesem Krieg stand“. Pflügner weiter: „Die schäbige Haltung, die die Behörden der Bundesrepublik gegenüber den Opfern des Hitlerregimes einnahmen, zeigte sich auch am Beispiel von Friedrich M. in Bezug auf die Entschädigung, die er für die in der Haft ertragenen Leiden zugesprochen bekam: Mehr als 150 Mark monatlich für die Zeit von 26 Monaten waren diese dem Staat nicht wert.“

Folgerichtig nimmt Meister nach vielen Jahren den Faden seiner politischen Tätigkeit wieder auf. Er, der ja nach 1933 nicht in den Untergrund gegangen war, schließt sich nun nach der Zuchthauszeit, aber auch den seltsamen Erfahrungen der ersten Nachkriegsmonate Ende 1946 wieder der KPD an. Wegen seiner Erfahrungen schickt sie ihn als Beisitzer in Spruchkammerverfahren. Meister ist jedoch enttäuscht über diese Form der „Entnazifizierung“ und begrüßt es, als seine Partei dort aussteigt. Bis zum Verbot der KPD im Jahre 1956 engagiert er sich „nur noch sporadisch für die Partei“, berichtet Pflügner: „Danach zog er sich, wie er sagt, auf die Insel Familie zurück.“ Klingt sehr nach Idylle. Jürgen Meister, Friedrich Meisters Sohn, wird in der nächsten Folge von schönen Momenten im Nachkriegsleben des Vaters erzählen, aber auch davon, wie sehr die erschreckenden Erlebnisse der Nazizeit den Vater bis zu seinem Tod im Jahre 2007 verfolgt haben.

21.04.2011 - Mainspitze von Michael Wien

SCHLAGLICHTER

Ältere Bürger erinnern sich: In der Böllenseesiedlung gab es nach dem Krieg Übergangsbaracken. Als sich davor auf der Straße ein Mann mit Benzin übergoss und in Brand setzte, rannte der Vater mit einer Decke hinaus, warf den brennenden Mann zu Boden und versuchte, die Flammen zu ersticken, berichtet Jürgen Meister. Der Mann überlebte dennoch nicht.

Jahrestage, eigene, aber beispielsweise auch die der Kornsand-Morde, ließen den Vater stumm Einkehr halten, erinnert sich Jürgen Meister.

Militaristisches Spielzeug war für die Kinder tabu. Ritter mit Schwert wurden geduldet, Cowboys mit Pistolen ganz und gar nicht. Lieber bastelte der Papa etwas Schönes für die Kleinen.

Bis zuletzt versorgten Margarete und Friedrich Meister mit Hingabe ihre geliebte Enkelin, wann immer deren berufstätige Eltern diese Unterstützung benötigten.

Mutig dem Leben zugewandt

Friedrich Meister in den Augen seines Sohnes / Familienleben nach Krieg und Gefangenschaft

Wer den Kriegsdienstverweigerer Friedrich Meister für einen Drückeberger hält, ist auf dem Holzweg, weiß Jürgen Meister zu berichten. Im Gegenteil sei der Vater immer ein sehr mutiger Mann gewesen. Nicht allein weil er sich traute, den Kriegsdienst mit der Waffe abzulehnen. Der passionierte Bergsteiger sei nicht unvernünftig gewesen, habe aber viel gewagt und auch seiner Familie einiges abverlangt, wenn er ihr mit unermüdlicher Ausdauer in Höhen und Täler voranschritt. Als Jugendleiter im Alpenverein habe er natürlich gewusst, was er dem noch nicht so erfahrenen und trainierten Nachwuchs zumuten konnte und was besser noch nicht.

„Mit 90 Jahren war er noch kletternd im anspruchsvollen rheinhessischen Morgenbachtal unterwegs“, erzählt Jürgen Meister weiter. „Aktiv zu sein, bedeutete für ihn, zu leben.“ Nur so konnte es dazu kommen, dass der Mann selbst im Greisenalter überlegte, vier Wochen lang mit einem Wanderfreund in den Alpen von Hütte zu Hütte aufzusteigen. „Als ich dem Vater vorschlug, die Beiden dann wenigstens dorthin zu fahren, kam als Antwort die Frage, ich halte sie wohl für alt!“ Paragliding und solche Sachen, deren Aufkommen er noch beobachten konnte, das wäre etwas nach dem Geschmack Friedrich Meisters, berichtet der Sohn. Und er spricht vom „unglaublichen Lebenswillen“ des Vaters. „Er konnte acht Stunden bergsteigen, ohne ein bisschen zu schwitzen.“ Aus dem Aktivsein in Freiheit habe der ehemalige Gefangene diese Kraft gezogen. Und er sei stets an Menschen interessiert gewesen. Für die Kinder bastelte er Spielzeug. „Er verfügte dabei über Fähigkeiten, die heute verloren gegangen sind, konnte für uns aus beinahe nichts etwas Wunderbares herstellen.“ Jürgen Meister berichtet ebenso bewundernd vom bibelfesten Friedrich Meister. „Er hatte in der Gefangenschaft ein einziges Buch: die Bibel.“ Als profunder Kenner dieses Buches der Bücher habe er später immer wieder verblüfft, aber eben auch in unterschiedlichen Lebenslagen für sich und andere das passende Wort als Trost oder Anregung zum Nachdenken parat gehabt.

Alpträume lassen ihn nicht mehr los

Jürgen Meister kennt auch eine andere Seite seines Vaters, die des verletzten Menschen. Eines Mannes, der bis zuletzt immer wieder nachts mit einem Schrei hochschreckte. Dann tröstete ihn seine Frau, machte ihm klar, dass er nicht im Zuchthaus sei, sondern in Sicherheit daheim. Friedrich Meister versuchte klug, seine traumatischen Erinnerungen auszuräumen. Sie fuhren ins Elsaß, nach Ensisheim. Das Zuchthaus blieb dem Sohn als „erschreckende Festung“ in Erinnerung. „Da oben bei dem kleinen Loch, da könne es wohl gewesen sein, da hatte er hinter der Mauer gelegen“, habe der Vater gesagt. Hinein gingen sie nicht, es war wohl nicht zugänglich. Auf dem Friedhof des Ortes

fand man Namen ums Leben gebrachter Mitgefangener.

Der Traum von der Familie erfüllt sich

Als junger Mann, bevor das Kind des Weltkriegs I im Weltkrieg II nicht zur Waffe greifen wollte, mit allen Bedrohungen und tatsächlichen Konsequenzen, hatte Meister die eine oder andere Freundin gehabt. Doch wieder und wieder stellte sich heraus, dass sie zu den Nazis gehörten. Sofort wandte er sich ab. So blieb er unverheiratet, bis er nach dem Krieg im Odenwald dorf Pfaffenbeerfurth Margarete Schneider, geborene Luft, kennen lernte, Witwe, in Darmstadt ausgebombt und nun mit Sohn und Tochter im Gasthof zwangseingewiesen. Eine Frau und zwei Kinder in größter Notlage, dazu Fremde in fremder Umgebung. Meister half ihnen, setzte sich für sie ein, verwandte sich bei den Dorfbewohnern. Er hatte eine besondere Stellung bei ihnen. Diese lange vor 1933 mehrheitlich nationalsozialistisch geprägte Bauernschaft gestand seinen drei Schützlingen wohl in einer Mischung aus Scham, schlechtem Gewissen und Skepsis gegenüber der eigenen Zukunftsfähigkeit etwas menschliche Behandlung zu.

Jürgen Meister schildert die Geschichte seiner Eltern, die eine anrührende Liebesgeschichte ist, ohne Schnörkel. Zwei Menschen, die viel durchgemacht hatten, hatten einander gefunden. Mit Duldsamkeit, Toleranz und Liebe hätten sie gemeinsam ihr Leben und das ihrer mit Jürgen Meister schließlich drei Kinder vollendet, bekundet der Sohn stolz. Der Charakter Margarete wie Friedrich Meisters wird durch etwas Besonderes in dieser Ehe beleuchtet: „Meine Mutter hatte ihren ersten Mann, einen Sportler, der an einem Herzinfarkt starb, sehr geliebt“, erzählt Jürgen Meister. Für seinen Vater sei es selbstverständlich gewesen, sie das Andenken ehren zu lassen. Im März 2005 erhielt die Familie einen schweren Schlag. Jürgen Meisters Bruder, an Leukämie erkrankt, schied aus dem Leben. Im Januar 2006 starb Margarete Meister. Am 17. Februar 2007 starb Friedrich Meister, einen Tag vor dem Geburtstag seiner Frau.

28.04.2011 - Mainspitze von Michael Wien

Margarete und Friedrich Meister fanden einander in großer Not nach dem Krieg. Das Bild wurde 1947 nach ihrer Hochzeit gemacht. Foto: privat



5. Verlegung von Stolpersteinen 6.10.2012

RÜSSELSHEIM SETZT STOLPERSTEINE

Eröffnung:
Bahnhofstr.12
11.00 - 11.30 Uhr

Für:
Klara Wolfeiler, geb. Kahn
(JG. 1871, ausgegrenzt, deportiert 1942,
KZ Theresienstadt, ermordet 25.12.1942)

Ansprache:
Patrick Burghardt
(Oberbürgermeister)

Robert Wolfeiler
(JG. 1899, Flucht 1937, USA, überlebt)

Theresia Wolfeiler, geb. Marx
(JG. 1904, Flucht 1937, USA, überlebt)

Verlegung
Waldstr.65
ca. 11.45 Uhr

Alfred Löw
(JG. 1900, Flucht 1939, Zwangsarbeit,
KZ Mechelen 1943, überlebt)

Verlegung
Haßlocher Str.24
Ca. 12.15 Uhr

Mendel Frost, geb. Guttenstein
(JG. 1875, ausgegrenzt, deportiert 1941,
Ghetto Kowno, ermordet 25.11.1941)

Amalie Frost, geb. Maas
(JG. 1875, ausgegrenzt, Flucht,
Bolivien 1939, überlebt)

Sophie Maas
(JG. 1873, ausgegrenzt, Flucht,
Bolivien 1939, überlebt)

Verlegung
Astheimer Str. 21
Ca. 13.10 Uhr

Friedrich Grünewald
(JG. 1910, im Widerstand ab 1933, Zuchthaus
Butzbach 1935-1938, Zwangsarbeit, Flucht
1944, überlebt)



Weitere Stolpersteine erinnern an Opfer des Nationalsozialismus in Rüsselsheim

Zeichen wider das Vergessen, das sollen die kleinen messingbeschlagenen Steine des Kölner Bildhauers Gunter Demnig sein, die seit 1995 bereits in über 700 europäischen Städten verlegt wurden. Zur fünften Verlegung der Stolpersteine zum Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus in Rüsselsheim kamen am Samstag zahlreiche Menschen zusammen. An der ersten Stelle in der Bahnhofstraße blieben viele Vorübergehende schon alleine deshalb stehen, weil es schwierig war, an der Menschenansammlung vorbeizukommen.

Zum Nachdenken bewegen

Künftig sollen es die Steine selbst sein, die die Menschen zum Stehenbleiben bewegen, zum Innehalten und Nachdenken über das, was hier vor fast 70 Jahren mit Rüsselsheimer Bürgern passiert ist. Nur zehn Mal zehn Zentimeter groß liegen sie recht bescheiden am Rand des Weges. Seit der Verlegung am Samstag sind es in Rüsselsheim 46 Steine, 60 bis 70 sollen insgesamt verlegt werden. Neben der Rüsselsheimer Stolpersteininitiative sowie Vertretern aus Politik und Verbänden, beteiligten sich auch Schüler der achten Klasse der Alexander-von-Humboldt-Schule an der Verlegung.

Oberbürgermeister Patrick Burghardt (CDU), der zusammen mit Stadtrat Nils Kraft (SPD) und Christian Vogt (Grüne) die Patenschaft für drei Steine übernahm, bestätigte, dass die Steine tatsächlich zum Stolpern brächten. „Bei mir funktioniert das. Ich merke dann selbst, dass ich eine Minute innehalte, auf das Haus schaue und mir überlege, was da passiert ist“, sagte Burghardt. Er sei nicht immer von der Initiative überzeugt gewesen. Am Anfang habe er sich gefragt, ob es richtig sei, das Gedenken an Menschen so in den Boden zu legen und andere Menschen darüber laufen zu lassen. Jetzt aber müsse er erkennen, dass er sich geirrt habe, sagte der OB. Die Steine sorgten dafür, dass auch jüngere Menschen weiterhin an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert würden. Burghardt lobte daher besonders, dass die Schüler der Humboldtschule an der Verlegung der Steine so aktiv beteiligt waren.

Dies dürfte den OB noch mehr gefreut haben, wenn man bedenkt, dass es die Schüler selbst waren, die die Teilnahme an der Initiative angeregt haben. Sie hätten die bereits verlegten Stolpersteine in der Stadt gesehen, gefragt, was das sei und dann auch eine Patenschaft übernehmen wollen, sagte die Lehrerin der Klasse, Peggy LeBel.

Schüler sehr interessiert

Weil die Patenschaften für die fünf Steine schon vergeben waren, habe man ihnen angeboten, das Projekt auf andere Weise zu unterstützen und die Personen hinter den Steinen vorzustellen. Die Schüler haben sich dann ausführlich mit der Familie Wolfeiler auseinandergesetzt, stellten am Samstag aber auch die Schicksale der anderen Personen vor.

„Das ist ein Thema, das den Schülern am Herzen liegt. Sie fragen seit zwei Jahren, wann wir den Nationalsozialismus durchnehmen“, sagte LeBel. Besonders schockiert habe sie, dass so etwas mitten unter uns passieren konnte. „Warum hat den Menschen niemand geholfen, haben sie oft gefragt.“

Warum? Das ist eine Frage, die man heute kaum beantworten kann, die man sich aber dennoch stellen muss. „Die Verlegung der Steine geschieht viel zu spät, aber vor 20 Jahren wäre die offene Auseinandersetzung mit diesem Thema, wie wir sie jetzt betreiben, hier noch nicht denkbar gewesen“, sagte Rolf Strojec von der Stolpersteininitiative. Heute lägen die Reaktionen der Rüsselsheimer zwischen diffuser Gleichgültigkeit und klarer Zustimmung, die Akzeptanz sei aber mittlerweile groß, sagte der Pfarrer des evangelischen Dekanats für gesellschaftliche Verantwortung, Volkhard Guth.

07.10.2012 - Mainspitze von Nina Henrich



Adam Petri (vorne rechts) verlegt weitere Stolpersteine in der Bahnhofstraße 12 in Rüsselsheim.

Foto: Vollformat / Volker Dziemballa

Ausgeplündert und ermordet

Das exemplarische Schicksal Klara Wolfeilers und ihrer Familie

67 Jahre nach Ende der Nazizeit lässt das offizielle Rüsselsheim von einem Marburger Wissenschaftler klären, wie es sich zum ehemaligen Bürgermeister Dr. Walter Köbel und dessen Nazi-Vergangenheit verhalten muss. Unterdessen werden hier in der Innenstadt am 6. Oktober ab 11 Uhr in fünfter Verlegung weitere acht „Stolpersteine“ im Gedenken an Opfer der Nazis gesetzt. Die Initiative um Rolf Strojec hat weitere bedrückende Lebensläufe recherchiert. Die Ergebnisse erscheinen abermals geeignet, Überlebenden des Terror-Regimes und ihren Nachkommen klarzumachen, was es bedeutet, wenn jemand der braunen Bande gedient und ihr Gedankengut verherrlicht hat.

Bis es was zu holen gab

Eine der jüdischen Familien, über die Alteingesessene bis heute sprechen, ist die Familie Wolfeiler, Geschäftsleute, die sich allgemeiner Beliebtheit erfreuten, wie etwa unsere Leserin Margarete Rauch berichtet. Rolf Strojec: „Angesehen, bis nach 1933 ein Teil der guten Nachbarn feststellte, das da was zu holen war.“ Die Ausplünderung der Familie Wolfeiler, die in der Bahnhofstraße 12 ein Schuhgeschäft hatte, um das sie betrogen wurde, sei exemplarisch. „Und nicht nur das: Inhaberin Klara Wolfeiler wurde deportiert und im KZ Theresienstadt umgebracht.“

Geschäftsführer Robert Wolfeiler war am 25. Februar 1899 in Ridgefield /Connecticut (USA) als Sohn der Eheleute Bernhard und Klara Wolfeiler geboren worden. Ständiger Wohnsitz der Familie war seit 1910 Rüsselsheim, berichtete er, später, er, der hier und

in Mainz Realschulen besuchte, bei Heidenheimer in Mainz lernte, von Juni 1917 bis April 1919 Soldat war, dann bis 1924 Bankbeamter in Mainz, und Frankfurt. „Nach dem Tod meines Vaters bin ich als Geschäftsführer und Mitinhaber ins Geschäft meiner Mutter eingetreten.“ Roberts Mutter, Klara Wolfeiler, war 1871 als Klara Kahn in Wöllnstein geboren worden, berichtet Strojec, und habe Bernhard Wolfeiler geheiratet. Sohn Robert heiratete Theresia Marx, geboren 1904 in Bad Kreuznach. „Aus dieser Ehe ging Bernhard Wolfeiler hervor, der noch heute in New York lebt.“ Strojec hat Erinnerungen Theresia Wolfeilers ausgewertet: „Mein Mann hat gute Freunde gehabt, bis der Hitler kam. Mein Mann hat drei Mal die Woche Karten gespielt und auf einmal haben alle Angst gehabt, dann war es aus.“ Das erwirtschaftete Gewerbekapital sank von 1930 bis 1935 von 4 100 auf 2100 Reichsmark, der Ertrag von 1 200 auf 500. Die Rassegesetze ab 1935 erklärten alle männlichen Juden zu „Rasseschändern“, der Status des Reichsbürgers wurde allen Juden ab erkannt. Im März 1937 musste das Schuhgeschäft abgemeldet werden. Die Familie bereitete die Flucht vor. Roberts Geburtsstatus half. „Da sein Bruder in den USA die Bürgerschaft (Affidavit) garantierte, konnten Robert, Theresia und Bernhard Wolfeiler sowie Schwiegermutter Amanda Marx im September über Antwerpen auf dem Dampfer ‚Gerolstein‘ in die USA flüchten“, berichtet Strojec.

Ein Freund der Mutter aus Denver hatte Robert Hilfe zugesagt. Doch die Vertriebenen hielten sich durch harte Arbeit über Wasser. „Wir hatten eine Bürgerschaft, aber niemand hätte den Bürgen um etwas gebeten. Ich bin heute noch mit einer italienischen Arbeiterin befreundet, die mich immer wieder zum Arbeiten ermutigt hat. Wenn sie nicht gewesen wäre, hätte ich es nicht so lange ausgehalten“, berichtet Theresia Wolfeiler 1989. Robert verkaufte in den USA als Hausierer Bürsten, Wochenverdienst sechs bis zwölf Dollar. Theresia arbeitete in einer Textilfabrik: „Im Krieg, als



Das Geschäft der Wolfeilers in der Bahnhofstraße um 1920
Foto: privat



es nichts gab, hat mein Chef mir immer Waren gegeben, die mein Mann dann verkauft hat. Ich habe ihm samstags geholfen und die Woche über in der Fabrik gearbeitet und meinen Haushalt geführt. Das ist mein Leben.“

Der sog. „April-Boycott“ gegen jüdische Geschäfte 1933
Foto: privat

Profiteure stehen bereit

Das Schuhgeschäft in Rüsselsheim blühte unter „arischer“ Führung auf: Unter Katharina (Käthe) Rocker stiegen die Umsätze von bis 1940 von 35 186 auf 76 253 Reichsmark. Besitzerin blieb zunächst Klara Wolfeiler, „die auch noch in der Bahnhofstr.12 wohnte“. Versuche der Familie, sie über Kuba zu retten, scheiterten an Asylbestimmungen. Im Dezember 1939 wurde Klara Wolfeiler aus ihrem Haus geworfen und nach Mainz verwiesen. Haus und Grundstück musste sie für 18 000 Reichsmark an den „Ariseur“ Theodor Allendorf abgeben. Robert Wolfeiler beklagt 1954 eidesstattlich, dass seine Mutter verkaufen musste, ohne über nur einen Pfennig verfügen zu können. Strojec berichtet: „Arisure, Banken, Finanzzäm, staatliche Stellen waren findig bei der Ausplünderung der jüdischen Deutschen.. Hauskäufe unter Wert, Judenvermögensabgabe wie hier 6500 Reichsmark, Einfrieren des Restvermögens auf von der Gestapo verwalteten Sperrkonten.“

In Mainz hatte sich Klara Wolfeiler für 4032 Reichsmark vom Sperrkonto bei der „Commerz und Privatbank AG“ in ein Altenheim (Bihildisstraße) eingekauft. „Eine von nur noch 165 000 meist älteren deutschen Juden, die im „Altreich“ verblieben waren. Im mauerlosen Ghetto verbrachte sie ihre letzten Tage unter Schikanen und Angst vor immer neuen Verordnungen der Gestapo.“ Am 19.September 1942 wurde sie nach Darmstadt deportiert, am 27.September 1942 ins KZ Theresienstadt verschleppt, am 25. Dezember 1942 dort ermordet. Die Bahnhofstraße 12 wurde bei einem Luftangriff am 26.August 1944 von einer Luftmine zerstört.
20.09.2012 - Mainspitze von Michael Wien

Bernhard Wolfeiler bei seiner Einschulung 1933
in Rüsselsheim Foto: privat



Rüsselsheimer Nazi-Opfer Robert Wolfeiler muss nach dem Krieg um Ent- schädigung kämpfen

Die Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative dokumentiert im Vorfeld ihrer Verlegung von Gedenksteinen für Nazi-Opfer nicht nur deren zerstörte Lebensgeschichten. Sie bemüht sich immer auch darum, zu ermitteln und aufzuzeigen, wie es vertriebenen, aber überlebenden Rüsselsheimern erging und wie es nach Ende der braunen Diktatur hier um die Resonanz auf Verbrechen und schmutzige „Kompromisse“ bestellt war. In der vorigen Folge dieser Serie ging es um die Ermordung Klara Wolfeilers am 25. Dezember 1942 im KZ Theresienstadt und um Angehörige, denen noch die Flucht in die USA gelungen war. Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative berichtet Bedrückendes auch über das, was nach 1945 hier passierte.

Furchtsame Profiteure

Nach dem Zusammenbruch des Terror-Regimes sei natürlich auch bei den Rüsselsheimer Profiteuren von Vertreibung und Ermordung, bei „Ariseuren“ von Besitztümern und Mitläufern, Angst umgegangen. „Als Theodor Allendorf und Frau sowie Käthe Rocker erfahren, dass sich zwei Bekannte bei Bürgermeister Ludwig Dörfler im Auftrag Robert Wolfeilers nach dem Schicksal der ermordeten Mutter erkundigt haben, treten sie die Flucht nach vorne an“, berichtet Strojec. „In einem nett aufgesetzten Brief vom Juli 1945 beschönigen sie das Schicksal Klara Wolfeilers. Die Wortwahl ist dennoch entlarvend, dürfte aber für diese Zeit typisch für einen Teil der Bevölkerung sein.“ Man habe das Elternhaus der jüdischen Familie nicht unter Ausübung von Zwang, sondern „auf Anregung ihrer Mutter ordnungsgemäß gekauft“. Das Geld habe man nicht aufgrund der Nazibestimmungen, sondern „auf Wunsch ihrer Mutter auf das Sperrkonto bei der Commerz- und Privatbank überwiesen“. Klara Wolfeiler sei kurz vor der Deportation „bei guter Stimmung“ gewesen, wird dreist weitergelogen.

Strojec: „Die Deportation ins KZ wird zur Reise.“ Er zitiert: „Ihre Abreise erfolgte am 19. September 1942 ca. drei Wochen nach dem I. Großangriff auf Mainz, mit uns unbekanntem Ziel.“ Und Strojec macht deutlich: „Hier versucht man gar das Schicksal der verschwundenen Nachbarn von der Rassenpolitik zu trennen und mit der Verschärfung des Luftkrieges in Verbindung zu bringen.“ Für Rüsselsheim folge zum Abschluss des Schreibens gar eine penible Auflistung aller zerstörten Häuser, von Steuerwalds, Raabs bis Möbel-Hummels. Das sollte dann wohl mit dem Mord an Klara Wolfeiler verrechnet werden.

Was den Leumund der Briefeschreiber betrifft, äußert sich Theresia Wolfeiler laut Strojec eindeutig. „Vor unserer Abreise nach New York hatte meine Mutter meinem Sohn eine Uhr gekauft... Am Tag vor unserer Abreise haben wir alles hingelegt, was wir am nächsten Tag anziehen. Bernd hat Reisefieber gehabt. Ihn haben wir am Tag über im Bett gelassen. Das Käthchen, unser Mädchen, hatte ihn noch besucht. Am

nächsten Morgen war dann die Uhr verschwunden. Die hatte das Käthchen mitgenommen. Sie war nie ehrlich. Meine Schwiegermutter wollte das nicht glauben. Im Laufe der Zeit sind immer wieder verschiedene Sachen verschwunden.“

Klara Wolfeilers Sohn Robert betrieb ab 1950 ein „Wiedergutmachungsverfahren“ wegen etwa 174 000 Reichsmark materiellen Schadens durch Hinderung am beruflichen Fortkommen, Raub des Vermögens, Reichsfluchtsteuer. Ansprüche des Erben werden in zermürenden Verfahren, die bis 1960 hingezogen werden, anerkannt, „aber immer wieder runtergerechnet“, wie Strojec aufzeigt. Für das Anwesen Bahnhofstraße 12 gebe es 1960 einen erhellenden Vergleich: Für das 290 Quadratmeter große Grundstück (ohne Bebauung) erhält Robert Wolfeiler von Allendorfs 6000 Mark (entspricht 60 000 Reichsmark). „1939 war das Grundstück mit Geschäft und Wohnungen und Mobiliar für nur 18 000 Reichsmark an die netten Nachbarn gegangen“, hält Strojec dagegen.

Robert Wolfeiler starb 1971 in New York. Auf die Frage, ob sie Rüsselsheim wieder besuchen würde, antwortete Theresia Wolfeiler 1989: „Wenn ich nachrechne, sind mindestens 30 Personen unserer Familie umgekommen. Brüder meiner Mutter, Vettern von uns.“ Und doch habe sie einmal die Schwester eines Freundes hier „besucht, weil sie nie Nazis waren“. Ihr Sohn Bernhard wollte laut Theresa „nachher nichts mehr davon wissen. Er wollte vergessen. Er kam hierher, wollte nicht mehr Deutsch sprechen und keine deutschen Anzüge mehr anziehen“. Strojec hält fest: „Dennoch überwand Bernhard diese Einstellung und besuchte mehrmals ausgewählte Schulfreunde in Rüsselsheim sowie Orte der Erinnerung und des Schreckens zugleich. Heute lebt er in New York und erinnert uns Deutsche aus der Ferne, wie lebensrettend ein Land sein kann, das einem Flüchtling Asyl gewährt.“
22.09.2012 - Mainspitze von Michael Wien

Theresia und Robert Wolfeiler Anfang der 30er Jahre



Stolperstein-Verlegung: Der Rüsselsheimer Friseur Alfred Löw und seine „freiwilligen“ Ausreisen aus Deutschland

Nach 1945 erneut im Weg

Zum Überlebenskampf der jüdischen Rüsselsheimer wird immer wieder nach Zahlen gefragt. Rolf Strojec, Sprecher der „Stolperstein“-Initiative, hat folgende grausige Statistik: „Zwischen 1933 und 1945 waren hier 46 deutsche Juden gemeldet. 21 wurden ermordet.“ Nur einer der Übrigen, die flüchten konnten, sei nach dem Bankrott des Terror-Regimes zurückgekehrt. Der Friseur Alfred Löw aus der Waldstraße 65 habe nach 1945 versucht, hier ein Stück Gerechtigkeit zu erlangen. „Enttäuscht brach er 1948 ein zweites Mal alle Brücken hinter sich ab und ging in die USA.“

Katholisch erzogen

Alfred Löw wurde am 15. Dezember 1900 in Markdorf (Baden) geboren. Da seine jüdischen Eltern „nicht in Ehegemeinschaft lebten“, teilte man ihn Pflegeeltern zu, die ihn katholisch erzogen, berichtete er später. Nach der Volksschule in Konstanz (1907-1915) erlernte er das Friseurhandwerk. Von Juni bis November 1918 musste er Militärdienst leisten, dann arbeitete er als Friseur in der Schweiz, in Wuppertal, Frankfurt, Lausanne, Ulm. 1933 kam er in den Rüsselsheimer Salon Schüttler. „1934 heiratete ich Katharina Reitz, geschiedene Schüttler, und übernahm das Geschäft derselben, welches wir bis zum 24. Dezember 1938 weiterführten.“ Vor Anfeindungen war der gebürtige Jude trotz „Mischehe“ nicht sicher. „Die Rassegesetzgebung veranlasste uns, Deutschland 1939 zu verlassen.“ Strojec erläutert: „Nach der Pogromnacht, in der auch hier Synagoge und Wohnungen jüdischer Familien verwüstet worden waren, verkauften die Löws die Einrichtung ihrer Vier-Zimmer-Wohnung und Friseurutensilien.“ Über Holland wollten sie nach Südamerika, wie viele Juden damals - und nach 1945 viele Nazis. „Die Südamerikaner hatten immer mal durchlässigere Asylbestimmungen“, klärt Strojec Voraussetzungen für die seltsame Kette auf.

Von Rotterdam gelangte das Ehepaar über Amsterdam nach Sluis. Nach dem deutschen Überfall auf die neutralen Niederlande (Mai 1940) blieben sie in Belgien stecken, „die Auswanderung nach Brasilien war vereitelt“, schilderte Löw später. Aus Brügge (wo sich Löw bei der erzwungenen Aufnahme ins Judenregister als römisch-katholisch eintragen ließ) wurden sie im Dezember 1940 nach Ciney zwangsverwiesen. 1940 und 1941 durfte der Jude nicht arbeiten. „1942 arbeitete ich im Straßenbau und Steinbruch.“ Ab 1942 war Zwangsarbeit zu leisten, bald ein „Judenstern“ zu tragen. „Am 9. Dezember 1942 wurde Löw wegen Arbeitsverweigerung und Sabotage verhaftet“, berichtet Strojec. Ohne Kriegsgerichtsurteil wurde Löw am 11. Januar 1943 dem KZ in Mechelen übergeben, jener

Stadt, aus der einst Beethovens Vorfahren kamen und aus der Löw nun zur Vernichtung nach Auschwitz verschleppt werden sollte.

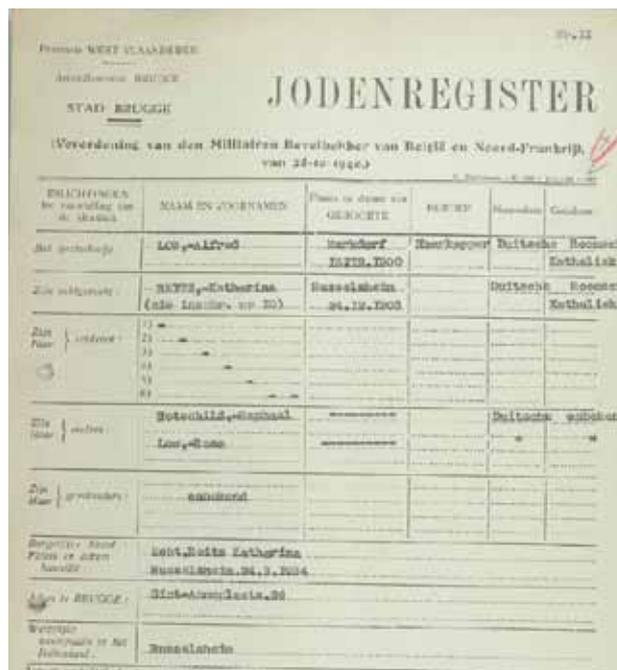
„Jahrelang von den Nazis durch Europa gejagt, bewahrt ihn nun aber die Ehe mit der katholischen Katharina vor Deportation und Vernichtung“, berichtet Strojec. Am 25. Juli 1943 wird Löw entlassen, nach Brüssel verwiesen, ohne arbeiten zu dürfen. „Nach der Befreiung arbeitete ich von Januar bis Juli 1945 für die Alliierten. Am 27. Juli 1945 fuhr ich nach Deutschland zurück, meine Frau folgte am 5. Oktober.“

Nicht willkommen

Strojec: „Flucht, Zwangsarbeit, drohende Vernichtung noch im Kopf, fordert er in Rüsselsheim vom Bürgermeisteramt erfolgreich „eine komplette möblierte Wohnung, das heißt ein Schlafzimmer, ein Wohnzimmer sowie Küche, einschließlich allem Hausrat, Wäsche und Brennmaterial. Die entsprechenden Verfügungen sowie die moralischen Verpflichtungen der Gemeinde, mir und meiner Frau gegenüber, dürften Ihnen bekannt sein“. Als er eine Stelle im Gemeinde- oder Staatsdienst verlangt und durchblicken lässt, dass er sich für den besseren Bürgermeister hält, gibt es Ärger mit dem Beigeordneten Schmitt, Bürgermeister Dörfler, Arbeitsamt-Nebenstellenleiter Drischler. Löw schreibt der Militärregierung: „Am 27. September sagte Herr Schmitt klar, dass der Stadtverwaltungsapparat keine Verpflichtungen uns gegenüber hätte. Und am 22. Oktober, dass wir die Verantwortlichen für die Machtergreifung durch die Nazis seien. Dass wir Deutschland aufgegeben hätten.“

Bürgermeister Dörfler bestätigt dies der Militärregierung: „Der Beigeordnete hat ihm anlässlich einer solchen unliebsamen Auseinandersetzung klar gemacht, dass die Stadt ihm gegenüber keinerlei moralische Verpflichtungen hätte, da er ja freiwillig Deutschland verlassen hätte.“

27.09.2012 - Mainspitze von Michael Wien



Auszug aus dem Judenregister der Stadt Brügge
Foto: Jüdisches Museum von Belgien, Brüssel

KONKURRENT

Löw wurde bei der Militärregierung, die Anstellungen im Staatsdienst genehmigen musste, als „arrogant“ und „von schmutzigem Benehmen“ dargestellt. Rolf Strojec: „Als seine Korruptionsanzeige von der Polizei nicht weiter verfolgt wurde, resignierte Löw.“ Von Februar 1946 bis Juni 1947 arbeitet er als kaufmännischer Angestellter bei Opel. Im März 1948 emigrieren Alfred und Katharina Löw über das Sammellager Butzbach erneut. Alfred Löw stirbt am 21. April 1968 in Port Chester, New York.

Bürgermeister Ludwig Dörfler (SPD), selbst einst von Nazis zusammengeschlagen, half nach Ende der Diktatur Nazi-Verfolgten, die aus dem Ausland Entschädigung beantragten. „Dem Heimkehrer Alfred Löw legte er Steine in den Weg“, stellt Strojec fest. „Er fürchtete in ihm wohl einen Konkurrenten um sein Amt.“

Ähnlich wie gegen den „freiwillig ausgewanderten“ Juden Löw hatte sich Dörfler wie hier bereits berichtet gegenüber dem Kriegsdienstverweigerer Friedrich Meister verhalten. Er hatte ihm die Wiedereinstellung bei Opel verwehren wollen, weil er die „Pflicht“ verletzt habe, im Nazi-Reich Soldat zu werden.

Strojec: „Die Beispiele zeigen, wie tief und weitverbreitet das Denken nach 1945 noch von Normen der Nazis durchsetzt war, selbst bei einem Teil der eigentlich für Wiedergutmachung und Entnazifizierung Zuständigen. Selbst einige von den Nazis Verfolgte nahmen nicht wahr, was die Judenverfolgung für Juden bedeutet hatte.“

Am Samstag, 6. Oktober, wird gegen 11.45 Uhr vor der Waldstraße 65 ein „Stolperstein“ zum Gedenken an Alfred Löw gesetzt. Dies ist die zweite der vier Stationen der 5. „Stolperstein“-Verlegung.



Ankunft eines Transports im SS-Sammellager Dossin / Mechelen Belgien Foto: Gedenkstätte Kaserne Dossin



Stubenkontrolle im SS-Sammellager Dossin / Mechelen Belgien Foto: Gedenkstätte Kaserne Dossin

Alfred Löw.
Rüsselsheim/M.
S. Engelhardt.

Vollständiger
Lebenslauf

Als Sohn jüdischer aus 15.12.1900 in Markdorf (Baden) geboren
Vater ist, der aus dem Kellern nicht ein Kellergewandler, Kellerei,
Christliche Pflegenkellerei, deren Kellerei Religion und Ber-
ziehung. Nach dem Ausbruch der Volkswirtschaft in Konstanz (Baden)
1907-1915, arbeitete ich bei R. Dieckhoff in der Fabrikarbeit.
März 1915-1918. Von April bis Juni 1918 arbeitete ich in
Freiburg i/B., von Juni 1918 bis Dezember 1918, war ich in
Militärdienst. Von 1920-1922 arbeitete ich in der Fabrik
Kellerei, 7h. Von 1923 bis 1926 arbeitete ich in der
Kellerei, 10h. bei Rüsselsheim und 9 Tage bei H. Kellerei
als Kellerei war. 1927 bei Rüsselsheim, Frankfurt am Main
1928 in Saison, in Lausanne, Schweiz. 1929-31 bei Rüsselsheim
1930 bei Rüsselsheim, 1931 Ulm a. d. S. und Rüsselsheim/M. bei
Kellerei. 1932 heimlich, ich Katharina Köst, geb. Schürer und
ich war in der Kellerei der Kellerei, wir waren zusammen
bis zum 27.12.38, weil wir in der Kellerei waren.
Kellerei und Kellerei im Jahr 1939 in der Kellerei
wir waren in der Kellerei, Kellerei, Kellerei und
Kellerei [Belgien] waren Stationen, durch die Kellerei
des Krieges, flohen wir nach Belgien, wo wir in der
Kellerei waren, Kellerei in der Kellerei, die Kellerei
Kellerei nach der Kellerei, wir waren in der Kellerei
in der Kellerei, wurden aber im Dezember 1940
nach Belgien zwangsweise 1940 und 1941 Kellerei

1. Seite eines handgeschriebenen Lebenslaufs von Alfred Löw 1945 (Stadtarchiv Rüsselsheim)

Stolpersteinverlegung: Rüsselsheimer Friedrich Grünewald lässt sich von den braunen Machthabern nicht einschüchtern

Im Familienalbum der Grünewalds findet sich ein Artikel aus dem Kreisblatt vom 24. August 1935, ausgestellt wie eine Trophäe. Dabei geht es nicht um eine sportliche Heldentat. Berichtet wird dort, dass der 25 Jahre alte Kommunist Friedrich Grünewald zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Die Familie ist stolz darauf, denn unter anderem damit bezahlte er für seinen mutigen Widerstand gegen die Nazis.

Die „Stolperstein“-Initiative um Rolf Strojec, die Grünewald am 6. Oktober ehrt (13.10 Uhr vor der Astheimer Straße 31) fasst dessen frühe Prägung so zusammen: Am 21. November 1910 in Königstädten geboren, besuchte er neun Jahre die Volksschule. Mit Beginn der Schreinerlehre (1925) wurde er Gewerkschaftsmitglied, etwa 1928 Mitglied der „Naturfreunde“. 1930 trat er aus der evangelischen Kirche aus und der Freidenkerjugend bei. Wie Grünewald 1985 in einem ausführlichen Lebensbericht dem Gewerkschafter Bernd Heyl erzählte, musste sein Lehrmeister 1928 den Betrieb in Königstädten aufgeben. Er ging als Werkmeister zur Groß-Gerauer Radio- und Grammophonfabrik Lämmermann, die Gehäuse für Philips und Türfassungen für Opel-Autos herstellte. Grünewald folgte nach. Zwei Jahre später rief der Inhaber den jungen Mann zu sich. Statt 85 Pfennig Stundenlohn könne er nur noch 50 zahlen. Grünewald beriet sich, sagte ab. Als er keine Arbeitslosenunterstützung mehr bekam, meldete er sich für Notstandsarbeiten, wofür man aber bevorzugt verheiratete Männer nahm. „Ich habe deshalb pro forma geheiratet, obwohl meine Frau und ich noch bei den Eltern lebten“, schilderte er 1985.

Freiheitliche Gesinnung

Die Arbeiterbewegung lernte er durch Maikundgebungen kennen. Wer in der Kaiserzeit hinging, konnte den Arbeitsplatz verlieren. Auch von Adam Opel sagt man, er habe Arbeiter unter Androhung der Entlassung aus SPD-Versammlungen gezerrt. Schon Grünewalds Vater gehörte zu denen, die sich nicht einschüchtern ließen, war im Dorf als „Rot-Grünewald“ bekannt. Sohn Friedrich wurde gleich zu Beginn der Weimarer Republik Mitglied im Arbeiter-Turn-und-Sportbund, später im Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“, in den Jugendgruppen des „Bundes der Freidenker“ und der „Naturfreunde“. Im Arbeiter-Samariter-Bund, „der im Gegensatz zum DRK auch bei den Arbeitervereinen sanitäre Hilfestellungen leistete“, wurde er in Erster Hilfe ausgebildet.

Wo man hingehört

Als Arbeiterkind sei man ganz selbstverständlich von seinen Eltern zu Arbeitervereinen geschickt worden „Sie waren die sogenannten Mistbeete für die Arbeiterklasse. Hier bekam man eingepflegt, wo man hingehörte.“ Bei den „Naturfreunden“ hätten die Älteren der SPD zugeneigt, die Jugend mit der KPD sympathisiert. Ohne Spaltung. „In den Ortsgruppen Rüsselsheim,

Trebur, Ginsheim und Darmstadt kümmerte man sich weniger um Politik.“ Die Königstädter „Naturfreunde“-Jugend empfing bei wöchentlich zwei Gruppenstunden oft Referenten aus umliegenden Städten und Lehrer aus der „Freidenker-Bewegung“. Man lernte auch Esperanto, eine Musikgruppe spielte bei Veranstaltungen auf, eine regionale Theatergruppe führte reihum „Die Matrosen von Cattaro“ auf. „Allen sei klar gewesen, „was wir zu erliden hätten, wenn wir nicht als Sieger gegen den Faschismus hervorgingen“. Lehrer rüsteten die Jugend für die Auseinandersetzung. „Leider aber waren von den Spitzen beider Arbeiterparteien nur Bestrebungen gegeneinander zu registrieren. Man hatte den Faschismus nicht richtig eingeschätzt.“

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurden die Arbeiterparteien verboten und die Arbeitervereine aufgelöst oder gleichgeschaltet. Das Königstädter „Naturfreunde“-Haus wurde vom Leiter der „Christlichen Jugend“, bereits führend in der SA tätig, beschlagnahmt. Die „Christliche Jugend“ in Königstädten war fast einmütig zur Hitlerjugend übergelaufen. Am Tag der Machtübernahme Hitlers wurden alle Arbeiter Königstädtdens, die aus ihrer Gesinnung keinen Hehl gemacht hatten, und ein Teil des Gemeinderates von SA-Leuten mit Karabiner abgeholt und in die ‚Betzekammer‘ für Landstreicher gesperrt. Etwa 40 Personen pferchte man zusammen, ohne Gelegenheit zu sitzen oder zu liegen. „Nach drei Tagen wurden wir einzeln nach Hause geschickt.“

29.09.2012 - Mainspitze von Michael Wien

Fritz Grünewald auf einem Foto in seiner Gefangenenakte
Foto: Busch (S.69)



FRONTEN

Als Friedrich Grünewald heim kam, erfuhr er, dass überall Antifaschisten ins „Umerziehungslager Osthofen“ gebracht wurden. „Auswärtige SA-Schläger-Truppen kamen mit Lastwagen, ‚verhafteten‘ ihre Gegner und fuhren mit ihnen in den nächsten Wald, wo sie krankenhausreif geschlagen wurden.“

Die Königstädter „Naturfreunde“ trafen sich mit Genossen aus dem ganzen Kreisgebiet im letzten nicht beschlagnahmten „Naturfreunde“-Haus (Stockstadt) zu einer eigenen Feier des 1. Mai, den nun ausgerechnet die Nazis zum Feiertag erklärt hatten. SPD und Gewerkschaften hatten sich offenbar in die Falle locken lassen und sogar ihre Beteiligung an den staatlichen Aufmärschen am 1. Mai zugesagt und dazu aufgerufen. „Die ungenügende Bildung riss auch Lücken in das primitive Klassenbewusstsein“, kommentiert Grünewald 1985.

1934 hatte er „durch die überall angelaufene Aufrüstung Arbeit bei Opel bekommen“. Die „Naturfreunde“ trafen sich heimlich in Gronau (Odenwald). „Auch unsere Frauen waren dabei. Die wollten wir aber auf keinen Fall mit der Bildung einer Widerstandsgruppe in Verbindung bringen.“ Erstmals wurde Geld zur Anschaffung von Materialien gesammelt. Von diesem Treffen ausgehend bildeten sich im Kreis örtliche Widerstandsgruppen.



Zeitungsbericht aus dem Kreisblatt vom 24. August 1935. Frau Grünewald klebte ihn zusammen mit dem Kalenderblatt in das Fotoalbum der Familie.

Überleben zwischen lauter Fronten

Der Kriegsgegner Friedrich Grünewald muss ins Feld ziehen und erlebt ein völkerverbindendes Ende

Der Königstädter Widerstandskämpfer Friedrich Grünewald kam am 22. November 1938 nach Hause. Dreieinhalb Jahre Zuchthaus hatte er hinter sich (Rockenberg, Butzbach). 1985 erzählte er dem Gewerkschafter Bernd Heyl: „Von der Firma Opel wurde mir auf Anfrage mitgeteilt, dass ich wegen politischer Unzuverlässigkeit nicht mehr eingestellt werden könne.“

Rüstung oder Strafruppe

Er war erwerbslos, bis das Arbeitsamt Mainz dem Kriegsgegner eine Stelle in einem für die Rüstung wichtigen Betrieb vermittelte.

„Während des Krieges wurden dann fast alle von den Nazis politisch Bestraften mit ‚Halbjuden‘ und Kriminellen zum Strafbataillon 999 eingezogen“, erinnert Grünewald. Er fühlt mit ihnen, fast wie im KZ sei es da zugegangen, weiß er. „Die Leute wurden geschlagen, misshandelt, mussten Steine von der einen Seite des Hofes auf die andere fahren und wieder zurück. Sie wurden übel zugerichtet.“

Grünewald wurde als politisch Bestrafter auf Lebenszeit vom Wehrdienst ausgeschlossen. Für einen erklärten Kriegsgegner keine Strafe. Die Nazi-Krieger brauchten allerdings bald auch ihre Gegner an der Front: Im Frühjahr 1944 wurde Grünewald zur Strafeinheit der Organisation Todt einberufen. „Das war die ‚Aktion Hase‘ von Hitler, und das bedeutete soviel wie zum Abschuss freigegeben.“ Zum Beispiel wenn sie während laufender Fliegerangriffe Bahngleise ausbessern. Kurz vor der Befreiung von Paris wird seine Einheit zurückkommandiert. „Wir sollten Richtung Metz marschieren. Ich hatte mir jedoch einen gefälschten Marschbefehl besorgt und ein Fahrrad organisiert, um von Paris aus durch die gesamte Linie Richtung Metz zu fahren.“ Grünewald haut ab, mit einem Rechen tarnt er sich als Landarbeiter. Über Trier erreicht er einen Verwandten in Koblenz, gelangt nach Groß-Gerau. Sein Elternhaus in Königstädten ist bei einem Fliegerangriff schwer beschädigt worden, der Vater braucht Hilfe beim Wiederherichten. „Auf Nachfragen konnte ich deshalb sagen, dass ich Heimaturlaub zur Ausbesserung hätte.“

Alles sehr lebensgefährlich. Also macht er sich auf zur Westfront, die er für weniger gefährlich hält. „Ur-

sprünglich glaubte ich, die Amerikaner wären schneller.“ In Neu-Isenburg holt er sich einen Marschbefehl nach Trier, nimmt aber nicht den Zug dahin, sondern fährt mit dem Rad an die Front, schläft bei Soldaten. „Da ist mir der Gedanke gekommen: „Du bist eigentlich ein blöder Ochs, du läufst jetzt in deinen Tod hinein.“ Als die Amerikaner nach der Ardennen-Offensive wieder auf dem Vormarsch sind, setzt er sich ab, fährt nach Groß-Gerau, verbirgt sich bei seiner Frau.

Kinder in Uniform

Fast kommt er noch am letzten Tag um, als er während des Beschusses von Groß-Gerau einen Eimer Wasser von der Gartenpumpe im Garten holt. Die Union-Brauerei stürzt zusammen, Volkssturmänner und Kinder in Uniform fliehen Richtung Wald. 100 Meter neben ihm explodiert eine Granate, 25 Meter hinter ihm eine zweite, der Luftdruck des dritten Einschlages schleudert ihn samt Eimer in den Luftschutzbunker. Eine Stunde später rollen auf der B 44 Panzer gen Frankfurt an, aus dem Wald mit Flakgeschützen beschossen. Die vier Eisenbahnwagen und das Behelfsheim der Grünewalds liegen nun zwischen den Fronten. Die Panzer-Mannschaften graben sich Löcher, die sie mit Matratzen aus der Siedlung auslegen. In der Nacht wird ein deutscher Bomber abgeschossen. US-Soldaten flüchten in Grünewalds Behelfsheim, in dessen Keller etwa 15 Personen Schutz suchen. „Mich hatte man nach oben geschickt, um einen Topf mit Quellkartoffeln zu holen, die auf dem Herd standen. Als ich die Tür aufmachte, waren die Soldaten perplex und starrten mich wie ein Wunder an.“ Zwei folgen ihm und den Kartoffeln, die er dennoch gegriffen hat, mit Maschinengewehren in den Luftschutzraum, wo Grünewald acht russische Mädchen versteckt hat. Einige sprechen Englisch und berichten, dass sie Zwangsarbeiterinnen aus der Konservenfabrik sind, in der der Stiefvater der Frau Grünewalds, ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener aus dem Ersten Weltkrieg, arbeitete. Da Friedrich Grünewald ein starker roter Bart gewachsen war, sein Kopfhaar aber trotz seiner 35 Jahren bereits schlohweiß ist, nennen ihn alle „Opa“, nun auch die amerikanischen Soldaten. - So enden Weltkrieg und Nazizeit für ihn.

05.10.2012 - Mainspitze von Michael Wien



Friedrich Grünewalds Wehrausschließungsschein vom 15. September 1939. Foto: privat

EIN FREIDENKER BIS ZUM SCHLUSS

Friedrich Grünewald wurde nach 1945 Mitglied des Ortsbeirates Groß-Gerau und beteiligte sich an Bestrebungen, eine einheitliche Arbeiterpartei zu gründen. Als die im Sand verliefen, wurde er Mitglied der KPD und ihr (undogmatischer) Vorsitzender in Groß-Gerau. Wegen schwerer Differenzen verließ er die Partei Ende der 40er Jahre. Ab 1945 wirkte er im einfachen Polizeidienst. Eine vorzeitige Pensionierung nach 25 Jahren erfolgte aufgrund gesundheitlicher Schäden, die Folter und Gefängnishaft bewirkt hatten. Er starb am 21. Dezember 1996.

Grünewalds Resümee der Jahre 1933 bis 1945 gegenüber Bernd Heyl: „Das deutsche Volk hat sich - nicht zuletzt wegen des Fehlens einer demokratischen Tradition - mit Militarismus, Untertanengeist und Faschismus von 1933 bis Kriegsbeginn in seiner überwiegenden Mehrheit identifiziert. Heute wird diese Tatsache, ebenso wie es die politischen Bestrebungen der ersten Jahre nach dem Krieg werden, weitgehend verdrängt.“

Am morgigen Samstag, 6. Oktober, wird der Widerstandskämpfer ab etwa 13.10 Uhr mit einem „Stolperstein“ vor der Astheimer Straße 21 geehrt.

Mörder und schamlose Nachbarn

Mendel Guttenstein und seine Familie waren Spielball der braunen Machthaber und ihrer habgierigen Profiteure

Dass es zwischen 1933 bis 1945 wenige, dafür halt sehr mächtige Nazis und nur ein paar profitierende Helfer gab, gehörte zu den Lebenslügen mancher Menschen in den ersten Jahren nach Ende der Diktatur. Verbreitet wurde auch die Rassismus bemäntelnde Mär, die jüdischen Deutschen seien alle so vermögend gewesen, dass mehr oder minder aggressiver „Neid“ nicht habe ausbleiben konnte.

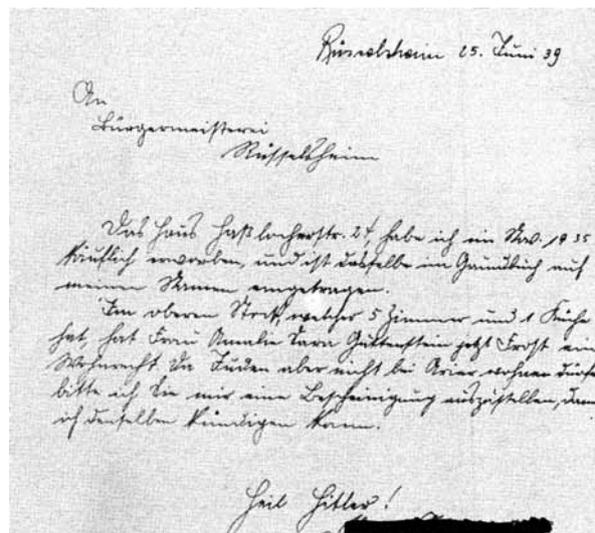
Üble Nachbarschaft

Für Rüsselsheim hält Rolf Strojec („Stolperstein“-Initiative) fest: „Ein kleiner Teil der Juden war als Inhaber kleinerer Geschäfte etwas besser gestellt: die Familien Mayer, Nachmann, Neumann, Linz, Wolfeiler.“ Sie seien erfindungsreich ausgegrenzt, enteignet, vertrieben, einige ermordet worden. „Besonders dreist ging man mit den letzten Geschäftsleuten um. Mendel und Amalie Frost sowie ihre Schwester, Sophie Maas, wurden übel verfolgt. Wo es was zu holen gab, wurden ‚nette Nachbarn‘ aktiv und hier noch weitere 44 Bürger.“

Mendel Guttenstein wurde 1875 in Krakau geboren. Der Sattler heiratet 1911 Amalie Maas aus Heinsheim, ab 1912 muss er den Namen Finker tragen, die Behörden haben gemerkt, dass er unehelich geboren wurde. Nur beider Sohn, Bruno Guttenstein, trägt den Ursprungsnamen. Der bei Opel beschäftigte Mendel wird am 8. September 1937 von den Nazis in „Max Israel Frost“, seine Frau in „Amalie Sarah Frost“ umbenannt. Strojec: „Juden waren jetzt vollkommen ausgegrenzt, identifizierbar, kontrollierbar, jederzeit festnehmbar.“

Die Eheleute hatten am 1. Januar 1926 in der Haßlocher Straße 24 ein Kolonialwarengeschäft (Lebens- und Futtermittel) eröffnet. Durch Boykott ab 1933 sanken die Einnahmen bis 1935 auf ein Drittel. „Wichtige Helferin des Paares war Amalies Schwester Sophie Maas (Jahrgang 1873)“, berichtet Strojec weiter. „Sie half mit gespartem Geld beim Ausbau des Hauses und arbeitete im Verkauf mit.“ Ab 1935 habe sich durch die Rassegesetze auch hier das Klima verschärft. „An jüdischen Nachbarn dürfen Erwachsene und Jugendliche Aggressionen und Habgier im einsetzenden Bereicherungswettbewerb ausleben.“ Die Nachbarn Willi und Lina Dörrschuck nehmen den „Frosts“ die Haßlocher Straße 24 ab, sollen dafür bis zum 1. Oktober 1957 monatlich 50 Goldmark zahlen. Amalie wird bis zur Tilgung „freies“ Wohnen im Obergeschoss verbrieft.

Nach der Pogromnacht (1938) legen die Dörrschucks im März 1939 eine Unterschriftenliste in ihrem Geschäft für Lebensmittel und Woll-Kurzwaren aus: „Die unterzeichneten Kunden beschwerten sich aufs heftigste,



Das Gesuch von Willi Dörrschuck zur Kündigung unterzeichnet mit Heil Hitler. Die Schwärzung des Namens zeigt, dass man selbst noch 1993 in der Presse Skrupel hatte, die Namen von Arisereuren öffentlich zu nennen
Foto: VHS Rüsselsheim

dass in meinem Geschäftshaus noch Juden wohnen. Sie wollen meinen Laden nicht mehr betreten, falls die Juden noch länger hier wohnen.“ 44 unterschreiben, die Liste wird am 25. Juni dem Bürgermeister geschickt. „Da Juden nicht bei Ariern wohnen dürfen, bitte ich Sie, mir eine Bescheinigung auszustellen, dass ich denselben kündigen kann.“ Amalie muss ihre Wohnung zum 1. September räumen, Ratenzahlung und Wohnrecht werden aufgehoben. Dörrschucks „arisieren“ das 400 Quadratmeter große, vom Gericht auf 14 000 Reichsmark bezifferte Grundstück für 8 500.

Üble Lage ausgenutzt

„Die Ariseure nutzten schamlos Pogromstimmung und rechtlose Lage der Familie“, stellt Strojec fest. Amalie habe in ein „Judenhaus“ in Mainz weichen müssen. Mitte Februar 1940 flieht Amalie mit der Familie ihres Sohnes Bruno, der des Schwiegervaters Mayer (letzter Vorsteher der jüdischen Gemeinde Rüsselsheims) sowie Schwester Sophie Maas über Frankfurt, Genua, Arica (Chile) nach La-Paz und Tarija (Bolivien). Neben Hausrat hat sie zehn Reichsmark bei sich. 2 500 kassierten die Nazis als „Judenvermögensabgabe“, 6 000 „verwaltet“ die Gestapo.

In Tarija erkrankt Amalie an Fieber, am 25. Juli 1941 stirbt sie. Die ältere Schwester Sophie kann nicht mehr arbeiten, lebt von der Unterstützung der in der Schweiz lebenden Schwester Rikka. Sophie kommt in ein Flüchtlingsheim in Cochabamba, wo sie am 9. Januar 1956 stirbt.

Mendel Frost hat ab 1939 in Gütertrennung von Amalie in Frankfurt gelebt. „Die Anonymität der großen jüdischen Gemeinde wird mit dem Beschluss der ‚Endlösung‘ zur Falle“, hält Strojec fest. Am 22. November 1941 wird Mendel ins Ghetto Kowno (heute Litauen) verschleppt. Inzwischen gilt als erwiesen, dass der lange verschollen Geglaupte dort am 25. November 1941 ermordet wurde.

Mainspitze 06.10.2012 von Michael Wien

Am 22.11.1941 wurde Mendel Frost aus Frankfurt mit einem Deportationszug ins Ghetto Kowno (heute Litauen) verschleppt. Was ihn dort erwartete schildert der Ausstellungskatalog zur Deportation und Ermordung der Frankfurter Juden:

„Sechs Kilometer mussten die Menschen, fast tausend, von dort aus durch die Stadt zum Fort IX laufen. Bei diesem Fort handelt es sich um eine ehemalige Festung aus dem Jahre 1883, die in der Zeit der lettischen Republik als Haftanstalt diente. Einen Monat vorher waren dort mehr als 10.000 litauische Juden erschossen worden. Die Verschleppten aus Frankfurt verbrachten zunächst die Nacht in den Zellen der Festung. Am folgenden Tag zwangen die Bewacher die Menschen zunächst zum „Morgensport“ in der eiskalten Luft. Im Dauerlauf mussten sie später in bereits von russischen Kriegsgefangenen ausgehobenen Gruben außerhalb der Umfassungsmauer des Forts laufen. In den bewaldeten Hügeln versteckte Schützen eröffneten das Feuer aus Maschinengewehren. Keiner der Verschleppten aus Frankfurt konnte diesem Massaker des Einsatzkommandos 3 entkommen. Bis zum Sommer 1944 wurden mehr als 50 000 Juden in den Befestigungsanlagen von Kowno erschossen.“

„Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“ -
Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945
Jüdisches Museum Frankfurt, 2005

Mahnmal Gedenkstätte Kowno (Litauen)



Von Nazis verfolgt: Der Opel-Arbeiter Walter Rietig wurde vor 70 Jahren in Berlin-Plötzensee ent- hauptet

Am Samstag wird es auf den Tag 70 Jahre her sein, dass in Berlin der Opel-Arbeiter Walter Rietig ermordet wurde. Wenn es um die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Rüsselsheim geht, ist immer wieder auch von diesem aufrechten Mann die Rede. Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsjugend machen sich dafür stark, die Walter-Köbel-Halle in Walter-Rietig-Halle umzubenennen. Die „Stolperstein“-Initiative hat der Familie des Widerstandskämpfers jetzt eine Fülle neuer Aktenfunde zukommen lassen.

Wie Sprecher Rolf Strojec in einem Gespräch mit der „Main-Spitze“ mitteilte, wird die Initiative Mitte Januar einen Großteil dieser Dokumente ins Internet stellen. „So kann jeder, der Interesse daran hat, seinen Vergleich zwischen der Lebensleistung Walter Rietigs und der des Dr. Walter Köbel anstellen.“ Die „Main-Spitze“ wird bereits vorab in einigen Artikeln über Aufschlüsse berichten, die der „Stolperstein“-Initiative zu verdanken sind. Sie zeigen einen Walter Rietig, wie ihn selbst Menschen nicht kannten, die sein unerschrockenes Auftreten

gegen die Nazis schon immer bewundert haben. Die Initiative hat auch die Prozessakte inklusive Anklageschrift und Urteil des „Volksgerichtshofes“ sowie Urteile und Zeugenaussagen aus Denunziantenprozessen in Archiven aufgestöbert.

Strojec berichtet, um die Mittagszeit des 22. Dezember 1942 habe Walter Rietig erfahren, dass das Gnaden-gesuch gegen sein Todesurteil abgelehnt worden war. „Am späten Abend wurde er dann in den Hinrichtungs-raum in Berlin-Plötzensee geführt. Innerhalb von 20 Sekunden wurde er festgeschnallt und mit dem Fallbeil hingerichtet. Es war ein Justizmord, beruhend auf einer Denunziantengeschichte. Hingerichtet wurde Rietig, weil man ein Exempel gegen Widerständler im kriegswichtigen Rüstungsbetrieb Opel statuieren wollte.“

Der 1906 in Breslau geborene Walter Rietig fühlte sich immer der Arbeiterbewegung zugehörig. 1926 bis 1928 war er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, einer Jugendorganisation der SPD. Ab 1933 näherte er sich wegen Inaktivität der SPD und persönlichen Kontakten („Naturfreunde“) an die KPD an, der er aber nie beitrug. „Die Hinwendung zum Aktivismus der Kommunisten ist typisch für viele jüngere politische und gewerkschaftliche Biographien in dieser Zeit“, stellt Strojec fest.

Laut Dokumentation „Hessische Gewerkschafter im Widerstand“ habe sich Rietig schon 1933 einer illegalen Gruppe von Sozialdemokraten und Kommunisten bei

Walter Rietig (links) 1941, im Jahr vor seiner Ermordung, mit dem Widerstandskämpfer Fritz Zängerle, der Rietigs Sohn Gerhard auf dem Schoß hat. Foto: Privataarchiv Strojec



Opel angeschlossen. 1935 gelang es der Gestapo, den größten Teil der Widerstandsgruppen im Kreisgebiet zu zerschlagen. Auch viele Opel-Arbeiter wurden verhaftet. Anfang der Vierziger Jahre gab es im Werk eine 50 Personen starke Widerstandsgruppe, seit 1936 geleitet von Wilhelm Feutner, vormals Sekretariatsleiter der KPD im Kreis. Strojec: „Sie war in viele Zellen von nicht mehr als fünf Mitgliedern aufgeteilt. In Schnittbau und Preßwerk leitete der spätere Betriebsratsvorsitzende Fritz Zängerle eine solche Zelle, die Auslandssender abhörte, Informationen weitergab, Zwangsarbeitern zur Flucht verhalf.“

„Harmloser, guter Mann“

Zängerle 1948 als Zeuge vor der (Entnazifizierungs-) Spruchkammer Groß-Gerau: „Walter galt als harmloser, guter Mann, der niemandem etwas zuleide tun konnte.“ Seine Unbekümmertheit sollte ihm zum Verhängnis werden, sagt Strojec. Zängerle: „Manchmal war er mit kritischen Äußerungen gegenüber dem Naziregime leichtsinnig, achtete nicht darauf, mit wem er gerade sprach.“ Enkelin Sylvia Rietig: „Er war auch etwas schwerhörig, was dazu führte, dass er lauter sprach.“ Strojec: „Als er Ende Mai 1942 wieder einmal an seinem neu zugewiesenen Arbeitsplatz in der Werkabteilung mit Kollegen sprach, stand NS-Zellenwaller Schmalz hinter ihm. Zängerle: „Es ist mir dann bekannt geworden, dass Rietig bei der Aufnahme der Verbindungen zu ausländischen Arbeitern erwischt wurde, und zwar durch den Schmalz.“ Die Stunde der Denunzianten war gekommen.

Mainspitze 21.12.2012 von Michael Wien

DURCH FREUDLOSE KINDHEIT GEPRÄGT

Walter Hermann Erich Rietig wurde am 4. November 1906 in Breslau als Sohn des Lackierers Max Gustav Rietig und dessen Ehefrau Emilie, geborene Gamburg, geboren. Die Mutter starb sehr früh, der Vater heiratete erneut. Mit seiner Stiefmutter Pauline hatte Walter Probleme. „Sie hat ihn in ein evangelisches Kinderheim gesteckt, in dem er sich nicht wohl fühlte“, weiß Rietigs Enkelin Sylvia zu berichten. Als er mit 14 Jahren aus dem Heim kam, trat er sofort aus der Kirche aus.

Rietig erlernte den Beruf des Spenglers, wurde auf Montage zu Opel nach Rüsselsheim geschickt, blieb hier hängen. Ab 1929 arbeitete er bei Opel, ab 21. November in Langen wohnend, in der Wolfsgartenstraße 54 bei der Familie Werkmann. Am 23. Mai 1931 heiratete er deren knapp drei Jahre ältere Tochter Katharina Margarethe, genannt Greta. „Es war eine standesamtliche Trauung, denn seine Frau war - nach der Schilderung seiner Erlebnisse im Kinderheim - ebenfalls aus der Kirche ausgetreten“, berichtet Rolf Strojec weiter. Im August 1939 wurde Sohn Gerhard geboren.

Vor 70 Jahren wurde der Opel-Arbeiter Walter Rietig hingerichtet

Heute vor 70 Jahren wurde der Opel-Arbeiter Walter Rietig hingerichtet. Wenige Monate zuvor, als er im Werk Kontakt mit Zwangsarbeitern aufgenommen hatte, stand der NS-Zellenwaller Schmalz nicht etwa aus Zufall hinter ihm. Er war schon vorher von „Kollegen“ Rietigs über dessen „kommunistische Hetzreden“ informiert worden. Die Denunzianten waren der Arbeiter Heinrich Traiser (Groß-Gerau) und Eugen Köth (Pfaffen-Schwabenheim), wie Prozessakten zu entnehmen ist, aus denen die „Stolperstein“-Initiative um Rolf Strojec jetzt noch mehr Wissenswertes zutage förderte, über das die „Main-Spitze“ in einigen Artikeln berichtet.

Die Gestapo hört mit

„Sie hatten mitbekommen, dass Rietig häufiger mit dem französischen Kriegsgefangenen Oriag, aber auch anderen Arbeitern diskutierte. Sie denunzierten ihn bei Schmalz, auch weil es Unstimmigkeiten untereinander wegen der Arbeitsabläufe gab“, berichtet Strojec weiter. Schmalz sei ein berüchtigter Mann gewesen, sogar unter Nazis anrühlich, hieß es. Einer, dem man aus dem Weg geht. Er habe die ganze Belegschaft des Presswerkes terrorisiert. Die belastenden Äußerungen Traisers, der als einfältig, dabei förderndes Mitglied der SS geschildert wird, notierte Schmalz und setzte die weitere Bespitzelung in Gang. Strojec: „Nach dem Krieg hat der Gestapo-Mann Böhm ausgesagt, dass es 40 karteimäßig erfasste Spitzel bei Opel gab, die auch in Berlin bekannt waren.“ Im Ergebnis wurde Rietig im Betrieb wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ von der Gestapo verhaftet. „Dabei waren doch nur Meinungsäußerungen Rietigs zur politischen Lage aufgelistet“, schüttelt Strojec den Kopf: „Die deutschen Arbeiter erhielten mehr Arbeit und weniger Brot, Deutschland habe Russland überfallen, die Juden seien das intelligenteste Volk und als Konkurrenz aus Deutschland hinausgeworfen worden.“ Obendrein hatte Rietig vorhergesagt: „England gewinnt den Krieg, daran ist kein Zweifel. Und dann wird Europa bolschewistisch. Dann erst wird es für uns besser.“ Abgesehen davon, dass Rietig keine Ahnung davon hatte, wie zu jener Zeit Stalins Schergen mit ihrem Volk umgingen, waren dies tatsächlich aus heutiger Sicht einfach Meinungsäußerungen. Strojec: „Diese Aussagen wurden jedoch auch dem Vorsitzenden des Vertrauensrates, Liebermann, gemeldet, der dies in seiner üblichen Art sofort an die Gestapo Darmstadt weitergab.“ Schmalz informierte auch seinen SA-Sturmführer. Letztlich wurde Rietig nur wegen dieser in Arbeits- und Pausengesprächen gefallenen Äußerungen bei der Gestapo denunziert. Am 13. Juli im Opel-Werk verhaftete man ihn und brachte ihn nach Darmstadt. Das Register der Vorwürfe wurde noch um „Unerlaubten Umgang mit Kriegsgefangenen“ ergänzt.

Nach einem zweitägigen Gestapo-Verhör unterschrieb er ein „Vernehmungsprotokoll“, in dem er gestand,

alle Äußerungen aus kommunistischer Überzeugung gemacht zu haben. Strojec: „Selbst im späteren Urteil des ‚Volksgerichtshofes‘ werden die skandalösen Umstände dieser ‚Vernehmung‘ angesprochen, indem legitimierend auf ‚eine etwas schärfere Behandlung, wie sie wegen seines Verhaltens bei der Polizei notwendig war‘, verwiesen wird. Rietigs Anwalt Neuschäffer aus Darmstadt ist entsetzt über die Jammergestalten der Belastungszeugen. Lediglich der Franzose Francis Oriag habe mannhaft ausgesagt und keinerlei Belastungen vorgebracht.“

Prozess vor Volksgerichtshof

Walter Rietig wurde erst am 23. Juli vom Gestapogefängnis ins Darmstädter Gefängnis verlegt. Entgegen der üblichen Praxis verwies man den Fall nicht an die Generalstaatsanwaltschaft Kassel, sondern an den Volksgerichtshof in Berlin. Am 13. Oktober brachte man Rietig nach Berlin. Im Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit wartete er zwei Wochen auf seinen Prozess vor dem berüchtigtem „Volksgerichtshof“.

Mainspitze 22.12.2012 von Michael Wien

MUTIGER UND BESONNERER FRANZOSE

Der mutige Franzose Francis Oriag konnte sich ausrechnen, nach seiner Zeugenaussage, die so gar nicht den Wünschen der Gestapo entsprochen hatte, von dieser mindestens gefoltert zu werden. Doch: „Spätestens als Walter Rietigs Widerruf des Geständnisses nicht berücksichtigt wurde und Haftbefehl wegen ‚landesverräterischer Feindbegünstigung in Verbindung mit der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und unerlaubten Umganges mit Kriegsgefangenen‘ gegen Rietig erlassen wurde, wusste Oriag, was er zu tun hatte“, stellt Rolf Strojec fest. „Er floh aus der Firma Opel und stand somit für ‚schärfere Befragungen‘ nicht mehr zur Verfügung.“ Ein lebensgefährliches Unternehmen, zugleich vielleicht die letzte kleine Chance für ihn, zu überleben.



Der Rüsselsheimer Arbeiter Walter Rietig wurde am 22. Dezember 1942 hingerichtet, um weitere widerständische Kollegen einzuschüchtern.

Gemeinschaft mordender Juristen: Opel-Arbeiter Walter Rietig vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt

Auch die „Verhandlung“ des „Volksgerichtshofes“ gegen den Opel-Arbeiter Walter Rietig war natürlich eine Farce, dabei vermutlich mit jenem tödlichen Ernst inszeniert, den man aus gefilmten Hassreden Freislers gegen die Widerstandskämpfer kennt, die am 20. Juli 1944 Hitler töten wollten. Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative, die jetzt der Familie Rietigs (und der „Main-Spitze“) neue Aktenfunde vorstellte, erinnert an den Zweck, der den Nazi-Juristen jedes Mittel heiligte: „Der ‚Volksgerichtshof‘, das Reichsgericht für politische Straftaten, war eigens als Instrument der nationalsozialistischen Staatsführung zur Bekämpfung des politischen Widerstandes geschaffen worden.“

Handverlesene Richter

Die im Falle Rietigs den beiden Berufsrichtern assistierenden Laienrichter seien sämtlich Funktionäre der NSDAP in hohen Parteiämtern gewesen. Das Urteil stand vor Beginn der Verhandlung fest. In der Beweisaufnahme wurden nur Belastungszeugen gehört, Gegenzeugen durften nicht auftreten. Die Denunzianten, die Opel-Arbeiter Traiser, Schmalz und Köth, reisten mit einem Opel-Darlehen von 100 Reichsmark nach Berlin, um den Opel-Arbeiter Rietig zur Strecke zu bringen. „Sie blieben bei ihren Aussagen, selbst als der Staatsanwalt Traiser darauf hinwies, dass es in den nächsten fünf Minuten um Rietigs Kopf gehe“, konstatiert Strojec. „Der Schuldspruch stützte sich nur auf die Aussagen der Denunzianten. Für das, was er wirklich getan hatte, nämlich verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen gepflegt, wurde die Anklage fallen gelassen, weil es auch wegen der Flucht des mit Rietig erwischten französischen Gesprächspartners Francis Oriag keine Anhaltspunkte gab.“

Zugleich nimmt auch Strojec an, dass den politischen Auftraggebern der Nazi-Juristen vor allem daran gelegen war, die „wehrkraftzersetzenden“ Äußerungen scharf zu ahnden, um andere Widerständler abzuschrecken. So wurde Rietig am 26. Oktober 1942 nicht zu ein paar Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen „Schwächung der inneren Front des Deutschen Volkes durch kommunistische Werbereden“ und „wegen landesverräterischer Begünstigung des Feindes in Verbindung mit Hochverrat“ verurteilte man den angeblichen Volksverräter zum Tod durch das Fallbeil. In der Urteilsbegründung legten die Richter dar, weshalb sie die Höchststrafe verhängten: „Aus Gründen der Abschreckung“. Denn mit einem aufgeklärten Volk lässt sich kein (Nazi-) Staat machen und schon gar kein Angriffskrieg führen. Im Urteil heißt das: „Die Gefahr lag nahe, dass das vom Angeklagten ausgestreute Zersetzungsgift unter der Belegschaft der Opelwerke weiterwirken und eine in ihrem Ausmaß nicht abzusehende

Beeinträchtigung der Stimmung und des Arbeitswillens in diesem wichtigen Rüstungsbetrieb zur Folge haben werde.“ Strojec stellt fest: „Die gesamte vorliegende Gerichtsakte mit ihren Formulierungen ist ein Ausdruck blutrünstiger Gesinnungsjustiz.“

Lange Wochen des Wartens seien gefolgt und Rietig habe auf Begnadigung gehofft. Doch ein solches Zeichen wollten die Nazis nicht setzen. Am 3. Dezember 1942 entschied der Reichsjustizminister, keinen Gebrauch von seinem Recht zu machen. Am 8. Dezember erging der Vollstreckungsauftrag.

Mainspitze 28.12.2012 von Michael Wien

WALTER RIETIGS LETZTE STUNDEN

Rolf Strojec skizziert nach Studium der Dokumente die letzten Stunden Walter Rietigs: „Am Mittag seines Todestages erfuhr er von der für den Abend geplanten Exekution. Noch einmal versuchte er, die Richter von der Unglaubwürdigkeit der Denunzianten zu überzeugen, doch sie lehnten einen Wiederaufnahmeantrag ab.“ Der angebliche Volksverräter habe nicht mehr die Möglichkeit gehabt, seine Familie zu sehen. Am Abend des 22. Dezember 1942 wurde er im Alter von 36 Jahren im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee mit dem Fallbeil hingerichtet, gegen 23 Uhr. „Laut Anordnung des Reichsjustizministeriums sollte die Exekution an einer einzigen Stelle bekannt gegeben werden: bei Opel. Ein rotes Plakat verkündete den Arbeitern den Tod des mutigen Widerstandskämpfers.“



Walter Rietig auf einem Jugendbild.
Foto: Archiv Heyl/Neugebauer

Walter Rietigs Abschiedsbrief

Der Opel-Arbeiter Walter Rietig hat am 22. Dezember 1942, am Tag seiner Enthauptung als „Volksverräter“ durch die Nazis, einen Abschiedsbrief geschrieben, gerichtet vor allem an seine Frau. Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative übergab der „Main-Spitze“ eine Abschrift. In Auszügen wird das bewegende Dokument hier vorgestellt.

„Meine liebste Frau, mein lieber Sohn und Schwiegervater! Als Weihnachtsbotschaft erhielt ich Deinen lieben Brief vom 20.12. Ich wollte Dir gerade einen zuversichtlichen Brief schreiben, denn ich hatte den Glauben, ich war immer Optimist, das trug mich über die schwersten Stunden hinweg.“ Aber keine Amnestie hatte ihn aus seiner Lage befreit. „Außerdem hatte ich brieflich an meinen Anwalt einige Hinweise auf Feststellungen gegeben, die dazu hätten beitragen müssen, Entlastungszeugen festzustellen und somit den Beweis meiner Schuldlosigkeit zu bringen. Alles dies hätte schon vor der Verhandlung geschehen müssen, ich hatte nicht einmal Gelegenheit, mit meinem Anwalt über die Anklage selbst zu sprechen.“ Nach dem Prozess blieb der Anwalt ihm fern, vertröstete auf Gnadeninstanzen.

Am Mittag des 22. Dezember weiß Rietig es besser: „Liebste Frau, behalte den Glauben an meine Schuldlosigkeit. Meine Entscheidung ist heute getroffen worden. Denke, es müssen ja so viele sterben für Volk und Vaterland. Es wäre mir noch möglich gewesen, den Gegenbeweis anzutreten, wenn ich nicht mehr sein werde, kann ich es nicht mehr. Ich habe im Leben meine Pflicht getan, wie ich sie tun musste, mein Leben war Arbeit und Pflichterfüllung.“ Noch im Angesicht des Todes will der 36-Jährige seiner Frau Kraft abgeben: „Wenn ich diesen unehrvollen Tod gestorben bin, Deine Ehre und von allen denen, die mich kennen, ist mir gewiss. Liebste Frau, ertrage diesen Schmerz mutig, das Schicksal lässt sich nicht ändern. Ich hätte es gern und jederzeit bewiesen, dass ich das nicht bin, wessen man mich beschuldigte. Alle Gegenmaßnahmen, Entlastungsbeweise kamen jetzt zu spät. Die Angaben meiner Meister über mein Arbeitsverhältnis wären sehr wichtig gewesen.“

Rietig regelt letzte Dinge: „Setze bitte den Bund Deutscher Feuerbestattung in Kenntnis und lasse meine Urnenbestattung in Langen im Rahmen des Möglichen vollziehen. Der Mann von der Partei, der unserer Mutter die Grabrede hielt, hatte auch mir sehr aus dem Herzen gesprochen, und ich trage den Wunsch und die Bitte, dasselbe bei mir tun zu wollen.“ Und wieder will er es der Frau leichter machen: „Die letzten Stunden, die ich noch verbleibe, wurden mir leicht gemacht, ich bekam Zigaretten, ein Weihnachtspaket mit belegtem Brot, Gebäck. Mein Eigentum wird Dir zugeschickt werden, ebenso noch eigenes Geld, 19,13 Mark.“ Er denkt noch an Weitere und sogar an die Zukunft der Hinterbliebenen: „Ich möchte noch allen denen

meinen Dank aussprechen, die Dich bis jetzt materiell unterstützten. Du warst eine vom Schicksal sehr hart geprüfte Frau mit einer sehr tiefen und aus dem Herzen kommenden Gemüts- und Seelenstimmung. Du warst mir eine sehr gute, liebevolle Frau. Das hattest Du, was jetzt an Dich herankommt, bestimmt nicht verdient. Trage mich im Andenken, und wenn nach Jahren der Schmerz einigermaßen überwunden ist, vielleicht findet auch Gerhard wieder einen neuen Papa. Euch allen meine Familie, Schwiegervater, meine Eltern und Geschwister, alle die mir nahestanden, wünsche ich viel Glück und eine frohe Zukunft." Rietig denkt sogar noch an das Volk, das ihn und andere Verfolgte und sich selbst mit keinem Aufstand befreit. „Ebenso wünsche ich dem deutschen Volke einen baldigen gerechten Sieg über seine Feinde und damit einen besseren Platz an der Sonne, Arbeit, Zufriedenheit und Glück.“ Die mitlesenden Nazi-Schergen haben womöglich gar nicht gemerkt, dass der Kriegsgegner Rietig mit den Feinden des Volkes genau sie meint. Der Brief schließt: „Nun will ich Abschied nehmen, meine Lieben. Vergesst mich nicht, ich werde schuldlos mutig mein Urteil hinnehmen. Es ist ja alles ein Werden und Vergehen. Aber wenn es einen Gott gibt, Gott wird auch den strafen, der mich in meinen besten Jahren vor ein solches Urteil stellte. Wenn die Flamme meinen Körper verzehrt, mein Herz, meine Seele wird bei Euch sein. Seid nochmals herzlichst begrüßt meine Lieben, behaltet mich im Andenken. Auf Wiedersehen.“
 Mainspitze 03.01.2013 Von Michael Wien

ZUR ABSCHRECKUNG GEGEN ANDERE MUTIGE

Fritz Zängerle hatte Walter Rietig 1939 zur Flucht geraten, als dessen Arbeitsfront-Pass eingezogen wurde. Man werde Verbindungen ins Ausland beschaffen. Rietig habe geantwortet: „Ach nee, das mache ich doch nicht; was kann mir schon blühen, im höchsten Fall drei Jahre und da ist der Krieg auch entschieden.“

Rolf Strojec klärt auf, Rietig sei auch 1942 davon ausgegangen, dass ein Prozess wie üblich wegen Mundpropaganda nach § 83 Abs.2 StGB regional verhandelt und mit Gefängnis enden würde. Veränderte Kriegslage und die Absicht des Chefs des Opel-Vertrauensrates, Artur Liebermann, die Belegschaft exemplarisch einzuschüchtern, hätten die Verschärfung gebracht. Rietigs Ehefrau Margarethe habe später in Schreiben an die Spruchkammer im Verfahren gegen Liebermann auf dessen Rolle hingewiesen. Strojec: „Liebermann kann man wie Ratsmitglied Hans Romisch und den NS-Beauftragten Dr. Hildebrand als gewalttätige Betriebsterroristen bezeichnen.“

Rietigs Richter, Kammergerichtsrat Granzow und Landgerichtsdirektor Lorenz, wurden laut Strojec „wie alle Blutrichter des ‚Volksgerichtshofes‘ nie zur Rechenschaft gezogen. Granzow starb 1948, Lorenz war bis in die 60er Jahre führend im Justizdienst tätig.“



Tötungsmaschine: Die Todesstrafe wurde in Deutschland erst am 23. Mai 1949 abgeschafft. Unser Archivbild zeigt eine noch 1949 für Enthauptungen gebaute Guillotine, die nicht mehr zum Einsatz kam, aufgenommen 1988 im Mainzer Polizeipräsidium. Seit 1996 ist sie im Landesmuseum Koblenz ausgestellt

Kein Grab für den mutigen Arbeiter

NAZI-OPFER Walter Rietigs Familie trägt schwer an seiner Ermordung / Enkelin stellt sich seiner Geschichte

Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative, deren ausdauernden, umfangreichen Recherchen es zu verdanken ist, dass Wirken und Lebensumstände Walter Rietigs nun so gut dokumentiert sind, beschreibt den mutigen Arbeiter als Opfer einer Disziplinierungsaktion der Nazi-Machthaber gegen seine Opel-Kollegen. „Durch ein abschreckendes Beispiel sollte die sich ausbreitende Unruhe im Werk niedergeschlagen werden.“

Walter Rietig, dieser Mann mit einfacher Schul-, aber enormer Herzensbildung, gerade einmal 36 Jahre alt und doch voll tiefer Lebenserkenntnis, will wenige Stunden vor seiner Enthauptung der geliebten Frau in einem Abschiedsbrief Kraft geben. Er wünscht Gerhard, seinem Söhnchen, einen Ersatzvater.

Der tapfere Widerstandskämpfer, der sich und sein Volk befreien will, wird als „Volksverräter“ hingerichtet. Und dennoch hat er in seinen letzten Stunden die Größe, dem deutschen Volk eine gute Zukunft zu wünschen, dem Volk also, das bis zur Bezwingung durch andere Völker nicht aufsteht, um ihn, die Millionen weiterer Verfolgter und sich selbst von seinen wahren Feinden, den Nazis, zu befreien und das Morde im Krieg wie in der Heimat zu beenden.

Letzte Ehre verwehrt

Dieser Mann hat nicht einmal ein Grab bekommen. Der Familie wurde also nicht die Möglichkeit gegeben, seiner auf einem Friedhof zu gedenken. Seine sterblichen Überreste wurden vollständig der medizinischen Wissenschaft überantwortet, als Forschungsmaterial. Strojec berichtet: „Sein gewaltsamer Tod legte sich wie ein schwerer Schatten über das Leben seiner Familie. Die Ehefrau kam nie über den Tod ihres Mannes hinweg, der Sohn konnte lange nicht über das grausame Schicksal seines Vaters sprechen. Erst die 41-jährige Enkelin, Sylvia Rietig, war in der Lage, die Erinnerung an ihren Großvater wachzurufen.“

Sylvia Rietig hat berichtet, ihre Großmutter habe nach der Hinrichtung ihres Mannes mit Gerhard, ihrem dreijährigen Sohn, bei ihrem Vater in der Wolfsgartenstraße in Langen gewohnt. „Sie hat sehr unter dem Tod ihres Mannes gelitten.“ Einige Nachbarn seien sehr hilfsbereit gewesen und hätten sie auch seelisch unterstützt, Einkäufe erledigt, bei der Gartenarbeit geholfen. „Ihr Vater war ja schon alt und konnte auch nicht mehr so arbeiten.“

Die Enkelin berichtet weiter: „Als er starb, lebte meine Großmutter noch bis zum 16. Lebensjahr ihres Sohnes in seiner Wohnung. Sie starb am 30. Juni 1956, man glaubt an gebrochenem Herzen.“ Genaues über ihren Tod wisse man nicht. „Auch mein Vater

kann sich nicht mehr erinnern.

Er wuchs dann bei seiner Tante Liesel Schroth auf, der Schwester seiner Mutter, die in der Friedensstraße in Langen wohnte. Dort beendete er das Gymnasium und begann eine Lehre als Mechaniker. Er ist dann mit 18 auf eine Ingenieurschule nach München gegangen.“ Gerhard Rietig lebt heute in der Nähe von München.

Trauma für die Familie

„Ich hatte viele Fragen als Kind, Antworten erhielt ich jedoch nie“, fährt Sylvia Rietig fort. Strojec: „Ihr Vater hat das Trauma zeitlebens nicht verarbeiten können und überlebte nur knapp zahlreiche Suizid-Versuche. „Einmal musste ich ihn selbst retten“, berichtet Sylvia Rietig.

„Wir haben viel geweint in unserer Familie“, sagt die Frau und sieht die nicht therapierte Traumatisierung auch als Folge mangelnder Vergangenheitsbewältigung in ganz Deutschland. „In der Schule haben wir doch kaum etwas gelernt über diese Zeit. Wir waren doch die Verdrängungsgeneration.“

Bleierne Zeit

Strojec berichtet, dass die Enkelin dennoch nicht locker ließ, bis sie durch heimliche Recherchen an Akten und andere Quellen über ihren Großvater gelangte. „Sie musste weit über zwanzig Jahre alt werden, bevor sie durch Eigenrecherche die Wahrheit über sein Schicksal herausfand. Die bleierne Zeit der Fünfziger und Sechziger Jahre deckte eben auch nach 1945 die Verbrechen der Nazis.“

Mainspitze

08.01.2013

Von Michael Wien



Walter Rietig im Jahre 1942 mit seiner Ehefrau, Margarethe Rietig, und beider Sohn, Gerhard, bei einem Ausflug.

Foto: Privatarchiv Sylvia Rietig

Die Ermordung von Walter Rietig überschattet bis heute die Lebenswege in seiner Familie

Mit einem Vorfahren fertig zu werden, der dem blutigen Nazi-Regime diente, ist für Familien eine furchtbare Belastung. Den Tätern war egal, was sie auch ihren eigenen Nachkommen antaten. Wieviel schwerer noch muss es sein, ein Opfer der Nazis unter seinen Vorfahren zu haben. Sylvia Rietig ist Enkelin des Opel-Arbeiters Walter Rietig, der als Widerstandskämpfer versuchte, den Nazis Paroli zu bieten. Auf einen solchen Vater oder Großvater kann man stolz sein. Aber die Nazis haben ihn enthauptet und ihm sogar ein Grab verweigert, seine sterblichen Überreste der medizinischen Wissenschaft zum Verbrauch übergeben.

Unerträgliche Lasten

Was für Bilder die Seelen seiner Liebsten belastet haben, wird deutlich, wenn man mit Sylvia Rietig spricht. Sie nimmt sich dafür Stunden Zeit, manchmal kostet es sie Mühe, darüber zu sprechen, dann wieder bricht es in Wellen aus ihr heraus. Ihre Großmutter, Margarete Rietig, rang nach der Hinrichtung ihres Mannes unablässig damit, ihrem Leben ein Ende zu setzen. „Mein Vater wusste oft nicht, ob seine Mutter noch leben würde, sobald er mittags aus der Schule kam“, weiß Sylvia Rietig. Als Gerhard Rietig drei Jahre alt war, hatten die Nazis seinen Vater ermordet. Als er 16 Jahre alt war, starb seine Mutter, an gebrochenem Herzen, wie es in der Familie heißt. Das ist nicht nur so ein Bild. Viel zu weinen macht das Herz mürbe, weiß man heute.

Zwischen beiden Ereignissen erlebte Gerhard Rietig also seine Reifezeit in ständiger Sorge um die Mutter. Karl Zängerle, wie sein Bruder Fritz und Walter Rietig Widerstandskämpfer, nahm sich des verwaisten Jungen an, der später weiter bei Verwandten aufwuchs, die ihn liebevoll umsorgten. Noch später in seinem Leben drückten auch berufliche Belastungen, doch ist Sylvia Rietig sicher, dass es der frühe und dramatische Verlust der Eltern war, der ihren Vater bis vor kurzem keine Ruhe finden ließ. Er betäubte sich mit Alkohol, was immer rasch gelang, da er nicht viel vertrug. Natürlich war das keine Lösung. Entzug, Paartherapie, Familientherapie, in München waren ihm unterdessen drei Kinder geboren: Sabine (1964), Sylvia (1965), Stefan (1967). Man baute sich ein Haus unweit Münchens und die Depressionen des „trotz allem immer guten Vaters“ wurden schlimmer, erinnert sich Sylvia Rietig. Bei einem seiner sechs Versuche, sich zu töten, war sie es, die ihn noch rechtzeitig fand. Mit einem Messer hatte er um Millimeter sein Herz verfehlt und suchte verblutend nach einem „besseren“.

Sylvia Rietig scheint der Katalysator der Rietig-Geschichte zu sein. In ihr scheint eine Verarbeitung des



Eine geschundene Seele zieht sich zurück. Nicht anders ging es Gerhard Rietig. Nach Vater und Mutter war er das dritte Opfer der Denunzianten und der Richter seines Vaters, Walter Rietig. Foto: Fotolia / Preissl

unsagbaren Leides möglich, dass die Nazis auch über diese Familie brachten. Sie ist sich dessen wohl zunehmend bewusst. Nicht von ungefähr hatte die Frau, die Krieg gar nicht selbst erlebt hat, jahrelang den Traum, von Soldaten verfolgt und an der Schulter getroffen zu werden. Im Laufe ihres Lebens gelang es ihr, von der Getroffenen zur Aktivistin zu werden. Über die Aneignung von Nachrichten setzte sie einen Verarbeitungsprozess in Gang, der zuvor keinem gelungen war. Ihre Mutter hatte mal bemerkt, aus Rüsselsheim, wo Rietig an die Gestapo verraten worden war, komme nie eine Frage, kein gutes Wort. Gerhard Rietig widersprach sanft und berichtete, es habe Anfragen des Stadtarchivs gegeben. Und obwohl er nicht die Kraft gehabt hatte, Auskünfte zu geben, habe man ihm später eine Broschüre gesandt, die den Abschiedsbrief seines Vaters enthielt.

Als Sylvia Rietig 16 war, brachte sie jene Broschüre an sich und entdeckte ihren Großvater. Als sie Anfang 30 war, recherchierte sie immer intensiver. Mit einem Freund besuchte sie das Rüsselsheimer Museum. Vor dem Bild ihres Vaters an der Hand seiner Eltern schossen ihr Tränen in die Augen. Man nahm sich ihrer an, sie klärte auf, Tochter des Kleinen da zu sein, dem es bis heute schlecht gehe. Man zeigte ihr Material über den Opa und die Zeit, in der er hier wirkte. Die umfangreichen Recherchen der „Stolperstein“-Initiative, die Rolf Strojec ihr übergab, bevor sie in den vergangenen fünf Folgen dieser Serie auch den Lesern der „Main-Spitze“ vorgestellt wurden, haben der Frau einen umfassenden Zugang zum Großvater ermöglicht.

Mainspitze 14.01.2013 von Michael Wien

ZUKUNFT

„Um keinen dritten Herzinfarkt zu riskieren“, lässt Sylvia Rietig ihrem Vater, Gerhard Rietig, Nachrichten über den Großvater nur in verträglichen Dosen zukommen. Obwohl sie den Eindruck hat, dass der 73-Jährige endlich im Leben angekommen ist, vor allem in einer liebevollen Zuwendung zu Kindern und Enkelinnen. Unter Letzteren gibt es wieder jemanden, der den Uropa ins Herz geschlossen hat. Eva heißt Sylvia Rietigs zehnjährige Nichte, die auf Walter Rietig stolz ist, auch wenn sie noch lange nicht alles über ihn weiß. Schon jetzt weiß sie, dass der Name verloren gehen kann, weil in ihrer Generation alle Nachkommen Mädchen sind. „Wenn ich mal heirate, werde ich den schönen Namen Rietig behalten“, hat sie verkündet. Mit dieser Eva scheint nach Gerhard und Sylvia Rietigs Verarbeitungsleistung ein Neuanfang, beziehungsweise eine Fortsetzung im Sinn Walter Rietigs möglich.

Walter Rietig ist als „Leuchtendes Vorbild“ ausgezeichnet, „Stolperstein“-Initiativen in Rüsselsheim und Langen gedenken seiner. Gewerkschaftsbund und andere haben vorgeschlagen, die Walter-Köbel-Halle in Walter-Rietig-Halle umzubenennen.



*Bisher unveröffentlichte Fotos von Walter Rietig:...
beim Kajakfahren
Foto: Archiv Rolf Strojec*



*Bisher unveröffentlichte Fotos von Walter Rietig:...
mit Ehefrau Margarethe
Foto: Archiv Rolf Strojec*



*Bisher unveröffentlichte Fotos von Walter Rietig:...
mit Sohn Gerhard
Foto: Archiv Rolf Strojec*

6. Verlegung von Stolpersteinen

- für Izaak de Hartog
- Adam Helker

„Stolperstein“-Initiative in Rüsselsheim erinnert an Izaak de Hartog und Adam Helker

Mit der Verlegung des 47. und 48. Steines setzte am Dienstag die Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative ihre Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit fort. In einer zweiteiligen Gedenkstunde mit zeitweise mehr als 100 Teilnehmern wurde vor dem Opel-Hauptportal beziehungsweise vor der Mainstraße 13 zweier Opelaner gedacht, die von den Nazis verfolgt worden waren.

Der niederländische „Halbjude“ (rassistische Einordnung) Izaak de Hartog war 1943 zur Zwangsarbeit hierher und dann nach Pleskau verschleppt und im November 1943 in Riga ermordet worden. Der Rüsselsheimer Kommunist Adam Helker, der hier im Werk einer Widerstandsgruppe angehörte, wurde ab 1937 mehrfach verhaftet, interniert, dann in die Wehrmacht (Organisation Todt) gezwungen. Er überlebte, focht bis 1970 juristisch um eine materielle Entschädigung, die ihm nur zu einem Teil zugesprochen wurde.

Trotz Nieselregens und obwohl die Stadtverwaltung es spürbar versäumt hatte, den Autoverkehr vom Bahnhofsvorplatz fernzuhalten, gelang vor dem Hauptportal schon das Gedenken an Izaak de Hartog auf sehr berührende Weise. Das lag einmal an den Betgesängen des jüdischen Frankfurter Kantors Daniel Kempin, vor allem aber an der Gegenwart einiger Familienangehöriger, an ihrer Spitze Tochter Riet de Baar de Hartog. Die ebenfalls aus Rotterdam gekommene Enkelin Claudia van den Hoogenband erklärte, 72 Jahre nachdem er hier litt, würden ihrem Großvater in Rüsselsheim mit diesem Stein unter sechs Millionen jüdischen

GEDENKEN

Der Gedenkstein für Adam Helker ist vor der Mainstraße 13 gesetzt, der Stein für Izaak de Hartog rechts vom Opel-Hauptportal, knapp 30 Meter vom Standort jenes Denkmals in städtischem Besitz, das 1937 Adolf Hitlers Lieblings-Bildhauer Emil Hub vom Firmengründer Adam Opel anfertigte. Nach einer Reparatur soll es dort wieder aufgestellt werden.

Opfern wieder Name und Persönlichkeit zuerkannt. Für ihre Mutter sei dies der gute Abschluss einer beklemmenden Reise. „Opa, das hier ist für Dich“, sprach die Enkelin ihren ermordeten Großvater an. Der Stein solle dafür sorgen, dass er bis heute geliebt, nicht vergessen werde. „Nachdem 72 Jahre niemand deinen Schrei hörte, stehen wir jetzt hier“, fügte Großneffe Amnon de Hartog hinzu, der aus Israel angereist war. Verbrechen wie das an Izaak de Hartog verpflichteten alle Menschen dazu, wachsam zu sein. „Es ist verboten, vor Leid die Augen zu verschließen.“

Kein Verfallsdatum

Pfarrer Andreas Jung, Sprecher der „Stolperstein-Initiative“, würdigte das Engagement der Opel-Firmenleitung für diese Gedenkfeier. Sie stelle sich damit ihrer Geschichte. Er hoffe, dies sei der Beginn eines gemeinsamen Weges. Joachim Koschnicke (Opel) pflichtete bei. Trotz aller Einzigartigkeit des Nazi-Terrors habe dieser kein Verfallsdatum. Mit dem Ableben der letzten Zeitzeugen wachse die Verantwortung der nachfolgenden Generationen, wachsam gegen alles Unrecht zu sein. Oberbürgermeister Patrick Burghardt wies am Holocaust-Gedenktag darauf hin, de Hartog und Helker stünden stellvertretend für Millionen von Opfern der Nazis. Andrea Neugebauer beschrieb anschaulich die Unmenschlichkeit, der diese Opfer in Rüsselsheim wie im gesamten Machtbereich der Faschisten ausgesetzt waren. Sechs Schülerinnen und Schüler des Kant-Gymnasiums (13. Klasse) schilderten später in der Mainstraße mit Rosen in der Hand die Umstände, unter denen Adam Helker von hier verschleppt wurde, und dass man ihm auch nach Ende der Nazi-Zeit kaum Gerechtigkeit zuteil werden ließ. Es sei ihnen eine Ehre gewesen, Lebens- und Leidensgeschichte dieses Mannes zu recherchieren. Ihre Lehrerin Susanne Lohr betonte den Wert, Geschichte anhand persönlicher Lebensläufe nacherlebbar zu machen. Adam Helkers Wohnort am Tage seiner Verhaftung im Jahre 1937 liegt unmittelbar neben dem „Rind“, in dem tagtäglich viele junge Menschen ihre Freizeit verbringen. Am Ende des Gedenkens an Adam Helker überreichten die Kant-Schüler dem Sohn, Walter Helker, ihr recherchiertes Material. Der Rüsselsheimer lobte die Jugendlichen, sie hätten sich viel Mühe gemacht und ihre Arbeit sei gut gelungen.

Gute Erfahrung zu vertiefen

Regen Gebrauch machten die Bürger am Ende von einem Angebot Burghardts. Er hatte tags zuvor bereits die Familienangehörigen empfangen. Nun lud er alle ein, während der Gedenkstunde begonnene Gespräche im beheizten historischen Sitzungssaal des Rathauses fortzusetzen und die gute Erfahrung zu vertiefen.

Mainspitze 27.1.2015 Michael Wien



Stolperstein für den Widerstandskämpfer Alois Koppey verlegt

RÜSSELSHEIM - „Ich bin sehr bewegt, weil mein Vater wenig erzählt hat über diese Zeit. Er war ein lieber, großzügiger, großzügiger Mensch“, so Karin Bechtles Worte. Aus Berlin war die Tochter von Alois Koppey angereist und nahm am Freitag an der Verlegung eines Stolpersteins zu Ehren ihres Vaters in der August-Bebel-Straße teil. Dort wohnte er bis zu seinem Tod.

Schüler der Gerhart-Hauptmann-Schule befassten sich monatelang mit dem Leben des Rüsselsheimers und trugen bei der Verlegung am Freitag die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten vor. Man habe zu Koppey durch die Recherche eine persönliche Beziehung aufbauen können und sei beeindruckt davon, wie geradlinig er seinen Weg gegangen ist, so eine Schülerin.

Als SPD-Mitglied Arbeiterhochschulen besucht

Als familienfreundlich, selbstbewusst, mutwillig und vor allem einen Menschen, der sich selbst immer treu geblieben sei, habe man den Rüsselsheimer empfunden, so weitere Schilderungen der Schüler.

PATENSCHAFTEN

In Rüsselsheim wurden seit 2007 insgesamt 48 Stolpersteine und eine Stollerschwellen (vor dem Opel-Hauptportal) verlegt. Mittlerweile wurden in zwanzig europäischen Ländern rund 60 000 Stolpersteine verlegt, so dass das Projekt des Kölner Bildhauers Gunter Demnig mittlerweile als größtes dezentrales Mahnmahl der Welt gilt. Infos über Patenschaften, die Erforschung von Lebensläufen und vieles mehr um die Stolperstein-Aktion unter: www.stolpersteine.eu. (amm)
Geboren 1908 in Mainz, gelang es dem Metallfacharbeiter Koppey, der verheiratet war und zwei Kinder hatte, bis in die Kriegszeit hinein, Widerstand zu leisten. Zu Zeiten der Weimarer Republik war Koppey Mitglied der SPD, besuchte bereits während seiner Lehrjahre Arbeiterhochschulen in mehreren Ländern. Als Wehrmachtssoldat war er in Italien stationiert. Dort wurde Koppey im April 1944 schwer

verwundet, jedoch nicht aus der Wehrmacht entlassen. Er wurde von der Gestapo überwacht und – weil er sich kritisch äußerte – wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ angeklagt. Das Verfahren wurde jedoch ausgesetzt, als Koppey erneut an die Front geschickt wurde.

Anke Koppey-Sperling, Enkelin von Alois Koppey, las bei der Stolperstein-Verlegung aus Feldbriefen ihres Großvaters vor. Sie werden als Kopien dem Stadtarchiv zur Verfügung gestellt und künftig für alle Interessierten einsehbar sein. Ihr Großvater habe Zeit seines Lebens größten Wert auf Bildung, gegenseitigen Respekt, Solidarität, die eigene Familie, Freunde und Nachbarn gelegt, berichtete Anke Koppey-Sperling, die die Hauptmannschüler für deren Engagement und deren Interesse an der Lebensgeschichte ihres Großvaters lobte.

Erinnerung an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte
Man sei dem Ziel, siebzig Steine in Rüsselsheim verlegen zu wollen, deutlich näher gekommen, sagte Bürgermeister Dennis Grieser (Grüne), der auf die Bedeutung hinwies, die Erinnerung an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte in den öffentlichen Raum hineinzutragen. Das Thema Verfolgung habe keinesfalls an Aktualität verloren, so Grieser und fügte hinzu, dass grundsätzlich das Phänomen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit existiere. Dabei gelte es den jeweiligen Strömungen mit Aufklärung zu begegnen, sagte der Bürgermeister und fügte hinzu: „Es ist unsere Verantwortung dafür zu sorgen, dass sich so etwas in Zukunft nicht mehr ereignet“.

Pfarrer Andreas Jung zog Parallelen über das Entsetzen über den IS. „Deutschland war an einem genauso grausamen Krieg beteiligt, daher ist es gut, sich zu erinnern, um dann dazu beizutragen Gleichartiges zu verhindern“, sagte Jung.

Mainspitze 3.6.2017 von Daniela Ammar



Zwangsarbeit in den Opelwerken



Verlegung einer Stolperschwelle für über 7000 Zwangsarbeiter vor dem Opel-Portal am 21.5.2016

Stolperschwellenverlegung vor Opel-Altwerk in Rüsselsheim zum Gedenken an Zwangsarbeiter

Am Samstag den 21. Mai ab 15 Uhr wird der Kölner Künstler Gunter Demnig vor dem Hauptportal des Opel-Altwerkes eine „Stolperschwelle“ verlegen. Der Schöpfer der „Stolpersteine“ zum Gedenken an Opfer der Nazis ehrt mit den seltener verlegten Schwellen Menschen, die gleich gruppen-, ja oft massenweise zu Opfern gemacht wurden.

In Rüsselsheim geht es um die Bearbeitung „eines der schmachvollsten Kapitel in der Geschichte von Opel“, erklärt im Gespräch mit der „Main-Spitze“ Rolf Strojec, Gründer der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative. Sie ist Initiatorin auch dieser Verlegung. Jahre nach ihrer Entscheidung für eine „Stolperschwelle“ kommt es jetzt zur Umsetzung auch dieses Projektes. „Mehr als 7000 Zwangsarbeiter wurden hier zwischen 1940 und 1945 eingesetzt“, stellt Strojec fest, der sich seit vielen Jahren zum Thema Nazi-Opfer intensiv durch in- und ausländische Archive gräbt, Zeitzeugen befragt und Fachliteratur auswertet. „Es ist die Geschichte einer skrupellosen Ausnutzung des Krieges für Rüstungszwecke, einer blutigen Unterdrückung der ausländischen Opel-Arbeitskräfte.“ Fast täglich sei die Gestapo im Werk ein- und ausgegangen.

„Damit sind Hunger, Erniedrigung, Schläge, Folter, Blut und Tod immerwährende Begleiter der Opel-Firmengeschichte. Es ist leider auch der zugespitzte Ausdruck der Übereinstimmung zwischen NS-Führung, Opel-Management und einem überwiegenden Teil der damaligen Rüsselsheimer Bevölkerung.“ Um so ehrenhafter sei das ebenfalls dokumentierte Bemühen einer Minderheit von Opelern, die Kontakte zu Zwangsarbeitern pflegten, Unterstützung und Solidarität bis zur erfolgreichen Fluchthilfe auf sich nahmen.

Opfer-Gruppen

Strojec hilft bei der Erklärung, was Zwangsarbeit eigentlich ist. Die Wissenschaft unterscheidet verschiedene Gruppen von Opfern (Spoerer, „Zwangsarbeit“, S. 9 ff., 223): Ausländische Zivilarbeiter (8,4 Millionen) kamen überwiegend durch Verschleppung nach Deutschland. Besonders entrechtet, weil als „rassisch minderwertig“ eingestuft, waren „Ostarbeiter“. Kriegsgefangene (4,6 Millionen) wurden bald entgegen der Genfer Konvention (1929) auch in der Rüstungsindustrie eingesetzt, bei Opel ab Juli 1940. „Und 1943 ging man bei Opel dazu über, ganze Einheiten von Franzosen und Belgiern in den Status von Zivilisten zu überführen, um ihre Leistungen auszunutzen“, erläutert Strojec. Am schlimmsten sei es bei Opel den eingesetzten russischen Gefangenen ergangen. Zwangsarbeit leisten mussten in Deutschland auch 1,7 Millionen KZ-Häftlinge und Häftlinge aus Arbeitserzie-

hungslagern. „In den besetzten Gebieten kommen Ghetto-Insassen und Häftlinge spezieller Arbeitslager für Juden hinzu. Sie unterlagen keinerlei rechtllichem Schutz. Auch Opel forderte 1942 aus dem aufgelösten Straflager Rodgau 200 Häftlinge an“, berichtet Strojec. „Ausländer in großer Zahl ins Reich zu holen, ließ sich mit dem Rassedenen der Nazis kaum vereinbaren.“ Als nach Kriegsbeginn Industrie und Nazis die überfallenen Völker im Westen und Osten als riesige Arbeitskräfte-Potenziale für sich entdeckten, hätten sie schnell die rasseideologischen Widerstände gegen „fremdvölkische Arbeitnehmer“ aufgegeben. Nach den Blitzkriegen habe sie in den Jahren 1939 und 1940 im Westen zur bewussten Verletzung der Genfer Konvention und zu einem massenhaften Einsatz von Kriegsgefangenen in der Rüstungsindustrie geführt. „Sie sorgte vor allem in den östlich besetzten Ländern für grausame Deportationen ins Reich im Interesse der deutschen Wirtschaft. Opel war von Anfang an mit dabei.“

Mainspitze Michael Wien 2.5.2016

Systematische Anforderung und Ausbeutung

- Nach Scheitern des „Volkswagenprojektes“ Opel P4 arrangierte sich das Management schnell mit Görings Luftwaffenprogramm. Im November 1939 teilte Wilhelm von Opel mit, die Rüstungsumstellung (Junkers-88-Programm) sei abgeschlossen.
- Als Ausgleich für die Einberufung vieler einheimischer Arbeitskräfte und zur Steigerung des Luftwaffenprogramms war man laut Vorstandsmitglied Adam Bangert (19. September 1941) „grundsätzlich und selbstverständlich dafür, Gefangene zu beschäftigen“ (Museum, Sammlung Opel I, 1.6).
- In der Mainzer Straße wurden erste Baracken aufgestellt, mit Stacheldraht und alten Soldaten versehen, Voraussetzung für die Zuteilung Kriegsgefangener als billige Zwangsarbeitskräfte. Die Ersten bei Opel waren im Juli 1940 rund 600 kriegsgefangene Franzosen und Belgier.
- „Opel forderte immer mehr Gefangene an, als die Rüstungsinspektion liefern konnte“, berichtet Strojec. Der Anteil französischer Gefangener pendelte sich bei 1700 ein. „Weiterhin wissen wir von acht polnischen Kriegsgefangenen, 95 belgischen und gegen Ende des Krieges von italienischen und griechischen. Anfang 1942 beginnt mit der Einquartierung 1000 sowjetischer Kriegsgefangener im „Russenslager“ die besonders brutale Behandlung der „Ostarbeiter“ bei Opel. „Als das US-Management 1941 Rüsselsheim verlässt, ist der Betrieb bereits gut funktionierender Teil der deutschen Kriegsindustrie, auch dank der Zwangsarbeiter, die schon 18 Prozent der Belegschaft ausmachen.“

Gedenken an 7.000 Zwangsarbeiter - Initiative "Stolpersteine" hofft auf unterstützende Schulklasse bei Verlegung einer "Stolperschwelle" am Opelwerk

Die von dem Kölner Bildhauer Gunter Demnig erfundenen "Stolpersteine" kennt inzwischen fast jedes Kind. Sie erinnern im Straßenpflaster vor dem letzten selbst gewählten Wohnort an Opfer des Nationalsozialismus. Demnig hat das weltweit größte dezentrale Mahnmahl geschaffen, in bereits mehr als 1.000 europäischen Orten mit Unterstützung lokaler Initiativen weit mehr als 40 000 Steine verlegt. Die Rüsselsheimer "Stolperstein"-Initiative fasste 2014 den Beschluss, neben solchen Steinen auch eine "Stolperschwelle" zu verlegen, im Gedenken an 7.000 Menschen, die im Opel-Werk in den Jahren 1940 bis 1945 Zwangsarbeit verrichten mussten.

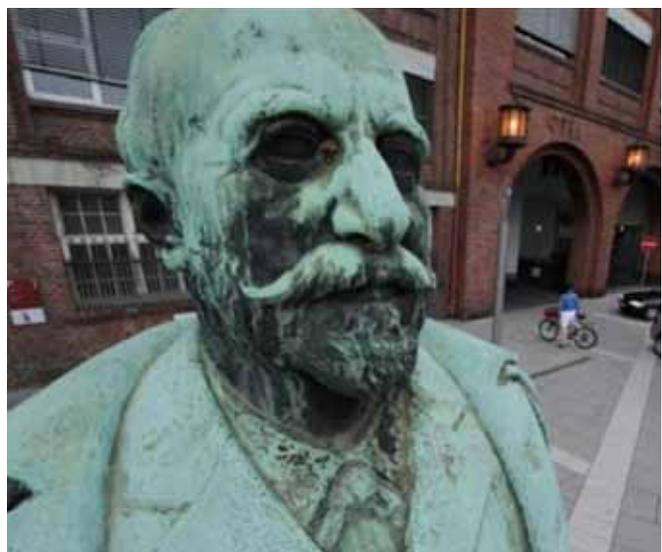
Kontroverse innerhalb der Initiative

In den vergangenen Wochen hat die "Main-Spitze" in einer Reihe zum Kriegsende zunächst die Widerstandskämpfer gewürdigt, die Wilhelm Feutner im Opelwerk um sich geschart hatte. Dann ging es um die Rolle Wilhelm von Opels, von den Nazis als williger Rüstungsbeschaffer für ihre Angriffskriege gerühmt. Nach Ende der Diktatur wurde von Opel gegen Zahlung einer geringen Geldstrafe "entnazifiziert". Für den heutigen Umgang mit dem Nazi-Erbe legen auch in Rüsselsheim unter anderem viele bereits gesetzte "Stolpersteine" Zeugnis ab. Einfach ist der Umgang aber auch 70 Jahre nach Kriegsende nicht. Die "Stolperschwelle" löste innerhalb der Initiative eine Kontroverse aus, in deren Verlauf der Gründer und langjährige Sprecher, Rolf Strojec, seinen Abschied nahm. Diskussionen gab es nicht wegen des Ortes, an dem die Schwelle verlegt werden soll, vor dem Opel-Portal, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Adam-Opel-Denkmal von Hitlers Lieblingsbildhauer Emil Hub. Wie Gründungsmitglied Guido Casu am Montag auf Anfrage erklärte, habe es in der Initiative die abweichende Meinung gegeben, "die bei Opel eingesetzten Kriegsgefangenen seien nicht als Zwangsarbeiter zu werten". Demnig unterstrich dazu am Dienstag gegenüber der "Main-Spitze" die Position Strojecs und der Mehrheit der zehn Mitglieder der Initiative: "Natürlich waren das auch Zwangsarbeiter. Die Haager Landkriegsordnung verbietet den Einsatz Kriegsgefangener in der Rüstungsproduktion. Genau das aber haben die Nazis erzwungen, nachdem sie die Kriegsgefangenen einfach 'ins Zivilleben entlassen' hatten. Ein übler Trick."

Schulklasse soll an Verlegung der "Stolperschwelle" beteiligt werden

Pfarrer Andreas Jung, als Sprecher Nachfolger Strojecs, relativierte das am Dienstag auf Anfrage so: "Darüber könnte man mal eine Podiumsdiskussion veranstalten." Insgesamt aber scheint auch Jung sich nicht mehr gegen eine Verlegung zu sperren. Sie werde kommen, sobald man eine Schulklasse gefunden habe, die sich an der Aufarbeitung der Geschichte beteilige. "Sollte allerdings nichts in dieser Hinsicht gelingen, müsste man mal sehen. Ich stehe nicht dafür, eine Schwelle pur zu verlegen. Das soll schon ein Feld des Geschichtslernens für Jugendliche sein." Demnig sieht nach den Verzögerungen auch einem dritten Verlegungstermin für seine 17. "Stolperschwelle" gelassen entgegen. Die erste hatte er einst für 1.400 von den Nazis aus Hamburg in den Tod verfrachtete Behinderte geschaffen. "Zuvor waren sie von verschiedensten Orten herbei geschafft worden. Jedes einzelnen am letzten freigewählten Wohnort zu gedenken schien so unmöglich wie hier im Falle der 7.000 Zwangsarbeiter." Casu, ehemaliges Betriebsratsmitglied, empfindet Genugtuung, wenn bald Opel-Arbeiter der Zwangsarbeiter gedenken werden. "Die Opeler von heute werden sogar animiert, ihre Meinung zu sagen. Die Menschen damals hatten bei Strafe zu schweigen und die Zwangsarbeiter ganz besonders."

Mainspitze Michael Wien 7.7.2015



7041 Opel-Zwangsarbeiter aufgelistet

„Es hat in vielen Fällen viel zu lange gedauert, bis Zwangsarbeiter Gehör gefunden haben“, sagt die Stadtarchivarin und stellvertretende Leiterin des Stadt- und Industriemuseums, Gudrun Senska. Erst mehr als 50 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges gab es Sammelklagen gegen Unternehmen, in denen Zwangsarbeiter beschäftigt worden waren. Bis dahin wurde die Tatsache, dass auch bei Opel Menschen gezwungenermaßen arbeiten mussten, sogar von städtischen Politikern verschwiegen.

Erfolgreiche Recherche im Bundesstaat Connecticut

Erst nach Fall des „Eisernen Vorhanges“ bekamen ehemalige Zwangsarbeiter aus Ost-Europa die Chance auf eine sogenannte Wiedergutmachung (Geldzahlung). Diesem Thema widmete sich der Rüsselsheimer Geschichtslehrer Frank Häußler im Auftrag des Museums. Unterlagen der Opel-Mutter General Motors (GM) zur Zwangsarbeit im Rüsselsheimer Opel-Werk werden bekannterweise seit vielen Jahren in der Yale University im US-Bundesstaat Connecticut aufbewahrt. Häußler wurden in der dortigen Shirling-Library für tagelange Recherche sieben Meter Aktenschränke und 52 Kartons mit sogenannten Opel-Papers gezeigt. Erst eine Sondergenehmigung ermöglichte es ihm, mehr als 2500 Seiten zu fotografieren und ans hiesige Museum zu übersenden. In den damit gefüllten vier Kartons befinden sich nun Geschäftspapiere, eine Zusammenstellung der NSDAP-Mitglieder unter den Beschäftigten – und die Namen von Kriegsgefangenen, die als „notwendiger Produktionsfaktor“ zur Zwangsarbeit missbraucht wurden. Im Auftrag von GM hatte der US-Historiker und Professor der Yale University, Henry Ashby Turner, das Verhältnis von GM und der deutschen Tochter Opel zum NS-Regime zu untersuchen, was ihn auch nach Rüsselsheim führte. Wohl in erster Linie damit sich GM auf Zahlungen zur „Wiedergutmachung“ vorbereiten konnte, sammelte Turner Informationen über Zustände während des Nazi-Regimes. Was Turner, der Teile seiner Ergebnisse 2005 als Buch („General Motors and the Nazis“) veröffentlichte, zusammengetragen hatte, kam in vollem Umfang erst nach seinem Tod als Nachlass nach Yale.

Dort sah Frank Häußler nun Unterlagen ein, die auch Turners insbesondere in den USA vehement von Historikern kritisierte einseitige, verharmlosende, technokratische Sicht auf das Verhältnis von GM zu den Nazis verdeutlichen. Auf nur vier Seiten war Turner auf das Thema Zwangsarbeiter eingegangen.

Die größte Überraschung für Häußler sei allerdings der Fund der „Arbeiterdatenbank“ gewesen, in Turners Buch als Fußnote versteckt erwähnt. Sie war nicht Teil der Opel/GM-Papers, sondern kam erst 2009, nach Turners Tod, in die Bibliothek. Diese 1999 erstellte Datenbank listet 7041 Namen von Zwangsarbeitern bei Opel auf, samt Angaben zu Nationalität, Verdienst, „Bestrafungen“, Beiträge zu Versicherungen, Verlassen des Betriebes – nicht selten in Richtung Konzentrations- und Vernichtungslager, wie hier schon „Stolperstein“-Mitbegründer Rolf Strojec belegt hat. „Das heißt, die Zwangsarbeiter sind nicht mehr namenlos“, freute sich Häußler. Im Original ist die Personalkartei nicht mehr vorhanden.

Diese historische Quelle, erklärten Häußler und Senska, sei ein Schatz, da von hier aus die Forschung weitergehen könne. „Das bedeutet wieder viele Stunden im Archiv“, sagte Senska, doch die Aufarbeitung müsse vorangehen.

Mainspitze 18.2.2017 von Natalia Schmidt

MASSENGRÄBER

Auf dem Gelände an der Mainzer Straße, auf dem sich zur Nazizeit die Wohnbaracken für die Zwangsarbeiter befanden, soll für die in einer Betriebsmitteilung von 1941 als „frei angeworbene Ausländer“ bezeichneten Menschen eine Gedenkstätte entstehen, sagte Gudrun Senska. Durch den aktuellen Fund der Lagepläne habe die exakte Stelle auffindig gemacht werden können.

Wie Rolf Strojec, Mitbegründer der „Stolperstein“-Initiative, im vergangenen Jahr in der „Main-Spitze“ anmahnte, befinden sich dort laut Zeugenaussagen zwei Massengräber. Auch noch 62 Jahre nach Ende der Nazizeit und des Zweiten Weltkrieges sind die Überreste der dort verscharrten Zwangsarbeiter nicht geborgen und anständig beigesetzt. (nat)

Zwangsarbeiter: Gesichter hinter Rüsselsheimer Opferzahl

Rings um die vom Künstler Gunter Demnig gerade eingesetzte „Stolperschwelle“ zum Gedenken an mehr als 7000 Opel-Zwangsarbeiter legten am Samstag Frauen und Männer der „Vereinigung deutsch-ausländische Solidarität“ (VdaS) 13 Schiefertafeln und ebensoviele rote Nelken aus. Auf den Tafeln waren jeweils Name und Verbleib von Zwangsarbeitern sowie Rüsselsheimern verzeichnet, die den fremden Kollegen beigestanden hatten. Rolf Strojec, Guido und Lino Casu, Jutta Duchmann, Beate Hartmann und Alfred Arndt wollten deutlich machen, dass hier und später in sogenannten Arbeitserziehungs- und Konzentrationslagern jeder sehr persönlich Erniedrigung, Schmerz, Ausweglosigkeit, in vielen Fällen Verstümmelung an Leib und Seele, ja Siechtum, Sterben auszuhalten hatte.

Bittere Leiden

Namen und Informationen über diese Menschen hatte Rolf Strojec, Mitbegründer der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative und Initiator der „Stolperschwellen“-Verlegung, unter anderem in Frankfurt erhalten gebliebenen Gestapo-Akten entnommen. Die 13 Frauen und Männer sind dort verzeichnet, weil auch sie den Leidensweg vieler über das Arbeitserziehungslager Frankfurt-Heddernheim gingen. Weitere

Hinweise stammen aus Akten des KZ Flossenbürg. Namen und Herkunft spiegeln die Internationalität der Nazi-Opfer wider. Die Art der Unterbringung der Franzosen, Belgier, Niederländer, Italiener, Russen und Ukrainer in Rüsselsheim unterschied sich in ihrer Unmenschlichkeit nicht. Auch wurden alle in gleicher Weise scharf bewacht. Bewaffnete führten sie zur Arbeit und zurück ins Lager. Entgegen der Genfer Konvention wurden sogar die Kriegsgefangenen zur Produktion von Rüstungsgütern gezwungen. Bei Bombenangriffen durfte unterschiedslos kein Zwangsarbeiter in einen der sicheren neuen Bunker. Was die weitere Behandlung betraf, folgte man streng der rassistischen Nazi-Ideologie. „Ostarbeiter“ galten als zum Verbrauch bestimmte „Untermenschen“, noch weniger wert als Arbeitssklaven aus anderen Ländern. Sie wurden noch schärfer drangsaliiert, „bestraft“, noch schneller erst in Arbeitserziehungslager oder gleich in ein KZ verschleppt.

Zwangsarbeiter aus Ländern mit „arischer“ Bevölkerung mussten stadtauswärts links der Mainzer Straße in Baracken hausen, Zwangsarbeiter aus slawischen Ländern rechts der Mainzer. Beim „Russenlager“, in Höhe des heutigen Parkplatzes am M 55, vermuten Strojec und Andere die beiden Massengräber. Strojec: „Nach einem Bombenangriff, bei dem insbesondere das Lager der Russen und eine Baracke der Niederländer getroffen wurden, hob man dort zunächst ein Massengrab aus, etwa drei Meter tief. Als man zu den geschätzt 300 ums Leben gebrachten Russen etwa zwei Dutzend umgekommene Niederländer werfen wollte, bestanden überlebende Niederländer auf einem eigenen Massengrab für ihre Toten. Daraufhin wurde laut Zeugenaussagen neben dem anderen ein zweites Massengrab ausgehoben.“



Drei Anregungen

Strojec gab am Samstag im Gespräch mit Holger Krahmer, Director of European Affairs bei Opel, drei Anregungen. Erstens geht es um Suche und Aushebung der Massengräber und die Umbettung der sterblichen Überreste dort verscharrter Opel-Zwangsarbeiter vom Firmengelände auf einen Friedhof. Zweitens hatte der Historiker Henry Ashby Turner im Zuge einer Studie (2005) zum Thema im Auftrag von General Motors wichtige Akten in die USA mitgenommen. Sie liegen auf neun CD-ROM digitalisiert in der Yale University. Eigentümer ist GM. Strojec bat Krahmer, Kopien zur Auswertung nach Deutschland zurückzuholen. Die dritte Anregung: Anders als von Daimler, BMW, Audi und VW, das sogar ein kleines Museum dazu eingerichtet hat, gibt es bei Opel mehr als 71 Jahre nach Ende der Nazi-Diktatur keine Aufarbeitung des Zwangsarbeiter-Themas sowie des beispiellosen, bewundernswerten Widerstandes von Opel-Arbeitern gegen das Nazi-Regime durch Historiker.

Mainspitze Michael Wien 25.5.2016

VERBRECHER-JARGON

Strojec zitiert den NS-Betriebsobmann Liebermann: „Der Arbeitswille der Franzosen ist generell schlechter als der der Holländer, Wallonen und anderer.“ Nur durch scharfe Kontrollmaßnahmen und Druck durch Meister, Vorarbeiter, Block- und Zellenobmänner und Werkschutz seien diese im Zaum zu halten. Gegen Zwangsarbeiter überhaupt sagt er: „Wir müssen jederzeit bereit sein, zu einem Gegenschlag auszuholen, eventuell sogar unter Anwendung von Waffengewalt.“

Die Gerichtsakte enthält eine Aussage des Widerstandskämpfers Fritz Zängerle über Liebermann: „Einmal hat er geäußert, die Franzosen im Werk würden sich sehr anmaßend und frech benehmen und zu einem großen Teil die Kriegsproduktion sabotieren. Er habe mit Romig einigen die Zigaretten in den Mund schlagen müssen. Er bedaure es, dass der Werkschutz nicht eine politisch ausgerichtete Organisation wie die SS sei, dann wären, schon längst mal zwei von den Kerlen umgelegt worden, wie er das ja schon ein paarmal verlangt hatte. Dann könnte man die ganze Gesellschaft an den beiden vorbei defilieren lassen und es käme endlich Ordnung in die ganze Gesellschaft hinein.“

Bei den Russen müsse man besondere Methoden anwenden, dann würden bessere Leistungen erzielt werden. Die Erfahrung hätte gelehrt, dass die Russen keine Angst vor dem Erschießen, aber vor dem Schlagen hätten, deshalb habe er diese Methode für den Opel-Betrieb empfohlen. Die Mentalität des russischen Arbeiters bedinge eine solche Handlungsweise.“

Opel-Management saugt Zwangsarbeitern Arbeits- und Lebenskraft aus

Am 21. Mai verlegt der Kölner Künstler Gunter Demnig vor dem Opel-Portal eine „Stolperschwelle“ zum Gedenken an rund 7000 Zwangsarbeiter, die hier in der Nazizeit ausgebeutet, gemaßregelt, von der Gestapo gefoltert, teils weiter in Konzentrationslager verschleppt wurden. Wie in jedem Krieg wurde gebrandschatzt, geschändet, gefoltert, gemordet. Man begnügte sich aber nicht, Völker zu überfallen, fremde Menschen zu töten und eigene dem Tod preiszugeben. Obendrein verschleppte man Menschen zu Millionen, um ihre Lebens- und Arbeitskraft auszusaugen. „Arbeit als Beute“ nennt Rolf Strojec, Gründer der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative und Initiator der „Stolperschwelle“, die Maxime von Wirtschaftsführern, die sich um Versklavte rissen, um den Umfang ihrer Aufträge und Profite zu maximieren und beim Regime eine gute Figur zu machen. „Aus dem Westen gab es auch zivil angeworbene Arbeiter mit Halbjahresverträgen, von denen sich aber viele schnell verabschiedeten, nachdem sie die Behandlung der Ausländer bei Opel kennengelernt hatten.“

Auch Frauen und Kinder

Unter den als Zwangsarbeitern verschleppten Frauen und Männern am schlechtesten behandelt wurden auch bei Opel „Ostarbeiter“. Im Januar 1942 begann hier der massenhafte Einsatz mit 2600 sowjetischen Kriegsgefangenen. Aber auch Frauen und Kinder wurden als Zivilarbeiterinnen nach Rüsselsheim deportiert. Strojec: „Die Gier nach menschlicher Arbeitskraft überwindet sogar die Ressentiments gegenüber als ‚slawisch-bolschewistische Untermenschen‘ Verachteten.“ Strojec zitiert den Ex-Opeler Alois H., der später am Beispiel ihm zugeteilter Mädchen aus Poltava erklärte, dass auch die zivilen Arbeitskräfte nicht freiwillig kamen. Eines Tages sei in Poltava bekannt gegeben worden, am nächsten Morgen hätten sich Kinder in einem bestimmten Alter zum Abtransport einzufinden. Die Lastwagen konnten nicht beladen werden. „Es waren keine Kinder da. Da sind sie bestellt worden für den nächsten Tag; der deutsche Offizier hat ausrufen lassen, dass er warnt, den dritten Tag und da wird Poltava umstellt von allen Seiten – und da haben sie Geschütze rundherum aufgefahren – und in Grund und Boden zusammengeschossen, mit Mann und Maus. Was wollten die Leute machen? Sie haben die Kinder dann dagelassen. Und dann sind sie alle miteinander tätowiert worden und sind abtransportiert worden nach Deutschland hier. Und da haben wir die Mädchen gekriegt (Rüsselsheimer Museum, Sammlung Oral-History, 1986).“

Strojec verweist auch auf ein Opel-Schriftstück von 1942: „Kolonnen aus dem Osten“ bestehen zur Hälfte aus Frauen, zu einem Viertel aus „Jugendlichen unter 16 Jahren“. Eine Zwangsarbeiterin erzählt vom Transport in Güter- und Viehwaggons, bei dem Jugendliche auf der Flucht erschossen wurden. Strojec: „In Entlohnung, Unterbringung, Krankenbehandlung, Ernährung wurden die Russen dann auch hier wie Vieh behandelt.“ Unterschiedliche Einordnung von „West“- und „Ost“-Arbeitern legten Ausgrenzung und brutale Behandlung der aus dem Osten Verschleppten fest. „Noch bevor Juden einen ‚Judenstern‘ tragen mussten, zwang man diese Menschen, ein ‚Ostarbeiter-Zeichen‘ zu tragen.“ In den Baracken bei Opel „schliefen“ jeweils 100 bis 150 Personen

auf Strohsäcken in Doppelstockbetten. „Jeden Tag wurden sie unter Bewachung zur Arbeit gebracht, wo sie in Tag- und Nachtschicht zwölf Stunden schufteten.“ Der Kontakt unter ihnen sei sehr gut gewesen, stellt der Niederländer Piet Pollemans im Tagebuch fest. „Die Russen waren uns von der Kirche immer als schlechtes Volk dargestellt worden. In der Schule mussten wir sogar vor Anfang der Schulstunden immer für die Menschen in Russland beten. Jetzt zeigte sich, dass sie nicht nur die Freundlichsten waren, sondern auch das Meiste für andere übrig hatten. Was sie besaßen, teilten sie mit dir, von allen verhielten sie sich am menschlichsten.“

Mainspitze 10.05.2016 von Michael Wien

BLUTIGE HERRSCHAFT

Strojec weist darauf hin, dass Zwangsarbeit blutige Herrschaft ist. Er zitiert den Niederländer Piet Pollemans, der in seinen Erinnerungen schildert, was er während einer Nachtschicht in der Opel-Schmiede erlebte. „Ein russischer Junge, ungefähr 20 Jahre alt, stand am Ofen, um die glühenden Balken von 80 Kilo mit einem Haken nach vorne zu ziehen, mit der Zange zu greifen und mit dem Flaschenzug auf den Dampfhammer zu legen. Eigentlich war die Arbeit für diesen mageren Russen viel zu schwer. Er wurde ständig durch den etwa 45-jährigen österreichischen Schmied, der am Hammer stand, beschimpft, sodass er nervös und noch unsicherer wurde.“ Ein Balken fiel aus der Zange, eine Arbeitsunterbrechung entstand. Der Schmied tobte, „lief zu dem Jungen und schlug ihn mitten ins Gesicht, so hart und lange, bis dieser bewusstlos zu Boden fiel“. Fluchend und schreiend begann der Schmied, „wie ein Verrückter ihn hysterisch mit seinen großen Füßen überall zu treten und auf ihn zu springen. Es war zum Kotzen, voll Angst schauten wir zu. Niemand traute sich, eingzugreifen. Als der Junge bewegungslos liegenblieb, griff er ihn und warf ihn mit dem Kopf nach unten in ein großes Fass Wasser, das zum Abkühlen von Haken und Zangen da war.“ Ein anderer Meister habe den Russen rausgeholt. „Der Junge war zu dem Zeitpunkt schon tot.“ Dass einer der Meister den „Vorfall“ gemeldet habe, bezweifelt der Holländer. „Es wurde nie mehr darüber gesprochen.“

Nazizeit bei Opel: Prügel, KZ und Bombentod

„Opel steht in der Ortsgeschichte für Lohn und Brot. Gern ausgeklammert wird in der Firmengeschichte, dass dieselbe Firma für Blut, Tod und Terror gegen Mitarbeiter in der Verantwortung steht“, sagt Rolf Strojec, Initiator der „Stolperschwelle“, die am 21. Mai zum Gedenken an 7000 Zwangsarbeiter verlegt werden soll. „Als der ‚Führer‘ das Werk 1943 als Kriegs-Musterbetrieb ausgezeichnet, sind hier 6019 Ausländer ‚beschäftigt‘. Die Auszeichnung erfolgt nicht wegen mustergültiger Behandlung, sondern wegen überdurchschnittlicher Durchsetzung von Görings Luftwaffenproduktion unter Ausnutzung und brutalster Behandlung der Zwangsarbeiter.“

Täglicher Terror

Ab deren massenhaftem Einsatz ab 1940 sind für „Arbeitsbummelei“ oder „Vertragsbruch“ nicht Arbeitsverwaltung oder Justiz zuständig. „Schergen der Gestapo-Leitstelle Darmstadt gehen im Werk ein und aus, um Zwangsarbeiter zu disziplinieren“, berichtet Strojec. Zuvor schlage das Opel-interne System zu. „Hier wird richtig Jagd auf die Ausländer gemacht, jeden Augenblick Kontrolle und Knüppelhiebe, das ist nett. Ich selbst habe noch nichts bekommen, aber mein Freund ist auch schon richtig verprügelt worden“, schreibt der französische Opel-Arbeiter Targnon heim. Strojec: „Auffällige Ausländer werden in einen Verschlag beim ‚Vertrauensrat‘ gebracht und so mit Peitschen und Stöcken geprügelt, dass sich weibliche Angestellte der benachbarten Personalabteilung beschwerten. Bei dem Geschrei könnten sie auf Dauer nicht arbeiten.“

Nach dem Krieg stellt Ermittler Meruna fest, man habe „Ostarbeiter und Gefangene sowie französische und belgische Zivilarbeiter bei geringfügigen Vergehen mit harten Strafen“ belegt, „viele in ‚Schutzhaft‘ genommen, in Zwangsarbeitslager verschickt“ (Quelle: Prozessakte zu NSDAP-Betriebsobmann Arthur Liebermann). Strojec listet allein mehr als 45 Menschen auf, über deren Schicksal in Frankfurt erhaltene Gestapo-Akten Auskunft geben, weil sie im Arbeitererziehungslager Hedderheim inhaftiert wurden. „Ein Teil wurde in die Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück, Flossenbürg verschleppt.“ Die Masse der Verfolgungen bei Opel aber sei über „Arbeitererziehungslager“ der Gestapo in Mainz, Biblis, Griesheim gelaufen. „Akten über die meisten dieser Menschen sind im Krieg verbrannt. Kartons mit Opel-internen Beweisen wurden 1945 dem Betriebsrat unter Strafandrohung von Amerikanern abgenommen und sind verschwunden.“

Die weitaus meisten ausländischen Frauen und Männer hätten versucht, sich gegen unerträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen zu wehren, durch langsames Arbeiten, Flucht. „Viele waren aufgrund karger Ernährung nicht in der Lage, Anforderungen zu erfüllen. Andere wurden aufgrund rassistischer Gesetzgebung (keine Beziehung zu Deutschen) oder wegen Widerstandes inhaftiert.“

BIS HEUTE VERBORGENES MASSENGRAB

Wer Werkpolizei und Gestapo entgeht, ist in den Baracken ab 1941 Bomberangriffen ausgeliefert. Strojec: „Hier gab es für Zwangsarbeiter nur Splittergräben. Zuerst traf es 1941 kriegsgefangene Franzosen mit 27 Toten, 1944 das ganze Ausländerlager mit Hunderten Toten. Rüsselsheimer verwehrten ausländischen Arbeitern den Zugang zu Bunkern.

Viele Hunderte wurden in einem Massengrab ‚hinter dem Wäldchen bei Bischofsheim‘ verscharrt. Suche und ehrenvolle Bestattung stehen aus.“

Strojec weiter: „Der russische Zwangsarbeiter Sachar Dzubenko (geb. 25. April 1912) wird am 5. April 1943 wegen Arbeitsniederlegung, Flucht, Nichttragens des Ost-Abzeichens in ein KZ verschleppt. Dort kommt er am 14. Dezember 1944 um. Iwan Nikitin (15. Juni 1921) wird mit gleicher Begründung ins KZ Buchenwald verschleppt, am 30. März 1944 ins KZ Flossenbürg verlegt, wo sich die Spur verliert. Ebenso ergeht es Iwan Petrow (31. Januar 1921), der am 5. April 1943 über Buchenwald nach Flossenbürg kommt. Nach einem Essensboykott der Ostarbeiter übergibt der Werkschutz der Gestapo Feodor Gladnhenkow, Gregory Jegorow, Iwan Koschorow, Sergej Budanow und Nikolai Limarow.“

Opeler Adam Schneider, 1944 wegen Kritik an den Lynchmorden an amerikanischen Fliegern von der Gestapo inhaftiert, schildert später: „Es verging fast kein Tag, an dem nicht Ausländer von der Firma Opel eingeliefert wurden. Erstens kamen diese armen Menschen schon übel zugerichtet an, dann bekamen sie ohne Ausnahme die zweite Sendung in der Aufnahmestelle. Abends auf dem Weg ins Gefängnis richtete ich es so ein, dass ich neben den betreffenden Mann kam. Fast alle konnten etwas Deutsch und erzählten mir ihre Leiden. Wegen Geringfügigkeiten von der Werkpolizei an den Pranger gestellt, von Liebermann und Rohmig ins Kreuzverhör genommen und mit Schlägen traktiert, um dann der Gestapo übergeben zu werden. Was diese armen Menschen hier erdulden mussten. Da will ich mich über mein Los nicht beschweren. Worte sind hier zuviel. Buchstäblich niedergetrampelt wurden die Menschen. Und stand einer nicht durch, er war verschwunden auf Nimmerwiedersehen.“

Mainspitze 14.05.2016 von Michael Wien



Der „Opel-Kamerad“ feierte die Auszeichnung als „Kriegs-Musterbetrieb“ durch Adolf Hitler. Archivfoto Opel

Nazizeit: Rüsselsheimer Opel'er stehen Zwangsarbeitern bei

Zum Gedenken an rund 7000 Menschen, die in der Nazizeit bei Opel Zwangsarbeit leisten mussten, setzt der Kölner Künstler Gunter Demnig am Samstag, 21. Mai, ab 15 Uhr, vor dem Hauptportal des Werkes eine „Stolperschwelle“. In der Endphase des Krieges verschlimmerte sich die Lage der Zwangsarbeiter bei Opel nicht nur wegen der Bombenangriffe. „Die Nazis fürchteten eine ‚dritte Front‘ aus Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern, antifaschistischen Widerständlern“, erläutert Rolf Strojec, Mitbegründer der „Stolperstein“-Gruppe, Initiator dieser „Schwellen“-Verlegung. Die Nazis hätten ein System abgestuften Zwanges entwickelt, das Zwangsarbeiter terrorisieren und deutsche Opel'er gegen sie aufbringen sollte. „Aber nicht alle Opel'er machten bei dieser Herr-Knecht-Inszenierung mit.“

Rassistischer Umgang

Strojec stellt fest: „Neben dem Opel-Management, das das entwürdigende Leben zwischen Baracke, härtester Arbeit, Prügel und Gestapo organisierte, hatten Andere Anteil an der Durchsetzung der NS-Normen. Dazu gehörte vor allem der Werkschutz unter dem 1937 mit Unterschrift von Opel-Vorstandsmitglied Fleischer und GM-Chef Osborne eingestellten SS-Hauptsturmbahnführer Riller.“ Die Abteilung sei 1943 massiv erweitert und militärisch aufgerüstet worden. „Riller ahnte nicht, dass seine Waffen bis hin zu Ein-Mann-Panzern längst von den antifaschistischen Werkschutzleuten Hans Amendt und Jakob Schilling für den Widerstand am Kriegsende vorgesehen waren.“

Aufseher, Vorarbeiter, Meister, Zellenwalter und andere NS-Spitzel im Betrieb erledigten die Drecksarbeit und setzten Richtlinien um, die Ausländer als „Feinde“ und „Untermenschen“ darstellten. „Denunziation, Prügel, Weiterleitung an Gestapo, Gerichte waren ihr Job. Rassepolitisch ‚verbotener Umgang‘ sollte bei Opel mit schweren Strafen verhindert werden“, berichtet Strojec nach Auswertung zahlreicher Quellen. Zwangsarbeiter wehrten sich mit Arbeitsverweigerung, langsamem Arbeiten, Flucht. Für das Opel-Werk Brandenburg beklagt Reichskommissar Krohn 1943: Durch Ausfall von 1731 Arbeitern (von 4000) wegen Arbeitsvertragsbruchs, Krankheit, Arrest, Flucht sei die Produktion schwer gestört. „Als im Januar 1943 in Rüsselsheim der Main zufrüht, entkommen zahlreiche Zwangsarbeiter aus dem Opel-Lager. Überliefert ist auch die Flucht des Opelers Wladimir Nikolenko auf dem Transport ins KZ am 25. September 1944 während Bombenangriffen“, erzählt Strojec.

Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand werden immer wieder aktiv. „Die Opel-Arbeiterin Elisabeth Römig aus der Weinbergstraße war schon Mitte der 30-er wegen kommunistischen Widerstandes verfolgt, ihr Mann zu Jahren Gefängnis und Zuchthaus wegen Flugblätter-Besitzes verurteilt worden.“ Nach der Trennung plant sie 1942 mit ihrer Kollegin Anna Becker und den Gefangenen Georges Müller und Jules Berin eine Flucht. Die scheitert. Römig wird am 6. Oktober 1942 vom Sondergericht in Darmstadt wegen Umganges mit Kriegsgefangenen zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie sitzt bis zum 23. März 1944 in Ziegenhain. Nach Kriegsende heiratet sie Georges Müller und wandert nach Frankreich aus.

SOLIDARISCHE HILFE

Magazinarbeiterin Katharina Gerbig wird im März 1942 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, Arbeiterin Katharina Hofmann im Juni wegen Verhältnisses zu dem Kriegsgefangenen Boireau zu 14 Monaten, Arbeiterin Annemarie Förster am 23. Dezember 1943 zu einem Jahr (sitzt bis September 1944 im Frauenstraflager Flußbach); Opel-Schlosser Jakob Rothenstein (Königstädten) wird am 15. Juni 1944 verhaftet, weil er Ausländern Lebensmittel gegeben hat. Auf eine vierwöchige Gestapohaft folgen zwölf Wochen im Straflager (Ingelheimer Aue), dann bis Kriegsende Haft im KZ Dachau. Rolf Strojec: „Kein anderes Verbrechen in der NS-Zeit wurde auf derart breiter gesellschaftlicher Basis begangen, wie das an den Zwangsarbeitern. Es fand unter den Augen der Bevölkerung statt. Es gab Handlungsspielräume, die von der Opel-Chefetage bis in den Mittelbau nicht genutzt wurden. Deshalb sollte neben den Zwangsarbeitern am Samstag auch an die erinnert werden, die unter Selbstgefährdung solidarisch halfen, das schwere Leid der Zwangsarbeiter bei Opel zu lindern.“

„Strojec berichtet, es habe einige Belegschaftsangehörige gegeben, die ihre Stellung als „Herrenmenschen“ ausnutzten. „Richtig verbrecherisch wurde dies, als sie die Ausländer aus Bunkern warfen, dem Tod auslieferten. Dem stehen viele deutsche Opel'er entgegen, die dem Terror nicht mehr tatenlos zusehen konnten“, trotz härtester Strafen bereit, Zwangsarbeitern zu helfen. „Die etwa 50 Mitglieder der Widerstandsgruppe um Wilhelm Feutner, Fritz Zängler und Heinrich Lotz versorgten mit Lebensmitteln. Selbst diese einfache menschliche Geste konnte furchtbare Folgen haben. Opel-Arbeiterin Brigitte Moter wurde gesehen, als sie einem Zivilfranzosen Brot und Apfel schenkte. „Ich wurde vor den Betriebsausschuss geladen und auch vernommen.“ Ein Werkschutzmann führte sie bei der Gestapo in Mainz vor, Ende Juni 1944 kam sie ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. „Bei der Einlieferung wurde ich sofort zu 25 Stockhieben verurteilt. Weitere Misshandlungen folgten, wie Schlagen bei der Arbeit und stundenlanges Stehen im Schnee.“

Norbert Blüms kommunistischer Onkel Adolf nahm zu Opel täglich zwei „Henkelmänner“ mit. Das zweite Essen war für die „Russenmädchen“. Blüm: „Seine Konspiration bestand aus Mitleid. Der ihn verriet, war Abteilungschef, im Nebenamt Vorstandsmitglied der Kirchengemeinde St. Georg.“ Nach dem Krieg, der Onkel war aus dem KZ zurück, fiel jener Denunziant die Treppe hinauf, wurde Produktionsleiter bei VW.

Mainspitze 19.05.2016 von Michael Wien



Ehemalige Zwangsarbeiterinnen vor dem Opel-Denkmal

Rüsselsheim: Hauptmann-Schüler recherchieren zu Opel-Zwangsarbeitern

„Ich bekomme wieder Gänsehaut“, berichtet Israa Bouzayen. Am Samstag, 21. Mai, wird der Kölner Künstler Gunter Demnig ab 15 Uhr vor dem Opel-Portal eine „Stolperschwelle“ einsetzen, zum Gedenken an etwa 7000 Zwangsarbeiter, die hier in der Nazi-Zeit ausgebeutet wurden. Israa Bouzayen hat mit vier weiteren 15 und 16 Jahre alten Gerhart-Hauptmann-Schülern den Lebenslauf je eines russischen Zwangsarbeiters recherchiert, im Stadtarchiv und im Darmstädter Staatsarchiv. Jene fünf Menschen sahen ihre Heimat nie wieder. Sie gehören zu jener bis heute nicht ermittelten Zahl von Verschleppten, die hier bei Bombenangriffen oder in Arbeits- und Konzentrationslagern, in die man sie weiterreichte, getötet wurden.

Der Geschichtslehrer Frank Häußler hatte vor einem Jahr auf einen Aufruf der „Stolperstein“-Initiative reagiert und einen Wahlpflichtkurs Geschichte zu diesem Thema angeboten. Neben Israa Bouzayen würden seither Kristine Berkovic, Nico Hampl, Hayrunnisa Demirez und Sebastian Floßdorf weit mehr Zeit und Herzblut für Recherchen, Auswertung und Dokumentation geben, als in einem Wahlpflichtkurs üblich, freut sich Häußler. Und auch Hans Zinkeisen, Mitglied der „Stolperstein“-Initiative, lobt diesen Einsatz. Die Jugendlichen, so alt wie seinerzeit die jüngsten Zwangsarbeiter, seien Hoffnungsträger. Einsatz und Einfühlung entsprechen genau dem, was sich die Initiative wünscht.

Zeitzeugen gebe es kaum noch. Umso wichtiger sei es, dass sich Menschen finden, die das Geschehene anhand schriftlicher Zeugnisse aufarbeiten, Opfer aus der Anonymität befreien. Nachfolger könnten wiederum dort weitermachen, wo ihre Arbeit endet. Man müsse sich mit dem Thema auseinandersetzen, um eine Wiederholung solcher Verbrechen zu verhindern. Zinkeisens Vater leistete Widerstand gegen die Nazis und wurde drei Jahre im KZ Buchenwald, drei im Zuchthaus in Butzbach gefangen gehalten, dann in ein Strafbataillon gesteckt. 1948 erlag er Folgen dieses Unrechtes. Häußlers Großvater war als Zwangsarbeiter nach Württemberg verschleppt worden. Als ehemaliges Mitglied der Wlassow-Armee konnte er 1945 unmöglich in die Heimat zurück. Er gründete hier eine Familie.

Schweigen gebrochen

Die aus dem Baltikum stammende Schülerin Kristine Berkovic hat solche Verbindungen in die Geschichte nicht. Doch öffneten ihre Berichte über die Recherche fünf exemplarischer Lebensläufe für die „Stolperschwelle“ jetzt ihren Großeltern den Mund. Sie können seither über die Belagerung Leningrads und andere Greuel nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion sprechen. Nico Hampl wurde weder in der Familie, noch von Mitschülern oder Freunden auf seine Ermittlungen angesprochen. Niemand setze sich gern mit finsternen, negativen Dingen auseinander, sagt er. Wie seine vier Gefährtinnen und Gefährten wird auch er die Erfahrung dieser Recherche nicht vergessen. Bei der Einsetzung der Schwelle werden sie ihre Ergebnisse öffentlich vorstellen. Dass sie die Chance hatten, jeweils die Geschichte eines Menschen zu ermitteln, soweit Unterlagen nicht von Nazis vernichtet wurden, im Bombenhagel verbrannten oder später „verschwunden“ sind, hat eine Verbindung zu jenem

Opfer möglich gemacht. Israa Bouzayen berichtet: „Ich habe einer Freundin die ‚Stolpersteine‘ gezeigt, an denen wir früher vorübergingen, ohne zu wissen, was sie bedeuten. Und wenn ich bei Opel vorbeikomme, werde ich nun immer auch an diese Zwangsarbeiter denken.“

Mainspitze 13.05.2016 von Michael Wien



Enthüllung nach 75 Jahren:

Ein Rüsselsheimer überlebt Auschwitz

von Rolf Strojec

Er war Rüsselsheims einziger Auschwitz-Häftling. Er überlebte mehrere Todesmärsche und zwei weitere KZs. Er erlebte das Kriegsende und starb dennoch an den Spätfolgen der erlittenen Strapazen. Dass dieses Schicksal bis heute nicht erforscht wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Stand der Erinnerungsarbeit der Stadt Rüsselsheim. Schließlich war sein Name als verfolgter Jude bekannt, ausreichend Archive zugänglich. Jetzt konnte in mehrmonatiger Arbeit dieses Aufsehen erregende Leben durch Privatinitiative nachgezeichnet werden: Es geht um das Leben und Sterben des Rüsselsheimer Juden Bernhard Nachmann aus der Mainzer Straße 8.

1913 – 1933: Jugend, Schule und Ausbildung in Rüsselsheim

Bernhard Nachmann wird am 3. März 1913 als Sohn von Emanuel und Ida Nachmann in Rüsselsheim geboren. Er hatte einen Bruder (Martin) und eine Schwester (Edith). Von 1919 bis 1922 besucht er die Grundschule in Rüsselsheim. Zwischen 1922 und 1929 machte er den Realschul-Abschluß in der Realschule in der Schulstr. (Sekunda-Reife)¹. Danach absolviert er eine kaufmännische Ausbildung bei Opel.

Er war Mitglied im RRK Rüsselsheim, wo wir ihn 1930 auf einem Foto als Steuermann in einem Vierer finden, etwas später auf einem Foto mit seinem jüdischem Nachbarn Marcel Neumann. Auch an geselligen Veranstaltungen des Clubs nimmt er teil.² Insgesamt lassen sich die Nachmanns vor 1933 als eine allgemein angesehene Familie in der Stadt beschreiben.

1933 – 1935: Ausgrenzung in Rüsselsheim

Die Familie Nachmann hatte in Rüsselsheim einen florierenden mittelständischen Betrieb im Fahrrad- und Automobilbereich mit 50 Beschäftigten aufgebaut. Ab 1933 ist der wirtschaftliche Niedergang und die Ausgrenzung der Nachmanns durch Judenboykott und Auftragsstornierungen durch die Firma Opel und die Fahrradfirma Dürrkopp nachgewiesen worden (siehe S.12 ff).³

Ab 1934 erkennen die Nachmanns, welche Gefahren auf ihre Glaubensgemeinschaft zukommen und reagieren frühzeitig. Sie schrumpfen gezwungenermaßen und konzentrieren den Rest des Unternehmens auf ihrem von Benny Adler erworbenen Grundstück in der Mainzer Str. 8. Allerdings mit einer Neuerung: Eine Ausbildungswerkstatt für Handwerksberufe, die Menschen die notwendigen beruflichen Fertigkeiten vermittelt, um ins britische Protektorat nach Palästina auswandern zu können. Dafür konnten sie als anerkannten Ausbilder den Rüsselsheimer Handwerksmeister Ernst Hüter gewinnen. Dies folgt dem Trend bei einem Teil der deutschen Juden, sich durch Sprachkurse, Umschulung und handwerkliche Ausbildung bewusst auf die Emigration und das Leben fern ihrer deutschen Heimat vorzubereiten.



Bernd Nachmann 1947

Foto Archiv Rolf Strojec

In diesem Projekt dürften sich auch die weitsichtigen Ideen und Anregungen von Bernhard Nachmann niedergeschlagen haben. Denn in einem Brief seines Bruders Martin aus dem Kibbutz in Israel anlässlich seines Todes heißt es: „Für uns alle ist Bernd als Held gestorben. Vielen hat er in die Freiheit verholfen und er ist für die Freiheit gestorben.“⁴

Mehr als 350.000 Juden entgehen nach 1933 der Verfolgung durch erzwungene Vertreibung und Flucht aus Deutschland auf verschiedensten Wegen.

Bernhard arbeitet zunächst noch als Angestellter mit 250 RM Monatsgehalt bei Opel Rüsselsheim. Doch 1935 wird er als Jude von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) denunziert und von Opel entlassen. In seinen Karteikarten beim britischen Militär in Bergen-Belsen 1945 bezeichnet er sich als „Last jewish employee, denounced by D.A.F. representant“⁵. Wie bei seinem Vater wird auch sein Lebensweg in der Folge

durch Nazis und die Mitschuld der Firma Opel mehr und mehr zerstört.

1936 - 1943: Ausweichen und Untertauchen in Berlin

Nach dieser Erfahrung und der Verschärfung durch die Nürnberger Rassengesetze 1935 weicht er wie viele Juden aus ländlichen Kleinstädten in die scheinbar sicherere Anonymität der Großstädte aus: Sein Vater Emanuel versucht es mit einer Fahrschule in Frankfurt, Bernhard geht nach Berlin und wird sogar Service-Leiter beim Opel-Händler Koehler in der Köpenickerstraße.⁶

Hier arbeitet Bernhard bis 1938 für ca. 350 RM Monatsgehalt für die Opel-Händlerorganisation. In Berlin erreichen ihn die schrecklichen Nachrichten von der Einlieferung seines Vaters ins KZ Buchenwald in Folge der Reichspogromnacht 1938 und der zwangsweisen Auflösung der erfolgreichen Fahrschule in Frankfurt. Ob er auch über die Deportation seiner Eltern 1942 (von Frankfurt nach Majdanek) informiert war, lassen die Quellen nicht erkennen. Seit im Oktober 1941 offiziell die Deportationen aus Deutschland begonnen haben, ist er selbst in einen zähen Überlebenskampf verwickelt. Er arbeitet bis Februar 1943 in verschiedenen Jobs bei immer niedrigeren Löhnen in wechselnden Firmen um ca. 200 RM. Unter anderem als Mechaniker und 1938/39 als Verkäufer bei Wertheim. 1941 ereilt ihn das Schicksal vieler Juden in Berlin: Er wird als Zwangsarbeiter in einem kriegswichtigen Betrieb verpflichtet. Bei der Firma Holzbau Berlin muss er für einen Stundenlohn von 80-90 Pfennig bei der Herstellung von Holzbaracken anpacken: Zuerst im Werk Köpenick, nach der Auflösung dieses Werkes in Lichtenberg.⁷ Ende 1942/ Anfang 1943 wird die Lage immer gefährlicher, weil die Nazis jetzt genügend Zwangsarbeiter aus dem Ausland herangeführt haben, um die sog. „Rüstungsjuden“ zu ersetzen. Seit Dezember 1942 ist den 200 Firmen in Berlin, die solche kriegswichtigen Juden beschäftigen, vertraulich bekannt gemacht worden, daß Ende Februar deren Beschäftigung auslaufen wird. Es droht die nächste große Deportationswelle. Glücklicherweise gab es eine Reihe undichter Stellen in den Betrieben und Bernhard erfährt von diesen Plänen: Er trifft eine riskante Entscheidung und taucht am 20. Februar 1943 unter. Erste Helferin und Freundin ist ihm dabei Margit Schenk in der Werderstr. 3-4, bei der er jetzt illegal lebt. Sie schildert ihn in einem späteren Brief aus ihrer schwedischen Emigration als eine unvergessliche, beeindruckende Persönlichkeit. Sein Motto sei immer gewesen: „Man darf den Mut nicht verlieren und den Kopf immer oben behalten“⁸ In Schenks Wohnung wird er durch Willi Graßmann, Jean Böttcher und seinen Fahrer Willi Füllhorn öfter aufgesucht und mit Lebensmitteln unterstützt.⁹ Diese stehen für die wenigen Deutschen, denen menschlicher Anstand mehr bedeutete als die Treue zu einem Verbrecherstaat. In Deutschland überleben dank solcher Unterstützung etwa 5.000 in die Illegalität Untergetauchte, davon über 1.700 in Berlin.¹⁰

1943 -1945: Deportation nach Auschwitz und Zwangsarbeit für die IG FARBEN

Trotz aller Umsicht wird er bei einer Großrazzia im Rahmen der sog. „Fabrikaktion“ am 28. Februar 1943 in Berlin verhaftet. Bernhard wird zusammen mit 314 Verhafteten mit dem Transport Nr. 39 am 28.6.1943 von Berlin nach Auschwitz deportiert. Die zynischen Transportlisten vermerken: 346 Juden und unerwünschte Elemente (117 Männer und 93 Frauen werden als Häftlinge registriert, 136 werden der „Sonderbehandlung“ zugeführt und sofort umgebracht).¹¹

Das Schicksal der Deportation teilt Bernhard mit über 165.000 deutschen Juden, die von 1941-1945 in die



Die IG-Farben-Werke in Auschwitz-Monowitz

Vernichtungslager und Ghettos der deutsch besetzten Gebiete Polens und der Sowjetunion deportiert wurden. Der Schrecken steigert sich zur Katastrophe. Er überlebt die Selektion bei der Ankunft im Stammlager Auschwitz I und wird als Zwangsarbeiter ins Werk Auschwitz-Monowitz III überführt, um dort für die I.G-Farben zu schuften. Hier hatte Ende Oktober 1942 die I.G. Farben (Europas größter Rüstungskonzern) ihr firmeneigenes Konzentrationslager Buna/Monowitz im Auschwitz-Komplex eröffnet. Meist jüdische Häftlinge wurden unter unsäglichsten Bedingungen bei der Produktion von synthetischem Kautschuk (Buna) und Hochleistungs-Treibstoffen (u.a. Flugbenzin und Heizöl für die Marine) als Zwangsarbeiter eingesetzt. Einziges Kriterium in dieser Fabrik: Arbeitsfähigkeit oder Tod. Die meisten der 25.000 bis 30.000 Häftlinge des KZ Buna/Monowitz gingen an der miserablen Ernährung und Kleidung und den harten Arbeitsbedingungen zugrunde oder wurden auf der Baustelle ermordet. SS und IG-Farben Vorgesetzte schickten bei regelmäßigen Selektionen wegen Arbeitsunfähigkeit Tausende in die Gaskammern des Lagers Birkenau. Bernhard überlebt auch diese Hölle, bis Anfang 1945 die Evakuierung des Lagers durch den erfolgreichen Vormarsch der Roten Armee ansteht.

1945: Todesmärsche und Befreiung



Denkmal in Monowitz zur Erinnerung an die Vernichtung durch Arbeit bei der IG-Farben

Am 18.1.1945 wird er in die sog. „Todesmärsche“ bei der Evakuierung des KZ Auschwitz gezwungen. Von Januar bis März 1945 verlegte die SS auf Todesmärschen und in Bahntransporten 16 000 Insassen der Konzentrationslager Auschwitz und Groß-Rosen in das KZ Mittelbau und Dora im Harz. Tausende starben schon unterwegs, alle übrigen kamen völlig entkräftet und halb erfroren an. So wie es sein Mithäftling Franz Unikower schilderte, dürfte es



Zeichnung: Todesmarsch von Alfred Glück / YadVashem

auch Bernhard ergangen sein, der am 18. Januar in einen Todesmarsch gezwungen wird:

„Wir waren am 18. Januar am Nachmittag von Monowitz abmarschiert, die ganze Nacht hindurch und stießen in Nikolai (Mikolow) auf die Marschsäule aus Fürstengrube. Der Fußmarsch von Nikolai bis Gleiwitz dauerte ungefähr noch 9 Stunden. Wer nicht mitkonnte, wurde sofort erschossen. Die SS aus den Lägern war verstärkt worden durch sogenannten Wlassow-Leute, die aus der Ukraine stammten. Der Marsch war sehr anstrengend, der Boden hart gefroren, wir waren schlecht angezogen und hatten Hunger, auch sehr schlechtes Schuhwerk. Die genaue Zahl der Marschierenden kann ich nicht angeben, schätze sie aber bei der Ankunft in Gleiwitz auf etwa 18000. Es trafen immer noch neue Außenlager dazu, auch in Gleiwitz. Dort wurde willkürlich verladen, d.h. die ersten etwa 6000 Mann wurden auf offene Waggons verladen und kamen nach Buchenwald. Die Wagen waren so voll, daß wir Kopf an Kopf standen. Wir waren 7 Tage und 7 Nächte unterwegs und erhielten einmal hartgefrorenes Brot und mehrere Mann zusammen eine Konserve... Im ganzen haben wir auf den rd. 7 Tagen des Transportes etwa ein Drittel der Leute verloren. Sie wurden meistens während der Fahrt über die Bordwände geworfen.“ Ankunft im Konzentrationslager Mittelbau-Dora am 28. Januar 1945.“¹²

Bernhard erlebt, wie sich durch den Anstieg der Häftlingszahlen die Lebensbedingungen im KZ Mittelbau drastisch verschlechtern. Drei Monate schafft er es die Sklavenhalter-Verhältnisse bei der V 2-Produktion in Mittelbau-Dora zu überstehen. Er wie andere Häftlinge, die dies überlebten, wurden kurze Zeit später erneut auf Todesmärsche und Räumungstransporte getrieben, als sich Anfang April 1945 die amerikanischen Truppen näherten. Die meisten Todesmärsche hatten das Konzentrationslager Bergen-Belsen zum Ziel. Auf dem Weg erschossen SS-Angehörige Tausende Häftlinge, die entkräftet zusammengebrochen waren. Bernhard Nachmann überlebt auch diese Tortur und kommt lebend im KZ Bergen-Belsen an. Hier wird er unter der Häftlings-Nr. 127062 registriert. In Bergen-Belsen wird er Zeuge der totalen Verbrechen der Nazis im Endstadium ihres Untergangs. Aber er erfährt auch – wie ein Wunder – seine eigene Befreiung am 15.4.1945 durch britische Truppen. Diese übernehmen nach der medizinischen Untersuchung die langfristige Fürsorge und Betreuung für einen durch KZ-Haft schwer geschädigten Menschen. Der allgemeine Begriff dafür ist „Care“.

1945-1952: Kampf um die Gesundheit

Nach der Befreiung wird Bernhard erst einmal im Hospital für Displaced Persons (DP) in Celle behandelt. Nach seiner Entlassung kehrte er nach Berlin zurück. Dort versucht er in einen normalen Alltag zurückzufinden.

Er erhält einen Ausweis als „Verfolgter des Faschismus“ des Berliner Magistrats. Die Briten finden ihn des „rechtlichen und politischen Schutzes“ für würdig.¹³ Ab 1947 verschlechtert sich seine Gesundheit und seine im KZ zugezogene offene TBC-Krankheit muss intensiver behandelt werden.

Seine Schwester Edith Oppenheimer ist zwischenzeitlich in die USA (über New York nach New Orleans) ausgewandert. Auch er gibt an mit „Affidavit“ (Bürgerschaftserklärung) in die USA auswandern zu wollen¹⁴, ist aber für die Reise zu krank: „Er ist registriert mit HIAS für eine Übersiedlung in die USA aber unfähig zu reisen“ (Hebrew Sheltering and Immigration Aid Society (HIAS)).¹⁵ Er spricht drei Sprachen: deutsch, englisch und etwas französisch.

Es ist dies auch die Zeit, in der Bernhard persönliche Konsequenzen aus den Verfolgungen durch die faschistischen Deutschen zieht. Er ändert seinen Vornamen vom germanisch klingenden Bernhard in Bernd und ist auch unter diesem Namen beerdigt.¹⁶

Er lernt in diesem Jahr in Berlin Edith Riedel kennen, die er am 29. März 1950 in Lohheide bei Celle heiratet. Sie begleitet ihn auf allen Krankenstationen. Ediths Familie kam aus Cottbus, der Vater war später Abteilungsleiter im Kaufhaus Wertheim in Berlin, wo auch Edith gelernt hatte und arbeitete.

Februar bis Dezember 1948 verbringt er im Carl von Ossietzky-Sanatorium im Südharz. Ihm wird 100%ige Erwerbsminderung bescheinigt, er bleibt weiterhin „sanatoriumbedürftig“. Im Februar 1949 wechselt er in das Glynn-Hughes-Hospital Bergen-Belsen der Briten. Er magert auf 53 kg ab. Ab Februar 1950 ist er im DP-Lager Bergen-Hohne registriert.

Im Juli 1950 wird er ins britische Camp Upjever nach Friesland verlegt. Die chemotherapeutische Behandlung begleiten schwere Asthma-Anfälle.

Wie offen auch fünf Jahre nach der Befreiung die Wunden bei den ehemals jüdischen Verfolgten noch liegen zeigt das Reglement in Upjever. Das Camp verfügte über ein eigenes Hospital, in dem auch nichtjüdische deutsche Ärzte und Schwestern beschäftigt waren. Kontakte zur einheimischen Bevölkerung rund um den Militärflugplatz gab es für die Camp-Bewohner nur beschränkt, in erster Linie durch den sich aufbauenden Tauschhandel. Deutsche Behörden und Polizei hatten auf dem Gelände und auf die Bewohner keine Zugriffsrechte, da diesen traumatisierten Überlebenden des Holocaust ein solcher Kontakt mit Amtspersonen aus dem Land der Täter erspart bleiben sollte.

Bernhards Leidensweg durch Kliniken nimmt kein Ende. Ende Juni 1951 erfolgt seine Verlegung ins Servatiusstift in Augsburg, dann über das DP-Camp Föhrenwald bei Wolfratshausen (das er in einem Brief einen „Saustall“ nennt) ins Staatliche TBC-Sanatorium Gauting bei München. Dort attestieren ihm die Ärzte „dauerhaft nötige Sanatoriumsbehandlung“. Bernd und Edith machen noch gemeinsame Ausflüge und setzen ihre Hoffnung in anstehende Operationen. Dabei wird er immer noch als heiter, sachlich und unaufgeregt geschildert. Sein unerschütterlicher Lebensmut und Witz in schweren Zeiten zeigt auch folgende Anekdote: „Warte kurz, ich muss schnell nach Davos fahren“ war ein oft zitierter Ausspruch von ihm. „Nach Davos fahren“ bedeutete, dass er nicht mehr richtig atmen konnte und dringend sein Atemgerät brauchte.

Nach zwei Operationen stirbt Bernd im Alter von nur 39 Jahren am 16.12.1952 in Gauting. Der Grabstein auf dem jüdischen Friedhof des Hospitals zeigt unmissverständlich seinen letzten Willen: Hier ruht Bernd Nachmann, der einmal hoffnungsvoll als Bernhard, Sohn Rüsselsheimer Handwerker, ins Leben aufgebrochen war. Im Schicksal der Nachmanns spiegelt sich alles, was wir über den Holocaust wissen: In deutschem Namen ausgegrenzt und verfolgt, in alle Erdteile vertrieben, eingesperrt und ermordet. Insgesamt 14 Mitglieder der Großfamilie, die ursprünglich aus Wiesbaden-Nordenstadt stammte, werden im NS-Staat ermordet. Bernd Nachmann ist mit Verspätung sein fünfzehntes Opfer.

Ab 1952: Entwürdigende Kämpfe um Entschädigung

Es liegt jetzt allein bei Edith für späte Gerechtigkeit zu sorgen. Kurz vor seinem Tod hatte Bernd noch angesichts anstehender Entschädigungsforderungen geklagt: „Da ich infolge meiner KZ-Zeit seit 1947 schwer tuberkulosekrank bin und fast die ganze Zeit außerhalb Berlins in Krankenhäusern bettlägerig verbringe, ist es mir nicht möglich die Anträge ordnungsgemäß einzusenden“¹⁷ Doch am 31.10.1952 bringt er endlich einen Entschädigungsantrag auf den Weg, der seine Witwe Edith die nächsten 10 Jahre beschäftigen wird. Seine Ansprüche bzw. die seiner Erbin werden in 4 verschiedene Prozesse aufgespalten, in denen spürbar wird, daß in den Amtsstuben wieder viele ehemalige Nazis entscheiden. Doch gibt es auch einen kleinen Teilerfolg: Allerdings ist es fraglich, ob eine Entschädigung von 5 DM pro Tag für „Schaden an Freiheit“ im KZ Auschwitz als Erfolg bezeichnet werden kann. Insgesamt 3925 DM spricht das Entschädigungsamt Berlin seiner Erbin 1953 zu, und zwar für Schaden an Freiheit durch rassistische Verfolgung wegen Illegalität in Berlin vom 20. Februar bis 13. April 1943 und für KZ-Haft vom 13. April 1943 bis 15. April 1945. Immerhin eine zeitnahe Entscheidung.¹⁸

Dagegen muss Edith zweimal vor Gericht ziehen, um ihre Ansprüche aus der Ermordung der Schwiegereltern Emanuel und Ida Nachmann einzufordern. Zusammen mit Bernd's Bruder Martin aus einem Kibbutz in Israel betreibt sie diese Forderungen, bis der Regierungspräsident Darmstadt ihr 1957 mitteilt: sie sei als Schwiegertochter nicht „entschädigungsberechtigt“¹⁹. Über Feststellungsklage 1958 und neuen Prozeß 1960 wird dieser Entscheid aufgehoben und sie erstreitet wenigstens 3841 DM für die Ermordung der Nachmanns.²⁰

Nicht zum Zuge kommen ihre Bemühungen über den bekannten Frankfurter Rechtsanwalt Henry Ormond, Entschädigung für die durch Bernd im KZ Auschwitz-Monowitz verrichtete Zwangsarbeit zugunsten der deutschen Industrie durch die IG Farben einzuklagen.²³ Hier fällt insgesamt auch bei heutigen Staats- und Schulbesuchen in Auschwitz die vernachlässigende Behandlung des Themas „Zwangsarbeit, IG-Farben und deutsche Industrie“ auf. Ormond hatte für seinen auch in Auschwitz-Monowitz inhaftierten Klienten Henry Wollheim 1953 erstmals ein individuelles Schmerzensgeld von den IG-Farben Nachfolgern erstritten: Dies führte dann in der Revision zu einem erstmaligen, minimalen Entschädigungsfond für Zwangsarbeiter von 30 Millionen DM durch die IG Farben 1957 (unter Ausschluß aller Osteuropäer, der „Nationalverfolgten“ aus Westeuropa, vieler politisch Inhaftierter)²¹ Historiker gingen dagegen von möglichen Gesamtansprüchen in Höhe von 60-80 Milliarden DM aus. Für ihren Fall lernt Edith jetzt die Verlogenheit und Doppelmoral der Fünfziger Jahre kennen. Ebensovienig wird das Schicksal ihres Mannes und seiner Familie in seiner Heimatgemeinde Rüsselsheim zum Thema, geschweige denn aufgearbeitet.

Er wurde einfach vergessen. Sie lebt seitdem in München und stirbt dort am 10.12.2000. In ihrer Trauerrede findet sich zum Abschluss ein Zitat Heinrich Heines, das sowohl auf das Leben von Edith wie von Bernd Nachmann zutrifft: „Unter jedem Grabstein liegt eine Weltgeschichte“.



Edith Riedel kämpfte mehr als 10 Jahre um Würde und Gerechtigkeit für ihren Mann. Ihrer Nichte Gabriele Riedel war es vorbehalten wichtige Dokumente dieser Zeit aufzubewahren und der Forschung zugänglich zu machen.

Exkurs: Briefe und Hinweise auf den Verbleib bisher verschollener Rüsselsheimer Juden

Eine Auswertung der hinterlassenen Briefe aus aller Welt ergibt viel Persönliches, zeigt aber auch den starken Zusammenhalt der Rüsselsheimer jüdischen Familien über das Kriegsende hinaus.²² Man weiß wer in welchen Ländern lebt, hat gelegentlich Austausch und kennt die allgemeinen gesundheitlichen Befindlichkeiten. Außer der direkten Verwandtschaft in New Orleans (über Schwester Edith) und Bruder Martin im israelischen Kibbutz, werden immer wieder die Namen Neumann und Wolfeiler genannt. Briefe aus Südafrika, den USA, Israel, Schweden und Deutschland liegen vor. Sie geben z.T. auch Aufschluß über das bisher unbekanntes Schicksal von Rüsselsheimer Juden. Luise Stern –die Witwe des 1944 in Kapstadt an einer Herzattacke verstorbenen Kantors Sami Stern– berichtet aus Südafrika, daß ihre Tochter Alice dort lebt, geheiratet und eine Tochter Loretta geboren hat. Auch ihr Sohn Kurt Stern lebt als Junggeselle bei ihr in Kapstadt. Luise kann die Ermordung ihrer Tochter Irma und deren Mannes im KZ Groß-Rosen noch immer nicht ertragen, die in die „große Armee“ da oben eingegangen seien.

- 1 Nach eigene Angaben in den britischen Akten zu Nachmann, Bernhard in Arolsen Archives(CM/1 Akten aus Deutschland) und Mitteilung des Direktors des Realgymnasiums Rüsselsheim an RA von Ramdohr 1955, Archiv Rolf Strojec
- 2 Chronik und Fotos des Rüsselsheimer Ruder Klubs 1930 unter www.rrk.de
- 3 Strojec, Rolf , Rüsselsheim setzt Stolpersteine, S.22 , Rüsselsheim 2012 und HHSTAWi Abt.518 Nr.41273 Entschädigungsakte Emanuel Nachmann
- 4 Brief Martin Nachmann an Edith Nachmann vom 28.12.1952 in Nachlass Nachmann /Archiv Rolf Strojec
- 5 Nach eigene Angaben in den britischen Akten zu Nachmann, Bernhard in Arolsen Archives. Er bekam als entlassener Jude auch keine andere Stelle in anderen Ländern bei General Motors, wie Turner verallgemeinernd unrichtig in „GM und die Nazis“ behauptet (CM/1 Akten aus Deutschland)
- 6 Schreiben Rechtsanwalt Wilken v. Ramdohr/München an Entschädigungsamt Berlin / III C 57, Reg. Nr. 29407 vom 12.7.1960, Nachlass Nachmann , Archiv Rolf Strojec))
- 7 Eigene Angaben in den britischen Akten zu Nachmann, Bernhard in Arolsen Archives sowie eidesstattliche Erklärungen in Nachlass Nachmann /Archiv Rolf Strojec
- 8 Brief Margit Schenck an Edith Nachmann 1952, in Nachlass Nachmann /Archiv Rolf Strojec
- 9 Eidesstattliche Erklärungen in Nachlass Nachmann / Archiv Rolf Strojec
- 10 Kosmala, Beate, Die neue Gedenkstätte Stille Helden, in: https://www.gedenkstaettenforum.de/uploads/media/GedRund150_15-19.pdf
- 11 <http://www.tenumbergreinhard.de/Transportlisten-der-Deportierten>
- 12 Bericht des ehemaligen Häftlings Unikower, Franz, in: <http://www.tenumbergreinhard.de>
- 13 Karteikarte Bernhard Nachmann, in Arolsen Archives (CM/1 Akten aus Deutschland)
- 14 Karteikarte Bernhard Nachmann, in Arolsen Archives (CM/1 Akten aus Deutschland)
- 15 Karteikarte Bernhard Nachmann, in Arolsen Archives (CM/1 Akten aus Deutschland)
- 16 Visitenkarte Bernd Nachmann 1947, Nachlass Bernd Nachmann, Archiv Rolf Strojec
- 17 HHSTAWi Abt.518 Nr.41273 Entschädigungsakte Emanuel Nachmann
- 18 Bescheid Nr. 20769 Entschädigungsamt Berlin B 0730/303/637, Archiv Rolf Strojec
- 19 RP Darmstadt-Entschädigungsbehörde 24.7.1957
- 20 RP Wiesbaden Entschädigungsbehörde V3-14198/13/I/-/Na vom 2.11.1960, Archiv Rolf Strojec
- 21 Katharina Stengel: Konkurrenz um verknappte Mittel, Jüdische, polnische, kommunistische Auschwitz-Häftlinge in den Verhandlungen zum Wollheim-Abkommen, in : www.wollheim-memorial.de
- 22 Briefe im Nachlass Bernd Nachmann, Archiv Rolf Strojec
- 23 Briefwechsel Ormond, Archiv Rolf Strojec



Mainspitze und Groß-Gerauer Echo 07.03.2020

Von Rüsselsheim in die Hölle von Auschwitz und zurück

Der Rüsselsheimer Bernd Nachmann, Sohn einer jüdischen Unternehmerfamilie und gelernter Opelener, kam 1943 ins Vernichtungslager Auschwitz und überlebte.

Von Daniel Baczyk
Stellvertretender Redaktionsleiter Main-Spitze, Groß-Gerauer Echo

RÜSSELSHEIM - An der Rampe von Auschwitz-Birkenau verdichtet sich die Barbarei der Nazi-Herrschaft auf wenige Sekunden. Es ist der Zeitraum, in dem ein SS-Arzt einen Blick auf den einzelnen Menschen wirft, der soeben gemeinsam mit Hunderten anderen nach tagelanger Zugfahrt aus Güter- oder Viehwaggons ans Tageslicht geholt wurde. In einer Reihe treten sie nacheinander vor ihm an, verständnislos, verängstigt. Es geht zack-zack-zack. Der sogenannte Arzt schickt sie nach dem äußeren Eindruck mit einer Handbewegung in zwei neue Reihen: Zwangsarbeit und vorläufiges Weiterleben oder sofortiger Tod im Gas. Mehr als eine Million Menschen sind durch diese Selektionen gegangen - so oder so ein Vorhof zur Hölle. Unter ihnen war, wie erst jetzt bekannt wird, ein junger Mann aus Rüsselsheim. Dass Bernhard (Bernd) Nachmann, ehemaliger Opelener und Sohn eines stadtbekanntes Unternehmers, 1943 in das Konzentrationslager deportiert wurde und nicht nur dessen Menschenvernichtungsmaschinerie überlebte, sondern auch mehrere Todesmärsche für KZ-Häftlinge in den letzten Kriegstagen, das hat der Lokalhistoriker und Bildungswerk-Betreiber Rolf Strojec durch Archivrecherchen und Informationen von Angehörigen Nachmanns herausgefunden. 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz geht er mit den Ergebnissen seiner Spurensuche an die Öffentlichkeit.

„Dass dieses Schicksal bis heute nicht erforscht wurde, erklärt Strojec, „wirft ein bezeichnendes Licht auf den Stand der Erinnerungsarbeit der Stadt Rüsselsheim. Niemand ist systematisch in die Archive gegangen.“

Stolpersteine gedenken an Eltern Nachmanns

Strojec ging in die Archive. Fündig wurde er in Nordhessen: In den Arolsen Archives - Internationales Zentrum über NS-Verfolgung, wo unter anderem erhaltene Unterlagen aus den KZs aufbewahrt werden - entdeckte er zehn Karteikarten mit dem Namen Bernhard Nachmann. „Dank der Briten“, sagt Strojec. Sie waren es, die am 15. April 1945 mit der Befreiung des Lagers Bergen-Belsen auch den dorthin gelangten

Rüsselsheimer Nachmann von seinen Peinigern erlösen und Unterlagen über ihn anfertigten. So lässt sich sein Lebenslauf in Umrissen nachzeichnen.

Das Schicksal der Familie Nachmann ist bereits seit dem Beginn der von Rolf Strojec mitbegründeten Stolperstein-Initiative recht gut dokumentiert. 2010 wurde für die Eltern Ida und Emanuel Nachmann ein Stolperstein vor ihrem letzten frei gewählten Wohnsitz in der Mainzer Straße 8 verlegt. Emanuel Nachmann war in der Rüsselsheimer Innenstadt unter anderem als Opel-Händler, Fahrradhersteller, Fahrlehrer und Taxiunternehmer tätig. Das jüdische Ehepaar wurde 1942 von der SS im KZ Lublin-Majdanek ermordet. Der älteste Sohn Bernhard (seine Geschwister waren Edith und Martin) beginnt nach dem Schulabschluss eine Lehre bei Opel und arbeitet dort bis 1935. Zwei Jahre nach Hitlers Machtergreifung wird er als Jude denunziert und entlassen. Er sei der letzte jüdische Beschäftigte bei Opel gewesen, erinnert sich Nachmann nach Kriegsende. Er zieht nach Berlin und lebt dort noch einige Jahre weitgehend unbehelligt.

Ungebrochener Lebensmut beeindruckt die Freundin

Mit Beginn der Deportationen aus Deutschland in den frühen 1940er Jahren beginnt Bernhard Nachmanns Überlebenskampf. Der gebürtige Rüsselsheimer wird zur Zwangsarbeit verpflichtet. Als auch ihm der Transport ins KZ droht, taucht er im Februar 1943 unter. Kurzzeitig lebt er illegal bei seiner Freundin Margit Schenk. Die zeigt sich rückblickend in einem Brief beeindruckt von seinem ungebrochenen Lebensmut. „Man darf den Mut nicht verlieren und muss den Kopf immer oben behalten“, das sei sein Motto gewesen.

Doch die optimistische Grundhaltung ist kein Schutz gegen die Verhaftung bei einer Großrazzia Ende Februar 1943. Im Juni wird er nach Auschwitz deportiert - laut Transportlisten mit 345 Schicksalsgenossen. 117 Männer und 93 Frauen werden an der Rampe als Häftlinge registriert, 136 Alte, Mütter und kleine Kinder sofort ermordet. Bernhard Nachmann überlebt eineinhalb Jahre Zwangsarbeit für die IG Farben im KZ Monowitz, einem Teil des Auschwitz-Lagerkomplexes. Als die Rote Armee Anfang 1945 in ihrem



Bernd Nachmann stammt aus einer Rüsselsheimer Unternehmerfamilie; sein Vater verkaufte unter anderem Fahrräder. Nach der Befreiung aus KZ-Haft heiratete Nachmann Edith Riedel. Den schriftlichen Nachlass hat Rolf Strojec ausgewertet. Foto: Stadtarchiv Rüsselsheim/Archiv Rolf Strojec

Vormarsch näher kommt, treiben SS-Männer 16 000 unterernährte Gefangene auf Todesmärsche Richtung Westen. Viele überleben die Tortur nicht; wer nicht mehr mitkommt, wird sofort erschossen. Nachmann gelangt am 28. Januar ins KZ Mittelbau-Dora im Harz. Im April übersteht er noch einen zweiten Todesmarsch ins KZ Bergen-Belsen, das britische Truppen am 15. April besetzen.

NS-Terror hinterlässt seine Spuren

Die Befreiung ist zweifellos eine Erlösung, doch sie bedeutet für viele noch lebende KZ-Häftlinge nicht automatisch das Ende ihrer Leiden durch den NS-Terror. Das gilt auch für Bernhard Nachmann, der zunächst im „Hospital for Displaced Persons“ in Celle behandelt wird. Bei ihm wird eine offene Tuberkulose diagnostiziert. Für eine ins Auge gefasste Ausreise in die USA, wo bereits seine Schwester Edith lebt, ist er zu schwach. Für ihn beginnt eine mehrjährige Odyssee durch verschiedene Kliniken und Sanatorien in Deutschland. „In Arolsen kam ich auch auf die nächste Spur“, erzählt Rolf Strojec. „Die Heirat.“ 1947 lernt Bernhard Nachmann - der seinen Vornamen jetzt auf Bernd verkürzt, um weniger germanisch zu klingen - Edith Riedel kennen, die ihn auf seinem weiteren Weg begleitet. Im März 1950 werden beide ein Ehepaar.

Früher Tod trotz Optimismus

Fotos zeigen Bernd Nachmann als gut aussehenden Mann. Das Erlebnis des Holocaust aus nächster Nähe, zwei Jahre an der Schwelle des Todes, hat ihn innerlich nicht brechen können. Mit seiner Frau unternimmt er Ausflüge und hofft unverdrossen auf Genesung. Ein heiterer Ausspruch des KZ-Überlebenden wird von Verwandten oft zitiert: „Warte kurz, ich muss schnell nach Davos fahren.“ Das bedeutete, dass Nachmann schwer Luft bekam und sein Atemgerät brauchte. Doch ein langes gemeinsames Leben war dem Paar nicht beschieden. Am 16. Dezember 1952 starb Bernd Nachmann an den Folgen der KZ-Haft in Gauting bei München. Er wurde nur 39 Jahre alt.

Eine Lebensgeschichte als mögliches Unterrichtsbeispiel

„Alles, was die Geschichte Deutschlands von 1930 bis 1950 charakterisiert, ist in Bernd Nachmanns Lebensgeschichte paradigmatisch verdichtet“, sagt Rolf Strojec über den Rüsselsheimer aus jüdischer Familie: Entrechtung, Verfolgung, der Holocaust, Befreiung. Aber auch die unmittelbare Nachkriegszeit mit ihren Versuchen, das NS-Unrecht zu verdrängen. Kurz vor seinem Tod hatte Nachmann Anspruch auf Entschädigung erhoben, die Verfolgten des Naziregimes gesetzlich zustand. Über zehn Jahre war seine Witwe Edith mit diversen Prozessen beschäftigt, bis sie schließlich vergleichsweise bescheidene Summen erhielt. Erfolglos blieben die Bemühungen um eine Zahlung für die in Auschwitz-Monowitz verrichtete Zwangsarbeit im Dienst der IG Farben. Aus Strojecs Sicht eignet sich Nachmanns Lebensgeschichte besonders gut, um im Schulunterricht in Rüsselsheim beispielhaft behandelt zu werden. Judenverfolgung, sagt er, das waren eben nicht nur die Vernichtungslager irgendwo weit weg in Europa. Judenverfolgung begann vor der eigenen Haustür und in der Nachbarschaft. „Damit wird Geschichte das richtige Maß gegeben.“ Der 69 Jahre alte frühere Oplanner arbeitet derzeit an einer Fortsetzung der Stolperstein-Broschüre für Rüsselsheim, in der auch Bernd Nachmann eine tragende Rolle spielen wird. Die Druckkosten finanziert Strojec selbst. Geschichte vor Ort erfassbar zu machen: „Darin“, sagt er, „bin ich Triebtäter.“



Verfolgtenausweis „Opfer des Faschismus“ von 1946

Daniel Baczyk

Kommentar zu Bernd Nachmann:

Zutiefst bewegend

RÜSSELSHEIM - Der Mensch vergisst. Manchmal ist das heilsam. Manche Dinge aber dürfen niemals vergessen werden. Wenn in Vergessenheit gerät, was in Auschwitz geschehen ist, dann ist diese Gesellschaft innerlich verfault. Und dann kann es wieder geschehen. Die Anmaßung, darüber zu entscheiden, welche Art Menschen weiterhin auf diesem Planeten leben sollen. Der zehnfache Mörder von Hanau beispielsweise hatte bei aller inneren Verwirrung sehr genaue Vorstellungen, welche Völker ein Weiterleben nicht verdienten. Die hatten Hitler und Himmler auch. Sage niemand, die Erinnerung an Auschwitz sei Konsens in der bundesdeutschen Gesellschaft. Ein Björn Höcke will eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ und erhält dafür beträchtlichen Rückhalt, gar Bewunderung. Sein erklärtes Ziel ist der Umsturz unserer Gesellschaftsordnung. Im Thüringer Parlament arbeitet er daran. Dank der Stimmen von Wählern, die zu wenig wissen von dem, was geschehen ist, als Rassisten und Nationalisten in Deutschland schon einmal an die Macht kamen. Umso wichtiger ist die Arbeit von Menschen wie Rolf Strojec, die unbeirrt der geschichtlichen Wahrheit nachspüren – nicht auf der ganz großen Bühne, sondern hier, wo wir leben. Zutiefst bewegend ist die Geschichte von Bernd Nachmann aus Rüsselsheim, dem die Nazis das Leben raubten, weil er Jude war. Die Nähe hilft, ihn nicht zu vergessen.



Die Täter aus der Industrie



Wilhelm von Opel huldigt am 15.Mai 1941, an seinem 70.Geburtstag in Lob und Dankesreden seinem „Führer“, Adolf Hitler, und dem Krieg

Geschäfte mit Kaiser und Führer

Kriegsende in Rüsselsheim: Wilhelm von Opel versorgt die jeweilige Obrigkeit mit Material für Angriffskriege

Während die langjährigen Widerstandskämpfer um Wilhelm Feutner nach Ende von Nazi-Diktatur und Krieg kaum am Aufbau der Demokratie beteiligt wurden, blieben Nazis in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft im Amt und legten ihnen fleißig Steine in den Weg. Wieder andere Nazis waren so auffällig Parteigänger und Werkzeuge des Terrorregimes gewesen, dass sie zumindest nicht ohne Weiteres ihre Posten behalten durften. Zu ihnen gehörte Wilhelm von Opel (1871 bis 1948), Mitglied in Stahlhelm, Harzburger Front und SA, NSDAP seit 1933, förderndes Mitglied der SS, Aufsichtsratsvorsitzender.

Verkleisterte Wahrheiten

„Über den Geheimrat existiert bisher die idealisierte Industriellen-Wohltäter-Geschichte, mit dem ‚ökonomisch notwendigen Eintritt in die NSDAP 1933‘, ohne die Jahre zuvor und die zwölf danach zu untersuchen und zu problematisieren“, kritisiert Rolf Strojec. Der Gründer der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative hat sich intensiv mit der Geschichte von Opfern der Nazis befasst. Unweigerlich begegnete er dabei auch denen, die vielfältiges Leiden erst möglich machten. „Eine Gesamtbetrachtung zeigt uns Wilhelm von Opel als wichtigen Förderer und Mitschuldigen der deutschen Schuld, die vor 1933 beginnt und nicht 1945 endet.“ Insbesondere erweitert die Gesamtbetrachtung „die geltenden Rüsselsheimer Sichtweisen, wonach Opel allein für Arbeit und Brot steht, um die Variante, dass Opel auch für Krieg, Blut und Tod stand“. Der Mann versorgte erst den Kaiser, dann die Nazis ohne Skrupel mit Kriegsmaterial und wollte sich nach 1945 tatsächlich auch noch der neuen Demokratie andienen.

MANN DER KRIEGSWIRTSCHAFT

„Wilhelm von Opel traf Hitler am 12. Februar 1933 im Rahmen wichtiger Wirtschaftssitzungen und ist später noch vielen Einladungen des Führers gefolgt“, berichtet Rolf Strojec. „Unvergesslich für ihn der Nürnberger Parteitag von 1938, auch die Kriegserklärung an die USA 1941 in der Kroll-Oper.“ Nach Scheitern des Volkswagenprojekts Opel P4 konzentriert er sich ab 1935 zum Ausgleich auf die Lastwagenfabrik Brandenburg (Opel-Blitz-Lastwagen). Die Wehrmacht wird schon im Rahmen der Wiederaufrüstung Hauptabnehmer. „Ab 1939 erfolgt die vollständige Umstellung auf Rüstungsproduktion in Absprache mit der Wehrmacht.“ Am 15. Mai 1941 feiert Wilhelm von Opel den 70. Geburtstag. Er empfängt von Hitler das Verdienstkreuz Erster Klasse für „Verdienste um die deutsche Kriegswirtschaft“. Die Huldigungen an Hitler und den Krieg sind im Wiesbadener Hauptstaatsarchiv einsehbar.

Nationalist von Jugend auf

Wilhelm von Opel: Besuch der Real- und sonntäglichen Oberschule in Mainz, 1886 Opel-Lehrling. Als Darmstädter TH-Student Mitglied und Förderer der pflichtschlagenden Verbindung „Franconia Hr. 24“ (Waffenspruch: „Das Schwert sei unser Rächer“). Einjähriger beim Leibdragonerregiment. Mehrmals ist er ab 1893 in den USA, nach Ende des Ersten Weltkrieges mit Ingenieuren, Produktionsmethoden erforschend. Ab 1895 mit seinen Brüdern Leitung des Unternehmens. 1905 Mitgründer des „Freiwilligen Automobil-Corps“ zur Einführung und Erprobung der Autos im Heer. Der Erfahrene wirkt mit, dass schon 1906 in Berlin ein hier gebauter Panzerwagen ausgestellt wird. Ab 1907 Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Autoindustrie.

Und er baut auch Flugmotoren. Als Kriegsfreiwilliger erhält Wilhelm von Opel das Eisener Kreuz und weitere Auszeichnungen. Für technische Fragen wird er ins Kriegsministerium berufen. Der Darmstädter Großherzog Ernst Ludwig ernennt ihn 1917 zum „Geheimrat“ und schmückt ihn knapp vor Ausrufung der Republik für die Motorisierung des Heeres noch mit dem erblichen Adelstitel.

1924 wird die Bandproduktion aus Amerika übernommen. Man produziert eine Citroen-Kopie als „Opel-Laubfrosch“ (daher „Dasselbe in Grün“). 1929 erhält die Familie für den Verkauf der Opel-Werke an General Motors mit 156 Millionen Reichsmark 36 Millionen mehr als den geschätzten Wert und ist eine der reichsten Familien in Deutschland. Man hätte sich zur Ruhe setzen können. Strojec: „Doch 1930 nimmt Wilhelm von Opel Gespräche mit dem Wirtschaftstheoretiker der NSDAP, Gottfried Feder, auf. Vermittelt (wie bis heute nicht publiziert) laut Einlassungen von Opels (nach 1945) von Großherzog Ernst Ludwig, Förderer offenbar nicht nur der Künste, sondern auch der Nazis. Wilhelm von Opel wechselt von der DVP nach ganz rechts und bekämpft die Weimarer Republik lieber als Mitglied des Stahlhelm-Bundes und der Harzburger Front.“

Mainspitze 30.05.2015 von Michael Wien

Werbung für den Krieg

Überheblicher Nationalismus, Revisionismus, Militarismus werden 1930 auch bei der Einweihung seines „Kriegerehrenmals“ an der heutigen Parkschule (1930) deutlich. Der evangelische Pfarrer weigert sich, an der nationalistischen Zeremonie teilzunehmen. Zu durchsichtig erscheint ihm das Unterfangen, dass hier Kriegsoffer zu Helden gemacht werden sollen, weil Menschen, die aus einem Weltkrieg Vorteile zogen, mit diesem Denkmal bereits für die nächste Runde um Zustimmung werben wollen. Wilhelm von Opel hat im Gegensatz zu Widerstandskämpfern wie Wilhelm Feutner oder Alwin Heizenröder aus den Schrecken des Ersten Weltkrieges nicht die Folgerung gezogen, fortan Kriege verhindern zu helfen. Im Gegenteil. Strojec: „Noch wenige Tage vor der Kapitulation bei Stalingrad gibt Wilhelm von Opel am 8. Januar 1943 in einem Brief an Reichskommissar Krohn der Hoffnung Ausdruck, dass ‚die Adam-Opel-AG auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur militärischen Erstarkung wird leisten können, damit uns der Endsieg im augenblicklichen schweren Ringen baldigst zuteil wird.“

Kriegsende: Zwischen 500 und 1000 Opel-Zwangsarbeiter umgekommen

Dass sich Opel-Arbeiter zunächst eindrucksvoll weigern, über das Ende von Nazizeit und Zweitem Weltkrieg hinaus von Wilhelm von Opel und weiteren rund 300 Führungskräften (die ein halbes Jahr später als „Fachleute“ wieder eingestellt werden) regiert zu werden, liegt nicht allein am Umgang der Herren mit ihnen selbst. Ab 1940 wurden auch hier planmäßig Zwangsarbeiter eingesetzt. In noch weit höherem Maße waren sie dem Terror von Gestapo, Werkchutz, Spitzeln ausgeliefert. Oft unter den Augen auch solcher Rüsselsheimer Arbeiter, die mutig genug waren, den Sklaven heimlich Nahrung zuzustecken.

Aus von der Wehrmacht überfallenen Ländern Arbeitskräfte ins Land der „Herrenrasse“ zu verschleppen, war eigentlich ein Unding für Nazis. Aber ideologische Schranken mussten zum Machterhalt weichen, erinnert Rolf Strojec, Gründer der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative zum Gedenken an die Opfer der Nazis. „Bewilligt bekam man ‚Fremdarbeiter‘, wenn man für deren scharf getrennte Unterbringung sorgte.“ Kaum war das raus, habe man hier bereits die ersten von bald 68 Baracken errichtet. Den Volkswagen bauen zu können, hatte sich für Opel zerschlagen, desto eifriger suchte Wilhelm von Opel nach einer Chance, die Rüstungsproduktion zu erhöhen und zunehmend zur Wehrmacht eingezogene Stammarbeiter zu ersetzen. „Der Einsatz von 600 französischen und belgischen Gefangenen markiert den Beginn einer blutigen Geschichte von bis zu 7000 Zwangsarbeitern gleichzeitig, deren Hauptopfer die ‚Ostarbeiter‘ werden“, hält Strojec fest. „Schläge, Hunger, Freiheitsentzug, Auspeitschen im Zimmer des Vertrauensrates, Begegnungsverbote. Fast jeden Tag kommt die Gestapo ins Werk und führt Zwangsarbeiter ab. Viele werden ins Arbeitserziehungslager nach Frankfurt-Heddernheim gebracht, etliche weiter ins KZ Flossenbürg und nach Dachau.“

Kein Erbarmen

Ein Holländer berichtet später, dass in der Schmiede ein Mitgefangener erschlagen und ins Feuer geworfen wurde. Besonders viele sterben während alliierter Bombenangriffe. Die Baracken sind schlecht abgestützt, Schutzräume für ‚Ostarbeiterinnen‘ ganz aus Holz. Erst als man zum Ende des Krieges deutsche Kinder und Greise an die Fronten wegschickt und Zwangsarbeiter 35 Prozent der Opel-Belegschaft ausmachen, wird das Bunkerverbot gelockert. „Was nicht immer nützt. Im März 1944 verwehren ihnen Rüsselsheimer den Zutritt“, zitiert Strojec einen Zwangsarbeiter. Von mehr als 200 Getöteten ist auf dem Waldfriedhof die Rede. Strojec addiert aus Zeugenberichten mindestens 500. „Ein holländischer Zwangsarbeiter schätzte, mehr als 1000 seien umgekommen.“ Kameraden von ihm wurden demnach neben einem „Massengrab für tote sowjetische Zwangsarbeiter beim Wäldchen hinter dem Barackenlager“ verscharrt. Strojec: „Kein ausländischer Arbeiter kam bei Opel ums Leben“ ist 1947 Wilhelm von Opels Hauptlüge im Entnazifizierungs-Verfahren. Gegenbelege liegen im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, enthalten Akten der Frankfurter Gestapo und die Datenbank ‚Verfolgung und Widerstand‘. „Zur Wahrheit über das Kriegsende hier gehört auch, dass laut Zeugen im Festungsgraben Zwangsarbeiter per Genickschuss ermordet wurden. Laut Tagebuch eines französi-

schen Zwangsarbeiters erschoss man noch an weiterer Stelle Kameraden von ihm. Sie waren unter den Verdacht gestellt, Diebstähle oder andere kleine Taten begangen zu haben. Nicht unwahrscheinlich, dass man auch hier unter dem Eindruck nahender US-Truppen Zeugen nazistischer Gräueltaten beseitigen wollte.

Mainspitze 6.06.2015 Von Michael Wien

Bombardements als Antwort auf den Angriffskrieg der Nazis brachten die Rüstungsproduktion bei Opel zum Erliegen. Auf dem Bild auch das zerstörte Barackenlager der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die nicht mit in die Luftschutzbunker durften. Foto: Stadtarchiv



BLUTIGER UMGANG

Die Akten der Frankfurter Gestapo sind teils erhalten. „Hierüber können wir Teile des blutigen Umgangs mit Opel-Zwangsarbeitern nachverfolgen“, erklärt Rolf Strojec. „Die Masse der Verfolgungen bei Opel lief über die Darmstädter Gestapo und das Mainzer Arbeitserziehungslager. Diese Akten sind leider im Krieg verbrannt.“

Dokumentiert ist zum Beispiel: Der im Opel-Lager gefangene russische Zwangsarbeiter Sachar Dzubenko (geb. 25. April 1912) wurde am 5. April 1943 wegen Arbeitsniederlegung, Flucht und Nichttragens des „Ost“-Abzeichens in ein KZ der Stufe I verschleppt. Dort kommt er am 14. Dezember 1944 um. Iwan Nikitin (15. Juni 1921) wird aus den selben Gründen bei Opel festgenommen und ins KZ Buchenwald verschleppt, am 30. März 1944 ins KZ Flossenbürg verlegt, wo sich seine Spur verliert. Ebenso ergeht es Iwan Petrow (31. Januar 1921), der am 5. April 1943 von Opel über Buchenwald ins KZ Flossenbürg kommt.

Rüsselsheim: Der Gestapo zugeschaut

1945 verschwinden etliche Menschen aus der Stadt, die eben noch ihr Parteiabzeichen besonders auffällig getragen hatten: Nazis und ihre Zuarbeiter. Wilhelm von Opel versucht fortan aus Wiesbaden zu agieren. Auf Schreiben im Zusammenhang mit dem Verfahren vor der Spruchkammer, die über seine Entnazifizierung entscheiden soll, hat er im Briefkopf Rüsselsheim durchgestrichen und seine neue Adresse eingesetzt. Was der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende inhaltlich bietet, ist haarsträubend. Wie bereits berichtet lügt er, kein Zwangsarbeiter sei ums Leben gekommen.

„Die nächste Lüge“

Nach jahrelangen Demütigungen und Misshandlungen der „Fremdarbeiter“ in seinem Werk, das er ab 1942 mit Gleichgesinnten ohne Vertreter von General Motors führte (die bekriegten Amerikaner haben ihre Vertreter vollständig abgezogen) und in dem die Gestapo ein und aus ging. Mindestens 500, vielleicht 1000 Opel-Zwangsarbeiter verloren ihr Leben, hier oder von hier nach „Verfehlungen“ in Arbeits- und Konzentrationslager verschleppt. Rolf Strojec, Gründer der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative zum Gedenken an Opfer der Nazis, hält fest: „Die nächste Lüge: Er habe sich im Zweifelsfall immer für angegriffene Werksangehörige eingesetzt.“

Strojec erinnert beispielsweise an den Opeler Dr. Heinrich Hermann Koretzky, im August 1937 ins Darmstädter Gestapogefängnis abgeführt. Nach dem Krieg wird die Schwester berichten, Opel-Werkschutzleiter Riller habe ihr auf die Frage, was man ihrem Bruder vorwerfe, erklärt, der habe in einem belauschten Gespräch bedauert, dass Herrmann Göring im (Ersten) Weltkrieg nicht gefallen sei, außerdem habe Koretzky nicht für die Winterhilfe gespendet, eine antisemitische Zeitschrift nicht kaufen wollen, aber ausländische Blätter abonniert und gelesen. Bei der Gestapo erfährt die Schwester, ihr Bruder sei tot, angeblich hat er sich in der Nacht zuvor in seiner Zelle erhängt. Weiter laut Henry Ashby Turner („General Motors und die Nazis“, Seite 50) wendet sie sich an ein deutsches Opel-Vorstandsmitglied um Hilfe bei der Aufklärung. Ein amerikanischer GM-Ingenieur rät ihr, sich in Acht zu nehmen, was sie sage und tue, denn er könne sie nicht vor der Gestapo schützen.

Wilhelm von Opel behauptet 1947 gegenüber der Spruchkammer auch, er habe kaum für die Nazis gespendet, gesteht nur 20 000 Reichsmark ein. Strojec: „Er verschweigt dabei auch Zuwendungen, die sogar systematisch geleistet wurden.“ Turner berichtet in seinem Buch: „Die Opel-Geschäftsleitung fügte sich nicht nur den Überwachungs- und Einschüchterungspraktiken der Nationalsozialisten, sondern entrichtete wie alle anderen deutschen Unternehmen auch einen finanziellen Tribut, die Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“. Deren Gelder konnte der „Führer“ nach Ermessen Parteiorganisationen zur Verfügung stellen. Eine bedeutsame Finanzquelle des Regimes, in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre jährlich mehr als 50 Millionen Mark. Turner: „Von einem arbeitsintensiven Betrieb wie der Opel-AG erwartete die NSDAP 0,03 Prozent ihrer jährlichen Lohnkosten, was sich nach 1935 wegen der rasch wachsenden Beschäftigtenzahl zu einem sechsstelligen Posten aufsummierte.“ Ein Mal im Jahr seien zudem beträchtliche Summen ans Winterhilfswerk überwiesen worden. Ende der

Dreißigerjahre hätten die unteren Parteiorganisationen von der Opel-AG gefordert, einen direkten Beitrag für politische Zwecke zu leisten. Und: „Als prominentes und wohlhabendes Parteimitglied wurde auch Geheimrat Wilhelm von Opel von Parteiorganisationen immer wieder aufgefordert, in die Tasche zu greifen.“

Mainspitze 13.06.2015 Von Michael Wien



Wilhelm von Opel (Mitte) bei einem Treffen mit Adolf Hitler, der auch umgekehrt große Stücke auf seinen Parteigenossen hielt und ihn für Verdienste um die Kriegswirtschaft auszeichnete. Archivfoto: Adam Opel AG

ABHÄNGIG VON DEN NAZIS

Wilhelm von Opel ist ab 1933 Mitglied der Akademie für Deutsches Recht. Strojec: „Dennoch macht er sich ab 1933 devisenrechtlich strafbar und von der NSDAP abhängig. Er hatte Sohn Fritz („Raketen-Fritz“) 1929 Opel-Aktien (15 Millionen Goldmark) geschenkt, um dessen Playboy-Dasein in den USA abzusichern, sich aber ‚Nießbrauch‘ vorbehalten, anmeldepflichtig wie das Einkommen aus diesem Vermögen Fritz von Opels.“ Das Reichssicherheitshauptamt stellte 1936 auf Anforderung Hermann Görings fest, Wilhelm von Opel sei „anstelle einer hohen Zuchthausstrafe“ bloß zu einer „Steuerstrafe von 3,5 Millionen Reichsmark“ verurteilt. Er zahlte 750 000, der Rest wurde erlassen. Der SS-Berichterstatter (Wolff) stellte fest, das Verfahren sei nicht in der „vorgeschriebenen Schärfe“ geführt, „in Kenntnis und mit Willen des Reichswirtschaftsministers und des Führers“. Fritz von Opel, der 34 Millionen besitzt, erhielt im Juli 1935 eine Steuerstrafe von einer Million.

Wilhelm von Opel für ein wenig Geld entnazifiziert

Gegenüber der Spruchkammer, die Wilhelm von Opels Entnazifizierung betreiben soll (Akten im Wiesbadener Hauptstaatsarchiv einsehbar), pflichtet der Betriebsrat 1947 in einer Stellungnahme zunächst NS-Betriebsführer Grevenig bei, der 1941 bei der Feier zum 70. Geburtstag erklärt hatte, dieser Mann gehöre zu denen, die „stets mit der Zeit“ gingen und „in der vorwärts drängenden Entwicklung selbst zu einem aktiven Träger“ würden. Der Betriebsratsvorsitzende, Fritz Zängerle, eben noch selbst von den Nazis verfolgter Widerstandskämpfer, fährt fort: „Er feierte dann die militaristische Einstellung Opels, der sich die Einführung der Automobile im alten Heere zum Ziel setzte.

Mit Begeisterung folgte er 1933 der Fahne des Führers und wurde in der Folge öfters von Hitler persönlich eingeladen, nachdem er schon am 12. Februar 1933 in einer vom Führer einberufenen wichtigen Wirtschaftssitzung persönlichen Kontakt genommen hatte.“ Insbesondere habe sich von Opel für die Entwicklung „der alles besiegenden deutschen Luftwaffe eingesetzt“. Durch Stiftungen habe er auch auf dem Gebiet der Kunst „die verhängnisvolle Tätigkeit der Nazis“ unterstützt.

„Geliebter Gauleiter“

Zängerle weiter über jene Feier: „Opel selbst begrüßte in seiner Rede aufs Herzlichste seinen geliebten Gauleiter Sprenger als Vertreter des geliebten Führers, zu dem alle Herzen schlagen würden. Er lobte den Weitblick des Führers und den ungeheuren Wert der Motorisierung für Volk und Wirtschaft und hob seinen Einsatzwillen für die Erringung des Sieges besonders hervor.“ Der Betriebsrat stellt fest: „Er betrachtete die Motorisierung Deutschlands als willkommene Gelegenheit zur Entfaltung der imperialistischen Machtpolitik, die die Taschen der Rüstungsindustriellen füllen sollte.“

Wilhelm von Opel habe sich nicht bemüht, „Misshandlungen von Ausländern und Deutschen, die laufend vom Vertrauensrat und Angehörigen des früheren Werkschutzes durchgeführt beziehungsweise inszeniert wurden, abstellen zu lassen, von denen er ebenso wie Direktor Wagner Kenntnis haben musste“. Um „bei den höchsten Stellen des Dritten Reiches salonfähig“ zu sein, habe er sich „bemüht, als guter Parteigenosse zu erscheinen, wie alle anderen Mitglieder des Vorstandes“. Nach der Befreiung habe man keinen Gesinnungswechsel feststellen können, „da die Wiedereinsetzung aller Nazis in die führenden Positionen durch Direktor Wagner keinen Widerspruch bei ihm hervorrief“.

Der ehemalige Anhänger des großherzoglichen Regimes habe nach dem Ersten Weltkrieg erklärt, Sozialist zu sein, nach Einmarsch der Franzosen „das Eisen des Separatisten im Feuer gehabt“, nach Machtübernahme der Nazis den begeisterten Nazi gegeben. „Er wird jederzeit, wie es sich schon in der Vergangenheit zeigte, unter Tränen seine Harmlosigkeit und Unschuldigkeit an der Entwicklung beteuern, also auch wieder den echten Demokraten mimen. Wir empfehlen, sich von dem naiv harmlosen Auftreten dieses Reaktionsärs nicht verblüffen zu lassen. Er soll wenigstens heute in seinem Alter erkennen und die Lehre ziehen, dass er ausgespielt hat.“

Die Spruchkammer stufte Wilhelm von Opel nur als Mitläufer ein. Unter anderem weil seine Mitgliedsbeiträge für einen Multimillionär keine große Sache waren: 100 Reichsmark monatlich als förderndes Mitglied der SS, zehn als Mitglied der

NSDAP, fünf als Mitglied der SA. Völlige Entlastung gewähre man nicht. Weil „eine zwingende Notwendigkeit“ für ihn, „in der Partei und vor allem bis zum Schluss förderndes Mitglied der SS und in der SA zu bleiben, auch nachdem das Treiben der Nationalsozialisten gegen Recht und Gesetz offenkundig geworden war, nicht mehr gegeben war“. Dass er überhaupt Mitglied dieser Europa verheerenden Organisationen war, sah man ihm als Unternehmenslenker nach. Seine Strafe: 2000 Reichsmark und die Kosten des Verfahrens.

Mainspitze 3.07.2015 von Michael Wien

NACHLEBEN

Wilhelm von Opel starb 1948 in Wiesbaden. Diesem Spross Adam Opels und Ehrenbürger Rüsselsheims sind hier ausnahmsweise weder eine Straße noch ein Platz gewidmet. Doch an markanten Stellen stehen zwei von ihm gestiftete Denkmäler: das kriegsverherrlichende Helden-Denkmal an der Parkschule und das von Emil Hub, Adolf Hitlers Lieblingsbildhauer, gelieferte Denkmal Adam Opels vor dem Werkportal auf dem Bahnhofplatz. Gerade wurde es von der Stadtverwaltung nach Unfall-Beschädigung sogar aufpoliert. Im gleichen Zeitraum setzte die „Stolperstein“-Initiative wenige Meter entfernt einen „Stolperstein“ für einen ermordeten holländischen Zwangsarbeiter. Ein kleines Abbild Wilhelm von Opels findet sich in immer mehr Wohnungen. Der SC Opel hatte 2013 die Idee, nach dem Foto der fünf Opel-Söhne auf dem legendären Fünfer-Fahrrad (Quintuplet) ein Miniaturrelief anfertigen zu lassen.

Auszug nach der Feier des 70. Geburtstages (1941). Vorne links Wilhelm von Opel, vorne rechts Gauleiter Jakob Sprenger, dazwischen General Adolf von Schell (Bevollmächtigter des Reiches für das Kraftfahrzeugwesen).
Foto: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden:



Rüsselsheimer Geschichte: Denkmal an der Parkschu- le wurde unter NSDAP- Einfluss geplant

In der Frankfurter Straße steht mit dem Rücken zur Mensa der Parkschule ein Denkmal, das in seiner Entstehungsgeschichte und Gestalt wie kein anderes in Rüsselsheim den Übergang vom Militarismus des Kaiserreiches zum Nazi-Faschismus dokumentiert. Als Dr. Wilhelm von Opel das Denkmal 1930 im Beisein Tausender einweihen ließ, weigerte sich der katholische Pfarrer von St. Georg, Georg Alois Jung, teilzunehmen. Zu deutlich war ihm, dass hier Opfer des Ersten Weltkrieges missbraucht wurden. Aus ihnen sollten Helden werden, die man brauchte, um bereits die nächste Diktatur und den nächsten Angriffskrieg vorzubereiten.

Gefallenenkult als Mythos

Um das Gedenken an Rüsselsheimer Opfer der Nazi-Diktatur macht sich die „Stolperstein“-Initiative verdient. Dabei beschäftigt sie sich auch intensiv mit der Vorgeschichte. Sprecher Rolf Strojec ist dazu unter anderem im Stadtarchiv fündig geworden. „Der Tod in den Schützengräben wurde im Gefallenenkult nationalistischer Kreise zum Mythos verklärt. In Deutschland war dieser Kult zentrales Element ihrer Ideologien.“ Deutsche Soldatenfriedhöfe im Ausland wurden „Stätten nationaler Andacht“. In Kriegerdenkmälern war nach 1918 kein Sieg zu feiern, es galt aber, „dem Massentod einen Sinn zu verleihen“. In Paris, London, Washington habe die Trauer im Symbol des Unbekannten Soldaten Ausdruck gefunden. „In Deutschland wurde erbittert gestritten, ob Trauer um die Opfer oder Ehrung von Helden im Vordergrund zu stehen habe. In der nationalistischen Denkmalskultur stieg der Soldat auf den Sockel.“ Hier habe man den Soldaten nicht als heimkehrenden Bürger dargestellt, der eine Pflicht erfüllt hat, sondern als Krieger, der heroisches Soldatentum verkörpere. „Der Kult diene der inneren Mobilisierung. Die gebrachten Opfer sollten als Auftrag an die Nachfahren verstanden werden, die ‚Schmach von Versailles‘ auszulöschen.“ Kriegstod sei als „Opfer fürs Vaterland“ dargestellt worden.

Auch in Rüsselsheim wurde der Toten auf Friedhöfen gedacht. Ab 1924 sammelte der Sedan- und Heimatverein 4.500 Reichsmark für ein zusätzliches Denkmal. Strojec weist auf einen mehrseitigen, wohl Professor Meißner zuzuschreibenden Entwurf (1929) hin, der ein pazifistisches Denkmal skizziert. In einem im Stadtarchiv aufbewahrten Schriftstück (wahrscheinlich Meißners) vom 13. November 1929 schlägt er für den oberen Teil eine "monumentale, figürliche Darstellung als Schwerpunkt" vor, „eine Gruppe, die auf einem

rechteckigen Block aufgebaut ist, im Vordergrund einen sterbenden Krieger, dahinter wehklagend, kniend eine Frau und Kind und aufgerichtet als herrschende Figur einen Genius, der um Frieden fleht. Diese ‚Gebete um Frieden‘ betitelte Gruppe soll die für alle Nationen und für Krieger und Daheimgebliebene gleichgroßen Schrecken des Krieges schildern“.

Ins Gegenteil verkehrt

Hauptsächlicher Stifter des Denkmals wurde Dr. Wilhelm von Opel, Stahlhelm-Mitglied, bald Mitglied der SA, förderndes Mitglied der SS, ab 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP.

Seine Familie war für Verdienste um die Rüstung im Ersten Weltkrieg vom Großherzog geadelt worden. Wesentliches „Verdienst“ war es gewesen, Autos zu bauen, die Giftgas in die Schützengräben brachten. Strojec hält fest: „Der ausführende Künstler, Ludwig Spiegel, hat eine ganz andere Figurendarstellung auf den Sockel gegossen und den Übergang vom Expressionismus zur Nazi-Ästhetik vollzogen („Kurbelwellenmann“ 1936).“

Im Organ der Denkmalsstifter, der Opel Werkszeitung „Der Opel-Geist“ (2. Januar 1930), sei diese Gruppe so gedeutet worden: „Wie der von der Gestalt des Friedens heimgeleitete Krieger zwar mit der rechten Hand in entschlossener Arbeitsenergie das Rad der Arbeit erfaßt, dabei aber mit der Linken den abgelegten Helm und Waffen festhält, so müssen wir für unsere friedliche Arbeit uns erhalten jenen Geist der Pflichterfüllung, des Opfermutes für die Gesamtheit, die Kameradschaft, die unser Volk im Weltkrieg zu Leistungen geführt hat, die in der Weltgeschichte nicht ihresgleichen haben.“

Mainspitze 29.08.2014 Von Michael Wien



HINTERGRUND

Am Ende heißt es im „Opel-Geist“ von 1929 über das ursprünglich als Friedensappell erwünschte Denkmal: „Schaffen wir die unerlässlichen Voraussetzungen für unseren Wiederaufstieg, für unseren endgültigen Sieg und vollenden damit, was unsere Gefallenen erstrebt haben: ein freies, glückliches Volk auf freiem Grund! Diese Erkenntnis verpflichtet aber gegenüber den Toten: Ehren wir ihr Gedächtnis, indem wir ihren Willen vollstrecken.“ Der Nazi-Appell zum „Endsieg“ ist hier schon formuliert. Strojec stellt fest: Botschaft eines „Kriegsmahnmales“ könne es kaum sein, auf neue „Siege“ vorzubereiten.

Strojec weiter: „Man kann dieses Denkmal nicht zum Kriegsmahnmal umdeuten, das Aufwertung oder gar einen besseren Standort verdient hätte. Es gäbe darüber hinaus andere Opfer der deutschen Kriege, denen in dieser Stadt Mahnmale zu setzen wären.“ Er plädiert für erklärende Zusätze, Kontrastierung, pädagogische Bearbeitung im Museum. Und für ein neues Denkmal, „gewidmet dem kritischen, widerständigen Geist der Arbeiter und Angestellten“. Strojec erinnert dabei an das Projekt seiner Initiative, bei Opel eine „Stolperschwelle“ zu schaffen, für Widerstandskämpfer und Zwangsarbeiter.

**Wilhelm Feutner -
Leiter des Widerstands in den Opelwerken**



Einmalig in ganz Deutschland

Die Nazis kamen nie dahinter: Wilhelm Feutner organisiert bei Opel ganzes Netz von Widerstandsgruppen

Als das Nazi-Regime 1945 unter dem Ansturm von Truppen der Alliierten zusammenbrach, gab es in Rüsselsheim eine Gruppe, die bereit stand, sofort demokratische Strukturen aufzubauen. 50 Widerstandskämpfer hatten im Opelwerk bereits seit 1936 gegen die Faschisten gearbeitet und sich dabei auf den „Tag X“ vorbereitet. Der Mörfelder Wilhelm Feutner, ehemals Sekretariatsleiter der KPD im Kreis Groß-Gerau, hatte Fünfer-Gruppen zusammengestellt. Nur er kannte alle Mitglieder, die Gruppen untereinander hatten keinen Kontakt. So sollte verhindert werden, dass ein enttarnetes Mitglied unter der Folter der Gestapo alle anderen hätte preisgeben können.

Bis zum Ende unentdeckt

Rolf Strojec, Gründer und ehemaliger Sprecher der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative zum Gedenken an Verfolgte des Nazi-Regimes, hat auch ausführlich zum Widerstand bei Opel geforscht. Und er zollt den Mutigen höchsten Respekt. In keinem anderen deutschen Großunternehmen sei es Nazi-Gegnern gelungen, über so viele Jahre unentdeckt zu bleiben. Als Feutner am 20. Juli 1944 in die Darmstädter Gestapo-Zentrale verschleppt wird, greifen die Machthaber dabei in ihrer Panik nur auf ihre Kommunisten-Listen zurück. Dass sie in Feutner den Kopf der erfolgreichsten betrieblichen Widerstandsorganisation vor sich haben, wissen sie gar nicht.

Und sie erfahren es auch nicht von ihm. „Feutner hat eine Namensliste von Nazi-Gegnern bei sich, eingenäht ins Futter seiner Jacke“, berichtet Strojec. „Ein ebenfalls inhaftierter Zwangsarbeiter gibt ihm eine Flasche Wasser. Damit kann Feutner das eilig herausgetrennte Papier einweichen und hinunterschlucken, bevor es entdeckt werden kann.“

Wilhelm Feutner wird am 19. August 1905 in Mörfelden geboren. Am 12. Januar 1934 heiratet er Maria Liebers, am 11. Mai 1909 in Köln-Ehrenfeld geboren. Drei Kinder bekommen sie: Helga (1936), Johanna (1938) und Otto (1941). Feutner macht bei der Firma Maus

Wilhelm Feutner auf einem Bild aus dem Jahr 1947. Um eine Entschädigung zu erhalten, hatte er nach Auffassung der Behörden zu wenig Verfolgung erlebt.

Foto: Privataarchiv Rolf Strojec

im Frankfurter Gallus eine vierjährige Lehre als Gürtler und arbeitet dort als Geselle bis zu seiner Arbeitslosigkeit (1929). In einer politisch aktiven kommunistischen Familie aufgewachsen, tritt er 1928 selbst der KPD bei und bezeichnet sein mutiges Wirken von 1934 bis 1945 als Tätigkeit im „Antifaschistischen Kampfbund“, wie Strojec weiter berichtet. Im September 1932 verurteilt das Landgericht Darmstadt Feutner wegen „Vorbereitung zum Hoch- und Landesverrat“ zu sechs Monaten Gefängnis. Die Strafe bleibt bis zur Amnestie ausgesetzt.

1931 bis 1933 ist Feutner arbeitslos oder in „unsteter Beschäftigung“. Ab dem 30. Januar 1933 werden die drei Feutner-Brüder immer wieder verhaftet, ins Gefängnis nach Darmstadt gebracht, wegen der dortigen Überfüllung wieder entlassen. Bis es zur endgültigen Verhaftung und Überführung ins KZ Osthofen kommt, erzählt Strojec. „Er wird dort von Juli bis November 1933 festgehalten, zieht sich einen chronischen Gelenkrheumatismus zu, weil die Häftlinge auf dem bloßen Zementfußboden schlafen müssen. Sein Haus wird von SA, SS und Gendarmerie mehrfach durchsucht. Bücher von Tolstoj bis Marx werden beschlagnahmt.“

Bruder opfert sich

Nach der Entlassung verweigern Arbeitsamt und Bürgermeister Unterstützung bei der Arbeitssuche und drohen erneut mit Einweisung ins KZ, weil er sich weigert, mit „Heil Hitler“ zu grüßen. Strojec: „Ein weiterer KZ-Aufenthalt bleibt Wilhelm Feutner erspart, weil sein Bruder Ludwig alle Schuld auf sich nimmt. Dieser bekommt vom Sondergericht in Kassel vier Jahre Zuchthaus und eine Einweisung ins KZ Dachau.“ Als er sich dort für Juden einsetzt und SS-Leute auffordert „Sind Sie doch Mensch!“ ergreift man ihn und schlägt ihn an ein Kreuz. „Seine Hände waren durch die schweren Zimmermannsnägel ganz verkrüppelt“, hält Wilhelm Feutner in einer Niederschrift fest. Ludwig Feutner wird mit schwersten Behinderungen an den Händen ins Bewährungsbataillon 999 nach Griechenland geschickt, 1945 kehrt er schwer verwundet zurück.

Dass Wilhelm Feutner solches erspart bleibt, beendet nicht seine eigene gefährvolle Lage, in der er sich nicht versteckt, sondern munter weiteren Widerstand organisiert und selbst leistet. Was er mit 50 Anderen tat und wie es funktionieren konnte, hier in Kürze in einem weiteren Bericht.

Mainspitze 9.05.2015 Von Michael Wien

Rüsselsheimer Widerstand gegen Nazis hält zehn Jahre durch

70 Jahre nach Ende von Nazi-Regime und Zweitem Weltkrieg auf Menschen zu schauen, die hier während des Faschismus im Opel-Werk auf verschiedenste Weise Widerstand leisteten, schärft auch den Blick auf das Verhalten anderer Rüsselsheimer in Diktatur und unmittelbarer Nachkriegszeit. Eine Seite hatte durchgehalten, um ab dem Tag der Befreiung die Demokratie wieder aufzubauen, eine andere mit dem Nationalsozialisten Wilhelm von Opel an der Spitze wollte keine Pfründe verlieren und möglichst schnell wieder in bevorzugte Positionen zurück.

Überfällige Würdigung

Unter den hiesigen Widerstandskämpfern gegen die Nazi-Barbarei ist Fritz Zängerle etlichen Rüsselsheimern bis heute ein Begriff, nicht zuletzt dank der Arbeit der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative. Deren Gründer, Rolf Strojec, ist es zu verdanken, dass der weit weniger bekannte Wilhelm Feutner gewürdigt werden kann. Wie berichtet war er es, der ab 1936 die Widerstandsgruppen bei Opel organisierte. Keine einfache Sache. Wem konnte man vertrauen? Einer der nicht hier, sondern in Mörfelden zur Schule gegangen war, kannte seine Kandidaten nicht von Schulzeiten an. Menschenkenntnis und oben drauf ein gerüttelt Maß an Mut waren auch für den Organisator selbst überlebenswichtig. Spricht man den Falschen an, gibt es kein Zurück. Die Gestapo hatte auf allen Ebenen im Werk ihre Spitzel.

Unbequemer Mahner

Rolf Strojec berichtet, dass Feutner am 25. Januar 1934 als Spengler bei Opel anfängt, wo er bis zur Werksstilllegung am 23. März 1945 arbeitet. Wegen guter beruflicher Kenntnisse wird er rasch Vorarbeiter. Feutner später: „Doch aufgrund meiner politischen Einstellung und wegen Widerstandes gegen die Nazi-Arbeitsmethoden wurde ich dann mehrfach in andere Abteilungen strafversetzt.“ Sein Meister namens Bechtel habe erklärt, „ich sei sein bester Arbeiter, aber auch der größte Querulant. Ich würde ihm die ganzen Leute aufhetzen gegen dieses Regime.“ Nach Betriebsunfall (Sommer 1939), Knieoperation und längerer Krankheit kommt Feutner 1941 als (sitzender) Produktionszeichner in die Teile-Abteilung.

Längst ist er Organisator des Widerstandes. „Nach der 1936 erfolgten Verhaftungswelle übernahm ich die Leitung.“ Einander nicht kennend, verbreiten die Gruppen im Werk Informationen über Kriegslage und Kriegs- und andere Verbrechen der Nazis, die sie illegal Nachrichten von „Feindsendern“ wie der englischen BBC entnommen haben. Helga Knöß, Feutners Tochter, erinnerte sich jetzt noch in einem Gespräch mit Rolf Strojec, wie die Kinder im Treppenhaus immer „Schmiere standen“, wenn der Vater verbotene Radiosender hörte. Die Widerstandskämpfer geben russischen Zwangsarbeitern Nahrungsmittel. Sie üben Sabotage,

setzen etwa in der Produktion kriegswichtige Motoren unter Wasser. Sie sammeln Informationen, um in einem demokratischen Deutschland Verwertbares gegen Nazi-Schergen in der Hand zu haben. Informationen auch über die Denunzianten des Opel-Arbeiters Walter Rietig, der zur Einschüchterung möglicher weiterer Nazi-Gegner in Berlin enthauptet wird.

Als die Nazis Opel zur Festung erklären, sabotieren sie auch das. Zwei Männer des bis zu Kleinpanzern bewaffneten Werkschutzes (der Arbeiter und Zwangsarbeiter in Schach halten soll) sind bereits auf ihrer Seite. – Und nichts fliegt auf, weil die Mutigen umsichtig agieren. Wie man mit Wilhelm Feutner und seinen Mitstreitern nach Kriegsende umgeht, in Kürze in einem weiteren Bericht.

NOT UND ELEND

Als Wilhelm Feutner 1944 wegen Verbreitung ausländischer Nachrichten von der Gestapo verhaftet wird, lässt man ihn nach vier Tagen wieder frei. Ein amerikanischer Bombenangriff hat das gesammelte Belastungsmaterial gegen ihn vernichtet.

Ohne Akte aber können deutsche Faschisten schwerlich handeln. Dennoch stellt er später fest: „Aus Gram über all diese Verfolgungen verstarben uns Vater und Mutter. In größter familiärer Not half sich Familie zu Familie, um Frau und Kinder und sich selbst am Leben zu erhalten.“

Mainspitze 16.05.2015 Von Michael Wien

Die Zahl von 50 Widerstandskämpfern erscheint angesichts der viele tausend Menschen zählenden Opel-Belegschaft gering, aber diese 50 brauchten viel Mut und fanden für ihre verbotenen Wahrheiten viele weitere, dankbare Zuhörer. Archivfoto: Sammlung Dörr



Wilhelm Feutner und der über lange Zeit vergessene Opel-Widerstand in der Nazi-Diktatur

„Will man heute nicht mehr daran denken, dass nicht nur wir, sondern Frau und Kinder, Eltern und Geschwister als Geächtete im Nazireich galten?“ Wie viele andere Verfolgte des Nazi-Regimes versteht auch Wilhelm Feutner nach Ende der Diktatur und ihres Angriffskrieges nicht, dass nun Schuld wie mutiger Widerstand relativiert werden. Wie Andere scheitert er mit Schadenersatzansprüchen, die selbst im Falle ihrer Durchsetzung keine wirkliche „Wiedergutmachung“ erreicht hätten. Der Mann, der zehn Jahre unentdeckt den Widerstand von zehn Fünfer-Gruppen im Opel-Werk organisiert hatte, wundert sich in einer Klageschrift weiter: „Dass wir als Staatsfeinde von Seiten des Staates mit keinerlei Unterstützung zu rechnen hatten? Ich bin über die ohne historische Verständnis niedergelegten Ablehnungsgründe nicht wenig erstaunt und bedaure, dass sich der Herr Sachbearbeiter des Herrn Regierungspräsidenten in die Zeit von 1933 bis 1945 nicht hineinzudenken vermag.“

Völlig unberücksichtigt bleibe die Verhaftung von 1944, „wo ich nur einem außerordentlich glücklichen Umstand mein Leben verdanke“ (rechtzeitiges Hinunterschlucken einer Liste von Widerstandskämpfern in der Gestapo-Folterkammer). „Hat er einmal darüber nachgedacht, was geworden wäre, wenn man das illegale Material mit dem illegalen Aufbau für Opel bei mir gefunden hätte? Meine Hinrichtung wäre die Folge gewesen und außerdem wären noch zehn meiner engeren Mitarbeiter der Gestapo bekannt geworden, die wahrscheinlich den gleichen Weg hätten gehen müssen wie ich.“ Feutner fährt fort: „Wenn sie unter den Folterungen zusammengebrochen wären und wieder die ihnen bekannten Personen bekannt gegeben hätten, es wäre unausdenkbar gewesen, wie viele brave Menschen den Nazis in die Hände gefallen wären, für die heute Entschädigung gezahlt werden müsste.“

Förderer und Feinde

Neben Ignoranten und Seilschaften in Verwaltung und Justiz gab es auch Menschen, die Wilhelm Feutner zu würdigen wussten. Von 1928 bis 1933 und erneut ab 1945 Mitglied der KPD, gehörte er vom 15. Juli 1946 bis zum 30. November 1946 der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen an. Georg August Zinn schätzte ihn, befürwortete auch seinen Einsatz als Justizangestellter bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft. Der später durch den Auschwitz-Prozess berühmt gewordene Staatsanwalt Fritz Bauer wusste den Widerstandskämpfer zu schätzen. Andere Kräfte wie der Oberstaatsanwalt Dr. Kosterlitz betrieben „meine Entlassung, als die sogenannte Empfehlung der Bundesregierung kam, ‚politisch Unzuverlässige‘ zu entlassen“, berichtet Feutner später. Das schafften sie nicht. Es gelang ihnen immerhin, die Beförderung und Verbeamtung zu bremsen.

Feutner starb am 2. März 1979. Sein Andenken wurde bis heute nicht gepflegt. Der Mann, der aus der KPD und, wie Tochter Helga Knöß Rolf Strojec erzählte, am Tag nach der Pensionierung auch wieder aus der zwischenzeitlich favorisierten SPD austrat, wurde von beiden Parteien gründlich vergessen. Allein der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative und insbesondere den hier zugrunde liegenden Recherchen ihres Gründers, Rolf Strojec, ist es zu verdanken, dass heute auch junge Menschen die Chance haben, etwas über ihn

und den Widerstand im Opelwerk zu erfahren. Wann immer ihnen Geschichtslehrer Gelegenheit bieten wollen, Zeitgeschichte an der Geschichte der eigenen Stadt nachzuerleben. Auch die amerikanischen Befreier erkannten nicht den Wert Feutners und der gut vier Dutzend Widerstandskämpfer um ihn. Sonst hätten sie kaum nach ihrer Ankunft den Opel-Hauptabteilungsleiter Baier zum Bürgermeister gemacht, selbst wenn der noch so gut ihre Sprache beherrschte. Wenige Tage später setzten sie diesen NS-Sturmbannführer ehrenhalber wieder ab und beriefen Ludwig Dörfler zum Stadtoberhaupt, dem sie einen 24-köpfigen Bürgerausschuss beigesellten. Im Werk wollte unterdessen Wilhelm von Opel, eben noch Mitglied der NSDAP und der SA, förderndes Mitglied der SS, als Aufsichtsratsvorsitzender weitermachen. Was Arbeiter zu verhindern wussten. Darüber in Kürze mehr.

LUDWIG FEUTNER

Wilhelm Feutners Bruder Ludwig wurde am 11. April 1902 in Mörfelden geboren. Waldfacharbeiter, nach dem Krieg Revierförster Kühkopf/Knoblochsau, wo ihm die bekannte „Feutner-Eiche“ gewidmet ist. Seit 1920 KPD-Mitglied. Vom 7. März 1933 bis 14. Januar 1934 im KZ Osthofen gefangen gehalten. Vom 7. März bis 12. Juli 1935 Gefangener der Gestapo in Darmstadt, nahtlos anschließend bis 12. Juli 1938 in Butzbach inhaftiert. Bis 7. Februar 1940 Schutzhaft in Dachau und Flossenbürg, wo er für zwei Stunden gekreuzigt wird, weil er sich für Juden eingesetzt hat. Fortan stark behinderte rechte Hand. Bis 4. September 1940 unter Polizeiaufsicht. Kriegseinzug am 4. Februar 1943 (Heuberg, Peleponnes), 14. April 1945 in Kroatien schwer verwundet (Granatsplitter in Lunge), Kriegsgefangenschaft ab 29. Juli 1945 (Quelle: Recherchen Rolf Strojecs).

Mainspitze 21.05.2015 von Michael Wien

Arbeiter 1936 am Fließband im Rüsselsheimer Opelwerk. Genau zu dieser Zeit baute Feutner die Widerstandsgruppen auf. Archivfoto: dpa



Wilhelm Feutner:

Niederschrift über die Verfolgung während der Hitlerzeit!

Im Jahre 1933 bei der Machtübernahme durch Hitler wurde ich mit 2 weiteren Brüdern von mir als Gegner der Nazi's mehrmals verhaftet und wegen Überfüllung der Gefängnisse immer wieder vorübergehend freigelassen. Im Juni 1933 kamen wir dann in das Konzentrationslager Osthofen bei Worms. Schon diese Fahrt nach Osthofen bestand aus

Qual und Angst. So mußten wir im Wald bei Bürstadt aus den Wagen aussteigen und dann kam das Kommando lauf, lauf, marsch, marsch in den angrenzenden Wald. Da wir erfahren hatten, daß Genossen die diesem Befehl Folge leisteten auf der Flucht; erschossen wurden, klammerten wir uns an die Fahrzeuge fest und wurden dann mit Kolben-schlägen wieder in die Wagen getrieben. Als wir in Osthofen ankamen wurden wir am nächsten Tag dem Lagerarzt zur Untersuchung vorgestellt. Da wir uns über die fürchterlichen Misshandlungen beschwerten, denn wir waren schwarz u. blau am ganzen Körper, kamen wir in verschärfte Schutzhaft. Dies wurde uns dann später von Mithäftlingen bekannt gegeben. Eine Gruppe von Häftlingen hat sich beschwert hieß es beim Lagerapell. Sie kamen deshalb in verschärfte Schutzhaft. Ohne Decke, nur mit dem was wir an hatten, lagen mir auf Holzpritschen und mußten vor dem vor dem Stacheldraht auf- und ab gehenden SS Mann alle Minute stramm stehen und uns wieder hinlegen. So ging es eine ganze Nacht durch bis einer nach dem anderen umfiel. Ein Eimer kaltes Wasser über das Schwein und dann wieder aufstehen. Dauernd wurden alle möglichen Leute herausgerufen in eine nebenstehende Baracke. An den Schreien hörte man dann was sich dort abspielte. Dann wurden sie wieder in den Stacheldrahtverschlag gestoßen und niemand durfte sich um sie kümmern. So ging es 14 Tage bis ich völlig steif auf die Krankenstation des Lagers II gebracht wurde. Dort traf ich Dr. Carlo Mierendorff den ich bereits aus dem politischen Leben kannte und wir wurden gute Freunde. Der

Gen. Mierendorff war ebenso verschlagen, daß man die Hände vors Gesicht hielt, wenn man sich das ansah. Dabei vertraute sich auch der Gen. Mierendorff mir an, daß man von aussen seine Flucht vorbereite. Der für die Flucht gewonnene SS Mann Koch wurde als es den weiteren SS Leuten bekannt wurde fürchterlich zugerichtet. Er wurde abtransportiert und wir haben nie mehr etwas über ihn erfahren. Mit Sicherheit haben die SS Banditen ihn totgeschlagen. Der beigefügte Artikel der Frankfurter Rundschau über unsere Gen. Muts(" Johanna Kirchner " die ihr Leben dafür lassen mußte, als es verraten wurde. Nur wenige können sich heute noch in solche Zeiten hineindenken. Wir haben manche Nacht gezittert, bei jedem Kommen der SS, weil man ständig in der Angst lebte jetzt holen sie dich. Mierendorff und ich haben manche Nacht kein Auge zugetan, als diese Sache lief. So ist mein ältester Bruder durch die erlittenen Misshandlungen vom KZ_ gestorben. Ein weiterer Bruder von mir wurde zur Sonderbehandlung nach Darmstadt in die gefürchtete Riedeselstr. verlegt. Dort holte seine Frau Wäsche ab, die immer mit Blut getränkt war. Auch wurden ihm dort sämtliche Zähne ausgeschlagen. Später wurde er vom Sondergericht in Kassel. zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Mit Rücksicht auf unsere betagten Eltern nahm er alle ihm zur Last gelegten angeblichen Straftaten auf sich um mich den Eltern zu erhalten. Nach Verbüßung der 4jhr. Zuchthausstrafe wurde er am Tor von Butzbach abgeholt und in das KZ. Lager Dachau verbracht. Als er sich für dort befindliche Juden einsetzte und zu den SS-Leuten sagte "sind Sie doch Mensch" ergriff man ihn und schlug ihn ans Kreuz. Seine Hände waren durch die schweren Zimmermannsnägel ganz verkrüppelt. Auch den bekannten Todesmarsch nach Flossenbürg musste er mitmachen, als das Lager in Dachau geräumt wurde. Ich erspare mir hierzu weitere Ausführungen zu machen weil die Bücher die über die KZ-Dachau geschrieben wurden alles besagen. Mit dem Straf- und Bewährungsbattalion 999 kam er nach Jugoslawien und wurde auf dem Rückmarsch von den Amerikanern in Österreich befreit. .Erst nachdem als er nach Hause kam sahen wir das menschlich -Wrack eines KZ-Häftlings mit seinen verkrüppelten Händen. Über all dieses Leid ist uns Vater und Mutter verstorben. Unsere Frauen mussten, weil wir Staatsfeinde Nr. 1 waren Bäche und Gräben ausputzen für ein paar Pfenige um leben zu können. Irgend

eine Unterstützung von der Gemeinde bekamen wir nicht weil wir als Staatsfeinde angesehen wurden. 1944 am 20. Juli wurde ich noch einmal verhaftet und entging dem sicheren Tode durch einen standhaften Ausländer, als wir der SS im Schloßkeller zu Darmstadt übergeben wurden. Nur der Vernichtung der KZ-Unterlagen durch die Bombardierung Darmstadts verdanke ich, daß ich noch lebe. Nach meiner Tätigkeit bei dem Zusammenbruch der Gemeinde Mörfelden Landratsamt Groß-Gerau und dem Landtag (Verfassungsberatenden Landesversammlung ging ich nach Rücksprache mit dem Genossen Dr. Zinn zur Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Main. Zwar hatte mir der Genosse Dr. Zinn bei der Aussprache gesagt ich solle mich an ihn wenden, wenn mir das geboten erschiene. Ich habe aber niemals Gebrauch davon gemacht.

Dr. Kosterlitz als Oberstaatsanwalt betrieb damals meine Entlassung, als die Sogenannte Empfehlung der Bundesregierung kam politisch Unzuverlässige zu entlassen. Zeugen: Meine Personalakten und der noch lebende Oberamtsanwalt Frentsch der damals zum Betriebsrat der Justiz gehörte. Erster Staatsanwalt Selz, Amtsrat Schlichtegroll, Dr. Gonnermann trugen alle für die Niederhaltung meiner Person bei, Mit dem § 18 der Laufbahnverordnung hätte ich als politisch Verfolgter in die Beamtenlaufbahn übernommen werden müssen. Nachweis über die Anerkennung als politisch Verfolgter befindet sich in meinen Personalakten. Alle wussten es wer ich war, denn in meinen Personalakten stand ja einiges, aber ich wurde unter ständigen Druck gehalten und musste froh sein mit 3 Kindern Arbeit zu haben. Selbst Oberstaatsanwalt Buchtal befand sich im Schlepp von Staatsanwalt Selz und Amtsrat Schlichtegroll, BP- als er in der Erwiderung der Klageschrift vor dem Arbeitsgericht mich als Kommunist bezeichnete. Nur Oberstaatsanwalt Wolf der kein Genosse von uns war hat sich meiner angenommen. Selbst als ich damals unter Dr. Kosterlitz entlassen werden sollte bot mir der spätere Oberstaatsanwalt Wolf seine Hilfe an. Auch den Staatssekretär Rosenthal - Peldran darf ich in diesem Zusammenhang lobend erwähnen. Er hat mit dafür gesorgt, daß ich wenigstens 1958 in die Beamtenlaufbahn übernommen wurde. Wäre ich, wie es §18 der Laufbahnverordnung vorsah 1952 übernommen worden so könnte ich heute auf 6 Jahre Pensionsverbesserung zurück blicken. Wahrscheinlich

auch auf eine andere Position. Es erhebt sich nun die Frage ob mir nicht durch die politische Verfolgung und meine bewusste Niederhaltung bei der Staatsanwaltschaft noch die Möglichkeit einer entsprechenden Beförderung zugestanden werden kann. Von der Möglichkeit der 3 jährigen Verlängerung über das 65. Lebensjahr hinaus mache ich gebrauch.

Wilhelm Feutner
(gescannte Fassung Juni 2010 Archiv Rolf Strojec)

Krankenmorde und Rassemedizin

5 Stolpersteine für

- Elisabeth Hessemer
- Anna Rückert
- Rudolf Schmidt
- Anna Kraft
- Johannes Knoblauch

verlegt am 17.5.2018

Rüsselsheim: Fünf „Stolpersteine“ für Euthanasie-Opfer der Nazis

RÜSSELSHEIM - „Wir alle haben es in der Hand, zu verhindern, dass solche Verbrechen erneut begangen werden.“ Mit diesen Worten appellierte Udo Bausch am Mittwoch in Königstädten vor etwa 50 Zuhörern energisch dafür, sich menschenfeindlichen Tendenzen in der Gesellschaft entgegenzustellen. Der Oberbürgermeister sprach bei der Verlegung des ersten von fünf „Stolpersteinen“ zum Gedenken an hiesige Euthanasie-Opfer der Nazis. Auch die Vorsitzende des Fördervereins der Werkstätten für Behinderte, Renate Meixner-Römer, war erschienen, um die Opfer zu würdigen. Der OB rief dazu auf, in der Familie, am Arbeitsplatz, im gesellschaftlichen Leben wachsam zu sein „und zu schreien“, wo immer Menschen erniedrigt werden.

Rechtsstaat gegen Angriffe verteidigen

Er sei persönlich sehr betroffen, wenn er sehe, „was Menschen hier auszuhalten hatten“. So habe er nicht einen Moment gezögert, sich bei der achten Verlegung von „Stolpersteinen“ in Rüsselsheim als einer der Paten zur Verfügung zu stellen. Bausch wies darauf hin, wie wichtig es für Gegenwart und Zukunft sei, Taten und Opfer nicht zu vergessen und dafür aktiv zu sein. „Wo zum Beispiel das nahe KZ Osthofen lag, habe ich nicht aus Schulbüchern erfahren“, bedauerte er. Der Rechtsstaat sei Garant dafür, dass sich Unrecht wie das der Nazis nicht wiederhole. Bausch ermunterte die Hauptmann-Schüler, die wie berichtet im Vorfeld dieser Verlegung emsig Lebens- und Leidensgeschichten recherchiert hatten, wachsam zu bleiben und für den schützenden Rechtsstaat munter Flagge zu zeigen.

Die Zuhörer begleiteten an diesem Tag den Schöpfer und Verleger der „Stolpersteine“, den Kölner Künstler Gunter Demnig, zu den fünf Stationen, jeweils letzte freiwillige Wohnorte der Menschen mit fast durchweg psychischen Einschränkungen, die als „nicht lebenswert“ um ihr Leben gebracht wurden. Die Schüler berichteten, was sie über die Opfer herausgefunden hatten. Ihr Lehrer Frank Häußler gab weitere Erläuterungen zu Hintergründen und Umständen der Morde. Lebens- und Leidensgeschichten seien so spärlich dokumentiert wie bei keiner anderen Opfergruppe, noch vorhandene Zentralakten in Berlin aus Datenschutzgründen nicht zugänglich. Vier der Opfer, derer man nun gedenken wird, wurden in der Gaskammer der psychiatrischen Anstalt in Hadamar ermordet. Den Familien wurde vorgelogen, sie seien eines natürlichen Todes gestorben. Auch das Verscharren im Massengrab verschwiegen man tunlichst.

Patenschaften

Frauen, Männer, Gruppen übernehmen je eine Patenschaft und finanzieren dabei einen „Stolperstein“. Bei der 8. Verlegung waren dies Christian Golka (für Johannes Knoblauch), Marina und Martin Schopen (Rudolph Schmidt), Sieglinde Baumann (Anna Kraft), Udo Bausch (Elisabetha Hessemer). Die „Stolperstein“-Initiative ist dankbar für weitere Paten, aber auch weitere Mitglieder und Informationen zu Nazi-Opfern. (mw)

Kapazität der Gaskammer bestimmt Einlieferungszahl

Nach Zwischenaufhalten in anderen Anstalten wurden stets nur so viele Frauen und Männer in Hadamar eingeliefert, wie man in der Regel noch am selben Tag vergasen konnte. Das Datum der Ermordung Elisabetha Hessemers (Adam-Foßhag-Straße 6) wird so mit dem 3. Juni 1941 angenommen. Sie hatte seit dem Ersten Weltkrieg unter psychischen Störungen gelitten. Nach dem Tode des Vaters wollte der Stiefvater das geerbte Grundstück verkaufen. Im Alter von 39 Jahren wurde sie dem Euthanasie-System übergeben. Anna Rückert (Weserstraße 47) ermordeten die Nazis vermutlich am 25. März 1941 in Hadamar. Auch ihr Weg wurde durch eine Weitergabe von Anstalt zu Anstalt verschleiert. Zumal das erste Heim ein diakonisches war, hatte sich ihre Familie gefreut, sie angeblich gut versorgt zu wissen. Rudolf Schmidt (Schäfergasse 16) starb am 1. Mai 1945 in Hadamar, seiner letzten Station, sieben Tage vor Kriegsende, infolge jahrelanger unmenschlicher Behandlung an Entkräftung. Anna Kraft (Weisenauer Straße 35) kam seit Anfang der 30-er Jahre nicht ohne Betreuung aus und wurde wohl am 16. Mai 1941 in Hadamar vergast. Auch über sie ist wenig überliefert. „Es macht traurig, wenn wir diesen Opfern nun lediglich ihren Namen zurückgeben und an ihren grausamen Tod erinnern können“, erklärte Frank Häußler betroffen. Johannes Knoblauch (Grabenstraße 62) war alkoholkrank, wurde als „asoziales Element“ (Nazi-Jargon) in eine erste Anstalt gebracht, auf Kosten der Stadt. Der Deutschnationale Hermann Müller, seit 1922 Bürgermeister, ab 1933 NSDAP-Mitglied und im Amt bis 1944, unterschrieb. Bevor Knoblauch in Hadamar als „geisteskrank“ ermordet wurde, gelang ihm bei Zwischenstationen zwei Mal die Flucht. Er versandte makellos abgefasste Briefe, etwa an die Stadtverwaltung um Kleidergeld. Das Porträt jenes Bürgermeisters Müller hängt unweit dem des Nazi-Kollegen Dr. Walter Köbel im Aufgang zum historischen Sitzungssaal des Rathauses (ohne entlarvenden Zusatz). Sein Opfer hat nicht mal einen Grabstein, aber jetzt einen „Stolperstein“.

Main-Spitze 18.5.2018 von Michael Wien

ERINNERUNGEN UND BEFÜRCHTUNGEN

Nach der Verlegung des ersten Steines ergriff am Mittwoch eine Frau das Wort. Als Mutter eines psychisch erkrankten Sohnes danke sie den Mitwirkenden wie den Zuhörern. Deren Engagement gebe ihr die Zuversicht, dass ihr Kind vor dem bewahrt bleibe, was Nazis Menschen mit körperlichen und psychischen Einschränkungen antaten.

Eine Patin berichtete bei der Verlegung eines Steines, nach Kriegsende als Kind mit anderen einem seltsamen großen Mann, der im Stadtpark Grün schnitt, böse Worte nachgerufen zu haben. Ihre Mutter habe sie daraufhin entsetzt aufgeklärt, er sei eines der wenigen überlebenden Euthanasie-Opfer. Ein weiterer Besucher der Verlegung pflichtete bei, er erinnere sich. Auch er habe mit anderen Jungen diesen Mann geärgert. (mw)

Bis zu 50 Bürger nahmen an den Verlegungen der fünf Steine für Euthanasie-Opfer teil. Man begann vor der Adam-Foßhag-Straße 6, wo nun Elisabetha Hessemers gedacht werden kann. Foto: Vollformat / Volker Dziemballa



Erster Nachkriegsleiter des Rüsselsheimer Krankenhauses ein NS-Rassenmediziner

Am 4. Dezember 1972 besetzten die Frankfurter „Spontis“ Mathias Beltz, Daniel Cohn-Bendit und Josef („Joschka“) Fischer mit Rüsselsheimer Jugendlichen wie Achim Dresler, Uta Merkel und Gerhard Braun die Villa Frankfurter Straße 80. „Sie wollten die Stadtverwaltung mit der Forderung nach einem Jugendzentrum provozieren – obwohl hier längst immerhin eine Kita geplant war“, berichtet Rolf Strojec. Die Sache sei nach einer Woche verpufft.

Bisherigen Mieter glatt übersehen

„Eine größere Provokation wäre den Besetzern sicher gewesen, hätten sie sich mit der Lebensgeschichte des 14 Tage zuvor ausgezogenen Mieters beschäftigt“, stellt Strojec fest, Mitbegründer der Stolperstein-Initiative zum Gedenken an Opfer der Nazis. „Sie hatten die Hallermann-Villa besetzt, benannt nach dem langjährigen Opel-Werksarzt und NS-Rassenmediziner Dr. Hans Hallermann. Lebensgeschichte und bruchloses Untertauchen in der honorigen Stadtgesellschaft beschreiben nämlich einen wirklichen Skandal.“ Strojec griff das Thema anlässlich der Verlegung der „Stolperschwelle“ für Opel-Zwangsarbeiter auf. Um die medizinische „Versorgung“ bei Opel zu beleuchten, nahm er sich zunächst die Spruchkammerakte des seit 1938 zuständigen Werksarztes vor. „Hallermann ist im Oktober 1945 einer der 297 Opel-Führungskräfte, die von den Amerikanern wegen Beteiligung an den NS-Verbrechen zunächst entlassen, aber letztendlich wegen des Kalten Krieges nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Danach taucht er mit Unterstützung der Stadtverwaltung als honoriger Krankenhaus-Mediziner und Orthopäde im Wohlfühlklima der fünfziger Jahre unter.“ Strojec belegt mit Dokumenten starke Parallelen zum Fall Dr. Köbel, „mit ähnlichen Seilschaften, wie sie hier nun einen NS-Mediziner schützten“. Strojecs Fazit: „Hallermann war ein mechanistischer Mediziner, der ab 1933 alles tat, sich dem NS-Regime theoretisch wie praktisch anzudienen. Er behandelte Menschen bei Opel nicht nach medizinischer Bedürftigkeit, sondern nach rassebiologischen und ökonomischen Vorgaben. Er war führend an der medizinischen Ausgrenzung der Zwangs- insbesondere ‚Ostarbeiter‘ beteiligt. Er entwickelte und propagierte bei Kongressen abstruse Rassetheorien zur Arbeit, von Bandarbeit für Herzranke, unterwertigen Arbeiter-Konstitutionen, Bodentheorien, genetischer Arbeitswanderung von Ost nach West bis zu Durchhalteparolen mit Hausmitteln im ‚Totalen Krieg‘.“ Strojecs Schluss: „Der sich wie ein Scharlatan und schlimmer Finger verhielt, wurde mit städtischer Hilfe nach 1945 nicht ausgegrenzt, sondern gefördert. Wir sind gespannt auf Stellungnahmen aus Krankenhaus und Stadtverwaltung zu diesem Skandal.“ Hallermann trat am 1. November dem NS-Kraftfahrerkorps bei. Strojec: „Es war militärisch gegliedert wie die SA; in militärischen Übungen probte es das Abwerfen von Handgranaten und übte in Manövern, ‚was im Kriegsfall notwendig ist‘.“ Noch karriereförderlicher sei der Eintritt in die NSDAP (1937) gewesen, den er später krampfhaft zu verschleiern versucht habe. Strojec zitiert Hallermann, der nicht formell beigetreten sein will, aber Mitgliedsbeiträge zahlte. „Auf

jeden Fall wird er deshalb 1938 leitender Betriebsarzt bei Opel, weil politische Zuverlässigkeit Voraussetzung zur Lizenzierung beim Hauptamt für Volksgesundheit war. Er war auch Mitglied im NS-Ärztbund, wie die Alliierten später aufdeckten.“ Zu Kriegsbeginn wurde Hallermann zudem als nebenamtlicher Vertrauensarzt verpflichtet. Er konnte so Krankschreibungen niedergelassener Ärzte kontrollieren, Krankenkassen zu „Erb- und Rassenpflege“ beraten. „Hallermann war auch Mitglied der Arbeitsfront, wie die Spruchkammer Groß-Gerau gemäß Auskunft der Militärregierung festhielt.“

Mainspitze 1.10.2016 Von Michael Wien

HANS HALLERMANN

Geboren 1905 als 13. Kind eines Leiters der katholischen Volksschule und Zentrumsabgeordneten im Gemeinderat von Dortmund-Sölde; Medizinstudium bis 1929, TH-Studium; 1932 Assistenzarzt der chirurgischen Uniklinik Münster, 1933 bis 1938 einer orthopädischen Klinik in Gelsenkirchen, Orthopäde (ohne noch nicht notwendige Facharzt-Anerkennung).

1. November 1933 Eintritt ins NS-Kraftfahrerkorps (Gliederung der SA, nach deren Ausschaltung der NSDAP), ab 1936 inaktiver Sanitruppführer; NSDAP-Mitgliedsantrag 1937, Leitender Opel-Betriebsarzt ab 1938, Mitglied im NS-Ärztbund, ab 1939 auch Vertrauensarzt; November 1945 Leiter, danach bis 1955 weiterhin Arzt des Rüsselsheimer Stadtkrankenhauses (Opel-Villen); niedergelassener Orthopäde; am 4. Juni 1956 einer der Ehrengäste bei der Eröffnung des Krankenhauses am heutigen GPR-Standort; November 1972 Umzug nach Mainz, 1979 gestorben in Flörsheim. (mw)



Arzt mit festen rassistischen Überzeugungen

GESCHICHTE Der NS-Opel-Werksmediziner Hans Hallermann im Spiegel dokumentierter Äußerungen / Bandarbeit gut für Herzranke?

„Opels werksärztlicher Dienst wird ab 1940 voll eingespannt, um mit deutschen Frauen, aber besonders Fremd- und Zwangsarbeitern die Produktion bis ins letzte Kriegsjahr aufrecht zu erhalten. Für die Kriegszeit ist der Einsatz von 7025 Ausländern verzeichnet“, stellt Rolf Strojec fest, Mitbegründer der „Stolperstein“-Initiative zum Gedenken an Opfer der Nazis. „Von den Zwangsarbeitern aus dem Lager neben der Schmiede berichtete der NS-Werksarzt Dr. Hans Hallermann nach Kriegsende. Als ein neues Krankenhaus gebaut werden sollte, fand eine Besprechung mit ihm statt. Ein Text darüber ist im Stadtarchiv archiviert.“

1937 habe man erste Verhandlungen mit Opel geführt, das 200 Betten wollte, heißt es darin. Die Planung habe bei Hallermann gelegen, der Kriegsbeginn sie aber hinfällig gemacht. 1943 wurde ein Notkrankenhaus eingerichtet. Es habe hier damals 8000 Ausländer, Soldaten und Zivilisten aus dem Lager gegeben, das Hallermann persönlich unterstellt gewesen sei. Magistratsdirektor Dr. Wilhelm Artmann ergänzte 1972 („Geschichte des Stadtkrankenhauses“): „Wegen der vielen Ausländer, Zivilisten und Kriegsgefangenen sah sich die Werksleitung veranlasst, ein Notkrankenhaus einzurichten.“ Diese Baracken mit 40 Betten und einem OP wurden durch Luftminen zerstört. In einem der inzwischen errichteten beiden Bunker sei 1944 eine OP-Abteilung mit 30 Betten eingerichtet worden. Nach Einnahme Rüsselsheims durch Amerikaner (1945) seien die Bunker, in denen sich viele Verwundete befanden, geräumt worden.

Strojec: „Hallermann hatte am 14. September 1942 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern erhalten. Im Meldebogen zum Befreiungsgesetz gab er später an, 1943 bis 1945 außer als Werksarzt selbstständig als Chirurg tätig gewesen zu sein, im Auftrag Opels wie der Kassenärztlichen Vereinigung.“ Seit Kriegsbeginn zudem Vertrauensarzt, kontrollierte er auch seine eigenen Verordnungen.

Auch als Propagandist für Rassemedizin unterwegs „Von Hallermann liegen Veröffentlichungen vor, die ihn als entschiedenen NS-Rassemediziner ausweisen“, stellt Strojec fest. Auf diese Dokumente stieß er durch Gine Elvers, emeritierte Professorin für Arbeitsmedizin aus Frankfurt, die über NS-Betriebsärzte forscht. Mehrere Dokumente belasten Hallermann schwer. Im Mai 1940 referierte er in Wiesbaden bei der Kriegstagung der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin über Zahlen, die er teils schon 1938 beim Frankfurter Kongress berichtet hatte. Strojec: „Hier hatte er überwiegend über ‚Verbrauchsschäden und Berufsschäden‘ gesprochen. Aber insgesamt unterschied sich sein jetziges Referat deutlich vom früheren, da er nun verstärkt auf rassistische Momente abstellte.“

Arbeitsbelastung trete als Krankheitsursache zurück. Hallermann spricht von „konstitutioneller Unterwertigkeit“ eines Gelegenheitsarbeiters, einem „konstitutionellen Schwächling“, der wegen der Pflicht kollabiere, sich ungewohnter achtstündiger gleichmäßiger Beschäftigung unterziehen zu müssen. Arbeit an sich sei nicht gesundheitsschädlich, aber

eine berufliche Auslese unter ausschlaggebender Berücksichtigung der Konstitution Voraussetzung vorbildlicher Arbeitsgestaltung.

Strojec belegt mit weiteren Zitaten Hallermanns Einstellung. „Er behauptet, es sei unfruchtbar, die Ursache ‚nervöser Erkrankungen‘ in der Industrialisierung zu suchen. Bandarbeit sei durch harmonische Bewegungsketten gekennzeichnet, sogenannte überflüssige Bewegungen während der Arbeit natürliche Ausgleichsübungen und physiologische Kurzpausen.“ Bandarbeit sei gerade für Kranke mit Herzmuskelschäden günstig, der Arbeitsrhythmus übe besonderen Einfluss aus. Besserung der Pulsqualität und subjektiver Herzkreislaufbeschwerden habe sich gezeigt. Unterschiedliche Fähigkeit, Bandarbeit zu ertragen, sei eben „rassistisch fixiert“. Lärmtaubheit werde als Berufskrankheit „wesentlich überbewertet“. Bei einer „Gefolgschaft“ von 30 000 habe er in zwei Jahren nur zwei Fälle beginnender Lärmtaubheit beobachtet.

Mainspitze 8.10.2016 von Michael Wien

AUSLESE

Hallermann stellt geomedizinische Behauptungen auf. Strojec: „Eigenarten klimatischer Verhältnisse und regionaler Ernährung führten dazu, dass Bevölkerungsverschiebungen in Ost-West-Achse besser verträglich seien als in Nord-Süd-Richtung. Bei Verlagerungen von Arbeitskräften im großdeutschen Raum müsse dies berücksichtigt werden.“ Wichtig seien auch „völkische Berufseignung“ und „rassebiologische Probleme“, die der Arbeitsmediziner zwangsläufig sehen müsse. Denn es gehe um Auslese des Arbeiters für unterschiedliche Tätigkeiten.

Hallermann treibt Rassetheorien auf die Spitze, erkennt „auffällige regional gebundene Reaktionstypen“: „Odenwälder, Oberhesse, Rheingauer, Rüsselsheimer und so weiter sind feststehende arbeitsphysiologische und arbeitsmedizinische Begriffe geworden.“ (mw)

Die sogenannte Hallermann-Villa ist teilweise von einem großen Garten umgeben. Hans Hallermann und seine Familie wohnten in diesem Haus, in dem er nach dem zweiten Weltkrieg zunächst auch eine Praxis hatte. Seit 1973 beherbergt es die städtische Kindertagesstätte Frankfurter Straße.

Foto : Vollformat/ Volker Dziemballa



Geschichte: Rüsselsheimer NS-Opel-Werksarzt im „totalen Krieg“

Der Rüsselsheimer NS-Opel-Werksarzt und erste Nachkriegsleiter des Krankenhauses, Dr. Hans Hallermann, kannte sich wirklich mit Rassismus aus. Das belegen Recherchen Rolf Strojecs, Mitbegründer der „Stolperstein“-Initiative für Opfer des Nazi-Regimes. Wie in dieser Reihe bereits kurz beschrieben teilte der Mediziner auch seine „Volksgenossen“ noch in Rassen ein. 1940 schrieb Hallermann von „rassisch bedingter Konstitution“ am Beispiel eines ostelbischen Arbeiters, der ins Ruhrgebiet einwanderte. Er tue das nicht wegen besserer Einkommens- und Lebensverhältnisse, sondern weil er „auch seelisch“ eine ausgeprägte Eignung für Bergbau und Schwerindustrie besitze.

Hallermann: „Der Ostelbier drängt zum schweren Boden hin und ist seit Jahrhunderten gewöhnt oder auch gezwungen, in diesem Boden zu werken; er ist dem Boden, der Flora, dem Klima adäquat geworden. Er ist der körperlich und seelisch stämmige, harte Mensch, der aufgrund seiner rassischen Konstitution zum schweren Werken, zum Produzieren, zu statischer Arbeit besonders geeignet ist.“

DURCHHALTEPAROLEN

Im fünften Kriegsjahr appellierte Hallermann im „Opel-Kamerad“, der Werkzeitung an die Mitarbeiter:

„Dauer und Härte des Krieges stellen an unsere körperliche und seelische Widerstandskraft immer größere Anforderungen ... Der totale Krieg fordert von uns allen die letzten Kraftreserven ... Wer sich aber von Euch nur vorübergehend unpässlich fühlt ..., wendet sich an seinen Betriebsarzt ... Im übrigen wollen wir zu unserer guten alten Hausmedizin greifen ... Wir wissen, dass die meisten Menschen mehr aus Gewohnheit ... den Arzt selbst bei harmlosesten Störungen aufsuchen.“

„Noch ein Wort für die ‚Kranken‘, die gern vom Luftschutzdienst befreit sein wollen ... Zeigt Haltung – trotz aller Härten des Krieges.“ (mw)

Arzt sieht rassebiologisch asoziale Elemente

Menschen aus Eifel, Hunsrück, Hessen, Thüringen, Erzgebirge passten nicht „in den ihnen konstitutionell und völkisch fremden Lebenskomplex“. Hallermann beschrieb auch „den“ Hamburger Zimmermann und „den“ Berliner Maurer, aus „rassisch-konstitutionellen Gründen“ zum Bauen berufen. Da ihnen der Boden nicht genügend gegeben habe, sei ihre Persönlichkeit nicht bodenwärts gerichtet. Strojec: „Aus alldem leitete Hallermann die Notwendigkeit einer ärztlichen Berufsauslese ab, wobei Eignungsprüfungen eine völkisch bestimmte Berufseignung zu berücksichtigen hätten. Er sprach vom konstitutionell Gesunden auf der einen, von rassebiologisch asozialen Elementen auf der anderen Seite und forderte mehr rassenbiologische Überlegungen bei der Berufsauswahl.“

Anlässlich eines Vortrages „Arbeitsmedizin und Betriebsarzt im totalen Krieg“ referierte der NS-Opel-Werksarzt am 22. Juni 1943 in Frankfurt vor der Medizinischen Gesellschaft über „Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte“. Beim Gros der auftretenden Krankheiten handle es sich um funktionelle Störungen. Hallermann unterschied drei Gruppen: eine mit primär unterwertiger Konstitution, „die schon immer

äußerlich in Erscheinung trat“, eine mit „unterwertiger Konstitution, die bisher durch zweckmäßige Berufswahl als latente Unterwertigkeit kaschiert war und durch kriegsbedingte erhöhte Arbeitsbelastung und Berufsänderung aufgedeckt wird“ sowie eine, die Störungen funktioneller Art aufwies. Strojec: „Letztere identifizierte Hallermann als ‚die untertrainierte oder einseitig trainierte Konstitutionsstruktur, die infolge kriegsbedingten Berufswechsels umgeformt werden muss““. Außerdem sah er verschiedene chronische Krankheitszustände wie „kriegsbedingten Unterdruck und Gewichtssturz“. Arbeitserleichterungen seien hier eine zweckmäßigere Therapie als die Verordnung zusätzlicher geringer Eiweiß- und Fettmengen oder einer Kur.

Mainspitze 15.10.2016 Von Michael Wien

Zum Wegräumen der Trümmer des Dritten Reiches (hier am zerstörten D-Bau) waren die Opeler offenbar alle gut genug. Aber noch als der von den Nazis begonnene Krieg hierher zurückschlug, unterschied Hans Hallermann zwischen hochwertigen und minderwertigen Arbeitern.

Foto: Archiv Heimatverein



Verharmlosungen und Lügen

GESCHICHTE Anklage und Abtauchen des NS-Werksarztes Hans Hallermann nach Kriegsende

Der NS-Opel-Werksarzt Dr. Hans Hallermann war nach dem Bankrott des nationalsozialistischen Regimes um Ausreden nicht verlegen. Wie berichtet, hatte er eben noch im Werk Durchhalteparolen ausgegeben und durchzusetzen versucht, bei Ärzte-Kongressen immer wieder mit rassemmedizinischen Reden Kollegen überzeugen wollen und seine „Erkenntnisse“ auch in die Führung des Lagerlazaretts für Zwangsarbeiter eingebracht, so schien dies nach Ende der Diktatur einer weiteren Karriere im Wege zu stehen und musste wie im Falle vieler anderer Profiteure des besiegten Regimes nach Kräften verschwiegen, vertuscht, relativiert, bemäntelt werden.

„Diätkost und Zulagen“ für die Zwangsarbeiter?

Rolf Strojec, Mitbegründer der „Stolperstein“-Initiative, hat Ergebnisse seiner Nachforschungen zu Hallermann dieser Zeitung zur Verfügung gestellt. Er berichtet: „Nach dem Krieg sagte Hans Hallermann – wie Wilhelm von Opel –, dass sein ärztliches und persönliches Verhältnis zu den Ausländern das beste gewesen und dass zum Beispiel im Lagerlazarett Opel kein Ausländer gestorben sei. Diätkost und Sonderzulagen habe man gegeben.“

Doch trotz seiner angeblich aufopfernden Tätigkeit für Deutsche und Ausländer wurde Hallermann, wie er später berichtete, im Oktober 1945 aus seiner Stellung entlassen. Die Ärztekammer habe dann unter Anwendung des Gesetzes Nummer acht „mir auch die weitere Tätigkeit mit kleiner Lizenz in dem von mir gegründeten Krankenhaus untersagt, wobei auch meine damalige bösartige Erkrankung, die in erster Linie durch das mir widerfahrene Unrecht nachweislich ausgelöst und verschlimmert wurde, zu meinem Nachteil ausgenutzt [wurde].“ Er sei ein Rechtloser und ohne jedes Einkommen arbeitslos, seine mühsam aufgebaute Existenz sei zerschlagen worden.

Die Spruchkammer beim Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung Hessens holte Auskünfte über Hans Hallermann ein. Strojec berichtet weiter aus der Akte: „Von der örtlichen Militärregierung erfuhr sie, dass dieser zusätzlich zu den bereits genannten Organisationen Mitglied in der NSV, im Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund und im Reichsluftschutzbund war. Letzterer war von Hermann Göring im April 1933 gegründet worden, hatte damals bereits mehr als 15 Millionen Mitglieder und diente der Erfassung und somit Überwachung aller Häuser und der gesamten Bevölkerung. Er verfügte über eine straffe Organisation und wurde schließlich quasi zu einer Zwangsvereinigung. Nach Kriegsbeginn wurde er in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts umgeformt und 1944 in die NSDAP überführt.“ Der Spruchkammer lag auch ein Brief des Gustavsburgers Gustav Bieck vom 4. August 1946 vor. Darin wird Hallermann als „Nazi-Arzt“ bezeichnet, der „gewissenlos über seine Grenzen“ hinausgegangen sei und „wegen seines Handelns Misstrauen (...) bei der Belegschaft (...) erregte“. Der Zeuge weiter: „Durch sein Handeln hat Herr Dr. H.

unverkennbar seinen Anteil am Sieg des Nationalsozialismus selbst bezeugt. (...) Mit dessen Machtergreifung verstärkte sich bei ihm die Brutalität der Krankenverfolgung, welche durch seine perverse Veranlagung die menschliche Vorstellungskraft einfach übersteigt (...) Er war stets gegen eine Heilbehandlung, gegen einen entsprechenden Arbeitsplatz, gegen Invalidisierung (...), [er sagte,] dass die Sache mit mir sehr ernst sei, eines schönen Morgens tät es einen Schlag und ich wäre in Dachau (...). Es ist mir unverständlich, dass ein derartiger Arzt im heutigen demokratischen Deutschland überhaupt noch amtieren kann.“ Genau das aber geschah.

Mainspitze 28.10.2016 von Michael Wien

HILFE FÜR DEN „RASSEMEDIZINER“

Es gab Rüsselsheimer, die Hallermann nach dem Krieg einen Freispruch verschaffen wollten. Strojec berichtet: „So ein leitender Angestellter des Opelwerks namens Schenck mit Schreiben vom 5. Oktober 1945. Pfarrer Jung vom katholischen Pfarramt log mit Schreiben vom 7. November 1945, dass sich die ärztliche Betreuung der vielen Ausländer ... in keiner Weise von der der Inländer [unterschied].“

Ein Elektromeister, der den Wagen des Betriebsarztes gewartet hatte, schrieb der Spruchkammer am 5. August 1946: „(...) habe ich mich wiederholt bei Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen über die Behandlung, die ihnen von Herrn Dr. H. H. zuteil wurde, erkundigt, wo immer nur hohes Lob bezeugt wurde. Sein Streben war, da zu helfen, wo Hilfe notwendig war, ohne Unterschied von Rasse und Konfession (...).“ (mw)

Inmitten der Zerstörungen im Opelwerk (Bild) und der Stadt herrscht zunächst Genugtuung über die Entlassung von 300 leitenden Angestellten, die dem Nazi-Regime zugearbeitet hatten, durch die Amerikaner. Unter ihnen war auch Hans Hallermann. (Foto: Heimatverein)



Eine Geldstrafe als Sühne

Rassenmediziner Hans Hallermann wird schließlich als Mitläufer verurteilt

Der NS-Werksarzt, Nazi-Propagandist und Rassenmediziner Dr. Hans Hallermann war einer der 297 Opel-Führungskräfte, die im Oktober 1945 von den Amerikanern wegen Beteiligung an den NS-Verbrechen entlassen, aber wegen des Kalten Krieges nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Zugleich muss Rolf Strojec, Mitbegründer der „Stolperstein“-Initiative, feststellen, was damals auch viele Nazi-Opfer frustrierte. „Mit Unterstützung der Stadtverwaltung taucht er wenig später als honorierter Krankenhausmediziner und Orthopäde im Wohlfühlklima der Fünfziger Jahre unter.“

Unverständlicher Einsatz Dörfners für einen Nazi

Unglaublich, dass sich auch der Sozialdemokrat Ludwig Dörfner (1887-1957), einst von Nazis derart zusammengeschlagen, dass ihn die Folgen bis ans Lebensende behinderten, für den NS-Propagandisten und Aktivisten Hallermann einsetzte. Dörfner, Bürgermeister von März 1945 bis 1954, schrieb am 9. August 1946 an die Spruchkammer, Hallermann sei erst 1945 zugezogen. Strojec stellt fest: „Hans Hallermann wohnte tatsächlich von 1938 bis 1945 in Wiesbaden, ‚wirkte‘ aber bekanntlich hier.“ Dörfner schreibt dem Nazi einen der berüchtigten „Persilscheine“ aus: „Politisch ist er hier nicht hervorgetreten. Bei Ausstellung von ärztlichen Gutachten während der Kriegsjahre hat er dieselben in überwiegendem Maß in antinazistischem und antimilitaristischem Sinne getätigt. Er hat sich bei Fliegerangriffen und beim Aufbau unseres Krankenhauses sehr große Verdienste erworben. Gez. Dörfner.“

Was geht da in Dörfner vor? Strojec: „Dörfner verfällt hier zum wiederholten Male in die Denkweise eines zwölf Jahre nicht aktiv am Widerstand beteiligten Nachkriegspolitikers, der vielfach die gängigen Herrschaftsnormen der Nazizeit übernimmt.“ Unter Anderem verweist Strojec dabei auf den Umgang mit den Nazi-Opfern Meister und Löw und darauf, dass Dörfner offenbar heimkehrende Emigranten politische Mitwirkung verwehrte, um Macht und Einfluss nicht teilen zu müssen.

Am 16. September 1946 entschied die Groß-Gerauer Spruchkammer über Hallermann: „Der Betroffene ist in die Gruppe IV der Mitläufer eingestuft. Geldbuße 2 000 Reichsmark. Abgabe eines Anzugs, einer Garnitur Winterunterwäsche, bestehend aus Hemd, Unterhemd, Unterhose, und ein Paar Strümpfen. Zehn Tagewerke zu je acht Stunden für den Wiederaufbau. Begründung: H. war Parteianwärter von 1937, Mitglied des NSKK ab 33, San. Truppführer ab 36, Mitglied des DRK... Nichts Belastendes...“

Im Frühjahr 1945 beschlagnahmten die Amerikaner die Villen Dr. Fritz Opels, die im Krieg als Flakzentrale gedient hatten. Zu Ostern wurde dort das Krankenhaus mit 90 Bet-

ten eingerichtet. Die Verwundeten aus dem Notlazarett des Opel-Bunkers wurden herüber gebracht. Strojec: „Das erste Stadtkrankenhaus war also Eigentum der Familie Opel, die die Verwaltung zum 20. November an die Stadt übergab.“

Hallermann wurde als Leiter bestellt. Strojec zitiert aus der Krankenhaus-Chronik: „Nach vier Wochen erkrankte Herr Dr. Hallermann ... Weil die Krankheit langwierig war, suchten wir uns einen Chirurgen.“ Hallermann blieb zehn Jahre einer von fünf Fachärzten der Klinik. Die in einem Schreiben vom 21. Februar 1949 darauf hinwies, „dass die zur Verfügung stehenden Betten kaum den ... Bedarf ... decken“. Am 1. Juli 1956 wurde das Krankenhaus geschlossen, in dem Hallermann „wertvolle Pionierarbeit leistete“. Für den 4. Juni 1956 lud der Magistrat zur Eröffnungsfeier des neuen Krankenhauses auch Hallermann ein.

Mainspitze 4.11.2016 von Michael Wien

NIEDERGELASSEN

Hans Hallermann war nach 1955 als niedergelassener Orthopäde in Rüsselsheim tätig. Am 21. November 1972, zog er mit 68 Jahren nach Mainz. Am 4. Februar 1979 starb Hallermann in Flörsheim. (mw)





Nachkriegszeit und die sog. „Wiedergutmachung“

- Antifaschistischer Aufschwung**
- „Entschädigung“ als Bittgang**
- Die Rückkehr der alten Eliten**



Nach dem Krieg kaum Respekt vor den Nazi-Opfern

„Die ganze Wiedergutmachung bis heute kann man nicht anders bezeichnen denn als Nervensäge und Verhöhnung der Opfer des NS-Regimes. Weit besser geht es unseren Verfolgern, sie leben von fetten Pensionen und die Verfolgten werden weiter geärgert und hingehalten.“ Das und mehr schreibt am 13. Mai 1957 der Rüsselsheimer Karl Breidenbach an den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Der wegen Mitarbeit in KPD und „Roter Hilfe“ ins KZ Osthofen verschleppte und später im Zuchthaus in Butzbach internierte Widerstandskämpfer aus der Weinbergstraße war eines von vielen Opfern, das fassungslos erleben musste, wie nach Ende der Diktatur bemäntelt und verharmlost wurde.

Aus Sicht der Leidtragenden

Rolf Strojec, Sprecher der „Stolperstein“-Initiative, recherchiert seit Jahren intensiv die Geschichte Rüsselsheimer Nazi-Opfer. In Gesprächen mit der „Main-Spitze“ fasste er jetzt einmal aus Sicht von Opfern zusammen, in welchem Umfeld nach dem Krieg Männer wie Dr. Walter Köbel Karriere machen konnten. Hier der erste von drei Artikeln dazu.

Angesichts der Monströsität der Nazi-Verbrechen gingen den Menschen offenbar passende Worte aus. Die anmaßende Bezeichnung „Wiedergutmachung“ stammt übrigens nicht aus der Nachkriegszeit. „Ab 1936 wird das Wort von ins Exil getriebenen Kommunisten und Sozialdemokraten benutzt, die formulieren, dass es nach Ende des Regimes eine gesellschaftliche Form der Wiedergutmachung geben müsse“, klärt Strojec auf. Die Alliierten hätten sich 1945 bis 1948 auf Überlebenshilfe konzentriert. In der Bundesrepublik gab es danach personelle „Wiedergutmachung“ und Pauschalzahlungen an Länder, etwa an Israel. Die DDR leistete Reparationen. Und nicht nur dort wurde für die Sowjets demontiert. „Auch die Kadett-Bänder aus Rüsselsheim wurden in die UdSSR geschafft.“ Im gleichen Maße, wie sich die Alliierten zurückzogen, wurde es für Opfer schwerer und schwerer, ein wenig materiellen Ausgleich für Erlittenes zu erhalten, berichtet Strojec. Menschen waren um ihren beruflichen Aufstieg gebracht, gefoltert, interniert, gar ermordet worden, Häuser und anderes hatte man ihnen geraubt. Überlebende Opfer des Nazi-Terrors begegneten nun in Wiedergutmachungs-Büros häufig den selben Köpfen wie zur Nazi-Zeit, nicht selten üblen Tätern. „Von zunächst 15 000 Bundesbeamten waren ein Drittel Nazis, in der Justiz lag der Prozentsatz bei 60 Prozent“, erläutert Strojec. 300 000 im Jahre 1945 entlassene „belastete“ Beamte wurden mit dem berüchtigten Paragraphen 131 wieder in teils führende

Positionen gebracht. „Und bei der Wiederbewaffnung erklärten dann Generäle, nur für einen Wehrbeitrag zur Verfügung zu stehen, wenn inhaftierte Kriegsverbrecher frei kämen, darunter viele Gestapo-Leute.“ 1946 hatten die US-Amerikaner repräsentativ ermittelt, dass mehr als 80 Prozent der Deutschen faschistisch, rassistisch, antisemitisch eingestellt waren. Wenige Jahre später durften bereits Stimmen laut werden, man solle es mit der Entnazifizierung „auch nicht übertreiben“. Wer öffentlich widersprach, wurde als Nestbeschmutzer beschimpft. „Verlorener Haufen nannten sich diese Unruhestifter daraufhin.“

Mainspitze 28.03.2013 von Michael Wien

Lästige Pflichtübung

In solcher Atmosphäre wurde „Wiedergutmachung“ von weiten Teilen des Volkes nicht als moralische Verpflichtung begriffen, sondern als lästiges Mäntelchen über wirtschaftlichen Interessen und um mit Schuldfragen nicht behelligt zu werden. „Im Gegenzug zu materiellen Hilfen aus dem Marshall-Plan war man bereit, ein wenig Wiedergutmachung in Kauf zu nehmen.“

Jüdische Organisationen wie die „Jewish Claim Conference“ hätten manche Ansprüche von Holocaust-Überlebenden durchsetzen können, sagt Strojec. Vielen anderen wurde es unmöglich oder doch wenigstens so schwer wie möglich gemacht. Mehr anhand Rüsselsheimer Beispiele in Kürze in zwei weiteren Artikeln.

TÄTER UND OPFER

Der Frankfurter Jurist Ernst Féaux de la Croix erarbeitete im Bundesfinanzministerium Richtlinien für „Wiedergutmachung“. Schon während der Nazi-Herrschaft war er hochgeachtet, als Autor eines Buches über „Volk und Rasse“. Im Reichsjustizministerium war er zuständig für „Fremdvölkische“. Wie Dr. Walter Köbel gehörte er der zynischer Weise „Rechtswahrerbund“ genannten Vereinigung nationalsozialistischer Menschenrechtsbrecher an. Mehr als 7 000 Zwangsarbeiter mussten bei Opel in Rüsselsheim ihr Dasein fristen, gedemütigt, geschlagen. Etliche wurden von hier in die Konzentrationslager Buchenwald und Flossenbürg verschleppt. Überlebende waren von „Wiedergutmachung“ ausgenommen, über die „Wohnsitzfrage“. Als ob man von ihnen hätte verlangen dürfen, im Land ihrer Peiniger zu bleiben. Erst zur Jahrtausendwende gab es etwas Geld, auf streng geprüften Antrag für jene, die nicht inzwischen gestorben waren. Keine „Wiedergutmachung“ gab es für Zwangssterilisierte, Sinti, Roma, ausländische Widerstandskämpfer („Wohnsitzfrage“). In Vergabebüros zu arbeiten, war nicht angesehen, für manchen Nazi aber ein Einstieg in die Verwaltung. „Opfern zu begegnen, war ihnen unangenehm, für die Opfer war es ein kaum zu bewältigender Albtraum“, berichtet Rolf Strojec.



Blick auf eine Baracke im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Nach 1945 zogen zahlreiche Verwaltungsleute und Juristen die Gesinnung auch von Rüsselsheimer Opfern des Terror-Regimes in Zweifel. Mehr als zwei Jahrzehnte lang wurden auch andere Tricks angewandt, um selbst eine nur materielle Entschädigung zu begrenzen oder letztlich ganz zu verhindern.

Archivfoto: afp

150 Mark für vier Wochen im KZ

Nach Ende der Nazi-Diktatur möchten viele mit Opfern nichts zu tun haben / Am liebsten auch nicht zahlen

Europa, Nordafrika, Nordamerika und halb Asien überfallen und hinterher „Wiedergutmachung“ für Opfer von deren Wohnsitz in Deutschland abhängig machen? Wüsste man nicht, dass ein Nazi-Vordenker mit „Rassenbewusstsein“ im Bundesfinanzministerium federführend bei der Abfassung der Richtlinien war, käme man nicht darauf, warum nach Ende der Nazi-Zeit der unmenschliche Umgang mit Opfern vielfach weiterlief, wie Rolf Strojec von der „Stolperstein“-Initiative immer wieder auch an Rüsselsheimer Opfern belegt hat.

Ausgerechnet Nazis

Die Hauptdarsteller im neuen System, die solches Verhalten zumindest nicht störte, waren zugleich sicher, für den Aufbau eines demokratischeren Staatswesens – ausgerechnet Nazis zu brauchen. Man habe auf deren Fachwissen nicht verzichten können, behaupten sogar manche Historiker bis heute. Dr. Walter Köbel zum Beispiel verfügte 1946, als er aus verheimlichter Kriegsgefangenschaft kam, über juristische, aber absolut nicht über Verwaltungserfahrung. Was es unausweichlich machte, ihm eine Verwaltungskarriere zu eröffnen? „Bis heute nennt mancher all diese Fälle ‚eine große Integrationsleistung‘“, stellt Strojec kopfschüttelnd fest. „Weite Teile des Volkes mögen nach Ende der Nazi-Diktatur die Opfer nicht und wollen schon gar nicht bezahlen“, erläutert er. Während Sühne größtenteils vermieden wird, möchten sich die meisten Deutschen am liebsten auch noch vor dem materiellen Ausgleichsversuch drücken. Dennoch werden ab 1950 Anträge gestellt. Überlebende Verfolgte sind von Entbehrung und Krankheit gezeichnet. Und sie stehen vor Trümmern ihrer Existenz. Dabei müssen Opfer nicht selten weiterhin oder wieder in den Amtsstuben hockende Täter um Entschädigung bitten.

„Kein Wunder, dass etwa ein Drittel der Anträge gerichtlich entschieden werden muss.“ 60 Prozent der Juristen sind allerdings „ehemalige“ Nazis. Selbst vor Gericht bekommen viele Opfer nicht ihr Recht. „Für abgebrochenes berufliches Fortkommen, gesundheitliche und materielle Schäden sowie Freiheitsentzug ist zu entschädigen. Pro Monat im KZ werden einmalig 150 Mark gewährt“, berichtet Strojec. Auch 16 gepeinigte Rüsselsheimer Juden melden sich. „Jüdische Opfer und Großbürger werden ein wenig großzügiger entschädigt.“ 71 weitere Rüsselsheimer Opfer, Widerstandskämpfer etwa, haben es bei ihren Entschädigungsverfahren noch schwerer. „Lager-Trauma zum Beispiel ist in den USA als Krankheitsbild bekannt, im Land der Konzentrationslager will man es nicht anerkennen.“

Einfach gezeugnet

Und auch ein Zusammenhang materieller Not mit Nazi-Verbrechen wird oft einfach gezeugnet. Bei dem Rüsselsheimer Alwin Heizenröder etwa. Der Widerstandskämpfer wurde ins KZ Osthofen verschleppt, die Ehefrau genötigt, sich scheiden zu lassen. Die Alleinerziehende kann das Häuschen nicht halten. Unter Wert wird es zwangsversteigert. Nach dem Krieg will man nicht entschädigen. „Sie hätten ja mitbieten können“, wird dem seinerzeit Internierten zynisch vorgehalten. Der Dreher Heinrich Reinheimer wird 1943 wegen Kontakten zu Kriegsgefangenen (er hatte Hungernden Lebensmittel zugesteckt) bei Opel entlassen und zu vier Monaten

Gefängnis verurteilt. Nach dem Krieg hält man ihm vor, er könne nicht nachweisen, als Regimegegner Nachteile erlitten zu haben. „Nicht jeder durch NS-Behörden Geschädigte hat Anspruch auf Wiedergutmachung. Nur der, der ein wirklicher Feind der NS-Herrschaft war.“ Anderen wird unterstellt, sie hätten „keine achtbare politische Gesinnung“. Auch in das Strafbataillon 999 gezwungen worden zu sein, will man nicht als Entschädigungsgrund anerkennen. Ein weiterer Trick zur Minimierung der Entschädigungen ist die Verschleppung von Verfahren folter- und lagergeschwächter Opfer über 15 und mehr Jahre. Oskar Jülich etwa erlebt die Entscheidung nicht mehr. Weitere Rüsselsheimer Fälle in Kürze im dritten Artikel dazu.

Mainspitze 2.04.2013 Von Michael Wien

UNWILLIG

-Rolf Strojec zitiert den ins Exil getriebenen Kurt Richard Grossmann. Bis 1933 war er Vorsitzender der Deutschen Liga für Menschenrechte, über Prag und Paris konnte er in die USA flüchten. 1956 bereist er im Auftrag einer jüdischen Hilfsorganisation für Überlebende der Judenvernichtung die Bundesrepublik. Und er stellt fest, die Bearbeitung von Entschädigungsanträgen gehe im Schneckentempo voran, mit Paragrafenreiterei und zu wenig Personal. Presse und öffentliche Meinung reagierten darauf nur auf Druck aus dem Ausland, der entsprechend aufgebaut werden müsse, um den Opfern beizustehen.

- Deutsche Aufwendungen

von 1948 bis 1957 für „Kriegsfolgelasten“: 196 Milliarden Mark, davon 6,4 für „Wiedergutmachung“ (3,3 Prozent).

Nazi-Verfolgte als Bittsteller

Akten über „Wiedergutmachungen“ und damit über viele versagte „Entschädigungen“ einzusehen, war bis in die 90er Jahre unmöglich, berichtet Rolf Strojec, Sprecher der „Stolperstein“-Initiative. „Denn darin ging es ja nicht nur um furchtbare Erlebnisse der Opfer. Blockwarte, Denunzianten, Nazi-Juristen und Nazi-Ärzte kamen darin vor.“ Etwa der Staatsanwalt Freiherr Dr. von Schenck zu Schweinsberg, hessischer Uradel, Ankläger beim Volksgerichtshof gegen Walter Rietig, der für seinen hier bei Opel geleisteten Widerstand in Berlin enthauptet wurde. Wie Rietigs Richter konnte auch dieser Nazi-Jurist nach Ende der blutigen Diktatur völlig ungehindert seine Karriere fortsetzen.

Ruinen der Existenz

Währenddessen mühten sich überlebende Nazi-Opfer, finanzielle „Entschädigung“ zu bekommen, um auf Ruinen der Existenz, die man ihnen gestohlen hatte, eine Zukunft zu erreichen. Gegen starke Widerstände der mit Nazis durchsetzten Behörden. Strojec: „Der Rüsselsheimer Kommunist Georg Goetz war ins KZ Osthofen verschleppt worden. Eine inszenierte Verwandten-Intrige um angebliche Kuppelei brachte ihm weitere 18 Monate Haft ein.“ Entschädigung bekam er nicht. Er könne keine achtbare politische Gesinnung nachweisen, erklärte ihm dreist ein Richter. Der Sozialdemokrat Ludwig Reiber verlor 1933 als „politisch Unzuverlässiger“ bei der Stadtverwaltung seine Stelle als Schlosser, berichtet Strojec weiter. „Bei einer Hausdurchsuchung entdeckte man eine Waffe. Viele Sozialdemokraten hatten eine, um sich bei Überfällen wehren zu können.“ Reiber wurde zu viereinhalb Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Nazi-Zeit bescheinigten auch ihm Beamte und ein Richter, keine achtbare politische Gesinnung gehabt zu haben. Offenbar durften sich Nazis bewaffnen, potenzielle Opfer aber sollten wehrlos sein. In der Berufung gab ihm ein junger Assessor Recht. Ein Begriff „achtbare politische Gesinnung“ finde sich nicht im Gesetz. Und bewaffnet gewesen zu sein, sei auf Grund der Bedrohungslage kein Hinderungsgrund für eine Entschädigung.

Jede Menge fauler Tricks

Die Nazis erkannten „verdächtigen“ Männern, Kommunisten, aber auch vielen Sozialdemokraten und anderen, die „Wehrwürdigkeit“ ab. Viele zwang man nach Lager und Gefängnis („Schutzhaft“) ins Strafbataillon 999. Solche Einheiten wurden für „Himmelfahrtskommandos“ eingesetzt. Auch die Rüsselsheimer Otto Zinkeisen, Walter Steube, Heinrich Tiemann, Karl Wolfenstädter, Georg Goetz wurden so in Lebensgefahr gebracht, erinnert Strojec. Nach dem Krieg versuchten sie vergeblich zu belegen, dass dies keine „normale“ Wehrmachtseinheit war. Man lebte hinter Stacheldraht.

Schikanen waren an der Tagesordnung und geringste „Vergehen“ wurden mit Erschießungen (im Schnitt an jedem zweiten Tag) geahndet.

Einen weiteren Trick, „Entschädigung“ zu minimieren, fanden Beamte und Juristen: „Verfahren wurden verschleppt“, erzählt Strojec. Alwin Heizenröder musste bis 1970 prozessieren, der Arm der Nazis reichte weit. Oskar Jülich wurde erst nach seinem Tod etwas zugesprochen. Adam Helker erhielt am Ende statt 17 000 nur 10 000 Mark. Der Königstädter Bürgermeister Josef Merkel bekam am Ende nur 100 Mark Zusatzrente. Während diese Menschen als Bittsteller auftreten mussten, um sich und ihren Familien einen geringfügigen Ausgleich für Erlittenes zu beschaffen, erlebten sie, wie Nazis Karriere machten, bis hinauf zum Bürgermeister, Kreistagsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Dr. Walter Köbel. Umgekehrt wirkten diese alles andere als klärend und helfend im Sinne der Opfer auf die Zustände ein. Wer sich zu allem noch mit Gewissenbissen herumschlug, das waren viele Juden und Widerstandskämpfer, wie die „Stolperstein“-Initiative dokumentiert hat. Ausgerechnet sie warfen sich vor, die Nazi-Diktatur nicht noch mutiger bekämpft, womöglich sogar verhindert zu haben.

Mainspitze 11.04.2013 Von Michael Wien

EIN WEITERES MAL OPFER

Aus Konzentrationslager, Gefängnis oder Vertreibung zurückkehrende Nazi-Verfolgte hatten mit körperlichen wie seelischen Folgen zu kämpfen, wie die „Stolperstein“-Initiative beschrieben hat. Hinzu kommen Schwierigkeiten, wieder Fuß zu fassen, nicht nur materiell. Wem war zu vertrauen, von wem war man enttäuscht, ja denunziert worden?

Es erscheint unvorstellbar, dass man sich ihrer nicht von offizieller Stelle annahm, sondern sie zu Bittstellern degradierte und weiterhin demütigte. Strojec beschreibt, wie friedlich die blieben, die ein weiteres Mal zu Opfern gemacht wurden und sich in Amtsstuben, bei Gericht oder vor medizinischen Sachverständigen sogar unmittelbar Tätern gegenüber übersahen. Er erinnert auch an Deserteure, Männer, die sich geweigert hatten, für das NS-Regime weiterzukämpfen und samt Familie über ihr Lebensende hinaus giftigen Kommentaren, Verachtung, Ausgrenzung ausgesetzt waren.

Etwas besser ergehe es inzwischen den Hitler-Attentätern vom 20. Juli. Auch sie, von denen viele das Regime zunächst lange gestützt hatten, wurden lange mehr oder minder verhohlen als Verräter betrachtet.

Rüsselsheimer fordern 1945 völlige Abkehr von den Nazis

Mit der Übergabe von Stadt und Opelwerk an US-amerikanische Truppen durch Widerstandskämpfer gegen die Nazis endeten in Rüsselsheim am 24. März 1945 der Zweite Weltkrieg und die Herrschaft der Nationalsozialisten. Zwar setzten die US-Amerikaner spornstreichs aus Unwissenheit einen Nazi als Bürgermeister und in Dr. Wilhelm von Opel einen weiteren als Opel-Chef ein, doch mussten sie beide Entscheidungen binnen weniger Tage wieder zurücknehmen. Bevölkerung beziehungsweise Belegschaft hatten deutlich gemacht, dass sie sich nicht erneut Vertretern der Diktatur unterstellen würden, von der sie die Amerikaner gerade erst befreit hatten. Wie konnte es so weit kommen, dass in der gleichen Stadt ab 1954 der Nationalsozialist Dr. Walter Köbel Bürgermeister, Kreistagsvorsitzender und schließlich auch Landtagsabgeordneter werden konnte? Landespolitiker hatten zunächst ausdrücklich darauf geachtet, den von einem US-Militärgericht wegen Leugnens seiner NS-Gefolgschaft belangten Juristen nicht in die Landesverwaltung zu lassen. Hier aber wurde er, neuerdings Mitglied der SPD, mit offenen Armen aufgenommen, ja er brachte es zu einer Machtfülle, die vor und nach ihm nie wieder jemand auf sich vereinigen konnte.

Ursachen-Forschung

Rolf Strojec, Mitbegründer und ehemaliger Sprecher der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative, hat sich tief reichend mit Opfern der Nazis beschäftigt. Dazu gehörte, dass er dokumentierte, wie es überlebenden Widerstandskämpfern ging, nach Ende des Krieges und der Herrschaft der Nazis, die ihn angezettelt hatten. Eine sehr intensive Beschäftigung auch mit der Nachkriegszeit war die Folge. Zum krassen Sinneswandel zwischen 1945 und 1954 befragt, unterscheidet Strojec zunächst vier Felder, die es zu beobachten gelte: „Da sind die US-Amerikaner, dann überlebt habende Widerstandskämpfer gegen die Nazis, vorwiegend Gewerkschafter, als dritte Gruppe die alte Unternehmensleitung und als vierte Belegschaft und Bevölkerung.“

Heute zuerst ein Blick ins Werk, der auf Widerstandskämpfer, alte Nazis sowie die US-Befreier trifft. Fritz Zängerle, Widerstandskämpfer, US-Truppen bei Kriegsende mit der geforderten weißen Fahne entgegen gegangen, um die Bürger vor der für den anderen Fall angedrohten völligen Zerstörung ihres Lebensraumes zu bewahren, eröffnete die

erste Belegschaftsversammlung bei Opel so: „Alle Räder, die noch existieren, sollen wieder rollen. Aber nicht zum Nutzen einer kleinen Clique, sondern zum Wohl des gesamten deutschen Volkes.“ Zängerle habe damit jenem antifaschistischen Aufbruchswillen entsprochen, der weite Teile der Belegschaft wie der Ortsbevölkerung bewegt habe, stellt Strojec fest. Die Opeler hätten zunächst aber im anderen, ganz handgreiflichen Sinne Schutt wegräumen müssen. „Bis 1946 waren 75 Prozent der mehr als 100 000 Kubikmeter Trümmer fortgeräumt. Auch waren Strom- und Wasserversorgung wiederherzustellen.“ Die Amerikaner entließen mit dem Aufsichtsratschef Dr. Wilhelm von Opel 257 Abteilungsleiter und Meister, die als Nazi-Handlanger dem alten Regime gedient hatten. „Damit entsprachen sie der bei der Konferenz von Jalta vereinbarten Regel, alle Nazi-Aktivisten aus öffentlichem Dienst und großen Unternehmen zu entfernen“, bekräftigt Strojec. Bis Anfang 1946 ging das gut. Dann änderte sich die Besatzungspolitik schrittweise. „Eine reibungsloser funktionierende Verwaltung erschien zunehmend wichtiger als die Säuberung der Schlüsselpositionen von Nazis.“

Mainspitze 28.10.2015 von Michael Wien

Wilhelm von Opel 1941 bei der Feier seines 70. Geburtstages zwischen Gauleiter Jakob Sprenger und General Adolf von Schell, Reichsbevollmächtigter für das Kraftfahrzeugwesen. Ringsum ein Teil der 257 Opel-Führungskräfte, Mitte 1945 von den US-Truppen entlassen, ein halbes Jahr später als „unentbehrliche Fachkräfte“ wieder eingestellt. Foto: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

SEILSCHAFTEN

Im Zuge einer sich verändernden Besatzungspolitik waren bis 1945 unterbrochene „braune“ Netzwerke bald wieder „repariert“. Wer das öffentlich beklagte, konnte als Unruhestifter unter verschiedensten Vorwänden schwersten Ärger bekommen. „Landrat Wilhelm Hamann, Mitglied der KPD, wurde verhaftet und vorübergehend in jenem KZ interniert, in das ihn einst bereits die Nazis geschafft hatten“, stellt Strojec fest.



Rüsselsheimer Träume und Niederlagen nach Kriegsende 1945

Ende März 1945 ist der Aufbruchswille groß. Zwischen den Ruinen der halbzerstörten Stadt gedeiht mancher Blütenraum. Insbesondere „kleine Leute“ wünschen eine gründliche Entnazifizierung. Hier im Opel-Werk und im Ruhrgebiet werden Pläne entwickelt, wie man überbetriebliche Mitbestimmung organisieren kann und was sie an sozialen Reformen bringen müsste.

Sozialdemokraten und Kommunisten schwören einander, Zwist zu begraben, die Arbeitnehmer zu einen und so ein Wiedererstarken von Nazis unmöglich zu machen: „Nie wieder Bruderkampf.“ Die hessische Verfassung erhält schließlich bei der Volksabstimmung am 1. Dezember 1946 eine überwältigende Mehrheit. SPD, KPD und Konservative zeigen Übereinstimmung. Mit 84,8 Prozent gut zehn Prozent mehr als im Landesdurchschnitt stimmen auch Artikel 41 zu, der Sozialisierung (Verstaatlichung) von Großunternehmen in Schlüsselindustrien (wie zum Beispiel Opel).

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, warum die gleiche Stadt schon ab 1954 von dem Nationalsozialisten Dr. Walter Köbel, neuerdings Sozialdemokrat, regiert werden wird, trägt erneut Rolf Strojec Fakten bei. Der Mitbegründer der „Stolperstein“-Initiative für Nazi-Opfer legt zunächst noch drauf und verweist auf die erste Betriebsratswahl. Kandidaten der KPD und Widerstandskämpfer gegen die Nazis verbuchen 75 Prozent.

Gelenkte Demokratie

Die Amerikaner wollen das nicht anerkennen und lassen zu Beginn der neuen Demokratie den demokratisch gewählten Betriebsrat gleich wieder auflösen. Fritz Zängerle, KPD, Widerstandskämpfer, rettet die Situation, indem er den US-Militärs erfolgreich anbietet, man werde Vertreter anderer Gruppen hinzu berufen.

Die Niederlage ist abgewendet, doch mit Veränderung der Großwetterlage und dem Verzicht der Amerikaner auf weitere Säuberungen, – Hauptsache die Verwaltung funktioniere besser – laufen Veränderungswillige zunehmend gegen die Wand. „In heimlichen Sitzungen haben in Rüsselsheim und im Ruhrgebiet Vertreter von SPD und KPD gerade noch Pläne zur Gründung einer gemeinsamen Partei gewälzt.

Doch ab 1947 arbeiten SPD und Konservative zusammen, der Stimmenanteil der KPD von 17 Prozent (1946) wird bei der nächsten Wahl auf zwei Prozent geschrumpft sein“, konstatiert Strojec. Nicht lange und die KPD wird mit Unterstützung der SPD verboten werden. Vom Tisch verschwinden auch alle Pläne (unter anderem der CDU) zur Verstaatlichung von Schlüsselindustrien.

Umwälzungen laufen gegen die Reformer, im Werk wie in der Stadt. Was im Werk passiert, hat weit stärker als heute vorstellbar Auswirkungen auf Rüsselsheim und umgekehrt. „Bei Kriegsende hat die Stadt 10 100 Einwohner, 6900 arbeiten bei Opel“, stellt Strojec fest. Rheinessen haben keinen Zugang, müssen in der französischen Zone bleiben. Vertriebene strömen herbei, binnen weniger Jahre wird die Stadt 18 000 Einwohner zählen. „Leitende Beamte der Verwaltung waren bei Kriegsende als Nazis geflohen. Antifaschisten hatten US-Truppen Stadt und Werk übergeben. 1946 aber holt der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Wagner die auf Druck der Arbeiter als Nazi-Funktionäre entlassenen 257 Opel-Führungsleute zurück“, erinnert Strojec.

Und noch eine Niederlage: „Von der ersten politischen Wahl am 30. Juni 1946 waren acht Prozent der Rüsselsheimer als Nazi-Aktivisten durch Sperrvermerk ausgeschlossen. Dann aber geben die Amerikaner das Thema Säuberung an deutsche Spruchkammern ab. Die erklären reihenweise Nazi-Aktivisten zu bloßen Mitläufern. Die Restauration ist in vollem Gange, Widerstand wird zerbröselt, der Weg zu einem Köbel als Bürgermeister ist gar nicht mehr so weit.“

Mainspitze 31.10.2015 von Michael Wien

Für jede Menge Trümmer hatten die Nazis gesorgt (hier die heutige Marktstraße nach einer Bombardierung durch die angegriffenen US-Amerikaner). Aber auch geistige Verwerfungen wollten die Rüsselsheimer entsorgen.

Archivfoto: Stadtarchiv



Kriegsende in Rüsselsheim: Besiegte Eliten gewinnen erneut Einfluss

„Entnazifizierung“ heißt das Zauberwort. Auch Rüsselsheimer, die nach Ende des Krieges darauf hoffen, dass Schergen des alten Regimes nie wieder Handhabe über sie haben werden, setzen auf die „Spruchkammern“, nachdem die Amerikaner das Säuberungsgeschäft an die Deutschen abgegeben haben. Rolf Strojec, Mitbegründer der Rüsselsheimer „Stolperstein“-Initiative für Nazi-Opfer, packt noch sieben Jahrzehnte später der Zorn, wenn er sieht, was daraus wurde.

Keine lokale Aufarbeitung

Rund 800 Rüsselsheimer sind per Sperrvermerk für Nazi-Aktivistinnen am 1. Dezember 1946 von der ersten demokratischen Landtagswahl ausgeschlossen. Ihre Schuld wird jedoch lokal so wenig aufgearbeitet, wie dies sonst im besetzten Deutschland geschieht. „3,2 Millionen Deutsche sind meldepflichtig, müssen die 131 Fragen des Kataloges zur Feststellung ihrer Vergehen ausfüllen. Festgestellt werden am Ende nur 400 Hauptschuldige und 5300 Aktivisten, aber 133 000 bloße Mitläufer. 663 000 Verfahren werden rasch eingestellt.“

Strojec stellt bei seinen Recherchen immer wieder fest, dass auch in der nachfaschistischen Gesellschaft Nazi-Opfer bei Kontakten in Verwaltung, Betrieben, Justiz und Gesundheitssystem erneut ehemaligen Nazi-Schergen ausgeliefert sind. Spruchkammern haben diesen die im Volksmund ja auch „Persilscheine“ genannten Unbedenklichkeitserklärungen ausgestellt. Sie machen es ihnen möglich, Stellungen zu bekleiden, in denen sie abermals Entscheidungsgewalt besitzen, auch über Opfer der Nazis, denen diese Leute eben noch gedient haben.

Wie demoralisierend das auf alle wirklich unbelasteten Rüsselsheimer wirken muss, lässt sich denken.

„Zugleich darf man nicht vergessen, dass bei Kriegsende 50 Prozent des Wohnraumes zerstört sind, viele in Kellern und Gartenhütten vegetieren“, hält Strojec fest. „Zunächst gibt es pro Tag Nahrung auf Marken für 1300 Kalorien, monatlich 800 Gramm Fleisch. Ein Sechstel der Opel-Belegschaft hat mindestens 20 Prozent Untergewicht. Es werden Bittbriefe um Geschirr geschrieben, viele gehen Kartoffeln und Kohlen ‚hamstern‘.“ Bei so existenziellen Problemen Widerstand gegen sich wieder belebende braune Seilschaften zu leisten, sei jeder Frau und jedem Mann, die das noch schaffen, hoch anzurechnen. Währenddessen entzweien sich die Arbeiterparteien wieder. „Und die Amerikaner bremsen und behindern Gewerkschafter. Wo doch gerade jetzt Strukturveränderungen möglich wären, setzen sie alte Eliten wieder ein.“

FRAGEN

Bis heute sind verschiedene Fragen der jüngeren Geschichte unbeantwortet. Rolf Strojec listet unter Anderem auf:

- Geschichte der Stadtverwaltung;
- Geschichte der Rüsselsheimer NSDAP;
- Was wurde aus den 800 zur ersten demokratischen Wahl nicht zugelassenen NS-Aktivistinnen.

In Führungspositionen

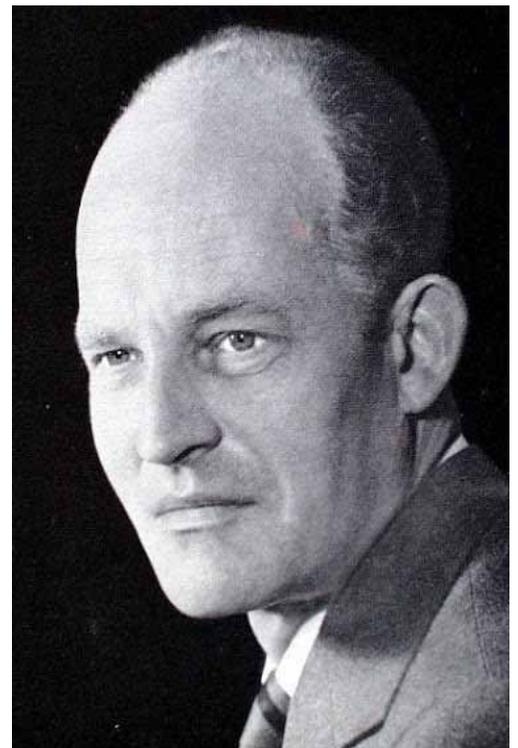
„NS-Wehrwirtschaftsführer Heinrich Nordhoff, der das Brandenburger Opel-Lkw-Werk führte und später im Entnazifizierungsverfahren zunächst als ein Hauptschuldiger eingestuft wird, dann als Entlasteter, erhält 1947 von den Briten den Auftrag, VW wieder aufzubauen.“

NS-Wehrwirtschaftsführer Heinrich Wagner, der Opel auf die Kriegsproduktion umgestellt hatte, wird 1952 Chef von Daimler-Benz. Nur zwei Jahre später taucht in Rüsselsheim Walter Köbel auf. Der Mann, der im Unrechtsstaat Staatsrecht studiert und eine bekenntnishaftige Doktorarbeit verfasst hatte, später wegen Leugnung seiner Mitgliedschaft in NS-Organisationen von einem US-Militärgericht verurteilt worden war und den man in der Landesverwaltung nicht haben wollte, ist in die SPD eingetreten. Und wird Bürgermeister, Kreistagsvorsitzender, Landtagsabgeordneter.

Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Wiczorek wird im Februar 2013 bei der Vorstellung des Gutachtens über Köbel erklären, er fürchte, man habe auch in Rüsselsheim gewusst, mit wem man es da zu tun hatte. Der Eine habe hierüber nicht gesprochen, der Andere dafür über Anderes den Mund gehalten.

Mainspitze 10.11.2015 von Michael Wien

Walter Köbel Anfang der Sechzigerjahre. Von 1937 bis zu deren Verbot war er zwölf Jahre Mitglied der NSDAP, bald auch des NS-„Rechtswaherbundes“. Ab 1952 konnte er in Rüsselsheim eine beispiellose Karriere machen. Bis 2013 blieb ihm die größte Sporthalle gewidmet. Seine Doktorarbeit und ein Gutachten Marburger Historiker weisen ihn als Nazi-Ideologen aus, der zudem nie widerrief. Foto: Stadtarchiv



Erinnerungs- und Gedenkkultur

- **Verpasste Entnazifizierung („Hitler war's“)**
- **die Schuldfrage**
- **Gedenken und Erinnern als politische Aufgabe**

Die Nazizeit als „negatives Eigentum“ annehmen

Historiker Hannes Heer gibt Kollektivschuldthese eine neue Bedeutung

Auf Einladung der Rüsselsheimer Stolpersteine-Initiative ging der Hamburger Historiker Hannes Heer wenige Tage vor der zweiten Verlegeaktion von Stolpersteinen in der Rüsselsheimer Innenstadt am 21. April 2010 im Bücherhaus Jansen der Frage nach, welche Veränderungen die Erinnerungskultur in Deutschland nach 1945 durchlaufen hat und welchen weiteren – vor allem auch lokalen und familienbezogenen – Weg sie im Sinne eines Lernens aus der Geschichte nehmen sollte.

Einige Beispiele aus der Politik und der Literatur der letzten 20 Jahre führten Heer zunächst zu seiner Einstiegsthese, dass es eine generelle Unsicherheit beim Sprechen über die Jahre 1933 bis 1945 in der deutschen Öffentlichkeit gebe. Als besonders herausragende Beispiele für diese Unsicherheit nannte er den Umgang mit der Rede des damaligen Bundestagspräsidenten Phillip Jenninger anlässlich des 9. November 1988 sowie die Reaktion auf die Rede Martin Walsers anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an ihn am 12. Oktober 1998. Während Jenninger seinen Posten räumen musste, weil er sich – so Heer – gewagt habe, die „Frage nach den Tätern und der Schuld der Vielen“ offen zu stellen, wofür die Zeit offenbar noch nicht reif gewesen sei, sei Walsers „Stammtischrede“ in der Frankfurter Paulskirche mit Ovationen bedacht worden, an denen sich nur einer nicht beteiligt hat: Ignaz Bubis, der – noch in der Paulskirche – Walser „geistige Brandstiftung“ vorgeworfen hatte.

Philipp Jenningers Rede am 9. November 1988 hätte die Debatte um die deutsche Schuld eröffnet, wohingegen Martin Walser die Richtung „zum Verschwinden der Täter“ und zu den Deutschen als einem Volk von Opfern (Bombengeschädigte, Kriegsgefangene, Vertriebene etc.) eingeschlagen habe. Bei solchen extremen geschichtsphilosophischen Wendungen stelle sich die Frage nach der tatsächlichen „Hinterlassenschaft“ des Dritten Reiches.

„Kollektivschuld“ (Jean Amery) oder „Massenschuld“ (Marie-Luise Kaschnitz)

Diese sieht Heer darin, dass die Frage nach der Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen noch immer nicht ausreichend beantwortet sei. Der Schriftsteller Jean Amery habe schon sehr früh von einer „Kollektivschuld der Deutschen“ gesprochen, weil er keine großen Unterschiede zwischen dem „feldgrauen Landser und dem Bewacher eines Viehwaggons eines Deportationszuges“ entdecken konnte, aus dem Leichen ausgeladen wurden. Amery sei es bei dieser Schuldzuweisung nicht um eine Begrifflichkeit im

engeren juristischen Sinne gegangen – sondern um eine moralische Definition. Ganz in diesem Sinne habe auch Marie-Luise Kaschnitz von einer „Massenschuld“ der Deutschen gesprochen. – Diese Debattenbeiträge, zu denen Heer auch die frühe Schrift „Die Schuldfrage“ von Karl Jaspers aus dem Jahr 1946 zählte, seien von der deutschen Öffentlichkeit seinerzeit heftig abgelehnt worden – und sie würden es im Grund noch immer. Heer bezog sich auf den Historiker Dan Diner, der 1999 von einer „nicht abgeholten und nicht abgeltbaren Schuld“ sprach, die sich in unterschiedlicher Weise auf alle lege, die in die Tat verstrickt seien und die ihrem Gedächtnis nach dem Kollektiv zugehören, aus dem heraus die Täter handelten. Diner spreche von einem „Kollektivverbrechen“, das aus sich heraus ein Generationen übergreifendes Schuldgefühl erzeuge, das zu einem „zentralen Bestandteil des kollektiven Bewusstseins der Deutschen“ geworden sei und das deutsche Erinnern bis heute präge.

Vergessen als „höchst bewusster Vorgang der Verleugnung“ (Adorno)

Um zu verstehen, wie die kollektive Erinnerung der Westdeutschen nach 1945 mit der Massenschuld umgegangen ist, befasste sich Heer anschließend mit psychologischen Erkenntnissen zum Erinnern – und Vergessen. Beides gehöre zusammen. Erinnern sei ein Vorgang, bei dem man das Passende auswähle, das, was einem unwichtig und störend vorkommt, aussondere. Insofern sei das Vergessen eine natürliche Kehrseite des Erinnerns.

„Kollektivschuld. Das ist natürlich blanker Unsinn, sofern es impliziert, die Gemeinschaft der Deutschen habe ein gemeinsames Bewußtsein, einen gemeinsamen Willen, eine gemeinsame Handlungsinitiative besessen und sei darin schuldhaft geworden. Es ist aber eine brauchbare Hypothese, wenn man nichts anderes darunter versteht als die objektiv manifest gewordene Summe individuellen Schuldverhaltens. Dann wird aus der Schuld jeweils einzelner Deutscher – Tatschuld, Unterlassungsschuld, Redeschuld, Schweigeschuld – die Gesamtschuld eines Volkes. Der Begriff der Kollektivschuld ist vor seiner Anwendung zu entmythisieren und zu entmystifizieren. So verliert er den dunklen, schicksalhaften Klang und wird zu dem, als das er allein zu etwas nütze ist: zu einer vagen statistischen Aussage.“

Aus: Jean Amery (Jenseits von Schuld und Sühne)



Dies gelte auch für das kollektive Erinnern. Nietzsche habe dies in die Formel gekleidet: „Zu allem Handeln gehört Vergessen.“ Während – auf die nationale Erinnerungskultur des ausgehenden 19. Jahrhunderts bezogen – die Unterscheidung zwischen „Hellem und Dunklem“ einer Nation – und damit zwischen positiver Erinnerung und Vergessen – noch relativ einfach gewesen sei und selbst dem Dunklen (zum Beispiel militärische Niederlagen) insofern noch ein „Sinn“ beigemessen werden konnte, als sie als Ansporn für künftige Rachfeldzüge hätten gesehen werden können, gäbe es diese prinzipielle Offenheit für eine nachträgliche Sinngebung nach dem Holocaust und dem Vernichtungskrieg nicht mehr. Dem Völkermord war kein nachträglicher Sinn mehr zuzuschreiben, sagte Heer.

Die „überlebende Völkergemeinschaft der Deutschen“ habe daher ihr Heil im Vergessen gesucht und Adorno habe diese Tilgung der Erinnerung als höchst bewussten Vorgang der Verleugnung beschrieben. Alle Anstrengung sei darauf gerichtet gewesen, das Dritte Reich und die Verbrechen ungeschehen zu machen, das eigene Leben abzuspalten und auf „die anderen“ zu verweisen: die Nazis. „Hitler war’s. - Heer spricht hier von einem „Prozess einer kollektiven Amnesie“, der von der Adenauerregierung unterstützt worden sei. Das Unrecht der Deutschen sei durch Banküberweisungen an Israel abgegolten worden. Der einzelne Deutsche hatte mit alledem nichts zu tun!

Unter Hinweis auf eine im Zusammenhang mit der Wehrmachtsausstellung vorgenommene Befragung stellte Heer fest, dass sich die überwältigende Mehrheit durch individuellen Rückzug, Selbsttäuschung und Schuldverschiebung zu retten versucht habe. Sie bäten um Verständnis und suchten nach Komplizen. Durch diesen „den Kindern und Enkeln aufgezwungenen Pakt“ habe die Verstrickung in eine Schuld begonnen, „die ihnen nicht gehörte“. Von daher datiere „das lebenslange Leiden der Nachgeborenen“.

Gedenkstätten als „Orte der Läuterung“ – aber außerhalb des Alltagsraumes

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen entwickelte Hannes Heer im Folgenden Überlegungen zu einer angemessenen Erinnerungskultur in der heutigen Zeit. Dabei rückten zunächst die „offiziellen“ Gedenkstätten (Heer nennt sie auch „Orte der Läuterung“) in den Mittelpunkt, die von den Alliierten überwiegend an den Orten der ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager eingerichtet wurden und drei Funktionen erfüllen sollten: Beweissicherung für die beabsichtigten Kriegsverbrecherprozesse, „Schocktherapie“ für die Deutschen, um sie mit der Realität des Nationalsozialismus zu konfrontieren und zur Umkehr zu bewegen und Gedenkort für die Überlebenden aus den Lagern. Heer sagte, dass alle diese drei Funktionen diese Gedenkorte für die Mehrheit der Bevölkerung zu Unorten werden ließen. Dennoch könnten diese Orte, an denen die Besucher mit den Fakten über unvorstellbare

Verbrechen und Leiden konfrontiert werden, für viele Menschen eine „Läuterung“ mit sich bringen, indem „fixierte Haltungen verändert und neue entwickelt werden können.“ Dabei könne auch ein anderes Gefühl dominant werden – das der eigenen Geschichte – hervorgerufen an bestimmten Orten, von bestimmten Objekten, die Erinnerungen an die eigene Familiengeschichte wachriefen.

Diese oft verstörende Wahrnehmung bleibe aber nicht bei der privaten Welt der eigenen Familie stehen, sondern erreiche auch die geschichtliche Rolle der Deutschen im 20. Jahrhundert, die mit dem Völkermord ihre Unschuld für immer verloren hätten. So wie die Juden als Opfer zu einem „symbolischen Volk“ geworden seien, das keine „normale Geschichte“ mehr habe, so gelte dies umgekehrt auch für die Deutschen. Hier werde aus Trauer Scham – im Nachvollzug der Leidenserfahrung. Trauerarbeit bezogen auf den Holocaust und den Vernichtungskrieg, sagte Hannes Heer in Weiterführung der von Margarethe Mitscherlich herausgestellten Bedeutung der individuellen Trauerarbeit für die seelische Gesundheit eines einzelnen, „ist Arbeit am zerstörten Sinn und bestärkt uns, den Weg durch die Trümmer zu finden.“

Gedenkstätten seien insofern wichtige Orte für eine Erinnerungskultur. Ihr Nachteil aber sei, dass sie nichts mit unserem Alltag gemein hätten, weil sie sich außerhalb des kulturellen Raumes befinden, in dem wir leben. Die „ehemaligen Bauherren und Zwingherren“ – so Heer - muteten uns noch immer zu, bei jedem Besuch eines ehemaligen KZ oder Vernichtungslagers dorthin zu gehen, wo sie ihre Opfer haben wollten. So würden erneut die Wurzeln eines Heimat- und Wohnortes, des Arbeitsplatzes, der Familie und der Nachbarschaft gekappt, in der Deutsche mit anderen Deutschen zusammenlebten.

Hannah Ahrend habe auf die Frage danach, wie das Vergessen des Holocaust verhindert werden könne, lakonisch geantwortet: durch Erinnern. Sie habe aber auch gesagt, dass man dafür immer wieder neue Formen des Erzählens finden müsse.

Hamburger Projekt: „Heimkehr in das Gedächtnis der Gemeinde“

Hannes Heer berichtete dann von einem Projekt, das er gemeinsam mit anderen im Jahre 2004 im Rahmen einer Ausstellung in Hamburg unter dem Titel „Viermal Leben. Jüdisches Schicksal in Blankenese“ durchgeführt hatte und in dessen Zentrum vier Blankeneser Juden standen, die vor ihrer Deportation den Freitod gewählt hatten. Unter der Überschrift „Heimkehr in das Gedächtnis der Gemeinde“ wurde in einem Gemeindehaus mit dem Mittel der Inszenierung gearbeitet: Das alte Dorf Blankenese wurde in Form eines riesigen Plans auf dem Boden aufgetragen – markiert mit den Adressen aller 150 damals dort wohnenden Juden. Für die vier im Mittelpunkt stehenden Juden wurden nach

oben offene weiße Häuser gebaut. Die Besucher konnten in ihnen den Menschen begegnen – anhand von Bildern, wenigen Objekten, den Faksimiles der Todesurteile nach 1938 u.a.. Heer sagte: „In dieser privaten Welt, in diesen Räumen einer stillen Begegnung, die zugleich zu Gedenkortorten wurden, entstanden Nähe, Identifikation und Gefühle.“ In der Mitte dieses „Dorfes“ wurde eine Stele installiert, die die Namen, Adressen und Berufe aller 150 Blankeneser Juden enthielt. Gesondert wurden auch die Blankeneser Juden aufgeführt, die nach Theresienstadt und von dort weiter in die Vernichtungslager im Osten kamen. Gezeigt werden sollte so, „wie es zu dieser Endstufe „Massenmord“ kommen konnte – durch das Überlaufen der Einwohner der Elbgemeinde schon vor 1933 und die penible Anwendung aller Verfolgungsmaßnahmen des Regimes im Ort.“

Das Ausstellungskonzept habe so dem Ziel gedient, die Opfer zurückzuholen aus dem gesellschaftlichen Raum, aus dem sie vertrieben wurden. Heer plädierte im Sinne dieses Ansatzes dafür, einen „Ergänzungsraum zur Welt der Gedenkstätten und deren spezifischen Weisen des Erinnerns“ zu schaffen. Die Gründe für den Triumph des Nationalsozialismus könne man nicht anhand der Extremität der KZ- und Vernichtungslager entschlüsseln, sondern nur, wenn man sich dorthin begeben, wo dieser „diabolische Wahn“ entstanden und herangewachsen sei. Heer nennt dies die „Normalität eines von konservativen Traditionen und nationalen Weltbildern geprägten Alltages“. Der Nationalsozialismus habe aus lauter Familiengeschichten bestanden und sein Terror habe in der Nachbarschaft begonnen. Die Rückkehr der Opfer in ihre Gemeinden und Viertel sei daher der Versuch „zugleich einer späten Heimholung und einer feierlichen Grablegung“. Daher sei auch die Verlegung von Stolpersteinen vor den Wohnungen der ermordeten Mitbürger so erfolgreich und wirkmächtig: Jeder dieser eingelassenen Bronzestücke sei eine Provokation, weil er das bisherige Schweigen breche und den Betrachter mit der Erinnerung an ein deutsches Leben konfrontiere, das plötzlich kein deutsches mehr und überhaupt nicht mehr habe sein dürfen.

Neue Romane über die Nazizeit entdecken die Täter in der eigenen Familie

Diesem Nahraum des Alltages wandte sich Heer schließlich über einen „Umweg“, wie er sich ausdrückte, zu: einer Betrachtung der erzählenden Literatur, genauer: der „Nazizeit als Familienroman“. Hier stellte er zunächst einmal fest, dass es nicht ausreichte, der Vertriebenen und Ermordeten zu gedenken und sie erinnernd nach Hause zu holen. Fritz Bauer habe gesagt, dass die Erklärung für die Verbrechen nicht bei den Opfern gefunden werden könne, sondern bei den Tätern läge.

Bei den Familienromanen habe sich ein beachtlicher Wandel vollzogen: Während die Romane der endsiebziger und achtziger Jahre, die als Familienromane versprochen hätten, Auskunft über die Nazizeit zu

geben (Christa Wolf, Ingeborg Drewitz, Wolfgang Koeppen, Peter Brückner, Christoph Meckel, Peter Härtling), tatsächlich weniger die Familie als Teil des Dritten Reiches denn die Herausbildung der eigenen Identität im Dritten Reich gezeigt hätten, sei dies bei den Romanen, die nach 2003/04 erschienen sind, ganz anders. Diese neueren Bücher von nicht mehr nur Kindern sondern auch bereits Enkeln, befassten sich mit Tagebüchern, Briefen, Fotoalben und Chroniken der Angehörigen. „Diese Literatur hat das Vertrauen in die familiäre Tradition gründlich verloren, sie lebt vom Zweifel an das, was zu Hause erzählt wird, sie verlässt sich nur auf den eigenen Augenschein und das eigene Urteil.“

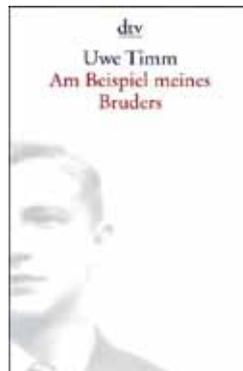
Heer führte dafür beispielhaft drei Romane an: Uwe Timm, *Am Beispiel meines Bruders*, Wiebke Bruhns, *Meines Vaters Land – Geschichte einer deutschen Familie* und Martin Pollack, *Der Tote im Bunker* (kurze Textzusammenfassungen: vgl. Anhang). Während es Uwe Timm und Wiebke Bruhns über eine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Familiengeschichte gelingt, sich auch ihren Täter-Vätern in einer spezifischen Weise wieder zu nähern, bleibt der Einsatzgruppenleiter-Vater Martin Pollack letztlich völlig fremd. In diesen neueren deutschen Familienromanen wird – laut Heer – deutlich, dass der Umriss eines kollektiven Tatzusammenhanges und einer unbenennbaren Massenschuld für die Nachgeborenen bereits im idyllischen Vorhof der Kindheit aufgetaucht sei und sich von dort als „der lastende Druck in den Elternhäusern“ niedergeschlagen habe: der Grund für die Alpträume und Tränenausbrüche, die grundlos abgebrochenen Gespräche und unbegründeten Frageverbote der Erwachsenen, aus denen bei den Kindern allmählich die Ahnung von einem Familiengeheimnis und einer darin verborgenen Schuld entstanden sei. Dies Geheimnis zu lüften und diese Schuld zu benennen, sei der selbst erteilte Auftrag von Wiebke Bruhns, Uwe Timm, Martin Pollack und anderen.

Eine Formulierung Jean Amerys aufgreifend, formulierte Hannes Heer zum Abschluss seines Vortrages die Forderung an die Deutschen, „statt den geschehenen Völkermord zu vertuschen und zu verleugnen, diesen als ‚ihr negatives Eigentum‘ in Besitz zu nehmen. Amery habe darin die Möglichkeit gesehen, dass sich „Überwältiger und Überwältigte (...) einander begegnen“ und damit die Bedingung schaffen für die „Auslöschung der Schande“. Bezogen auf den Prozess der familiären Aufarbeitung bedeute dies: „Die Annahme des Nazi- oder Tätervaters bzw. Großvaters als „negatives Eigentum“ und als Teil der eigenen Identität erlaubt, den Bruch der Generationen aufzuheben und den Frieden zu finden, der nicht dem durchsichtigen Wunsch nach eigener Entlastung entspringt, sondern auf dem Boden der schlimmen Tatsachen gründet.“ Die Gespenster der Vergangenheit seien damit zwar nicht ein für allemal gebannt. Aber man könne jetzt den Widergängern den Zutritt verwehren. (Zusammenfassung: Klaus Müller, 7. Juli 2010)

Anhang:

3 Familienromane in der Erinnerungskultur

Uwe Timm (Am Beispiel meines Bruders) befasst sich in seinem Roman zunächst mit den Feldpostbriefen seines Bruders, der der SS-Totenkopf-Division angehörte - einer der brutalsten der in der Wehrmacht operierenden Waffen-SS-Verbände. Der Bruder schreibt nichts über die Verbrechen, an denen er beteiligt war. Aber er empfindet die Bomben auf Hamburg als Verbrechen. Dieser „normale Blick“ des Bruders irritiert Timm, der sein Hauptaugenmerk dann auf den Vater legt, den „Kältepol“ der Familie. Des Bruders Meldung zur SS habe dem Wunsch seines Vaters entsprochen. Nach dem Tod des Sohnes im Krieg und der Niederlage der Deutschen habe sich der Vater in Hasstiraden gegen die Alliierten und Verräter in den eigenen Reihen geflüchtet. – Uwe Timm selber brach mit dem Vater: Wut und Ekel führten ihn zunächst zu den Kommunisten, die den Nazis Widerstand geleistet hatten. Dies war der „Eintritt in ein anderes, spiegelbildliches Schattenreich von Gewalt, von Befehl und Gehorsam“, dessen Verlassen er seiner Mutter – dem „Wärmepol“ der Familie – verdankte. – Uwe Timm als der „rebellierende“ jüngere Sohn konnte über den Weg der „Herzenswärme“ der Mutter auch noch einmal den Vater erreichen und ihm näher kommen: als jungen Mann, als Schüler, der mit einem jungen Raben, der aus dem Nest gefallen war, herumgelaufen sein soll.



Wiebke Bruhns (Meines Vaters Land) hat keine direkte Erinnerung an ihren Vater Hans Georg Klamroth. Sie war zu jung, als der Krieg anfang, um ihn bewusst wahrgenommen zu haben. Als Offizier kam er so gut wie nie nach Hause. Bruhns Vater hatte sich freiwillig an die Ostfront gemeldet. Als Leiter eines Abwehrkommandos war er zuständig für die politische Gegnerbekämpfung – Kommunisten, Partisanen und Juden. In seinen Briefen, schreibt sie, kann man nachlesen, dass diese Leute hinter der Front für ihren Vater keine Menschen waren, sondern „lebensgefährliche“ Bestien, die sich „wie Küchenschaben vermehren“ und die man deshalb vernichten muss. Seit 1943 war Klamroth für den Geheimschutz der V1 und V2-Waffenproduktion in Dora-Mittelbau zuständig. Bis zu 20.000 Häftlinge – schreibt Bruhns - sind dort in der Zeit von September 1943 bis April 1945 durch mörderische Bedingungen vernichtet worden. Wie hat ihr Vater das wahrgenommen? Wiebke Bruhns weiß es



nicht genau. Aber sie vermutet, dass er seine Arbeit dort genau so wahrgenommen hat wie zuvor sein Tätigkeit als Soldat: ohne besondere innere Regung. – Ihr Vater war im April 1933 Mitglied der NSDAP geworden. Sie schreibt: Es sei kein Opportunismus gewesen. Er habe denen „seine Seele gern gegeben. Er holt nach, was seit 1918 unterbrochen war.“ Aufgewachsen mit den Werten des Kaiserreiches sehnte er sich nach der Niederlage von 1918 „nach Gleichschritt, Fahnen und klingendem Säbel“. So habe ihn die „nationale Erhebung Hitlers“ gepackt. Bruhns lässt keinen Zweifel daran, dass ihr Vater sich schuldig gemacht hat. Heer sieht in Bruhns Buch aber auch den Versuch, „aus den Trümmern einer Familie schreibend doch ein Bild des unbekanntenen Vaters zu bergen“. In ihrem Buch tritt sie in einen inneren Dialog mit dem Vater ein: „Ich hätte gerne die Chance gehabt, dich zu lieben...ich finde dich wunderbar wegen der guten Jahre mit (Mutter), ich kann nicht verstehen, wie du den Nazis hast anheim fallen können. ..Ich bin verstört über das, was ich als deine Gleichgültigkeit verstehen muss gegenüber dem Schicksal der Juden, Zwangsarbeiter, der Geisteskranken, der Häftlinge in den KZ's, Himmlers ‚Untermenschen‘ in den besetzten Gebieten...Ich habe von dir gelernt, wovor ich mich zu hüten habe. Dafür ist ein Vater da, nicht wahr? Ich danke dir.“ – Indem sie so mit dem Vater der frühen Jahre in einen fiktiven Dialog eingetreten sei, habe sie sich ihm wieder nähern können, habe einen „Raum des Verstehens“ schaffen können, habe in dem Vater dieser Jahre Positives sehen können und habe sich damit eine gewisse Aussöhnung schaffen können.

Demgegenüber zeigt das Buch von **Martin Pollack (Tote im Bunker)**, dass solche Formen der Annäherung und Aussöhnung nicht immer gelingen. Pollack rekonstruiert die Taten seines leiblichen Vaters als SS-Hauptsturmführer. Als stellvertretender Gestapo-Leiter in Münster unterzeichnete er im Sommer 1941 Deportationsbefehle in die Vernichtungslager im Osten. Ab November 1942 wurde er als Führer von Sonderkommandos der Einsatzgruppen zum Judenmord in der Sowjetunion eingesetzt. Nachweislich war er an der Niederschlagung eines Aufstandes beteiligt und ist für den Tod von mindestens 10.000 Menschen verantwortlich. Pollack hatte einen Massenmörder als Vater. Wie geht er damit um? – Er versucht ein Erklärung: „Ich gehe davon aus, dass er überzeugt war,... für die richtige Sache zu kämpfen, für das künftige Reich, für die völkische, rassische Einheit und Reinheit und wie die Schlagworte alle lauteten, an die damals viele glaubten, doch für eine Karriere in der Gestapo entschieden sich die wenigsten. Warum ausgerechnet er?“ Diese Frage begleite ihn seit vielen Jahren wie einen Schatten, von dem er wisse, dass er ihn nie werde abschütteln können.

dtv
Martin Pollack
Der Tote im Bunker
Bericht über meinen Vater



Tipps zur Recherche

1. Opfer des Rassenwahns

Rüsselsheimer jüdischer Abstammung oder Religion

Bei unseren Recherchen haben wir uns zuerst auf **Namen** und **Geburtsdatum** konzentriert. Dabei wurden Literatur, Melderegister der Gemeinde, Wahlverzeichnisse und Nachkriegslisten von Verfolgten ausgewertet. So erhielten wir eine Übersicht der von 1933 -1945 in Rüsselsheim gemeldeten Einwohner jüdischen Glaubens mit Wohnadresse.

Archive durchforsten

Weitere personenbezogene Hinweise findet man hier:

* Generell ist die **Online Recherche-Datenbank HADIS** der hessischen Staatsarchive nützlich:

<http://www.hadis.hessen.de>

* **Die Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933-1945** (meist kurz **Residentenliste** genannt) dokumentiert die Lebens- und Schicksalsdaten der cirka 600 000 Personen, die zu einem beliebigen Zeitpunkt zwischen 1933 und 1945 im Deutschen Reich (in den Grenzen vom 31. Dezember 1937) ansässig waren und wegen ihrer jüdischen Abstammung oder ihres jüdischen Glaubens vom NS-Staat verfolgt wurden. Das Bundesarchiv erteilt daraus Auskunft.

* Das Handout »**Umgang mit biographischen Anfragen in Gedenkstättenbibliotheken**« von Dr. C. Jaiser bietet eine umfassende Übersicht für weltweite Internet-Recherchen zur jüdischen Verfolgung http://www.topographie.de/fileadmin/AGGB/Archiv/pdf/2009-03_Handout_DrJeiser.pdf

* Die **Datenbank „Verfolgung und Widerstand in Hessen“** im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden ermöglicht es für wissenschaftliche, aber auch private Zwecke personenbezogene Akten einzusehen. Einerseits in die während der NS-Zeit angelegten **Devisenakten** (in denen man die finanzielle Ausplünderung der Juden nachvollziehen kann), zum anderen aber auch **Rückerstattungsakten und Entschädigungsakten**. In den Entschädigungsakten sind ausführliche Hinweise zum Verfolgungsschicksal zu finden, aber auch Namen und Orte der zumeist verwandten Antragsteller. Hier finden sich auch die **Entnazifizierungsakten bzw. Akten der Spruchkammerverfahren** nach dem Krieg.

* In den **Finanzamtsakten zur fiskalischen Ausplünderung der Juden** während der NS-Zeit im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden lassen sich ebenfalls Hinweise finden.

* **Im Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin** sind für Personen, die **nach der Flucht ins Ausland ausgebürgert wurden**, Akten vorhanden. Dazu muss die Nummer der Liste der Ausgebürgerten mit dem Datum der Veröffentlichung im Reichsanzeiger und die Nummer der Personen auf dieser Liste angegeben werden. Diese Angaben lassen sich in dem Buch: **Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45** nach im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, München 1985, finden, das auch ein alphabetisch geordnetes Namensverzeichnis enthält.

Wenn es sich um eine deportierte und ermordete Person handelt, sind im **Gedenkbuch des Bundesarchivs** oder im Jüdischen Museum Frankfurt in den dort

vorhandenen **Deportationslisten** nähere Einzelheiten zu finden.

Gedenkbücher überprüfen

Um das weitere Schicksal der Deportierten möglichst genau zu klären, helfen folgende Gedenkbücher:

* Das **Gedenkbuch herausgegeben vom Bundesarchiv Koblenz und von Yad Vashem**, Jerusalem „Opfer der Verfolgung der Juden unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, 160 000 Personen sind aufgelistet unter „<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch>“. Aber auch alle Deportationslisten aus dem Deutschen Reich, Holland, Belgien und Frankreich.

* Die Gedenkblätter in **Yad Vashem: The Central Database of Shoah Victim's Names / Die Zentrale Datenbank der Namen der Opfer der Shoa** (<http://www.yadvashem.org>) wurden und werden meist von Angehörigen ausgefüllt, oftmals aus der Erinnerung, so dass die angegebenen Daten das Gedenken widerspiegeln, aber oft von den beurkundeten Daten abweichen. Dadurch kam es auch zu zahlreichen Doppel- bzw. Mehrfachmeldungen. Das erkennen Sie, wenn Sie zu einer Person mehr als eine Rückmeldung erhalten.

* Das **Theresienstädter Gedenkbuch**. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945, Prag 2000, das das weitere Schicksal der Personen mit Todesdatum in Theresienstadt angibt, oder das genaue Datum des Transportes in die Vernichtungslager Treblinka und Auschwitz.

* Das **„Buch der Erinnerung**. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, München 2003 mit allen Namen der Deportierten.

Juden, die nach Belgien, Niederlande, Frankreich geflohen sind:

* Für Personen, die nach Belgien hatten fliehen können und später von dort deportiert wurden, empfiehlt sich die Kontaktaufnahme mit **dem Joods Museum van Deportatie en Verzet** in 2800 Mechelen, Goswin de Stassartstraat 153, Belgien (infos@cicb.be).

* Zu den Niederlanden empfiehlt sich eine Anfrage an das **Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie** Herengracht 380, 1016 Amsterdam, Niederlande (info@oorlogdoc.knaw).

Auffinden von Angehörigen

Wichtig und sehr ergiebig ist es, **Verwandte oder Kinder, Witwen oder Witwer** dieser Personen zu finden, die vielleicht Fotos, Briefe, Tagebücher, Erzählungen und Erinnerungen haben und sonstige wichtige Hinweise, vor allem auch auf andere Personen, die den Gesuchten kannten, geben können. Dabei ist es in Betracht des hohen Alters immer sinnvoll, telefonisch direkt mit diesen Personen Kontakt aufzunehmen. Um solche Personen zu finden, empfiehlt es sich, **Suchanzeigen in deutschsprachigen jüdischen Zeitungen in den USA und in Israel** aufzugeben. Im einzelnen:

* In der Zeitschrift **„Aufbau“ in New York**, die es seit 1934 in New York gibt (www.aufbauonline.com). Dort kann man eine kostenlose Suchanzeige aufgeben, in der möglichst viele Angaben genannt sein sollten wie Name, Straße, Geburtsjahr, Familienmitglieder, Beruf, eventuell Herkunftsort.

* In der Zeitung **„Israel Nachrichten Hadashot“** in POB 28397, Tel-Aviv 61283, Israel.

* Im „Mitteilungsblatt der europäischen Einwande-

rer **Irgun Olej Merkas Europa** in Tel-Aviv 65813, Rambam Street 15, Israel (irgunmb@hotmail.com).
* Weiter ist eine Anfrage an die mailing list im Internet, in der Familienforscher nach Länderinteressen zu jüdischen Familien sich zusammen finden, zu empfehlen. Auf der homepage **www.Jewishgen.org** ist über Discussions Groups und Special Interest Groups (SIG) Mailing Lists die German-Jewish SIG zu finden. (überarbeitet nach M. Kingreen, Frankfurt 1933-45)

Zum Schicksal der **Sinti und Roma** gibt es keinen zentralen Aktenbestand. Informationen erhält man über das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg, des Zentralrates deutscher Sinti und Roma: <http://www.sintiundroma.de/>.

2. Opfer der Biopolitik

Zwangssterilisierte

Zu den laut NS-Jargon „Ballastexistenzen“ wurden auch die sog. „Gemeinschaftsunfähigen“, „asozialen Psychopathen“, „Kriminellen“, „Rassenschänder“ gerechnet. 1937 wurden ebenfalls ca. 600 Kinder von deutschen Müttern und farbigen Besatzungssoldaten der Rheinlandbesetzung 1918-1930, die sog. „Rheinlandbastarde“, als geheime Reichssache (ohne NS-gesetzliche Grundlage) zwangssterilisiert.

Zwangssterilisationen fanden auf der Grundlage des Gesetzes über die Verhinderung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 statt: Dafür wurden an ausgewählten Amtsgerichten Erbgesundheitsgerichte eingerichtet (für Rheinhessen in Worms) sowie eine Beschwerdeinstanz beim **Erbgesundheitsobergericht** (für Hessen in Darmstadt).

Krankenmorde: nationalsozialistische „Euthanasie“

Zu unterscheiden sind drei Ereignisstränge:
1. die T4-Aktion, Gasmord-Aktion, von 1939 bis zum Stopp am 24. August 1941, an sechs Tötungsanstalten
2. die dezentrale „Euthanasie“ danach, 1942 bis 1945, an mehr Anstalten, durch Vergiftung oder Überdosierung von Medikamenten (Spritzen, Tabletten) oder planmäßige Unterversorgung (Hunger, mangelnde Hygiene). Sie umfasste Erwachsene und Kinder.
3. die sog. „Kinder-Euthanasie“ in dafür eingerichteten Kinderfachabteilungen. Zur „Behandlung“ dieser Kinder wurden reichsweit 30 „Kinderfachabteilungen“ eingerichtet, in der „positiv eingestellte Ärzte“ die Kinder zu Forschungszwecken zu Tode „pfl egten“, meist mit Medikamenten. Kinderfachabteilungen gab es u.a. auf dem Eichberg/Rheingau, Kalmenhof/Idstein, Waldniel.

Weitere Heil- und Pflegeanstalten und Heime in Hessen z.B. im Philipppshospital Goddelau (heute Riedstadt), Heppenheim/Bergstraße, Eichberg/Rheingau, Gießen (Landesheil- und Pflegeanstalt und Uni-Klinik), Frankfurt, Nieder-Ramstädter Heime, Darmstadt-Eberstadt.

Aktenbestände: Es gibt kein zentrales Verzeichnis oder Gedenkbuch der „Euthanasie“-Opfer. Im Bundesarchiv, Bestand R 179 Kanzlei des Führers, ca 30.000 Patientenakten der T4-Aktion 1939 bis 24. August 1941.

Informationen gibt es bei den Gedenkstätten, die an den damaligen Tötungsanstalten Grafeneck, Schloß

Hartheim, Pirna-Sonnenstein, Bernburg und Hadamar eingerichtet sind. Dort auch Informationen zu den nach 1941 bis 1945 ermordeten Kranken. Akten findet man auch in Landesarchiven oder in Anstaltsarchiven, für Hessen (einschließlich dem früheren Rheinhessen) über den Landeswohlfahrtsverband Hessen in Kassel. Prozessakten: u.a. Hadamar-Prozeß, Eichberg-Prozeß im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden. Siehe auch „Justiz- und NS-Verbrechen“ unter <http://www1.jur.uva.nl/junsv/>

Für die verfolgte Gruppe der **Homosexuellen** gibt es keine Zentralakten, ggfs Akten der Gestapo-Leitstellen. Informationen ggfs bei Interessenverbänden.

3. Politische Opfer

(Speziell Verfolgung und Widerstand der Rüsselsheimer Arbeiterbewegung)

Mit **Namen und Geburtsdatum (ermittelt aus der Fachliteratur)** lassen sich Schicksale aus dem Rüsselsheimer Arbeiterwiderstand am besten recherchieren. Aus regionalen Veröffentlichungen und der allgemeinen Fachliteratur zum Widerstand hat die Rüsselsheimer Stolperstein-Initiative bisher eine **Datenbank mit ca. 160 Namen** zusammengetragen, die an Widerstandsaktivitäten beteiligt waren. Das liegt deutlich über dem bisher bekannten Personenkreis.

Basierend auf dieser Datenbank kann man die **Entschädigungsakten des Hauptstaatsarchivs Wiesbaden** und des **Archivs Deutscher Widerstand in Frankfurt** auswerten. Außerdem die Datenbank **Widerstand und Verfolgung (WuV)** im Hauptstaatsarchiv (mit 100 Einträgen für Rüsselsheim). Als Anhang zu den Forschungen von Form/Schiller zur politischen NS-Justiz in Hessen (1933-1945) liegt eine Microfiche-Zusammenstellung sämtlicher **Verfahren vor den Oberlandesgerichten Darmstadt und Kassel sowie des Volksgerichtshofs** vor. Diese kann über Findmittel nach „Person“ oder „Tatort“ oder „Wohnort“ eingegrenzt, ausgewertet und für Rüsselsheim und andere Orte dargestellt werden.

Eine Stichprobe in den Handakten von Arnold Busch zu seiner Veröffentlichung über den Widerstand im Kreis Groß-Gerau im **Rüsselsheimer Stadtarchiv** hat gezeigt, dass innerhalb dieser wichtige, nicht veröffentlichte Inhalte lagern, die noch zu erschließen sind. Hier wird man auch zu einzelnen Namen fündig.

Zur Verfeinerung könnte abschließend noch im **Bundesarchiv Berlin** aus dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv beim ZK der SED der Bestand NJ zur Verfolgung der deutschen Arbeiterbewegung, sowie die Personen- und Sachkartei desselben Archivs herangezogen werden. Diese ist mittlerweile auch über das Kürzel „NJ“ in der **Datenbank „Verfolgung und Widerstand in Hessen“** im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden einsehbar.

Der Großteil der Informationen dieser Broschüre basiert auf diesen Quellen und wurde von uns überprüft. Wir arbeiten daran die wichtigsten Teile dieser Akten in Kopie für die fachliche Arbeit in Rüsselsheim bereit zu halten, wozu wir Sponsoren suchen.

Zusammengestellt von Rolf Strojec

Quellenverzeichnis:

Den in Rüsselsheimer Zeitungen veröffentlichten Lebensschicksalen liegen zumeist Biographien aufgrund folgender Hauptquellen zugrunde:

Strojec, Rolf: Lebensläufe und Dokumente verfolgter Rüsselsheimer in der Nazizeit (www.stolpersteine-ruesselsheim.de)

Heyl, Bernd: Spuren der Groß-Gerauer Arbeiterbewegung ,o.J.

Pflügner, Klaus: Friedrich M., Deserteur aus Rüsselsheim, Mainzer Verein für Sozialgeschichte, Heft 5, 1989

Lebensschicksale verfolgter jüdischer Bürger aus Rüsselsheim

Familie Gottschall (S.9-11)

Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991
Als die Synagogen brannten war es zu spät, VHS Rüsselsheim 1993

Gedenkbuch Theresienstadt

<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>

Familie Ryczyvol (S.9-11)

Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991
Als die Synagogen brannten war es zu spät, VHS Rüsselsheim 1993

Abraham Bruchfeld (S.9-11)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.1947/36 Entschädigungsakte
Bruchfeld

Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991
<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>

Fanny Lang (S.9-11)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.45867 Entschädigungsakte

Fanny und Richard Lang

Blüm,Norbert: Himmel und Erde,1993

Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991
Als die Synagogen brannten war es zu spät, VHS Rüsselsheim 1993

<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>

Familie Grau (S.15)

Grundbuchamt Rüsselsheim, Schäfergasse 3

HHSTAWi Abt. 518 Nr. Entschädigungsakte Hilde Grau
<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>

Familie Reinheimer (S.15)

Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991
Als die Synagogen brannten war es zu spät, VHS Rüsselsheim, 1993

Frankfurter Deportationslisten 1942

<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>

Familie Nachmann (Seite 22 ff)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.41273 Entschädigungsakte
Emanuel Nachmann bzw. 41274 für Ida Nachmann
Als die Synagogen brannten war es zu spät, VHS Rüsselsheim 1993

Abraham Frank: Stammbaum der Familie Nachmann,
Jerusalem (Privatarchiv R. Strojec)

<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>

Familie Stern (S. 26)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.28672 Entschädigungsakte Stern
Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991

Familie Neumann (S.30)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.24186 Entschädigungsakte Sofie
Neumann

Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991

Als die Synagogen brannten war es zu spät, VHS Rüsselsheim 1993

Familie Linz (S.42)

Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991
Als die Synagogen brannten war es zu spät, VHS Rüsselsheim 1993

Penaud,Guy: Les Crimes de la Division Brehmer,2004

Fotos der Familie Linz, Privatarchiv R.Strojec

<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>

Familie Mayer (S.47 ff)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.24964 Entschädigungsakte B.
Mayer

Guttenstein, Margarete HHSTAWi 518/34803

Grundbuchamt Rüsselsheim, Akte Rüsselsheimer
Volksbank

Heimat und Exil, Emigration der deutschen Juden nach
1933

Familie Wolfeiler (S. 58 ff)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.30473 Entschädigungsakte
Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991

Als die Synagogen brannten war es zu spät, VHS Rüsselsheim 1993

Gedenkbuch Theresienstadt

<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>

Joseph und Katharina Löw (S.65-66)

Stadtarchiv Rüsselsheim XIII/1/23

HHStAW, Abteilung 518, Nr.45286,Entschädigungsakte
Judenregister, in Jüdisches Museum Belgien, Brüssel

Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991

Familie Frost/Maas (S.66)

HHStAW, Abt. 518, Nr. 23845 Entschädigungsakte
Sophie Maas

HHStAW, Abt. 518, Nr. 58144 Entschädigungsakte

Amalie Frost, geb. Maas

Rüsselsheimer Echo 4.11.1988, Artikel von Thomas
Frickel „Eine Kündigung...“

Schleindl,Angelika: Verschwundene Nachbarn,GG,1991

<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>

html

Lebensschicksale Verfolgter aus dem politischen Widerstand in Rüsselsheim

Otto Zinkeisen (S.9-11)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.3889 Entschädigungsakte Otto Zinkeisen
Form, Wolfgang: Politische NS-Justiz in Hessen, Erschließungsband zu den Urteilen des Oberlandesgerichts Darmstadt und Kassel 1933-45
Busch, Arnold: Widerstand im Kreis Groß-Gerau, 1988

Jakob Schmitt (S.9-11)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.3436/02 Entschädigungsakte
Form, Wolfgang: Politische NS-Justiz in Hessen, Erschließungsband zu den Urteilen des Oberlandesgerichts Darmstadt und Kassel 1933-45

Fritz Zängerle (S.9-11)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.2276 Entschädigungsakte Fritz Zängerle,
Abschrift Interview mit Fritz Zängerle (Stadtarchiv Rüsselsheim)
Busch, Arnold: Widerstand im Kreis Groß-Gerau, 1988
Fotos Familie Zängerle Privatarchiv R.Strojec

Ludwig Dörfler (S.9-11)

Busch, Arnold: Widerstand im Kreis Groß-Gerau, 1988

Alwin Heizenroeder (S., 19 ff)

Akte 311 des Studienkreises deutscher Widerstand Ffm
HHSTAWi Abt. 518 Nr.Entschädigungsakte
Grundbuchamt Rüsselsheim, Kl. Ramsee 22
Form, Wolfgang: Politische NS-Justiz in Hessen, Erschließungsband zu den Urteilen des Oberlandesgerichts Darmstadt und Kassel 1933-45
Busch, Arnold: Widerstand im Kreis Groß-Gerau, 1988
Datenbank des NS-Dokumentationszentrums Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen

Adam Pfeifer (S.29)

Ludwig Hellriegel, Widerstehen und Verfolgung I.2/55 + II.1/56,
Ulrich von Hehl, Priester unter Hitlers Terror
Bischöfliche Kanzlei Mainz 2009,
„Necrologium Maguntinum 1802/03-2009“ S. 382

Ferdinand Heun (S.31)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.59906 Entschädigungsakte Heun

KZ Osthofen (S.34)

Verfolgung und Widerstand in Rheinland-Pfalz Bd. 1, Gedenkstätte KZ Osthofen
Wilhelm Feutner, Niederschrift über die Verfolgung während der Hitlerzeit (Privatarchiv R.Strojec)

Jakob Rhein (S.36)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.26573 Entschädigungsakte
Busch, Arnold: Widerstand im Kreis Groß-Gerau, 1988

Oskar Jülich (S.38)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.59060 Entschädigungsakte O.Jülich
Akte 385 des Studienkreises deutscher Widerstand Ffm
Datenbank des NS-Dokumentationszentrums Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen

Max Tschornicki (S.39)

Verfolgung und Widerstand in Rheinland-Pfalz Bd. 1, Gedenkstätte KZ Osthofen

Adam Helker (S.43 ff)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.366 Entschädigungsakte
Form, Wolfgang: Politische NS-Justiz in Hessen, Erschließungsband zu den Urteilen des Oberlandesgerichts Darmstadt und Kassel 1933-45

Albert Steube (S.50)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.3779 Entschädigungsakte
Akte 860 des Studienkreises deutscher Widerstand Ffm

Friedrich Meister (S.51 ff)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.24282 Entschädigungsakte
Pflügner,Klaus: Friedrich M., Deserteur aus Rüsselsheim, Mainzer Verein für Sozialgeschichte, Heft 5, 1989

Friedrich Grünewald (S.63 ff)

HHSTAWi Abt. 518 Nr.23423 Entschädigungsakte
DGB-Groß-Gerau:Spuren der Groß-Gerauer Arbeiterbewegung o.J.
Form, Wolfgang: Politische NS-Justiz in Hessen, Erschließungsband zu den Urteilen des Oberlandesgerichts Darmstadt und Kassel 1933-45
Busch, Arnold: Widerstand im Kreis Groß-Gerau, 1988

Walter Rietig (S.68 ff)

HHSTAWi Abt. 3024/S in Nr.67 Prozessakte des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof
HHSTAWi Abt. 518 Nr.2626 Entschädigungsakte Rietig
HHSTAWi Abt. 520/ DZ Nr.518342 Spruchkammerverfahren gegen Heinrich Traiser
HHSTAW, Abt. 520/DZ Nr.519683 Spruchkammerakte Artur Liebermann
Zarusky/Mehring:Widerstand als Hochverrat 1933-1945, Erschließungsband zur Microfiche-Edition, 1998
Heyl/Neugebauer (Hrsg.): „Ohne Rücksicht auf die Verhältnisse...“, Frankfurt 1997
Form, Wolfgang: Politische NS-Justiz in Hessen, Erschließungsband zu den Urteilen des Oberlandesgerichts Darmstadt und Kassel 1933-45

**Folgende Paten haben bisher das Projekt durch eine Spende in Höhe von
95 bzw. 120 Euro für einen Stolperstein unterstützt**

Nr.	Name	Straße	Paten
1.	Karl Linz	Mainstrasse 13	KAB-Ortsverband Rüsselsheim
2.	Melanie Linz	Mainstrasse 13	Bergith Heydekamp Rüsselsheim
3.	Jakob Samson Stern	Schäfergasse 4	Verdi-VL Stadt Rüsselsheim
4.	Luise Stern	Schäfergasse 4	Frau Wilma Racky München
5.	Irma Stern	Schäfergasse 4	Jutta Duchmann Neu-Isenburg
6.	Josef Grau	Schäfergasse 3	Stefan Gieltowski Rüsselsheim
7.	Ida Grau	Schäfergasse 3	Stefan Gieltowski Rüsselsheim
8.	Richard Grau	Schäfergasse 3	Stefan Gieltowski Rüsselsheim
9.	Hilde Grau	Schäfergasse 3	Stefan Gieltowski Rüsselsheim
10.	Mathilde Gottschall	Schäfergasse 20	Förderverein für Jüdische Geschichte und Kultur Groß-Gerau
11.	Hermann Gottschall	Schäfergasse 20	Annette Mehlhorn, Rüsselsheim
12.	Abraham Bruchfeld	Schäfergasse 20	Folkmar Schirmer
13.	Rosa Ryczyvol	Schäfergasse 20	VDAS-Rüsselsheim
14.	Alice Ryczyvol	Schäfergasse 20	Günter Krell Rüsselsheim
15.	Oskar Jülich	Grabenstr. 16	IGM VKL-Opel Rüsselsheim
16.	Fanny Lang	Bahnhofstr. 41	Norbert Blüm Königswinter
17.	Moritz Reinheimer	Marktplatz 11	Rainer und Monika Wolf, Nauheim
18.	Recha Reinheimer	Marktplatz 11	Erika Grob, Rüsselsheim
19.	Hertha Reinheimer	Marktplatz 11	Margarete Rauch Rüsselsheim
20.	Irene Reinheimer	Marktplatz 11	Steffen Jobst Rüsselsheim
21.	Wolf Neumann	Marktstraße 5	Ingeborg Lückert Rüsselsheim
22.	Sofie Neumann	Marktstraße 5	VDAS-Rüsselsheim
23.	Emanuel Nachmann	Mainzer Str. 8	Stiftung Alte Synagoge/ Konfirmanden
24.	Ida Nachmann	Mainzer Str. 8	Stiftung Alte Synagoge/ Konfirmanden
25.	Jakob Schmitt	Mainzerstrasse 76	Naturfreunde Rüsselsheim
26.	Otto Zinkeisen	Bernhardstr. 1	DGB-Ortsverband Rüsselsheim
27.	Jakob Rhein	Bernhardstr.3	Paul Hamm Rüsselsheim
28.	Fritz Zängerle	Jakob-Sittann-Str.13	Klaus Franz Rüsselsheim
29.	Alwin Heizenroeder	Kleiner Ramsee 22	Norbert Breivogel Rüsselsheim
30.	Ludwig Dörfler	Rugbyring 114	OB Stefan Gieltowski Rüsselsheim
31.	Pfarrer Adam Pfeifer	An der Wied(Kirche)	Pfarrrei Auferstehung Christi Rüsselsheim
32.	Friedrich Meister	Paul-Hessemerstr.13	Bernd Heyl Groß-Gerau
33.	Albert Steube	Hügelstraße 9	Walter Steube Rüsselsheim
34.	Bertram Mayer	Bahnhofstraße 15	Rüsselsheimer-Volksbank
35.	Lisa Mayer	Bahnhofstraße 15	Rüsselsheimer-Volksbank
36.	Erna Mayer	Bahnhofstraße 15	Rüsselsheimer-Volksbank
37.	Bruno Guttenstein	Bahnhofstraße 15	Rüsselsheimer-Volksbank
38.	Margarete Guttenstein	Bahnhofstraße 15	Rüsselsheimer-Volksbank
39.	Klara Wolfeiler	Bahnhofstraße 12	Ethikkurs 9 der A.-v.-Humboldt-Schule und „Stiftung Alte Synagoge“
40.	Robert Wolfeiler	Bahnhofstraße 12	dto.
41.	Theresia Wolfeiler	Bahnhofstraße 12	dto.
42.	Alfred Löw	Waldstraße 65	Monika und Rainer Wolf Nauheim
43.	Mendel Frost	Haßlocherstraße 24	Nils Kraft Rüsselsheim
44.	Amelie Frost	Haßlocherstraße 24	Christian Vogt Rüsselsheim
45.	Sophie Maas	Haßlocherstraße 24	OB Patrick Burghardt Rüsselsheim
46.	Friedrich Grünewald	Astheimer Straße 21	Gretel Krug Rüsselsheim

Folgende Paten haben bisher das Projekt durch eine Spende in Höhe von 95 bzw. 120 Euro für einen Stolperstein unterstützt

Nr.	Name	Straße	Paten
47.	Izaak De Hartog	Am Opel Hauptportal	Adam Opel AG
48.	Adam Helker	Mainstraße 13	Adam Opel AG / I.- Kant Schule
49.	Alois Koppey	Aug. Bebel Straße 25	Günter Michel
50.	Elisabetha L. Hessemer	Adam Foßhag-Str.6	OB Udo Bausch
51.	Anna E. Rückert	Weserstr. 47	Familie Rückert
52.	Johannes Knoblauch	Grabenstr. 62	Christian Golka
53.	Anna Kraft	Weisenauer Str.35	Sigi Baumann
54.	Rudolph Schmidt	Schäfergasse 16	Martin u. Martina Schopen
55.	Stolperschwelle für Zwangsarbeiter vor Opel-Hauptportal		Adam Opel AG





